

VERWALTUNGSBERICHT DES STAATSRATES



KANTON WALLIS

2006



KANTON WALLIS

VERWALTUNGSBERICHT 2006 DES STAATSRATES

*Der Staatsrat des Kantons Wallis
an
den Grossen Rat*

Sehr geehrter Herr Präsident
Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete

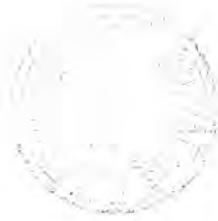
Wir beeihren uns, Ihnen gemäss Artikel 54 der Kantonsverfassung den Verwaltungsbericht des Staatsrates für das Jahr 2006 zu unterbreiten.

Wir benützen diesen Anlass, um Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, die Versicherung unserer ehrerbietigen Hochachtung zu erneuern und Sie samt uns dem Machtshut Gottes zu empfehlen.

Sitten, im März 2007

Der Präsident des Staatsrates:
Thomas Burgener

Der Staatskanzler:
Henri v. Roten



2008

Herausgegeben von der
STAATSKANZLEI

SITTEN, April 2007

INHALTSVERZEICHNIS

Seite

VORWORT DES STAATSRATSPRÄSIDENTEN	5
PRÄSIDIUM	7
Staatskanzlei	9
Information	12
DEPARTEMENT FÜR FINANZEN, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT	15
Einleitung	17
Finanzverwaltung	23
Steuerverwaltung	25
Dienststelle für Personal und Organisation	26
Rechtsdienst für Finanzen und Personal	28
Kantonale Dienststelle für Informatik	29
Dienststelle für innere Angelegenheiten	31
Verwaltungs- und Rechtsdienst der Institutionen	32
Sekretariat für gleichstellung und Familie	34
Kantonspolizei	35
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	37
Strafanstalten	38
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	39
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär	40
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere	40
DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE	41
Einleitung	43
Dienststelle für Gesundheitswesen	47
Dienststelle für Sozialwesen	48
Medizinischpädagogisches Zentrum «La Castalie»	49
Kantonale Ausgleichskasse	50
Dienststelle für Energie und Wasserkraft	54
DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT	59
Einleitung	61
Verwaltungs- und Rechtsdienst	64
Kantonale Dienststelle für die Jugend	65
Dienststelle für tertiäre Bildung	68
Dienststelle für Unterrichtswesen	70
Dienststelle für Berufsbildung	73
Dienststelle für Kultur	76

DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT, UND RAUMENTWICKLUNG	79
Einleitung	81
Verwaltungs- und Rechtsdienst	82
Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung	82
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	85
Dienststelle für Landwirtschaft	88
Dienststelle für Raumplanung	91
Dienststelle der Grundbuchämter und der Geomatik	92
 DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT	 95
Einleitung	97
Verwaltungs- und Rechtsdienst	98
Dienststelle für Verkehrsfragen	99
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	100
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	104
Dienststelle für Wald und Landschaft	105
Dienststelle für Umweltschutz	107
Kantonslaboratorium und Veterinärwesen	109

VORWORT VON THOMAS BURGNER, PRÄSIDENT DES STAATSRATES

2006 war das Jahr der wirtschaftlichen Rekorde. In sämtlichen Wirtschaftsbereichen wurden tiefschwarze Zahlen geschrieben. Während der Reichtum sowohl auf internationaler als auch auf nationaler und kantonaler Ebene neue Rekordwerte erreicht hat, ist die Verteilung dieses Reichtums problematischer denn je. Nicht umsonst sagt man, dass eine Gesellschaft danach beurteilt werden sollte, wie sie sich um ihre schwächsten Mitglieder kümmert.

Agieren statt blass reagieren – dies ist die Maxime, die sich jede dynamische Gemeinschaft zu eigen machen sollte. Wie schon der Schriftsteller Paul Carvel sagte: «Denken ohne Agieren ist wie Heizen bei offenem Fenster». Das vorliegende Dokument soll also einen Überblick darüber vermitteln, wie die Regierung und die Kantonsverwaltung im vergangenen Jahr agierten. Die Lebensqualität der Walliserinnen und Walliser erhöhen – dies ist das Ziel, das der Staatsrat im Rahmen der vom Parlament gewährten Mittel durch seine Sozialpolitik, seine Anstrengungen zur Gewährleistung eines qualitativ hoch stehenden und für alle zugänglichen Bildungswesens und ganz allgemein durch seinen Einsatz zugunsten der Familien und aller Personen, die auf einen starken und solidarischen Staat angewiesen sind, zu erreichen suchte.

Das Gesundheitsnetz Wallis (GNW) konsolidieren, das Walliser Zentrum für Pneumologie (WZP) und die psychiatrischen Institutionen des Mittel- und Unterwallis (IPVR) ins Gesundheitsnetz integrieren, die Spitalinfrastrukturen der Gemeinden und der religiösen Gemeinschaften an den Kanton übertragen – all diese Punkte werden im neuen Gesetz über die Krankenanstalten und -institutionen (KAIG) geregelt. Das finanzielle Gleichgewicht der beiden hauptsächlichen Vorsorgeeinrichtungen des Kantons gewährleisten sowie ihre Organisation, ihre Funktionsweise und ihre Überwachung anpassen – dies sind die Zielsetzungen der Revision des Gesetzes über die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen. Unter Berücksichtigung des tief greifenden Wandels, der in den letzten zwanzig Jahren im Bereich der beruflichen Vorsorge stattgefunden hat (demographische Entwicklung, längere Lebenserwartung, Änderung der Gesetzesgrundlagen usw.) haben die betroffenen Partner in enger Zusammenarbeit ein solides und leistungsfähiges Vorsorgesystem für den öffentlichen Dienst auf die Beine gestellt.

Die Rechtssicherheit erhöhen, die touristische Entwicklung des Kantons in geordnete Bahnen lenken und das Phänomen der kalten Betten bekämpfen – dies ist Sinn und Zweck des Moratoriums, mit dem der Staatsrat für das Jahr 2007 den Verkauf von Zweitwohnungen an Ausländer in sieben Gemeinden verboten hat. Angesichts der Zahl der hängigen Gesuche, welche das vom Bund gewährte Kontingent um ein Vielfaches übersteigt, musste die Regierung zu dieser Massnahme greifen, um die Situation in den

Griff zu bekommen. Die Regierung musste agieren, um keine Verunsicherung bei unseren Gästen aufkommen zu lassen, um gegenüber Bundesbern zu signalisieren, dass wir uns unserer Verantwortung bewusst sind und um die Zahl der kalten Betten zu reduzieren.

Die Führung des Staates und seiner Dienststellen nachhaltig verbessern – diese Aufgabe hat die Kantonsregierung namentlich durch die Einführung der Führung über Leistungsaufträge bei 34 Dienststellen im Einklang mit dem Grossratsbeschluss vom 15. Dezember 2004 wahrgenommen. Hinsichtlich einer Effizienzsteigerung hat der Staatsrat auch mehrere Dienststellen fusioniert. Die Schaffung neuer Verwaltungseinheiten wie das Kantonale Laboratorium und Veterinärwesen, die Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik, die Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung und die Dienststelle für Energie und Wasserkraft ist Ausdruck für die unablässige Suche nach Synergien. Ein verwaltungsinterner Steuerungsausschuss wurde mit den Vorbereitungsarbeiten für die Einführung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) betraut. Im Einklang mit dem Dekret betreffend die strukturellen Massnahmen wurden 14 Dienststellen mit der Analyse ihrer Organisation und ihrer Leistungen beauftragt. Diese Analyse wurde gestützt auf einen vom Staatsrat vorgeschlagenen und von der Geschäftsprüfungskommission abgesegneten Fragebogen durchgeführt.

Die Beziehungen mit den Nachbarn pflegen – im Jahre 2006 legte die Regierung ein besonderes Augenmerk auf die Beziehungen mit dem südlichen Nachbarn. Mit der offiziellen Feier zum 100-Jahr-Jubiläum des Simplontunnels konnte das Wallis die Bedeutung der Verkehrswege und der damit verbundenen Öffnung unterstreichen. Im Jahre 2007 wird der neue Lötschberg-Basistunnel eröffnet. Dies ist vor allem für das Oberwallis eine grosse Chance. Gleichzeitig stellt diese Annäherung an die Deutschschweiz aber auch den kantonalen Zusammenhalt auf eine Zerreissprobe. Die Regierung wird diesem Punkt besondere Aufmerksamkeit schenken. Den politischen Behörden war es auch ein besonderes Anliegen, an den Feierlichkeiten zum 500-jährigen Bestehen der Schweizergarde teilzunehmen. Wollte man damit vielleicht die verlorene Kandidatur für die Austragung der Olympischen Winterspiele 2006 vergessen machen, die nun halt im so nahen und doch so fernen Torino stattfanden? Ganz und gar nicht! Obwohl dieser Misserfolg für gewisse Walliserinnen und Walliser nur schwer zu verdauen war, hat sich unser Kanton als guter Verlierer erwiesen. Vielleicht war die verlorene Kandidatur für uns im Endeffekt ja sogar ein Gewinn...

Der Präsident des Staatsrates
Thomas Burgener



PRÄSIDIUM

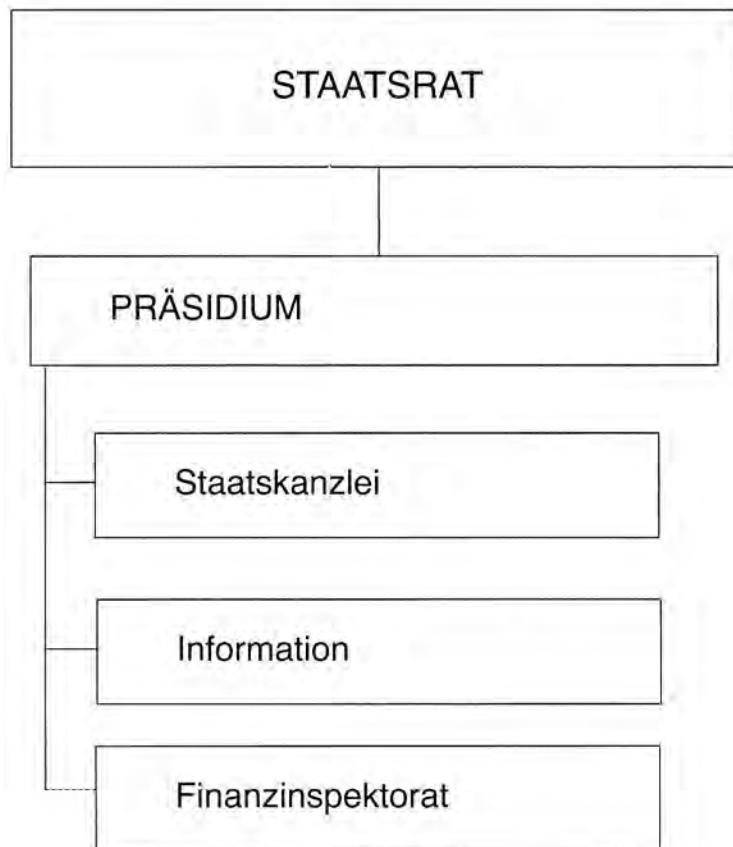
VERWALTUNGSBERICHT 2006



Thomas Burgener
Staatsratspräsident



Henri v. Roten
Staatskanzler



STAATSKANZLEI

ALLGEMEINE VERWALTUNG

PERSONALORGANISATION

Dienststelle	Anzahl Stellen
Staatskanzlei	19.30
Information	4.00
Finanzinspektorat	16.00
Total	39.30

NEUERUNGEN

Seit dem 1. November ist die Staatskanzlei und nicht mehr die Sektion Versicherungen und Ökonomat für den Gesetzesverkauf zuständig.

Von August bis Dezember 2006 wurden umfangreiche Bauarbeiten im Erdgeschoss des Regierungsgebäudes hinsichtlich der Einrichtung der Telefonzentrale und des Empfangs durchgeführt.

Gleichzeitig wurden auch die Räumlichkeiten des Weibeldienstes hinsichtlich einer optimalen Funktionalität umgestaltet.

Elfriede Meichtry, die für den Gesetzesverkauf zuständig war, und Christiane Gsponer, deutschsprachige Sekretärin bei der Staatskanzlei, traten am 31. Dezember 2006 in den Ruhestand.

PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

Postulate

6.006 Postulat von Grossrat Gilbert LORETAN (CSPO) und Mitunterzeichnenden betreffend Zurückgewinnung der Internetadressen www.wallis.ch und www.valais.ch (14.09.2005) Postulat in der Märzsession 2006 angenommen.

Mit diesem Postulat wird der Staatsrat aufgefordert, die für die Zurückgewinnung der oben erwähnten Internetadressen notwendigen Schritte zu unternehmen.

Anfang Sommer 2006 konnte Wallis Tourismus die Internetadresse www.valais.ch zurückgewinnen. Das Postulat wurde also teilweise verwirklicht.

Die Vorkehrungen zur Zurückgewinnung der zweiten Adresse sind im Gange.

6.011 Postulat von Grossrat Pascal BRIDY (PDCC) und Mitunterzeichnenden betreffend interkantonale Zusammenarbeit und Vereinbarungen (09.06.2006)

Postulat in der Dezembersession 2006 angenommen.

Mit diesem Postulat wird der Staatsrat aufgefordert, im Rahmen der Erarbeitung von Beschlussfassungsverfahren – insbesondere Finanzbeschlussverfahren – und von Zahlungsmodalitäten dafür zu sorgen, dass die Entscheidungsgewalt beim Kanton bleibt und die finanziellen Interessen des Wallis gewahrt werden können. Der Staatsrat ist sich durchaus der Tatsache bewusst, dass interkantonale Vereinbarungen für den Kanton Wallis immer wichtiger werden. Allerdings muss die Entscheidungsgewalt beim Kanton bleiben, damit die finanziellen Interessen des Wallis auch im Rahmen der interkantonalen Zusammenarbeit gewahrt werden können.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN BUND UND KANTON

Im Laufe des Jahres 2006 hat der Staatsrat 70-mal in verschiedenen Vernehmlassungsverfahren des Bundes Stellung genommen; diese

Antworten werden an unsere Vertreter in den eidgenössischen Räten übermittelt und können auch auf der Internetsite des Staates Wallis (www.vs.ch) konsultiert werden.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DEM WALLIS UND DEN ÜBRIGEN KANTONEN

Konferenz der Kantonsregierungen (KdK)

Die Konferenz der Kantonsregierungen (KdK) ist im Laufe des Jahres 2006 viermal zu einer ordentlichen Plenarversammlung zusammengetreten und zwar am 24. März, 23. Juni, 29. September und 15. Dezember. Der Leitende Ausschuss der KdK ist viermal zur Vorbereitung der Plenarversammlungen zusammengetreten.

Staatsrat Jean-Michel Cina, Vorsteher des DVR, hat den Staatsrat an drei dieser Sitzungen vertreten. Staatsrat Jean-René Fournier, Vorsteher des DFIS, hat seinerseits den Staatsrat an der Junisitzung vertreten.

Die Konferenz befasste sich unter anderem mit folgenden Themen:

- Europapolitik, sektorelle Abkommen und neue bilaterale Verhandlungen,
- Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA),
- Volkszählung 2010: neue Bestimmungen des Bundesrates und Standpunkt der Kantone,
- Föderalismus-Monitoring,
- Regionalpolitik INTERREG / NRP.

Westschweizer Regierungskonferenz (WRK)

Die Westschweizer Regierungskonferenz (WRK) trat im Jahre 2006 zu vier ordentlichen Sitzungen zusammen und zwar am 6. März, 9. Juni, 22. September und 1. Dezember. Der Vertreter des Staatsrates, Jean-Michel Cina, nahm an diesen Sitzungen in Begleitung des administrativen Verantwortlichen, Paul Sollberger, teil. Im Jahre 2006 konnte das Sekretariat unter der Leitung der wissenschaftlichen Mitarbeiterin Sylvie Fasel Berger, die mit der Koordination der Dossiers zwischen den Westschweizer Kantonen, der Sitzungsvorbereitung, der Protokollführung und der Kontaktpflege mit den Fachkonferenzen betraut ist, seine Wirkung voll entfalten.

Die Konferenz befasste sich unter anderem mit folgenden Themen:

- neues Präsidium und Vizepräsidium der WRK und Mandatsdauer: Der Kanton Waadt hat das Präsidium und der Kanton Bern das Vizepräsidium inne,
- Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA) und neue Regionalpolitik,
- Arbeitsgruppe Grenzkantone Schweiz-Frankreich,
- Umsetzung eines Kommunikationskonzepts für die Internetsite der WRK.

BEZIEHUNGEN ZWISCHEN DER STAATSKANZLEI UND DEM PARLEMENTSDIENST DES GROSSEN RATES

In enger Zusammenarbeit mit dem Parlamentsdienst des Grossen Rates hat die Staatskanzlei unter anderem die detaillierten Aufstellungen der Geschäfte hinsichtlich der Vorbereitung der monatlichen Sitzungen des Büros des Grossen Rates erstellt sowie die Aufteilung der parlamentarischen Vorstösse hinsichtlich der Vorbereitung der ordentlichen Sessionen des Grossen Rates vorgenommen.

Zudem befasste sich die Staatskanzlei mit der Weiterverfolgung der im Laufe der Legislaturperiode behandelten Botschaften und Gesetzesentwürfe und beteiligte sich aktiv am Projekt zur Informationsierung der parlamentarischen Vorstösse. Es sei an dieser Stelle auf die gute Zusammenarbeit zwischen dem Parlamentsdienst und der Staatskanzlei im Rahmen der Vorbereitung der Sitzungen des Büros hingewiesen.

In Zusammenarbeit mit den Departementen erstellte die Staatskanzlei auch die halbjährliche Legislaturplanung zuhanden des Grossratspräsidiums.

PROTOKOLL

Im Laufe des Jahres 2006 hat der Staatsrat in den staatlichen Empfangsräumen, auf Schloss Majorie, in der Villa de Riedmatten und in verschiedenen staatlichen Einrichtungen zahlreiche Persönlichkeiten empfangen, u.a.:

- den Botschafter der Slowakischen Republik, Seine Exzellenz Stefan SCHILL,
- den Botschafter Ihrer Britischen Majestät, Seine Exzellenz Simon FEATHERSTONE,
- den Botschafter der Volksrepublik China, Seine Exzellenz Zhu BANGZAO,
- den Botschafter der Demokratischen Volksrepublik Algerien, Seine Exzellenz Kamel HOUHOU,
- die Botschafterin der Arabischen Republik Ägypten, Nihad Baligh Shindi ZIKRY.

Die Regierungsmitglieder begaben sich anlässlich der Olympischen Winterspiele Torino 2006 vom 16. - 18. Februar nach Turin.

Am 11. März nahm die Regierung an den Feierlichkeiten zum 500-jährigen Bestehen der Schweizergarde in Sitten und Naters teil. Bei dieser Gelegenheit haben sie den Apostolischen Nuntius, Mgr. Francesco Canalini, empfangen.

Schliesslich begaben sich die Staatsräte am 19. Mai nach Brig zur offiziellen Feier zum 100-Jahr-Jubiläum des Simplontunnels.

MEDIATION UND SICHERHEIT

Im Jahre 2006 befasste sich der mit Mediation und Sicherheit betraute Mitarbeiter mit 27 Fällen, in denen Personen gegenüber Regierung oder Verwaltung Drohungen ausgestossen hatten und zwar meist in schriftlicher Form.

Mit all diesen Personen konnte ein Dialog aufgebaut, ein Treffen organisiert und Lösungsansätze gefunden werden. Es gilt darauf hinzuweisen, dass die Hemmschwelle zu Widerstand und Gewalt immer weiter sinkt. Die Massnahmen zum Schutz des Verwaltungspersonals werden weiter verstärkt.

VERSCHIEDENES

Am 9. Januar überbrachte der Staatsrat den Walliser Behörden im Supersaxosaal seine Neujahrswünsche.

Im Rahmen von zwei Feierlichkeiten in den Monaten Mai und November nahm er die Vereidigung von 643 Neubürgerinnen und Neubürgern vor.

Ausserdem vereidigte er drei neue Notare.

Aufgrund der Bauarbeiten im Bundeshaus traf sich der Staatsrat lediglich dreimal (März, Juni und Dezember) anlässlich der Sessionseröffnung mit den Bundesparlamentariern in Bern.

Am 22. September verlieh die Regierung den Rünzi-Preis an Ursula



*Übergabe des Rünzi-Preises am 22. September 2006.
Thomas Burgener, Vorsteher des Departements
für Gesundheit, Sozialwesen und Energie, Ursula Bellwald
alias Sina.*



*Empfang des Botschafters Ihrer Britischen
Majestät am 4. April 2006.
T. Burgener, M. Mangisch, H. v. Roten, C. Roch, S.
Featherstone, D. Delaloye, R. Osborne, A.
Bushnell, S. Doig, H. Murmann, P.-C. Michaud, J.
P. Gross*

Le prix Rünzi a été remis le 22 septembre par le Gouvernement à Mme Ursula Bellwald – Sina, à titre de reconnaissance pour être l'ambassadrice d'un Valais résolument tourné vers l'avenir, grâce à sa voix exubérante et chaleureuse survolant les frontières internationales et nationales et sa brillante carrière musicale, alliant par le chant tradition et modernité, dialecte haut-valaisan et musique pop-rock.

Durant l'année, notre Exécutif a eu le plaisir de remettre un cadeau à 11 personnes à l'occasion de leur centième anniversaire :

- M. Meinrad Salzgeber, St-Germain
- Mme Marie Imwinkelried, Fiesch
- Mme Marie Luisier, Versègères
- Mme Simone Fardel, Montana
- Mme Margrit Hagen-Bayard, Eischoll
- Mme Ida Guntern, Brigue-Glis
- M. Jean Bérard, Bramois
- Mme Mina Marti, Brigue
- Mme Lia Schaller, Viège
- Mme Ida Caloz, Miège
- Mme Joséphine Rosale Beytrison, Vex

La Chancellerie d'Etat a organisé deux déjeuners-raclettes au Grand-Brûlé à Leytron, soit :

- avec les commissions permanentes du Grand Conseil, le 7 novembre
- avec les autorités judiciaires et religieuses, le 15 novembre.

Elle a également mis sur pied la séance des chefs de service, le 20 novembre.

Les huissiers-chauffeurs ont effectué des déplacements avec le Conseil d'Etat pour plus de 125'000 km.

AFFAIRES JURIDIQUES ET ADMINISTRATIVES

SECRÉTARIAT

Au cours de l'année 2006, la Chancellerie s'est acquittée des diverses tâches qui lui incombent et en particulier :

- l'acheminement et le traitement de 2'885 objets de correspondance adressés au Conseil d'Etat;
- la préparation de 53 séances du Conseil d'Etat;

- la rédaction du procès-verbal des séances du Conseil d'Etat, ce qui représente un total de 5053 décisions numérotées;
- la circulation de 65 dossiers auprès des membres du Conseil d'Etat;
- la légalisation de 3'044 documents;
- 212 attestations d'entrée en force de diverses décisions ainsi que la gestion des factures du service;
- la préparation et l'impression du Rapport de Gestion;
- la publication de 487 adjudications du Conseil d'Etat au Bulletin officiel.

PUBLICATIONS LEGISLATIVES

L'édition du Recueil des lois pour l'année 2005 (377 pages) a été distribuée mi-mars, la troisième livraison du Recueil systématique qu'en août 2006.

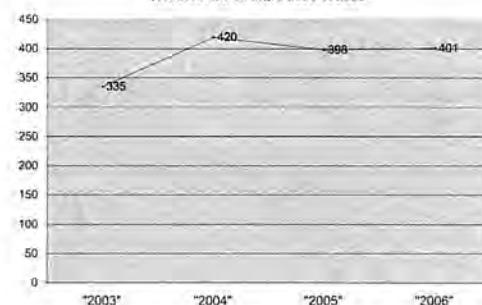
SERVICE JURIDIQUE DE LA CHANCELLERIE D'ETAT

La Chancellerie d'Etat par son service juridique traite des recours adressés au Conseil d'Etat contre les décisions de départements et de commissions cantonales (art 53 al.2 LPJA). Le nombre de recours adressés au Conseil d'Etat est important. Les statistiques montrent que le nombre de recours enregistrés en 2006, à savoir 401 recours entrés, est légèrement supérieur à celui de 2005 (398 recours entrés). Le service juridique de la Chancellerie d'Etat constitue un filtre important dès lors que sur les 401 recours enregistrés en 2006, seul le 10% de ceux-ci a été porté aux instances supérieures. De ces 40 décisions attaquées au Tribunal cantonal 11 ont été admises (soit environ le 25% des décisions attaquées devant le Tribunal cantonal ou environ le 2.5% des recours enregistrés en 2006).

REOURS ENTRÉS EN 2003, 2004, 2005 ET 2006 :

2003	335
2004	420
2005	398
2006	401

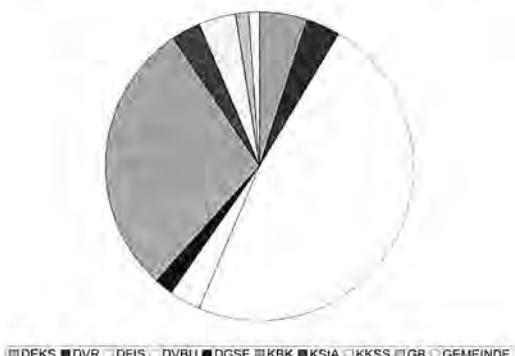
Recours entrés entre 2003 et 2006



Im Jahre 2006 eingegangene Beschwerden nach Sachgebiet

DEKS	20
DVR	14
DFIS	192
DVBU	14
DGSE	7
KBK	116
KSTA	12
KKSS	16
GB	6
GEMEINDE	4
Total	401

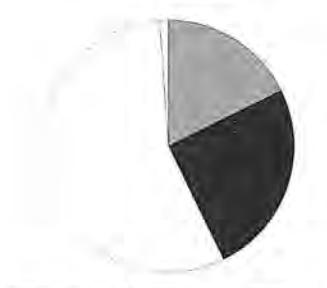
Aufteilung der Beschwerden nach Sachgebiet im Jahre 2006



Stand der im Jahre 2006 eingegangenen Beschwerden

Erledigt durch STRE	71
Abgeschrieben	100
Hängig	225
KG und BG	5
Total	401

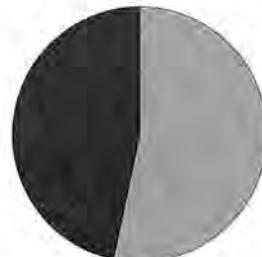
Stand der Beschwerden



Im Jahre 2006 durch den Rechtsdienst der Staatskanzlei erledigte Beschwerden:

Beschwerden vor 2006	187
2006 eingegangene Beschwerden	163
Total	350

Im Jahr 2006 erledigte Beschwerden



DEKS Departement für Erziehung, Kultur und Sport
DVR Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung
DFIS Departement für Finanzen, Institutionen und Sicherheit
DVBU Departement für Verkehr, Bau und Umwelt
DGSE Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie
KBK Kantonale Baukommission
KSTA Kantonale Stipendienkommission
KKSS kantonale Kommission für die Stassensignalisation
GB Grundbuch

Neben der Instruktion der Beschwerden an den Staatsrat und der Vorbereitung der Entscheidsanträge für den Staatsrat hat der Rechtsdienst der Staatskanzlei seine Meinung zu zahlreichen Gesetzes- oder Weisungsentwürfen abgegeben. Er hat insbesondere die technische und sprachliche Überprüfung der neuen Erlasse vorgenommen. Er gewährleistete die Veröffentlichung der kantonalen

Gesetzgebung im Amtsblatt sowie in der systematischen und jährlichen Gesetzesammlung. Er koordinierte und beantwortete eidgenössische Vernehmlassungen und parlamentarische Vorstösse. Er hat außerdem interne Weisungen erarbeitet und war in departementsübergreifende Angelegenheiten involviert. Er beteiligte sich beispielsweise an der Arbeitsgruppe zur Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen. Er führt Sonderaufgaben aus, wie die Leitung und Koordinierung des Projektes E-Government des Staates Wallis oder die Erarbeitung der Botschaft zum Gesetzesentwurf über den Beitritt des Kantons Wallis zur Rahmenvereinbarung für die interkantone Zusammenarbeit mit Lastenausgleich (IRV) vom 24. Juni 2005. Er hat auf Walliser Seite die Sekretariatsaufgaben des Rates Wallis-Aostatal wahrgenommen. Er hat schliesslich neun Disziplinarfälle instruiert und die Konsultativkommission für die durch einen Amtsträger gegenüber dem Staat verursachten Schäden präsidiert.

INFORMATION (I-VS)

Gesetz über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu Dokumenten (GIDOK)

Im Mai 2003 hat der Grosse Rat eine Motion angenommen, die den Staatsrat mit der Erarbeitung eines Informationsgesetzes beauftragte. Eine von der Regierung ernannte ausserparlamentarische Kommission lieferte ihren Bericht am 17. Juni 2004 ab. Am 20. September 2006 verabschiedete der Staatsrat die Botschaft und den Entwurf zum Gesetz über die Information der Öffentlichkeit und den Zugang zu Dokumenten (GIDOK). Die thematische Kommission Institutionen und Familienfragen entschied am 27. Oktober 2006, das GIDOK mit dem Datenschutzgesetz zu vereinigen. Aus diesem Grund trat die Kommission entgegen der Position der Regierung auf das Geschäft nicht ein. Am 29. November 2006 forderte der Staatsrat die kantonale Datenschutzkommission auf, einen Gesetzesentwurf vorzulegen, der die GIDOK-Vorlage und die Gesetzgebung über den Schutz von Personendaten vereinigt.

Externe Information

Im Jahr 2006 versandte I-VS an kantonale und ausserkantonale Medien 151 Mitteilungen in französischer Sprache und 147 in deutscher Sprache, was rund 350 Textseiten entspricht.

I-VS organisierte 41 Medienkonferenzen und stellte in diesem Zusammenhang mehrere hundert Seiten Hintergrunddokumentation bereit.

I-VS beantwortete rund 2'000 telefonische Anfragen teils von Medienvertretern, teils von Bürgerinnen und Bürgern. Ziel ist es, solche Anfragen innerhalb von 30 Minuten adäquat und umfassend zu beantworten.

Der kantonale Kalender für Medienkonferenzen und Anlässe wurde von I-VS zu Beginn des Jahres auf www.vs.ch aufgeschaltet und weist 133 Einträge auf. Die wichtigsten Elemente werden in beiden Kantonssprachen vermerkt. Wenn vorhanden, werden die Angaben mit der Internetseite des Organisators verlinkt.

Anlässlich der eidgenössischen und kantonalen Abstimmungen hat I-VS laufend in Echtzeit die detaillierten Resultate auf der Internetseite des Kantons veröffentlicht.

Interne Information

Die Mitarbeitenden der Kantonsverwaltung sollen regelmässig in beiden Sprachen über die Entscheide und Projekte der Behörden informiert werden.

Von Montag bis Freitag erstellt I-VS täglich eine Presseschau. Sie wird auf der kantonalen Intranetsseite ab 8.30 Uhr aufgeschaltet. Sie besteht aus einer Auswahl von Zeitungsartikeln, die nützliche Informationen für die tägliche Arbeit der Mitarbeitenden enthalten. I-VS hat im Laufe des Jahres insgesamt 247 Presseschauen zusammengestellt, die rund 3'700 Artikel umfassen.

I-VS lieferte den Departementen oder Dienststellen auf Wunsch themenorientierte Pressedossiers und stellte diesen auch Radio- und TV-Sendungen zu besonderen Dossiers zusammen.

I-VS erstellte auch ein Inventar über die Veröffentlichungen (Zeitschriften, Werke) des Kantons.

Beratung und Unterstützung

I-VS ist Ansprechpartner für sämtliche Dienststellen und Departemente. Die Anfragen reichen vom Umgang mit Medien, Ratschläge zu interner und externer Kommunikation über Erstellung von Broschüren, Richtlinien, Präsentationen.

Der Alert-Service wurde ausgebaut. I-VS identifiziert sofort die Beiträge der Presseagenturen, die das Wallis betreffen und leitet diese umgehend an die betroffenen Behörden und Kaderleute weiter. Im Jahr 2006 wurden rund 1'500 Agenturmeldungen per Mail oder per SMS weitergeleitet.

Der Dokumentationsdienst (Broking Service) kann noch ausgebaut werden. Er liefert innerhalb einer Stunde Unterlagen an die Mitarbeitenden der Verwaltung auf Basis von Datenbanken der Presseagenturen.

Grafisches Erscheinungsbild: Auf Vorschlag von I-VS hiess der

Staatsrat am 29. November 2006 die neue Version der Richtlinien zur Anwendung des kantonalen grafischen Erscheinungsbildes und seines Wappens und Logos gut.

Internet, Intranet, Extranet

Am 8. Februar hiess der Staatsrat die Richtlinie über die Veröffentlichung von Dokumenten auf der Internetseite des Kantons gut. Sie wurde von der Staatskanzlei und I-VS redigiert.

Die Website des Kantons ist ausgerichtet auf die Verwaltung und zuwenig kundenorientiert aufgebaut. Im Laufe des Jahres hat I-VS die weitere Vorgehensweise festgelegt. Es braucht ein Walliser Internetportal mit einem einzigen Zugang und es gilt die Erfahrung des Bundes bezüglich E-Administration zu nutzen. Dank E-Administration werden Bürgerinnen und Bürger Informationen und Formulare über das Internet selber herunterladen können. Eine Arbeitsgruppe erstellt zuhanden der Regierung Vorschläge in dieser Richtung.

I-VS hat auf der kantonalen Site eine neue Verwaltungsmethode (Single Sign-On) für User mit Zugangsrechten eingerichtet. Diese Massnahme verstärkt die Sicherheit und wird die Betriebskosten deutlich senken. Die Seite ist auch Personen mit Sehbehinderungen zugänglich und steht somit im Einklang mit dem Behindertengleichstellungsgesetz.

I-VS hat ein erstes Inventar der Inhalte vom deaktivierten Portal Valais-Info übernommen. Einige Elemente wurde bereits wieder auf der kantonalen Seite integriert (Enzyklopädie – Bilder des Wallis – Berufsbildung – Ausbildungs- und Berufsberatung - Sonderschulwesen).

I-VS hat nach Überprüfung folgende Seiten freigeschaltet : Baupolizei – Luftqualität – Sekretariat für Gleichstellung und Familie – Dienststelle für Jagd, Fischerei Wildtiere – Dienststelle für Kultur – Dienststelle für Strassen- und Flussbau – Sondertransporte – Europäischer Tag des Denkmalschutzes.

I-VS hat zuhanden der Dienststellen die ersten Werkzeuge bereitgestellt, die es erlauben Formulare für das Internet (E-Administration) zu erstellen. Das Pflichtenheft des Moduls für die Nationalrats- und Ständeratswahlen wurde angepasst. Das Werkzeug, für die kantonalen und eidgenössischen Abstimmungen kann jetzt auch für die Behandlung von Initiativen, Gegenentwürfen und Referenden genutzt werden.

WebPublishers: I-VS hat den Kontakt mit rund 90 Internet-Verantwortlichen der verschiedenen Dienststellen und Organisationseinheiten der Verwaltung verstärkt und ausgebaut. Diese Mitarbeitenden verfügen nun über ein Handbuch das Informationen zum grafischen Erscheinungsbild, (grafische Charta) zur Ergonomie (Benutzerfreundlichkeit) und zur Eigenbewertung der Leistungen zusammenfasst.



DEPARTEMENT FÜR FINANZEN INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT

VERWALTUNGSBERICHT 2006



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: JEAN-RENÉ FOURNIER
STELLVERTRETER: JEAN-MICHEL CINA**

FINANZEN, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT

Jean-René Fournier

Finanzverwaltung

Steuerverwaltung

Dienststelle für Personal
und Organisation

Rechtsdienst für Finanzen
und Personal

Kantonale Dienststelle
für Datenverarbeitung

Dienststelle für innere
Angelegenheiten

Verwaltungs- und Rechtsdienst
der Institutionen

Kantonspolizei

Dienststelle für Zivilstandswesen
und Fremdenkontrolle

Strafanstalten

Dienststelle für Strassenverkehr
und Schiffahrt

Dienststelle für zivile Sicherheit
und Militär

Dienststelle für Jagd, Fischerei
und Wildtiere

EINLEITUNG

FINANZEN

Das Jahr 2006 war geprägt durch die Fortführung der Bemühungen, die Kosten der öffentlichen Hand im Griff zu behalten sowie die Verwaltungsführung zu verbessern und optimieren.

Die Sparanstrengungen und die Optimierung der Verwaltungsführung erweisen sich als um so notwendiger, da die Aufgaben und Pflichten, welche vom Staat zu erfüllen sind, stetig steigen, während gleichzeitig der Bund dazu neigt, seine Verpflichtungen abzubauen.

Die Schwerpunkte und wichtigsten Projekte, welche in diesem Zusammenhang unser Departement betreffen, sind nachfolgend aufgeführt.

NFA – Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen

Das Schweizer Volk und die Kantone haben am 28. November 2004 die Verfassungsänderung bezüglich der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung (NFA) angenommen; die entsprechenden Gesetzesänderungen sind am 6. Oktober 2006 von der vereinigten Bundesversammlung verabschiedet worden.

Im Kanton Wallis hat ein von unserem Departement präsidiertes interdepartementaler Steuerausschuss dieses Projekt aufmerksam verfolgt und die Auswirkungen der NFA für den Kanton und die Gemeinden ausführlich analysiert. Der Bericht sowie ein Vorentwurf zu den kantonalen Gesetzesänderungen wurde erarbeitet und am 19. Februar 2007 in die Vernehmlassung gegeben.

Die im 2006 durchgeführten Arbeiten werden es erlauben, die NFA in der vom Bund vorgegeben Frist in Kraft zu setzen (1. Januar 2008). Mit den in einer ersten Phase vorgeschlagenen kantonalen Gesetzesänderungen soll eine Kostenübertragung auf die Gemeinden vermieden werden. Die Änderungen erfolgen mit einer schrittweisen Inkraftsetzung, welche die Umsetzung der NFA-Grundsätze in einer zweiten Phase ab 2011 in allen Bereichen der kantonalen Politik vorsieht.

Ausgaben- und Schuldenbremse

Der Voranschlag des Staates Wallis für das Jahr 2007, der zweite Voranschlag, der laut Verfassung der doppelten Ausgaben- und Schuldenbremse unterliegt, erfüllt mit einem Ertragsüberschuss von 27.4 Mio. Franken und einem Finanzierungs-Überschuss von 27.3 Mio. Franken die neuen gesetzlichen Vorgaben.

Sanierung der Vorsorgekassen

Die Arbeiten betreffend die Vorsorgeeinrichtungen des Kantons Wallis sind im Jahr 2006 fortgeführt worden. Diese bestanden hauptsächlich darin, einhergehend mit dem Gesetzesentwurf vom 23. November 2005, das neue Gesetz betreffend die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen am 12. Oktober 2006 zur Annahme durch den Grossrat zu führen.

Gleichzeitig wurden zum Inkrafttreten des erwähnten Gesetzes die Vorbereitungsarbeiten abgeschlossen. Diese richteten sich im Wesentlichen auf die Gesamtüberarbeitung der aktuellen Statuten der beiden Vorsorgekassen, welche außerdem in Grundreglemente umgewandelt wurden.

Vom Referendum wurde nicht Gebrauch gemacht, so dass das erwähnte Gesetz durch den Staatratsbeschluss vom 7. Februar 2007 rückwirkend auf 1. Januar 2007 in Kraft gesetzt wurde.

Gemeindefinanzen

Die Sektion Gemeindefinanzen hat durch das Institut für Wirtschaft und Tourismus der Hochschule Wallis in Zusammenarbeit mit dem Verband der Walliser Gemeinden eine Erhebung über die Zufriedenheit und die Bedürfnisse hinsichtlich Beratung und Unterstützung im Bereich Finanzen durchführen lassen.

Die Erhebung zeigt, dass die Leistungen der Sektion und die von ihr zur Verfügung gestellten Instrumente den Erwartungen der Benutzer entsprechen.

Die Auswertung der verschiedenen Daten hat gezeigt, dass die Sektion ihre Aufgaben zur Zufriedenheit der verschiedenen befragten Gruppen erfüllt.

Führung der Gesamtheit der Verwaltung durch Leistungsaufträge Die am 15. Dezember 2004 in das Gesetz über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle (FHG) eingeflossenen Änderungen sehen ab dem Jahr 2008 die Führung der gesamten Verwaltung durch Leistungsaufträge vor.

Im 2006 haben entsprechend diesen neuen gesetzlichen Vorgaben 36 Dienststellen ihr Budget auf der Grundlage der Leistungsaufträge erstellt, was nahezu 90% der Dienststellen des Kantons entspricht.

In Anwendung des Artikels 4 des Dekrets vom 14. September 2005 betreffend die strukturellen Massnahmen 2005-2009 und entsprechend der von der Geschäftsprüfungskommission des Grossrats genehmigten Methodik wurden die Organisation und die Leistungen von 4 Dienststellen unseres Departements eingehend untersucht.

Steuerverwaltung

Die Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des neuen Lohnausweises sind eingeleitet worden.

Hervorzuheben ist im Vergleich zu 2005 die beachtliche Zunahme der Grundbuchgebühren, ausgelöst durch den deutlichen Anstieg der Bautätigkeit, dies vorwiegend im Unterwallis.

Personalführung

Bei der letzten Umfrage wurden von den Mitarbeitern und in den Berichten der Geschäftsprüfungskommission des Grossen Rates sowie des Finanzinspektorats die Nachteile des derzeitigen Beurteilungssystems aufgezeigt.

Gestützt auf die Vorschläge eines spezialisierten Unternehmens, aller Dienstchefs sowie der Sozialpartner hat der Staatrat am 6. September 2006 beschlossen, die Verordnung über die Besoldung der Beamten und Angestellten des Staates Wallis zu ändern und auf 1. Januar 2007 ein neues Beurteilungs- und Führungssystem in der kantonalen Verwaltung einzuführen.

INSTITUTIONEN

Das Jahr 2006 fing mit der Reform von Art. 87 der Kantonsverfassung, der die Gemeindewahlen betrifft, an (Lesung über die Zweckmässigkeit). Diese Reform wird eine Revision des Gesetzes über die politischen Rechte zur Folge haben. Dieses Verfahren muss für die Gemeindewahlen von 2008 abgeschlossen sein.

Dieses Jahr war auch geprägt durch die Wiederaufnahme der Vorbereitungsarbeiten des neuen Enteignungsgesetzes, dessen Entwurf mit der begleitenden Botschaft im Verlaufe des ersten Trimesters 2007 dem Staatrat unterbreitet wird.

Im Kapitel «Gemeindefusionen» wird das Fusionsprojekt der Anniviers Gemeinden, das in der Volksabstimmung vom Dezember angenommen wurde, hervorgehoben. Weitere Projekte befinden sich noch in der Vorbereitung.

Auf dem Gebiet der Familienpolitik ist auf die Bereitstellung des neuen Gleichstellungs- und Familienrats sowie auf das Sekretariat

für Gleichstellung und Familie, namentlich auf die Erinnerung der neuen Verantwortlichen, hinzuweisen. Während des Jahres wurde durch die Organisation von öffentlichen Diskussionen, Kampagnen, Seminarien und Thementagen Sensibilisierungsarbeit zu Fragen der Gleichheit und der Familie geleistet. Die Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungs- und Familienrat wird ihren Abschluss darin finden, dass dem Staatsrat konkrete Massnahmen zu Gunsten der Familien und für die Vereinbarung von «Arbeit-Familie» vorgestellt werden.

SICHERHEIT

Im Zusammenhang mit der Verkehrserziehung kann zum Beispiel der Besuch von 1'863 Klassen während des Schuljahres 2005-2006 hervorgehoben werden. Dank einer ausgezeichneten Zusammenarbeit mit den Lehrkräften, den Gemeindepolizeien und den Verkehrsverbänden einerseits und dank der neuen Struktur der Verkehrserziehung andererseits, welche seit Januar 2006 der Verkehrskoordination der Gendarmerie angegliedert ist, hat diese Tätigkeit einen Aufschwung genommen.

Mit der Inkrafttretung des neuen Strafgesetzbuches und des Bundesgesetzes über das Jugendstrafrecht am 1. Januar 2007 hat sich die Direktion der Kantonalen Strafanstalten während des ganzen Jahres der Anpassung der unterschiedlichen Gefängnisstrukturen des Kantons gewidmet.

Nachdem die Dienststelle für Straßenverkehr und Schifffahrt im Jahre 2005 auf Probleme gestossen ist, insbesondere infolge der Einführung des neuen Informatiksystems «Cari», wurde ein Institut beauftragt, eine Qualitätsumfrage bei den Kunden durchzuführen. Gleichzeitig wurden die Informatik- und Organisationsabläufe hinsichtlich der Erfüllung der Anforderungen untersucht. Unterschiedliche Massnahmen zur Wiederherstellung der Situation sind gegenwärtig im Gang und werden von einem durch das Departement bezeichneten Pilotkomitee geleitet.

**Der Vorsteher des Departements
für Finanzen, Institutionen und Sicherheit**
Jean-René Fournier



ALLGEMEINE VERWALTUNG

Organisation und Personal

Dienststelle	Anzahl Stellen
Finanzverwaltung	46.50
Steuerverwaltung	136.55
Dienststelle für Personal und Organisation	9.00
Rechtsdienst für Finanzen und Personal	3.50
Kantonale Dienststelle für Informatik	31.75
Dienststelle für innere Angelegenheiten	9.50
Verwaltungs- und Rechtsdienst des Institutionen	12.00
Betreibungsamt Sitten	10.50
Betreibungsamt Siders	9.50
Gleichstellungsbüro	2.50
Kantonspolizei	448.30
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	41.90
Strafanstalten	84.50
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	58.00
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär	57.20
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere	32.00
Total	993.20

1. Motionen

1.048 Motion von Grossrat Felix Ruppen (CVPO) und Mitunterzeichnenden betreffend Besoldung der Kantonspolizei.

Die Motion wurde in der Aprilsession 2006 als Postulat angenommen.

Diese Motion verlangt, dass Artikel 8 des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 20. Januar 1953 in dem Sinne abgeändert wird, dass die Besoldung der Mitglieder der Kantonspolizei gleich geregelt wird wie jene der übrigen Staatsbeamten. Wie der Staatsrat in seiner Antwort hervorgehoben hat, würde die Umsetzung der Motion eine wesentliche Änderung des vorerwähnten Gesetzes oder sogar die Erarbeitung eines neuen spezifischen Gesetzes erfordern, in dem die Grundsätze des Besoldungssystems aufgestellt würden und das anschliessend durch eine Verordnung ergänzt würde, die in der alleinigen Kompetenz des Staatsrates liegt. Aufgrund des grossen Arbeitsvolumens, das eine Gesetzesänderung oder die Erarbeitung eines neuen Gesetzes mit sich bringen würde, gilt es abzuwägen, ob sich diese Arbeit aufgrund der von den Motionären verfolgten – vorwiegend formellen – Zielsetzung überhaupt rechtfertigt. In diesem Sinne wurde die Motion in ein Postulat umgewandelt und in dieser Form angenommen. Die Überprüfung der Frage ist im Gange.

1.051 Motion der Kommission IFA, durch Grossrätin Francine Cutruzzola, betreffend Harmonisierung der Gesetzgebung im Bereich der Besoldung des Polizeikorps mit der Gesetzgebung im Bereich der Besoldung in der öffentlichen Verwaltung.

Die Motion wurde in der Aprilsession 2006 als Postulat angenommen.

Diese Motion verlangt vom Staatsrat eine Harmonisierung der Gesetzgebung über die Besoldung der Mitglieder der Kantonspolizei mit jener über die Besoldung der Beamten, wobei Spezialbestimmungen für die Kantonspolizei vorbehalten werden. Diese Motion, die vorwiegend formellrechtliche Aspekte (Neugestaltung der gesetzlichen Grundlagen) umfasst, verfolgt die gleiche Zielsetzung wie der Vorstoss 1.048. Aus denselben Gründen wie Letzterer wurde sie deshalb in ein Postulat umgewandelt und als solches angenommen. Die Arbeiten zur Überprüfung dieser Frage sind im Gange.

1.056 Motion der CVPM, durch die Herren Jacques Melly und Pascal Rey betreffend Abänderung des Dekretes betreffend die Gewährung von Finanzhilfen zur Sanierung von Gemeinden mit prekären Finanzen vom 4. September 2003 (16.12.2005).

Motion als verwirklicht betrachtet, Aprilsession 2006

Die Motionäre verlangen, dass die Gemeinden, die Finanzhilfen erhalten, ihre Kostenvoranschläge und Rechnungen zwingend dem Finanzinspektorat zu unterbreiten haben. Dieses Ziel ist mit der aktuellen Gesetzgebung bereits erzielt, insbesondere mit Artikel 15 Absatz 3 des Gemeindegesetzes vom 5. Feb. 2004.

Betreffend den weiteren Verlauf der finanziellen Situation der Gemeinden erinnert der Staatsrat, dass das Finanzinspektorat die Befugnis hat, alle Kontrollen durchzuführen, die für notwendig gehalten werden, dies neben der Betreuung der Gemeinden durch die Kantonale Finanzverwaltung. Ausser-

dem werden die Sanierungsverträge von einem Experten kontrolliert.

Der Staatsrat sieht es als nicht gerechtfertigt und nicht notwendig eine neue Gesetzesgrundlage zu schaffen. In diesem Sinne kann die Motion als verwirklicht betrachtet werden.

- 1.061 Motion von Grossrat (Suppl.) Patrick Bérod und Mitunterzeichnende betreffend Anpassung der Gemeindewahlen an die briefliche Stimmabgabe (14.03.2006)

Die Motion wurde im Sinne der Antwort des Staatsrates angenommen (Septembersession 2006).

Die Motion verlangt vom Staatsrat die Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte, um eine vorgezogene Teilauszählung der Gemeindewahlen zu ermöglichen. Sie wird mit der Reform, die für dieses Gesetz in den Jahren 2007–2008 vorgesehenen ist, vor den nächsten Gemeindewahlen 2008 konkretisiert werden.

- 1.062 Motion der Grossrätin (Suppl.) Laura Kronig (SPO) und des Grossrates (Suppl.) Marc Kalbermatter betreffend persönliche Abzüge für die Kantons- und Gemeindesteuern: Gleichbehandlung der Familien/Eltern mit Schülerinnen und Schülern (14.03.2006)

In der September – Session 2006 wurde diese Motion angenommen

Die Motion verlangt die Anpassung des Abzuges an die effektiven Kosten für Schüler/innen der Orientierungs- und Mittelschulstufe bei Aufenthalt in einem Internat oder bei einer Gastfamilie.

- 1.066 Motion der GRL-Fraktion, durch Grossrätin Marie-Claude ECOEUR und Grossrat André VERNAY, betreffend einheitliche Alarm- und Einsatzzentrale (14.03.2006).

Motion an der Session Oktober 2006 angenommen.

Die Motion ersucht den Staatsrat, den Entwurf zur Revision des Gesetzes über die Organisation des Rettungswesens zu unterstützen.

- 1.087 Motion von Grossrat Edmond Perruchoud und Mitunterzeichnende betreffend Gesetz über die Beteiligung des Kantons und der Gemeinden an halbstaatlichen Einrichtungen.

Die Motion wurde in der Novembersession 2006 teilweise angenommen.

Diese Motion verlangt, dass der Staatsrat einen Gesetzesentwurf über den Bereich der Beteiligung des Kantons und der Gemeinden an juristischen Personen ausarbeitet. Sie wurde angenommen, soweit sie die Beteiligung des Kantons, nicht jedoch jene der Gemeinden betrifft. Die Vorbereitungsarbeiten für die künftige Gesetzgebung wird in Kürze beginnen.

2. Postulate

- 1.042 Postulat von Grossrat (Suppl.) Bernhard Bittel (CSPO) und Mitunterzeichnenden betreffend Sonderbericht des Staatsrates betreffend Unwetterkatastrophen (13.09.2005)

Postulat im Sinne der Antwort angenommen in der Märzesession 2006.

Das Postulat verlangt vom Staatsrat die Inventarisierung und Überprüfung der aufgrund bisheriger Ereignisse getroffenen

Massnahmen sowie die Verfassung eines Sonderberichtes mit Angabe der Sondermassnahmen und der Interventionen der Walliser Regierung damit der Bund in wichtigen Bereichen des Schutzes genügend finanzielle Mittel bereitstellt. Im Rahmen der Hochwasserschutzstrategie sollen die Gefahrenkarten (bis 2011) und die prioritären Projekte im Bereich der Wasserläufe (bis 2015) abgeschlossen werden. Zudem wurden Massnahmen im Bereich der Alarmierung sowie die neuen Organisationskonzepte für Feuerwehr und Zivilschutz umgesetzt. Eine Gesetzesrevision im Bereich Rettungswesen und Katastrophen wurde eingeleitet.

- 1.047 Postulat von Grossrat Thomas Lehner (CVPO) betreffend Auszahlung bei den Grossratswahlen (08.11.2005)

Das Postulat wurde im Sinne der Antwort des Staatsrates angenommen (Aprilsession 2006).

Die Umsetzung dieses Postulats erfordert keine Änderung der Gesetzgebung. Es kann anlässlich der nächsten Parlamentswahlen konkretisiert werden (Herstellung der Wahlzettel). Das Postulat wurde im Sinne der Antwort des Staatsrates angenommen (Aprilsession 2006).

- 1.053 Postulat von Grossrätin (Suppl.) Sandrine Desponds (PS/AdG) und Mitunterzeichnenden betreffend Änderung von Artikel 21 Absatz 8 der Verordnung betreffend die Besoldung der Mitglieder des Korps der Kantonspolizei vom 20. Dezember 1995 und von Artikel 25 Absatz 6 der Verordnung über die Besoldung der Beamten und Angestellten des Staates Wallis vom 10. Juli 1997.

Postulat an der Session April 2006 angenommen

Diese Motion verlangt, dass die vorerwähnten Bestimmungen in dem Sinne abgeändert werden, dass der Besoldungsanspruch bei Mutterschaft bereits zwei Wochen vor dem Ende der Schwangerschaft beginnen kann. Die Arbeiten zur Prüfung dieses Postulates sind im Gange.

- 1.055 Postulat der Grossrätin Marie-Noëlle Massy-Mittaz (PDCC) und des Grossrates (Suppl.) Jérémie Rey (PDCC) betreffend den Abzug der tatsächlichen, üblicherweise anfallenden Kosten für die Betreuung von Kindern bis zum Alter von 12 Jahren (16.12.2005).

In der April – Session 2006 wurde dieses Postulat angenommen

Das Postulat verlangt die Anpassung des Abzuges an die tatsächlichen, üblicherweise anfallenden Kosten für die Betreuung von Kindern bis zum Alter von 12 Jahren.

- 1.064 Postulat der GRL-Fraktion, durch Grossrätin Marie-Claude ECOEUR und Grossrat André VERNAY, betreffend Polycom: eine gute Sache für das Wallis (14.03.2006).

Postulat an der Session Oktober 2006 angenommen.

Das Postulat ersucht den Staatsrat, einen Bericht über den Fortschritt der Arbeiten für das Kommunikationsnetz Polycom zu erstellen und die Angelegenheit aufmerksam zu verfolgen, insbesondere in Bezug auf die Kosten.

- 1.065 Postulat der GRL-Fraktion, durch Grossrat André VERNAY und Grossrätin Marie-Clade ECOEUR, betreffend Fusion der Kantons- und Gemeindepolizei: für eine effiziente und bürgernahe Polizei (14.03.2006).

Postulat an der Session Oktober 2006 angenommen.

Das Postulat wurde zur Umsetzung mittels Berichterstellung an den Staatsrat weitergeleitet.

- 1.067 Postulat des Grossrates (Suppl.) Pierre-Jean Darbellay (PDCB) und Mitunterzeichnender betreffend weniger Papierkrieg bei den Steuern (14.03.2006)

In der September – Session 2006 wurde dieses Postulat angenommen.

Das Postulat verlangt die Bündelung der administrativen Kräfte, zwischen Kanton und Gemeinden, betreffend Fakturierung und Inkasso der Steuern.

- 1.074 Postulat der SPO-Fraktion, durch Grossrat (Suppl.) Marc Kalbermatter, betreffend Anpassung der kantonalen Gesetzgebung an das Partnerschaftsgesetz (16.03.2003)

Postulat in der Oktobersession 2006 angenommen.

Am 12. Oktober 2006 hat der Grosse Rat in einer Lesung das Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft, welches am 1. Januar 2007 in Kraft getreten ist, angenommen.

- 1.075 Postulat der UDC-SVP-Fraktion, durch Grossrat Laurent GAVILLET, betreffend Sparpotential durch Polycom im Wallis (11.04.2006).

Postulat an der Session Oktober 2006 angenommen.

Das Postulat ersucht den Staatsrat, einen Bericht über den Fortschritt der Arbeiten für das Kommunikationsnetz Polycom zu erstellen und die Angelegenheit aufmerksam zu verfolgen, insbesondere in Bezug auf die Kosten.

- 1.076 Postulat der UDC/SVP-Fraktion, durch Grossrat Laurent GAVILLET, betreffend nationales Führungszentrum Polycom (11.04.2006).

Postulat an der Session Oktober 2006 angenommen.

Das Postulat ersucht den Staatsrat, einen Bericht über den Fortschritt der Arbeiten für das Kommunikationsnetz Polycom zu erstellen und die Angelegenheit aufmerksam zu verfolgen, insbesondere in Bezug auf die Kosten.

- 1.080 Postulat der Grossrätinnen Susanne Hugo-Lötscher (SPO), Graziella Walker Salzmann (CSPO), Marylène Volpi Fournier (SPO), Véronique Maret (suppl.) (PS/AdG), Marcelle Monnet-Terretaz (PS/AdG) und Mitunterzeichnenden betreffend Umsetzung des gesetzlichen Gleichstellungsauftrages in der Kantonsverwaltung (11.04.2006)

Postulat angenommen in der Oktober-Session

Das Postulat verlangt vom Staatsrat, innerhalb der Verwaltung abzuklären inwieweit dem Gesetzesauftrag für die tatsächliche Gleichstellung von Frau und Mann und gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit in allen Bereichen der Verwaltung seit Inkraftsetzung des Gleichstellungsgesetzes vor zehn Jahren nachgelebt wurde.

- 1.081 Postulat von Herrn Grossrat Beat Abgottspion (CVPO) betreffend die Vorschüsse (12.04.2006).

Postulat im Sinne der Antwort angenommen, Oktobersession 2006

Das Postulat ersucht um mehr Transparenz bei den Arbeitsmethoden und der Budgetverwaltung. Dies ist auch der Wille

des Staatsrates. Der Staatsrat verweist auf die bereits bestehenden Instrumente, welche die Transparenz nach innen und nach aussen gewähren. Es handelt sich unter anderem um die Richtlinien des Finanzinspektorates, der Trennung der Aufgaben bei der Erfassung, der Validierung und Ausführung sowie um die Instruktionen betreffend die Jahresabschlüsse. Die Zahlungen an die Lieferanten können nur nach Validierung durch den Verantwortlichen erfolgen. Was den Sonderfall beim DSFB betrifft, hat der Staatsrat angemessene Massnahmen ergriffen und ist der Ansicht, dass keine neuen Arbeitsmethoden notwendig sind. Die vorhandenen Instrumente sind genügen.

- 1.082 Postulat der CSPO, von Grossräatin Graziella Walker Salzmann und Mitunterzeichnenden betreffend demographische Entwicklung und Familienpolitik (13.04.2006).

Postulat wurde in der Augustsession 2006 angenommen.

Das Postulat fordert die Regierung auf, eine umfassende Bestandesaufnahme vorzunehmen und dabei auch aufzuzeigen, welche Klassenzahl in den letzten vier Jahren geschlossen wurde und in den nächsten fünf Jahren geschlossen werden muss. Es wurde vorgeschlagen eine Fachgruppe einzusetzen die ein umfassendes Massnahmepaket vorschlägt, welches darauf abzielt, den Negativtrend in der demographischen Entwicklung zu stoppen und eine positive Entwicklung im Kanton Wallis sicherzustellen. Die Gemeinden sind in erster Linie verantwortlich für Schulzeiten zu Gunsten der Familien, sowie für die Einrichtung von Kinderkrippen, wie dies im Jugendgesetz vorgesehen ist. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist ein wichtiges Thema, das unterstützt werden muss. Der Rat für Gleichstellung und Familie dient als Arbeitsgruppe um die erforderlichen Massnahmen für eine kohärente und moderne Familienpolitik vorzuschlagen.

- 1.086 Postulat der PDC-Abgeordneten des Bezirks Siders, durch die Grossräte Christophe Lamon (Suppl.), Jean-Pierre Rouvinez, Pascal Rey, Alain de Preux, Christian Favre (Suppl.), Charles-André Bagnoud und Grossrätin (Suppl.) Andréane Theytaz betreffend Steuererleichterungen für saubere Energie (10.05.2006)

In der Dezember – Session 2006 wurde dieses Postulat angenommen

Das Postulat verlangt, dass der Mietwert des Gebäudes im Umfang der Energiemehrkosten zwischen der Installation einer sauberen Anlage gegenüber einer schmutzigen Anlage reduziert wird.

- 1.088 Postulat der PS/AdG, von Grossräatin Michelle Grandjean und Mitunterzeichnenden betreffend Bildung einer Arbeitsgruppe (10.05.2006).

Postulat wurde in der Dezemberession 2006 angenommen.

Das Postulat fordert die Regierung auf eine kantonale Arbeitsgruppe zu gründen, die eine Auflistung erstellt, die durch die missbräuchliche Nutzung pornographischer Bilder verursachten Probleme und deren Auswirkung auf die Jugendlichen aufzeigt. Ebenfalls wurde verlangt die schon bestehenden Strukturen zu koordinieren und die Eltern bei der Erziehung zu unterstützen. Der Staatsrat unterstützt die Notwendigkeit eine Arbeitsgruppe zu bilden um eine Bestandesaufnahme vorzunehmen, die Massnahmen zu überprüfen die der Staat ergreifen könnte um die Eltern bei der Erziehung zu unterstützen sowie die Minderjährigen zu schützen.

		2005	2006
1.094 Postulat der GRL-Fraktion durch Grossrätin Anne-Marie Sautier-Luyet und die Grossräte Narcisse Crettenand und Pierre-Alain Reynard betreffend Unvereinbarkeiten (08.06.2006)			
Das Postulat wurde angenommen, was die Unvereinbarkeiten in Verbindung mit der Lehrerschaft betrifft; es wird in der laufenden Revision des Statuts der Lehrerschaft beurteilt werden; betrifft das DEKS			
	- Behörden und Staatskanzlei	34	59
	- Departement für Finanzen, Institutionen und Sicherheit	177	149
	- Departement für Gesundheitswesen, Sozialwesen und Energie	93	112
	- Departement für Erziehung, Kultur und Sport	195	150
	- Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung	129	123
	- Departement für Verkehr, Bau und Umwelt	421	418
	Total	1'049	1'011

FINANZVERWALTUNG

Sektion Regierungscontrolling

Die Sektion Regierungscontrolling ist sowohl auf Ebene des Staates Wallis als auch auf Ebene des Departements für Finanzen, Institutionen und Sicherheit (DFIS) mit folgenden Aufgaben betraut: Leitung der Entwicklung und Einführung von Controllinginstrumenten, Erarbeitung von technischen Weisungen zuhanden der Controllingorgane der Departemente und Dienststellen sowie Analyse der drei Leistungsauftragsebenen und der entsprechenden Controllingberichte zuhanden des Departementsvorstehers und des Staatsrates. Zudem nimmt die Sektion Regierungscontrolling Sonderaufgaben für den Departementsvorsteher und den Staatsrat wahr.

Im Einklang mit den im operativen Leistungsauftrag der Dienststelle festgelegten Zielen hat die Sektion Regierungscontrolling im Jahre 2006 folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Begleitung der Umsetzung der Massnahmen hinsichtlich des Inkrafttretens der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) (1 Vollzeiteinheit),
- Fortsetzung der flächendeckenden Einführung der Führung über Leistungsaufträge bei sämtlichen Dienststellen der Verwaltung, Einsetzung der Controllingorgane und Schulung der Verantwortlichen (1 Vollzeiteinheit),
- Entwicklung der verschiedenen Module der Applikation e-DIKS und der SAP-Schnittstellen (1 Vollzeiteinheit),
- verschiedene Entwicklungen und SAP-Benutzersupport (0.5 Vollzeiteinheiten),
- Mitarbeit bei der Erstellung der integrierten Mehrjahresplanung (0.4 Vollzeiteinheiten),
- Umsetzung des Dekrets betreffend die strukturellen Massnahmen 2005-2009 (0.1 Vollzeiteinheiten).

Die Begleitung der Umsetzung der NFA nahm mehr Zeit in Anspruch als ursprünglich geplant, was eine Neuge wichtung gewisser Prioritäten, namentlich jener im Zusammenhang mit dem Departementscontrolling, bedingte.

Die Ergebnisse der Leistungsindikatoren, welche im Jahr 2006 für die Sektion Regierungscontrolling festgelegt waren, sind im Kommentar zur Rechnung enthalten.

Sektion Finanzanalysen und Finanzplanungen

Als eine der Hauptaufgaben prüft die Sektion gemäss Art. 34 FHG zu Handen des Staatsrates alle Vorhaben, die finanzielle Auswirkungen haben auf ihre Wirtschaftlichkeit und Zweckmässigkeit und ihre finanzielle Belastung.

In diesem Zusammenhang hat die Sektion mehr als 1000 Dossier geprüft und beurteilt. Die überprüften Dossiers verteilen sich wie folgt:

Hauptbuchhaltung

Bei den durchgeföhrten Arbeiten im Verlauf des Jahres 2006 handelt es sich namentlich um

Abschluss der Staatsrechnung

Der Abschluss des Jahres 2005 erfolgte zum siebten Mal mit SAP. Die Anwendung von Abschlussdossiers mit den aufgeföhrten und zu tätigen Aufgaben brachte eine merkliche Verbesserung mit sich und stellte die fristgerechte Erarbeitung des Berichtes und der Rechnung sicher.

Verwaltung der Tresorerie

Im Jahr 2006 sind auf dem Kontokorrent des Kantons Transaktionen im Gegenwert von 11,817 Mia. Franken ausgeführt worden.

Die Liquidität herkommend aus dem Kantonsanteil der freien Aktien der SNB von 1'156,7 Mia. Franken sind in zehn wöchentlichen Tranchen zwischen dem 12. Mai und dem 14. Juli 2005 eingegangen und zur Rückzahlung von fälligen Anleihen benutzt worden, sowie zur Finanzierung des rollenden Fonds des Staates. Die überschüssigen Gelder wurden kurzfristig angelegt. Im Verlauf des Jahres 2006 wurden 88 Festgeldanleihen im Gesamtwert von 3,237 Mia. Franken getätigt. Im gleichen Zeitraum wurden 88 fällige Anleihen im Gesamtbetrag von 3,222 Mia. Franken zurückbezahlt. Die am 31.12.2006 noch offenen 11 Anleihen belaufen sich auf 510 Mia. Franken. Die Zinsen der Anleihen belaufen sich auf 11,997 Mia. Franken, was einem mittleren Zinssatz von 1,3498 % entspricht.

Verwaltung der Verwaltungsschuld

Im Jahr 2006 ist keine kurzfristige Anleihe abgeschlossen worden.

Verwaltung der konsolidierten Schuld

Im Verlauf des Jahres 2006 sind keine Festgeldanleihen abgeschlossen worden. Im gleichen Zeitraum wurden 9 Anleihen im Gesamtbetrag von 240 Mia. Franken zurückbezahlt.

Die konsolidierte Schuld ging von Fr. 1'193'000'000.– auf Fr. 953'000'000.– zurück. Die Zinsbelastung machte 39,139 Mia. Franken aus (inklusive Anteile an Emissionsverlusten), was einem mittleren Zinssatz von 3,6313 % entspricht.

Verwaltung der Schuld der Spitäler

Es ist festzuhalten, dass dies die Anleihen für Investitionen betrifft, welche vor dem 31.12.1989 bewilligt wurden und für welche der Kanton im Sinne des Gesetzes vom 17.11.1988 über die Subventionierung der Spitäler die jährlichen Zins- und Amortisationskosten

übernimmt.

Nach der Verbuchung der Zinsen von 6,507 Mio. Franken und der Amortisation von 11,493 Mio. Franken für das Jahr 2006, beträgt am 31.12.2006 die Schuld der Spitäler 167,746 Mio. Franken. Die gewährten Darlehen des Kantons an die Spitäler entsprechen der Gesamtschuld der Spitäler.

Zahlungsverkehr

Die Sektion Zahlungsverkehr nahm die interne Kontrolle und die Validierung von rund 241'914 Zahlungsaufträgen (davon 50'223 BPR) im Betrag von mehr als 2,008 Mia. Franken vor. Mit eingeschlossen ist die Bearbeitung von Zahlungsaufträgen für die Gehälter und andere Dienstleistungen. Die Zahl der Transaktionen mit DTA und BPR belaufen sich auf 358'912 im Betrag von 2,612 Mia. Franken.

Reformprojekte der Finanzbuchhaltung

Die Implementierung von Bereichseinheiten in die SAP-Umgebung ist fortgeführt worden, insbesondere mit der Migration der Fakturations-, Inkasso- und Eintreibungsprozeduren. Alle Dienststellen können nun die Fakturierung mit Hilfe des neuen Werkzeuges durchführen und die neue Debitorenbuchhaltung benutzen, ausgenommen davon sind gewisse Dienststellen, die von besonderen Entwicklungen auf der alten CGE Applikation profitieren und für welche die Migration während des Jahres 2007 erfolgen müsste.

Die Buchhaltung der Agrarkredite ist in die SAP-Umwelt integriert worden. Die Dezentralisierung der Erfassung der Zahlungen ist bei den Berufsschulen während des Jahres 2006 erfolgt.

Ausbildung SAP

Ein besonderer Akzent wurde auf die Ausbildung der Benutzer, insbesondere für das neue Instrument der Fakturierung und Debitorenbuchhaltung gelegt worden. 170 Personen haben an den Kursen teilgenommen, was ein Gesamttotal von 21 Ausbildungstagen ausmacht.

Amt für Statistik

Wie jedes Jahr sind mehrere Dokumente im Verlauf des Jahres 2006 durch das kantonale Amt für Statistik herausgegeben worden: das quartalsweise erscheinende Bulletin Statistische Berichte sowie das Wallis in Zahlen, welches durch die Walliser Kantonalbank finanziert wird. Die Arbeiten für das Statistische Jahrbuch 2006 gehen dem Ende entgegen. Das Jahrbuch wird Anfang 2007 herausgegeben. Das Amt beteiligte sich auch an der Erarbeitung des quartalsweise veröffentlichten Memento des Conseil du Léman mit dem Titel Chiffres clefs de l'Espace lémanique, dies in Zusammenarbeit mit den Kantonen Waadt und Genf sowie mit der INSEE Rhône Alpes, ebenso beteiligte sich das Amt an der monatlichen Publikation der Wirtschaftsindikatoren der Walliser Kantonalbank sowie der quartalsweise erscheinenden Publikation des Crée der Universität Lausanne und des KOF ETH Zürich betreffend den Geschäftsgang der Walliser Industrie.

Die Schwerpunkte des Jahres 2006 waren einerseits die aktive Teilnahme am Verlauf der Betriebszählung 2005 (Arbeitsstätten und Unternehmen), deren endgültige Ergebnisse kürzlich durch das Bundesamt für Statistik veröffentlicht worden sind.

Gemeindefinanzen

Hilfestellung, Beratung und Unterstützung der Gemeinden

Die Sektion Gemeindefinanzen hat in Zusammenarbeit mit dem Verband der Walliser Gemeinden das Institut für Wirtschaft und Tourismus der Hochschule Wallis beauftragt, im Bereich der Gemeindefinanzen eine Erhebung über die Zufriedenheit und die Bedürfnisse hinsichtlich Beratung und Unterstützung durchzuführen.

ren.

Diese Erhebung hat in Bezug auf die durch die Sektion erbrachten Leistungen und der zur Verfügung gestellten Hilfsmittel bei den Befragten den Grad der Zufriedenheit aufgezeigt.

Aufgrund der Auswertung der verschiedenen Daten lässt sich schliessen, dass die Sektion ihre Aufgaben zur Zufriedenheit der verschiedenen befragten Gruppen erfüllt.

Interkommunaler Finanzausgleich

Wie im Jahr 2005 wurde entsprechend dem Entscheid des Grossen Rates vom 10. Februar 2005 die Speisung des Fonds des interkommunalen Finanzausgleichs auf Fr. 18 Mio. begrenzt. Wir erinnern an Art. 4 der Verordnung zum interkommunalen Finanzausgleich, wonach der ordentliche Finanzausgleichsbetrag pro Gemeinde maximal Fr. 325'000.– beträgt.

Im Jahr 2006 sind 49 Gemeinden (unter Berücksichtigung der letzten Gemeindefusionen) in den Genuss eines Beitrags aus dem ordentlichen Finanzausgleichsfonds im Gesamtbetrag von Fr. 14.1 Mio. gekommen. Der Spezialfonds ist für Gemeinden mit prekärer Finanzlage bestimmt und beträgt Fr. 2.7 Mio. (inkl. Zahlungen für Finanzcoa-chings von Gemeinden). Die Spezialhilfe ging an 40 Gemeinden, welche auf Verlangen der Geschäftsprüfungs-kommission des Grossen Rates nachfolgend aufgeführt sind:

Goms	: Bellwald – Binn – Ernen – Lax
Oestlich Raron	: Filet – Mörel – Riederalp
Brig	: Eggerberg – Mund
Visp	: Grächen – Saas-Almagell – Saas-Balen – Saas-Grund – Vispertermini – Zernez
Westlich Raron	: Aussenberg – Bürgen – Eischoll – Ferden – Hohtenn – Kippel
Leuk	: Bratsch – Oberems
Sierre	: Ayer – Grimentz – St-Luc – Vissoie
Hérens	: Evolène – Mase – Nax
Sion	: Grimisuat – Salins – Veysonnaz
Conthey	: Chamoson
Martigny	: Isérables
Entremont	: Bourg-St-Pierre
St – Maurice	: Finhaut – Massongex
Monthey	: Champéry – St-Gingolph

Im Weiteren wurde gestützt auf Art. 2 der Verordnung über Gemeindefusionen vom 8. Juni 2005 aus dem Finanzausgleichsfonds eine Einlage von Fr. 891'925.00 in den Spezialfonds zur Förderung von Gemeindefusionen getätigten.

Gemeinderechnungen

Das Erfassen der Gemeinderechnungen 2005 erlaubt wie jedes Jahr eine Finanzanalyse pro Gemeinde, pro so-zioökonomische Region und pro Einwohner wie auch über die Walliser Gemeinden insgesamt. Es sei erwähnt, dass diese Statistikauswertungen rund 30 Kennzahlen für jede Gemeinde umfassen und diesbezüglich den Anforderungen des Bundes und des Kantons entsprechen.

Sektion Versicherungen und Ökonomat

Was die Liegenschaftstransaktionen im Finanzvermögen anbelangt, so gilt es insbesondere darauf hinzuweisen, dass der Staatsrat dem Verkauf von zwei Liegenschaften grundsätzlich zugestimmt hat. Eine Liegenschaft befindet sich in der Landwirtschaftszone von Fully, die andere in der Bauzone von Monthey. Die zwei entsprechenden Verträge wurden im April beziehungsweise im Juli 2006 unterzeichnet.

Eine Liegenschaft in der Gemeinde St-Maurice, welche aus einer herrenlosen Erbschaft aus dem Jahre 2005 stammt und je zur Hälfte dem Staat Wallis und der Gemeinde St-Maurice (letzter Wohnort

der Verstorbenen) übertragen wurde, konnte ebenfalls verkauft werden. Der entsprechende Vertrag wurde im März 2006 unterzeichnet.

Im Bereich Ökonomat ist zu erwähnen, dass die Einnahmen aus dem Verkauf der Gesetzgebungen zum zweiten Mal in Folge rückläufig waren, dies seit dem die kantonale Gesetzgebung auf der Internetsite des Kantons Wallis abrufbar ist.

Ausserdem kam es in diesem Sektor zu einer Neuorganisation. Der Verkauf der kantonalen Gesetzgebungen wurde Ende 2006 der Staatskanzlei übertragen.

Sektion Gehälter

Der Landesindex der Konsumentenpreise erreichte Ende Dezember 2005 den Stand von 105.2 Punkten, was einer Zunahme von 1,0 Punkten gegenüber der gleichen Periode im vorhergehenden Jahr entsprach. Die effektive Teuerung belief sich demnach auf 0,96%. Es wurde eine Lohnerhöhung von 1,0% gewährt.

Die durch die Sektion Gehälter im Jahr 2006 ausbezahlten Bruttogehälter inklusive Familienzulagen betrugen Fr. 697'621'748.–, was einer Erhöhung von Fr. 14'714'127.– gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Zusätzlich erfolgten 8'659 Zahlungen über einen Bruttopreis von Fr. 9'505'951.– an die Mandatsträger (im Vorjahr 8'773 Zahlungen über Fr. 9'169'556.–).

Die Massnahmen zur Förderung der Vorpensionierung wurden weitergeführt. Der Betrag der Kapitalabfindung beträgt maximal Fr. 25'000.–. Von dieser Massnahme haben 115 Personen (33 Beamte und 82 Lehrpersonen) Gebrauch gemacht. Der Totalbetrag belief sich auf Fr. 2'483'155.–.

STEUERVERWALTUNG

Direktion

Die Direktion bereitete für den Staatssrat folgende Vernehmlassungsverfahren vor:

- Bundesgesetz über die Tabakbesteuerung;
- parlamentarische Initiative SGK-NR. Befreiung des Existenzminimums;
- Vorentwurf zum Tourismusgesetz.

Sie führte Vorbereitungsarbeiten zur Einführung des neuen Lohnausweises aus.

Personal

Die kantonale Steuerverwaltung hat gemäss dem Organigramm einen Personalbestand von 136,5 Einheiten.

Sie beschäftigt ebenfalls 13 Angestellte mit unbefristetem Dienstverhältnis.

Während des Jahres arbeiteten 30 Aushilfen bei der KSV, was 10,5 Vollzeitstellen entspricht.

12 Mitarbeiter/innen haben die KSV aus folgenden Gründen verlassen:

- 4 Aufgabe der Erwerbstätigkeit;
- 2 Wechsel in andere Dienststellen;
- 3 Wechsel in Gemeindeverwaltungen;
- 3 Wechsel in die Privatwirtschaft.

Fünf Frauen und ein Mann haben aus familiären und gesundheitlichen Gründen die Arbeitszeit teilweise reduziert.

Die kantonale Steuerverwaltung bildet 7 Lehrlinge aus.

Katasterschätzungen

Die Neu- und/oder Umbauten von Gebäuden dauerhaften Charakters haben folgende Mehr- oder Minderwerte generiert, die sich wie folgt auf die Katasterschätzungen 2006 ausgewirkt haben:

Bebaute Liegenschaften (ohne die öffentlichen Bauten)

	2004	2005	2006
Oberwallis	174'737'200.– (23,63 %)	193'808'200.– (22,46 %)	207'846'900.– (17,87 %)
Unterwallis	564'773'300.– (76,37 %)	669'433'400.– (77,54 %)	955'231'800.– (82,13 %)
Total	739'510'500.–	863'241'600.–	1'163'078'700.–

Wir stellen für 2006 gegenüber 2005, vor allem im Unterwallis, eine beträchtliche Erhöhung der Investitionen mit entsprechender Zunahme der Katasterschätzungen fest.

Industrielle Gebäude und Anlagen

	2004	2005	2006
Oberwallis	78'715'200.–	106'085'512.–	55'266'301.–
Unterwallis	96'910'900.–	98'490'599.–	93'626'027.–
Total	175'626'100.–	204'576'111.–	148'892'328.–

Die 2006 vorgenommenen Nettoschatzungen betreffen nicht unbedingt die Investitionen dieses Jahres. Die Vergleichszahlen sind daher nicht aussagekräftig.

Sektion Einschätzung der natürlichen Personen

Steuerpflichtige

Die Einschätzungsarbeiten des Steuerjahres 2005 wurden Anfang des Jahres 2006 (System Postnumerando) in Angriff genommen und setzen sich wie folgt zusammen:

• Wohnsässige	173'660 (+ 2'087 gegenüber dem Steuerjahr 2003)
• Ausserkantonale	47'599 (+ 623 idem)
• Ausländer	21'050 (+ 185 idem)
• Aufenthaltsbewilligung B	4'945 (+ 464 idem)

Von den 173'660 wohnsässigen Steuerpflichtigen sind 18'278 Selbstständigerwerbende. 31'980 Steuerpflichtige erhielten eine vereinfachte Landwirtschaftsbeilage.

Aufgrund der auf Ende Jahr festgelegten Sitzungen der Bezirkssteuerausschüsse und unter Berücksichtigung blockierter Steuereinschätzungen, mängels Behandlung der Wertschriftenverzeichnisse, sind 80 % unselbstständigerwerbende Steuerpflichtige und 50 % selbstständigerwerbende Steuerpflichtige eingeschätzt worden.

Rekurse - Provisorische Veranlagungen 1985 - 2005

	Rekurse	Prov. Veranlagungen
Unselbständigerwerbende	1176	2070
Selbständigerwerbende	2609	621
Total	3785	2691

Sektion Einschätzung der juristischen Personen

Die Sektion verfügt über 15 Arbeitskräfte: 14 Veranlagungsbeamte und eine Sekretärin. Sie überprüften 13'175 Veranlagungen juristischer Personen, davon über 8'900 Kapitalgesellschaften.

Die Zahl der juristischen Personen nahm um ca. 900 zu. Während der gleichen Zeitperiode wurden 216 Gesellschaften im Handelsregister gelöscht. Die Nettozunahme beträgt somit etwa 700 Gesellschaften.

Jeder Einschätzer überprüft ca. 1'100 Steuerakten. Aufgrund der Komplexität der Fälle und um eine gute Arbeitsqualität aufrechtzuhalten, ist eine Personalerhöhung um zwei Einheiten unbedingt nötig.

Sektion Verrechnungssteuer

Diese Sektion überprüfte 124'927 Wertschriftenverzeichnisse (127'130 im Jahr 2005).

Sie kontrollierte 1'718 Lottogewinne (943 im Jahr 2005).

Sie behandelte 213 Steuerhinterziehungsfälle. Im Anschluss mussten 108 Bussen und 54 Verwarnungen ausgesprochen werden. Die Bussen beziffern sich auf 1,6 Mio. Franken, d.h. 0,7 Mio. für den Kanton, 0,6 Mio. für die Gemeinden und 0,3 Mio. für den Bund.

Sektion Spezialsteuern

Die Bruttoeinnahmen der Quellensteuern beliefen sich auf 66 Mio. Franken. Die Zahl der abrechnungspflichtigen Arbeitgeber stieg auf 6'547 (6'234 im Jahr 2005).

Im Bereich Grundstücksgewinnsteuer überprüfte die Sektion 17'308 Immobilientransaktionen (17'869 im Jahr 2005). Sie eröffnete 8'655 Veranlagungen (8'853 im Jahr 2005) und erzielte dabei Steuereinnahmen von gesamthaft 22,8 Mio. Franken (20,9 Mio. Franken im Jahr 2005).

Im Bereich Erbschafts- und Schenkungssteuern wurden 425 Veranlagungen eröffnet, d.h. 257 für die Erbschaftssteuer und 168 für die Schenkungssteuer. Die Steuereinnahmen betrugen gesamthaft 14 Mio. Franken (10,6 Mio. Franken im Jahr 2005).

Kantonales Inkassoamt für Betreibungs- und Konkursverfahren

Die Zahl der Betreibungen für die direkten Bundessteuern und die Kantonssteuern hat nochmals zugenommen. Sie stieg von 31'478 auf 31'595. Ebenfalls die Rechtsöffnungs- und Fortsetzungsbegehren verzeichneten eine kleine Zuwachsrate. Die Verwertungsbegehren haben von 322 auf 366 zugenommen.

Die Verluste (wertlose Ausstände, Erlasse, Verlustscheine) betragen bei den natürlichen Personen 12,5 Mio. Franken (9,1 Mio. Franken im Jahr 2005). Bei den juristischen Personen musste eine kleine

Zunahme auf 0,9 Mio. Franken verzeichnet werden (0,6 Mio. im Jahr 2005).

Rechtsdienst

Der Rechtsdienst erstellte 148 Vernehmlassungen zuhanden der Beschwerdeinstanzen (KRK, KG und BG). Es wurden 559 Einspracheentscheide betreffend Ordnungs- und Steuerbussen eröffnet, sowie 278 Steuerdomizile festgesetzt.

Sektion Informatik

Die Stabsstelle für Informatik hat sich im Jahr 2006 insbesondere mit folgenden Aufgaben befasst:

- Anpassungen des Programms «CUV» betreffend Umsetzung des Dekrets zur Änderung des Steuergesetzes. Modulverbesserungen für die interkantonalen Repartitionen mit einer Zusammenfassung.
- Projektleitung der Gratissoftware «VSTax 2005». Für die Steuerperiode 2005 haben mehr als 41'000 Steuerpflichtige (26 % der 157'700 unselbständigerwerbenden Steuerpflichtigen) dieses Programm benutzt.
- Den Gemeinden, via Internet, den Zugang für die Einsprache- und Beschwerdelisten zur Verfügung gestellt, dies in Zusammenarbeit mit der kantonalen Dienststelle für Informatik. Mit entsprechender Ausbildung des verantwortlichen Gemeindepersonals.
- Studie betreffend Ausarbeitung einer neuen Steuererklärung, um die Einschätzungsverfahren zu automatisieren.

Steuerinspektorat

Das Steuerinspektorat nahm 295 Buchprüfungen und punktuelle Kontrollen vor, die zu rund 44 Mio. Franken Aufrechnungen von steuerbarem Einkommen/Gewinn und 21 Mio. Franken steuerbarem Vermögen führten.

Zudem schätzten die Experten-Revisoren zirka 520 selbständigerwerbende Steuerpflichtige ein.

DIENSTSTELLE FÜR PERSONAL UND ORGANISATION

Die Dienststelle für Personal und Organisation ist verantwortlich für die tägliche Personalverwaltung von rund 10'000 Lohnbezüger. Neben dem operativen Tagesgeschäft wurden im Jahre 2006 eine moderne und dynamische Personal- und Beschäftigungspolitik mittels diverser Projekte und Massnahmen umgesetzt und weitergeführt. An-schliessend wird kurz der Stand einiger Arbeiten aufgezeigt:

Umsetzung der Personalpolitik

Neues Beurteilungs- und Führungssystem

Die Schwachstellen des Beurteilungssystems wurden von den Mitarbeitern anlässlich der letzten Zufriedenheits-umfrage sowie von der Geschäftsprüfungskommission und dem Finanzinspektorat in den entsprechenden Berichten benannt. Am 6. September 2006 hat der Staatsrat aufgrund der Vorschläge sämtlicher Dienstchefs, des Sozialpartners sowie eines externen Beratungsunternehmens entschieden, die Verordnung über die Besoldung der Beamten und Angestellten des Staates Wallis anzupassen (Änderung publiziert am 8. Dezember 2006 im Amts-blatt) und ab dem 1. Januar 2007 ein neues Beurteilungs- und Führungssystem in der Kantonsverwaltung einzuführen. Die finanziellen und lohnrelevanten Auswirkungen des neuen Systems für die Beurteilungsperiode 2007, treten erst ab dem 1. Januar 2008 in Kraft.

Inventar und Statut der Hilfsangestellten

Die Geschäftsprüfungs- und die Finanzkommission haben wiederholt ein begründetes Inventar der Hilfsangestellten (kurz- und langfristig) pro Dienststelle verlangt. Am 30. August 2006 hat der Staatsrat entschieden, 105.37 langfristige Hilfsangestellten-Stellen zu titularisieren und das Budget in diesem Sinne anzupassen. Der Grossrat hat das Budget am 13. Dezember 2006 angenommen. Mitte November hat die DPO 160 Entscheident-würfe ausgearbeitet und diese zur Kontrolle und zur Bestätigung an die Dienststellen gesandt. Am 20. Dezember 2006 hat der Staatsrat die entsprechenden Entscheide gefällt, welche am 1. Januar 2007 in Kraft traten.

Aus- und Weiterbildung

Seminarangebot und Teilnahme

Im Verlaufe des Jahres 2006 wurden 61 Seminare mit einer Dauer von einem bis drei Tagen angeboten. Die DPO arbeitet für die Durchführung des internen Aus- und Weiterbildungsangebotes mit 43 Trainerinnen und Trainer zusammen. Gesamthaft (ohne Informatikausbildung) machten 909 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vom internen Angebot Gebrauch. Es wurden für die Abdeckung der Nachfrage 107.5 Kurstage durchgeführt. Es ist zu unterstreichen, dass die Verwaltung der internen Aus- und Weiterbildung mit einem hohen organisatorischen und administ-rativen Arbeitsaufwand verbunden ist.

Sprachenlernen - Projekt: Espace-Mittelland - Tandem I / II – CALL

Im Jahre 2006 haben 12 Personen das Tandem I besucht. 10 Personen haben das Tandem II begonnen und 4 Personen besuchen die individuelle Sprachausbildung – CALL (Computer Assisted Language Learning), was das beständige Interesse an neuen pädagogischen Methoden unterstreicht.

Zusammenarbeitsvereinbarung mit den Walliser Gemeinden und Burgerschaften

Dank einer Vereinbarung zwischen der DPO sowie den Walliser Gemeinden und Burgerschaften können die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, seit dem Jahr 2002, dieselben Seminare wie die Staatsangestellten besuchen. Im Jahr 2006 machten 91 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Walliser Gemeinden und Burgerschaf-ten (aufgeteilt auf 12 Gemeinden) vom Seminarangebot der kantonalen Verwaltung Gebrauch.

Qualität in der Rekrutierung - Personalselektion

Der Selektionsprozess, wie er im Personalmanagement-Handbuch beschrieben ist, wurde vom Staatsrat genehmigt und als Richtlinie erklärt. Auch im Jahre 2006 wurden eine steigende Anzahl an Dienststellen (rund 60%) bei der Personalrekrutierung methodisch unterstützt um alle Kandidaten denselben Bedingungen zu unterstellen und ein Maximum an Objektivität zu gewährleisten.

Lohnpolitik

Der Staatsrat hat für das Jahr 2006 mit folgenden Massnahmen seinen Willen, eine dynamische und flexible Lohnpolitik zu verfolgen, unter Beweis gestellt: Die Löhne für die öffentlich Bediensteten werden für das Jahr 2006 vollumfänglich der Teuerung angepasst, dies entspricht 1%. Ein Koeffizient von 1 wird auf die individuelle Erhöhung, die Erfahrungsanteile und die Leistungsprämie der Beamten für das Jahr 2006 sowie auf die Erfahrungsanteile der Lehrpersonen für das Schuljahr 2006/2007 angewendet. Die maximale Kapitalabfindung im Kalenderjahr 2006 wird auf Fr. 25'000.-- festgelegt, unabhängig davon wie viele Jahre der ordentlichen Pensionierung vorausgehen.

Telearbeit

Aufgrund der rasanten Fortschritte im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologien, hat der Staatsrat im Jahre 2003 die DPO beauftragt, ein Pilotprojekt zur Telearbeit durchzuführen, welches alle möglichen Prob-lemstellungen berücksichtigt, die sich im Zusammenhang mit einer Einführung von Telearbeit in der Walliser Kan-tionsverwaltung ergeben können.

Im Jahre 2006 konnte die Analyse des Pilotprojekts abgeschlossen werden und der Staatsrat hat zu Beginn des Jahres 2007 die Richtli-nien zur Telearbeit in der Kantonsverwaltung angenommen.

Personalmarketing

Die DPO hat 2006 rund 260 profiliert strukturierte Stelleninse-rate erstellt, und hat ihre fristgerechte Publikation im Amtsblatt, Walliser Boten, Nouvelliste und anderen Fachpublikationen sicher-gestellt. Die Stellen wurden eben-falls auf dem Stellenportal der Walliser Kantonsverwaltung www.vs.ch, Rubrik Stellenbörse veröff-fentlicht. Dank der Auflistung der Vorzüge des Arbeitgebers Staat Wallis konnte das Image der Walliser Kantonsverwaltung und die Konkurrenzfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessert werden. Mit diesen Massnahmen sollen ebenfalls mehr po-tentielle Kandidaten zur Bewerbung aufgefordert werden.

Interne Stellenausschreibungen und Personalentwicklung

Am 20. Dezember 2006 hat der Staatsrat entschieden, ab dem 1. Januar 2007 den Mitarbeitern der Kantonsver-waltung zusätzliche berufliche Entwicklungs- und Förderungsmöglichkeiten anzubieten. Aus diesem Grunde hat er entschieden: die interne Mobilität zu för-dern indem er den Departementsvorstehern während einer Pilot-phase, das heisst bis zum Inkrafttreten des in diesem Sinne ange-passten Gesetzes über das Dienstverhältnis der Beamten und Angestellten, die Kompetenz erteilt, zu entscheiden, ob eine Stelle für Funktionen in den Lohnklassen 26 bis 11, intern ausgeschrieben werden kann;

Lehrlings- und Praktikantenmanagement

Mit Beginn des Schuljahres 2005/2006, haben 37 Schulabgängerinnen und 14 Schulabgänger (40 französisch- und 11 deutschsprachi-g), ihre Lehre in den verschiedenen Dienststellen der Kantonsver-waltung aufgenommen.

Hinsichtlich der neuen KV-Reform, hat die DPO, in ihrer Rolle als Lehrlingskoordinatorin und Lehrlingsausbildnerin, 36 Kurstage der Überbetrieblichen Kurse für die Lehrlinge durchgeführt. Das ange-botene Fach «öffentliche Verwal-tung», während dieser Kurse, dient als Vorbereitung für die schriftlichen und mündlichen Prüfun-gen. Diese Prüfun-gen «Neue Version» wurden zum ersten Mal im Juni 2006 durchgeführt.

Neue Anstellungsbedingungen für die Praktikanten

Die Walliser Kantonsverwaltung bietet viele Praktikumsmöglichkei-ten an. So konnten unter anderem im Jahre 2006, 22 junge Leute ein KBM-Praktikum sowie 4 Lehrlinge ein EMVs-Praktikum absolvie-ren. Mehr als 120 weitere Praktikanten konnten angestellt werden im Hinblick auf eine Berufsvorbereitung, bzw. eine entsprechende Aus- und Weiterbildung oder im Hinblick auf die Sammlung erster beruflicher Erfahrungen.

Bis zum heutigen Zeitpunkt wurden die Anstellungsbedingungen für Praktikanten in der Kantonsverwaltung durch den Staatsrats-scheid vom 3. Oktober 1990 geregelt. Der Staatsrat hat am 21. Dezember 2005 entschieden, ab dem 1. Januar 2006 die Anstel-lungsbedingungen (Statut, Anstellungskompetenz, Finanzierung, Lohn, Praktikan-tenbörse, Prozess, etc.) zu ändern.

Standardisierung der Arbeitszeugnisse

Das Arbeitszeugnis ist für jeden Arbeitnehmer ein sehr wichtiges Dokument mit einem sehr grossen beruflichen und privaten Wert. Die gesetzlichen Anforderungen sind nicht immer in einem befriedigenden Masse erfüllt und somit werden durch unsere Arbeitszeugnisse die verschiedensten Eindrücke auf dem Arbeitsmarkt vermittelt. Hinzu kommt noch die Tatsache, dass es immer noch Dienststellen gibt, welche keine Arbeitszeugnisse erstellen oder nur auf Anfrage. Aus diesen Gründen hat der Staatsrat am 18. Oktober 2006 insbesondere entschieden, eine Verbesserung der Qualität in der Erstellung der Arbeitszeugnisse innerhalb der kantonalen Verwaltung mit Hilfe einer Standardisierung und einer Zurverfügungstellung einer entsprechenden Software ab dem 1. Januar 2007 zu gewährleisten.

Umgang mit Alkohol- und Drogenproblemen im beruflichen Umfeld

Mit dem Ziel, das Wohlbefinden des Personals und seiner Umgebung zu fördern, hat der Staat Wallis im Jahre 2005, Richtlinien zum Umgang mit Alkohol- und Drogenproblemen im beruflichen Umfeld herausgegeben. Am 22. Februar 2006 hat er ebenfalls den Leitfaden zuhanden der direkten Vorgesetzten, welche von dieser Problematik betroffen sind, genehmigt. Im Herbst 2006 haben ungefähr 140 leitende Angestellte der kantonalen Verwaltung an einer entsprechenden Bildung teilgenommen. Im Rahmen der Präventionspolitik hat der Staat Wallis für die Verwaltung von schwierigen Situationen zur Unterstützung des Personals und der Vorgesetzten, von der Sozialberatung und von externen Partnern Hilfe angenommen. Zum Schluss wurde die Informationsbroschüre «Der Konsum von Alkohol oder anderen Substanzen kann Risiken im beruflichen Umfeld nach sich ziehen» an alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter abgegeben.

Personalverwaltung und Organisation

Im Bereich der Personalverwaltung und Organisation wurden im Jahre 2006, ca. 8'000 Bewerbungs-Bestätigungsschreiben erstellt, ca. 2'800 Vormeinungen und Berichte zu Handen des Staatsrates abgegeben so-wie zahlreiche schriftliche und elektronische Anfragen behandelt. Für das Jahr 2006 können noch folgende Tätigkeiten vermerkt werden:

Klassifizierungskommission

In 10 Sitzungen hat die Klassifizierungskommission 122 individuelle und kollektive Gesuche des Jahres 2006 zu Handen des Staatsrates geprüft und ihre Vormeinung abgegeben. Als Grundlage für diese Analysen dienen die Kriterien, welche im Gesetz vom 12. Nov. 1982 betreffend die Besoldung definiert sind sowie die überarbeiteten Pflichtenhefte, die Stellungnahmen der Vorgesetzten, die Endergebnisse der Funktionsbewertung, die Begutachtungen des Arbeitsplatzes, die vergleichenden Lohnstudien und die Endergebnisse der Arbeitsgruppe.

Nebenbeschäftigung

Gemäss den Richtlinien des Staatsrates zum Bewilligungsverfahren für die Ausübung einer Nebenbeschäftigung vom 19. August 1998 hat die DPO die Verwaltung der Nebenbeschäftigungen für die Amtsperiode 2006-2009 garantiert. Mehr als 360 Bewilligungsge-
sche sind eingetroffen und werden zurzeit analysiert. Sämtliche
Gesuche wurden zum ersten Mal in einer neu geschaffenen SAP-Rubrik elektronisch erfasst.

Organisation

Die DPO hat in den Organigrammen/ Organisationseinheiten der verschiedenen Dienststellen verschiedene Änderungen vollzogen. Insbesondere wurden Stellen geschaffen, Stellen umgewandelt, Stellen aufgehoben sowie mehrere Transfers durchgeführt. Für eine grosse Anzahl Mitarbeiter wurde der Beschäftigungsgrad in den verschiedenen Organigrammen angepasst.

Im weiteren wurden im Bereich der Organisations-, Arbeits- und Teamentwicklung, verschiedenste Dienststellen methodisch bei deren Reorganisation unterstützt, mit dem Ziel, die Strukturen und Prozesse optimal zu gestalten.

Das Büro für Sozialberatung

Der Staatsrat hat Richtlinien zum Umgang mit Problemen, die durch Alkohol- und andere Substanzen im beruflichen Umfeld entstehen herausgegeben. Die Sozialberatung hat 2006 an der Information des Personals und an der Ausbildung der Vorgesetzten aktiv teilgenommen in diesem Bereich. Des Weiteren hat die Sozialberatung Personen mit Suchtproblemen und deren Umfeld unterstützt. Sie begleitete die Personen bei jedem Schritt, der zur Verbesserung der Situation beitrug. Die Sozialberatung war nach wie vor eine Fachstelle, welche die Ratsuchenden anhörte, ihnen Informationen vermittelte, sie beriet und ihnen Hilfe und Betreuung gewährte unter Wahrung der Diskretion.

RECHTSDIENST FÜR FINANZEN UND PERSONAL

Die Tätigkeit des Rechtsdienstes gliedert sich in drei Hauptgebiete, nämlich den eigentlichen Rechtsdienst, das Sekretariat der kantonalen Steuerrekurskommission und die Inkassoaufgaben.

RECHTSDIENST

Der Rechtsdienst ist beauftragt, die allgemeinen Aufgaben und Rechtsprobleme zu behandeln, sich an der Gesetzgebungsarbeit zu beteiligen, schriftliche und mündliche Gutachten zu erstellen, Rechtsauskünfte zu erteilen, den Staat mit oder ohne Bezug von Anwälten vor Gericht zu vertreten usw. Diese Aufgaben beziehen sich vorwiegend auf die Bereiche Finanzen und Personal. Dabei arbeitet der Rechtsdienst insbesondere mit der Dienststelle für Personal und Organisation sowie mit der kantonalen Finanzverwaltung zusammen.

Die wesentlichen Aufgaben, welche die Dienststelle ausführte, oder an deren Ausführung sie eng mitwirkte, sind folgende:

Staatspersonal

- Die Arbeiten im Zusammenhang mit den Vorsorgeeinrichtungen dauerten auch im Jahr 2006 an. Sie bestanden hauptsächlich in der Begleitung der Beratungen zum Gesetzesentwurf vom 23. November 2005 vor dem Grossen Rat. Dieser genehmigte am 12. Oktober 2006 das neue Gesetz über die staatlichen Vorsorgeeinrichtungen.

Parallel dazu leitete die Dienststelle die Vorbereitungsarbeiten zur In-Kraft-Setzung dieses Gesetzes. Diese Arbeiten umfassten im Wesentlichen die vollständige Überarbeitung der heutigen Statuten der beiden Vorsorgeeinrichtungen, welche zudem in ein Grundreglement umgewandelt wurden.

Nachdem die Referendumsfrist ungenutzt abgelaufen ist, hat der Staatsrat mit Beschluss vom 7. Februar 2007 die rückwirkende In-Kraft-Setzung dieses Gesetzes auf den 1. Januar 2007 festgelegt.

- Änderung vom 6. September 2006 der Verordnung über die Besoldung der Beamten. Diese Änderung revidierte in umfassender Weise das System zur Beurteilung der Leistungen und des Verhaltens der Mitarbeitenden so-wie die damit verbundenen finanziellen Auswirkungen.
- Arbeiten der Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit dem Transfer der kantonalen Krankenanstalten ins Gesundheitsnetz Wallis (GNW).
- Arbeiten der Arbeitsgruppe zur Überprüfung der Grundsätze der Lehrlingsausbildung.

- Arbeiten der Arbeitsgruppe im Zusammenhang mit Alkohol- und Suchtproblemen am Arbeitsplatz.
- Arbeiten der Arbeitsgruppe über die Telearbeit in der kantonalen Verwaltung.
- Erstellung von 130 Gutachten, Berichten oder Entscheidentwürfen zuhanden des Staatsrates, des Departementsvorstehers, der Dienststelle für Personal und Organisation oder anderer Dienststellen.

Sozialberatung

- Mitarbeit im Beratungsteam der Sozialberatung.

Walliser Kantonalbank

- Prüfung des spezifischen Berichtes des Bankrevisors vom 31. März 2006.
- Bericht des Staatsrates vom 12. April 2006 zum Geschäftsjahr 2005 der WKB. Dieser Bericht enthält die Beurteilung des Staatsrates zur Strategie des Staates als Aktionär und Garant, sowie die Beurteilung zum spezifischen Bericht des Bankrevisors.
- Antwort des Staatsrates auf eine Frage der Geschäftsprüfungskommission über das Verhältnis einer Handelsgruppe zur WKB, sowie über ihre Beziehungen zum Verwaltungsratspräsidenten dieser Bank.
- Antwort des Staatsrates auf eine dringliche Interpellation über die Vereinbarkeit des Amtes als Präsident der Walliser Kantonalbank mit Mandaten in anderen Verwaltungsräten.
- Intervention des Staatsrates bei seinen Vertretern im Zusammenhang mit den beiden vorerwähnten Punkten.
- Prüfung des Berichtes der Geschäftsprüfungskommission zur WKB.
- Gemäss der Antwort des Staatsrates auf das Postulat Nr. 6.047 der freisinnigen Fraktion durch Grossrat Alexis Turin muss der Geschäftsbericht grundsätzlich Angaben enthalten zur Strategie für die Beteiligungen des Staates und zu den Elementen im Zusammenhang mit der Kontrolle des öffentlichen Anteils und der Zweckmässigkeit der Verpflichtungen. Was die WKB betrifft, sind diese Angaben im speziellen Jahresbericht des Staatsrates zur WKB enthalten, aus dem hervorgeht, dass auf den künftigen Spezialbericht des Staatsrates zum Geschäftsjahr 2006 der WKB verwiesen werden kann, der im Verlaufe des Monats April genehmigt werden wird.

Finanz- und Immobilienangelegenheiten sowie Haftungsfälle

- Verordnung zum Inkasso- und Eintreibungsverfahren vom 28. Juni 2006.
- Mitarbeit im Steuerungsausschuss zur Koordination der Arbeiten und der Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA), insbesondere Erarbeitung eines Dekret-Vorentwurfs (einige Abänderungen)
- Erstellung von 80 Gutachten, Berichten oder Entscheidentwürfen zuhanden des Staatsrates, des Departementsvorstehers, der kantonalen Finanzverwaltung und anderer Dienststellen.
- Behandlung von 25 zivilrechtlichen Haftungsfällen des Staates, in Zusammenarbeit mit den direkt betroffenen Departementen, dem Haftpflichtversicherer des Staates und gegebenenfalls den Berufsvertretern (Anwälte).

Verfahren im Bereich der Opferhilfe

- Vertretung des Staates vor den Gerichten im Rahmen von 7 Verfahren um Schadenersatz und Genugtuung im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz vom 4. Oktober 1991 über die Hilfe an Opfer von Straftaten (OHG).

SEKRETARIAT DER KANTONALEN STEUERREKURSKOMMISSION

Die Dienststelle gewährleistet das Sekretariat der kantonalen Steuer-

errekurskommission. Da es sich bei dieser Kommission um eine Gerichtsinstanz handelt, sind die Daten zur Tätigkeit dieser Kommission und ihres Sekretariates seit 2001 nicht mehr im Verwaltungsbericht des Staatsrates enthalten, sondern in einem eigenen Tätigkeitsbericht der Kommission, der dem Grossen Rat zur Verfügung gehalten wird.

INKASSO

Die Dienststelle tätigt die Rechnungstellung sowie die Fortsetzung des Inkassos für die Gerichtskosten, die bei den Gerichten nicht bezahlt wurden.

Die nachfolgende Statistik ergibt einen Überblick über die ausgeführten Inkassoarbeiten:

Art der Rechnungen	Anzahl	Betrag
Eintreibung von Gerichtskosten	1'647	1'190'209.70

KANTONALE DIENSTSTELLE FÜR INFORMATIK

Das Jahr 2006 gilt als das Jahr der Konsolidierung bei der Dienststelle für Informatik. Im Bestreben, die Qualität der Dienstleistungen auf einem hohen Niveau zu halten, ist es für die Mitarbeiter der KDI eine grosse Herausforderung, mit immer mehr Benutzern einen ununterbrochenen Betrieb aufrecht zu erhalten.

Trotz diesem Zielkonflikt und den immer steigenden Bedürfnissen der Benutzer konnten im Jahr 2006 die folgenden Projekte realisiert oder in Angriff genommen werden:

- Übernahme der Informatik der Nationalstrassen und der Gerichte;
- Migration auf die Entwicklungsplattform JAVA;
- Pilotversuch «SAP RM/PS» für die Dossierverwaltung;
- Umstellung der Telefonie auf die Technologie VoIP (Voice over IP);
- Umstellung auf die Speichermedien Clarion und Centera;
- Studie einer bimodalen Authentifikation;
- Sicherheitsanalyse des Ersatzrechenzentrums.

DER DELEGIERTE FÜR INFORMATIKFRAGEN

1. Begleitung der Informatikprojekte und Vormeinungen

Der Delegierte für Informatikfragen an den folgenden Projekten sei es als Koordinator, Projektleiter oder in beratender Funktion teilgenommen:

- Steuerungsausschuss der Informatisierung der APH/SMZ, Definition des Konzeptes, Erstellung des Pflichtenheftes;
- Weiterführung der Zentralisierung der Informatikressourcen und Start der Übernahme der Informatik der Nationalstrassen;
- Steuerungsausschuss für die Weiterführung des Audits bei der Dienststelle für Verkehr und der Schifffahrt;
- Steuerungsausschuss bei der Informatisierung der Dienststelle für Kultur;
- Steuerungsausschuss bei der Informatisierung der Institutionen der Dienststellen DSW, KDJ und ASW;
- Steuerungsausschuss SAP, Migration der Hauptbuchhaltung auf SAP;
- Direktionsausschuss Infoval – Informatisierung der Spitäler, Verlängerung des Mandates auf Verlangen der DGW und Planung der Überführung in das Gesundheitsnetz Wallis;
- Steuerungsausschuss des SIG Wallis;
- Steuerungsausschuss Telearbeit: Abschluss des vom Staatsrat verordneten Auftrages.

2. Spezifische Dossiers

Die wichtigsten für den Staatsrat bearbeiteten Dossiers sind die folgenden:

- Fortbestand der Telekom-Ausrüstung der Patrouille des Glaciers;
- Antennenstandorte für die Mobiltelefonie;
- Aufbau eines Netzwerkes der Walliser Spitäler;
- Zentralisierung der Informatik der Pensionskassen der Lehrer und der Angestellten;
- Weiterverfolgung des Projektes Polycom;
- Unterstützung der durch die IDIAP entwickelten Projekte;
- Weiterverfolgung der Planung des digitalen Funkfernsehens.

Der Delegierte hat den Kanton Wallis an der von der IDHEAP organisierten Konferenz «Etat et TIC» vertreten und hat an der Sendung «Temps Présent» des Westschweizer Fernsehens über das Thema «Job Academy» teilgenommen.

Weil es sehr wichtig ist, die Informatikbedürfnisse mit den parastatalischen Organisationen zu koordinieren, hat der Delegierte in den Steuerungsausschüssen der folgenden Organisationen teilgenommen: Kompetenzzentrum IS Net der HES-SO, VSNet, Westschweizer Gruppe der schweizerischen Informatikkommision, Verbindungsgruppe Swisscom – Staat Wallis.

ADMINISTRATION

Die kantonale Dienststelle für Informatik (KDI) stellte im Verlaufe des Jahres 2006 vier neue Mitarbeiter an. Mit Freude gratulierte unsere Dienststelle ihrem Informatiker-Lehrling, einem Studenten der Berufsschule und einem Praktikanten MPC zum Fähigkeitsausweis. Es ist erfreulich festzustellen, welches Interesse die Informatik vor allem bei den Jungen weckt. Mehrere Jugendliche im obligatorischen Schulalter und Studenten EMVs interessieren sich für eine Schnupperlehre mit dem Ziel, die diesbezügliche berufliche Eignung zu erproben.

Das Schwergewicht der Administration der KDI im Jahre 2006 war die Konsolidierung des Systems der Genehmigung des Zugangs zu den Gebäuden.

INFORMATIKSICHERHEIT

Die wichtigsten Tätigkeiten können wie folgt zusammengefasst werden:

- Überwachen der Entwicklung der verschiedenen Bedrohungen (Virus, Trojan, Phishing, usw.) und Information an die Benutzer.
- Audits betreffend Schwachpunkte auf Server-Ebene sowie Richtlinien zur Verbesserung derselben.
- Empfehlungen zur Erarbeitung eines Wiederanlaufplanes im Katastrophenfall (Disaster Recovery Plan).
- Verbesserung der Massnahmen im Bereich des Virenschutzes und der elektronischen Post (Herausfiltern von nicht zulässigen Beilagen und unerwünschten Mails «spam»).
- Koordination für die Projekte SSO-PORTAL EJPD und Admin-PKI.
- Ergänzung zur Informatiksicherheitspolitik.
- Bildung und Mitteilung zur Einführung eines Informations-Sicherheits-Management-System (ISMS).

SEKTION DPSI (DIREKTION UND STEUERUNG DER INFORMATIONSSYSTEME)

Auf Grund seiner Demission wurde Herr Stéphane Salamin in der Funktion als Projektleiter «Filières» durch Herrn Jean-Pierre Follonier ersetzt.

Projektleiter Normen und Standards

Die Hauptaktivitäten waren in 2006 folgende:
Führen verschiedener Gruppen und Ausschüsse (Internet Koordinierung und operationelle Sicherheit, Gruppe Normen und Standards

in der Mikro-Informatik, ...)

Koordinierung verschiedener Informatikprojekte, Teilnahme und Beratung an verschiedenen Projekten für Projekt-Managements, Redaktion von 66 unterschiedlichen Vormeinungen

Projektleiter «Filières»

Die Projekte waren in 2006 folgende:

Projekt «Verwaltung der Steuern und der Einkommen, Etappe 1: CGE-Migration»

Koordinierung der Einführung einer Lösung für die Verwaltung der Benutzergegenstände in SAP via dem SAP workflow

CC SAP

Der Schwerpunkt der SAP-Entwicklungen für das Jahr 2006 war das Projekt «Verwaltung der Steuern und der Ein-kommen, Etappe 1: CGE Migration».

SEKTION RZ UND SYSTEME

1. Neuinstallationen Hardware

- Kauf RX600 für die Bedürfnisse von VMWare / VirtualCenter, 2 Server PW450 für die Loslösung von SAP aus den Servern SX130 und 1 Server PW450 für interne Bedürfnisse der Sektion.
- Kauf Faltmaschine und Bindemaschine für Copy Center.
- Ausschreibung und Bestellung einer CentricStor, Server für die Virtualisierung der Sicherungen.
- Installation Connectrix ED140 für die Verbindungen der Server mit zentralem Speichersystem.
- Beschaffung von 180 neuen Workstations für Kantonsgericht.

2. Haupttätigkeiten

- Studie für ein komplettes Druck Management System, sicherer und für alle Plattformen.
- Installation VMWare/Virtualcenter (Clustersystem) für die Sicherheit von ca. 30 virtuellen Servern.
- Fortsetzung der Migration der Oracle Datenbanken auf Version 9.
- Erstellen und Testen diverser neuer Formulare mit Lasersoft.
- Projekt zur Verbindung der Polizei auf zwei Rechenzentren.
- Installation BEA WebLogic für die Bedürfnisse von JAVA Applikationen.
- Migration vom Dokumentverwaltungssystem IXOS nach Livelink.

3. Verschiedenes

Anstellung von Jean-Jacques Goldschmidt durch Kantonsgericht für die Informatikbedürfnisse dieser Institution.

SEKTION ENTWICKLUNG

Neue Entwicklungsplattform

Migration der Entwicklungsplattform PowerBuilder in die JAVA-Umgebung; e-DIKS: Leistungsverrechnung der Stunden, Aufteilung der Kosten für das Controlling und Publikation der Rechnung, Beurteilung und Kontrolle der Zielsetzungen; Arbeitnehmerschutz: Verwaltung der Sprengstofflager, Störfallverordnung, Kantonslaboratorium: Verwaltung der Weinerntekontrollen, Statistik der Analysen.

BS2000

Landwirtschaftliche Direktzahlungen; Steuerstatistiken für den NFA; Datenaustausch mit den Gemeinden über Internet, Simulation der Steuereinnahmen der Gemeinden; Neue Prozedur beim Beginn der Steuerpflicht der juristischen Personen; Interkommunale Steueraufteilung der juristischen Personen; Negativer Ausgleichszins bei der Kantonssteuer; Verwaltung der Kontingente der ausländischen Arbeitskräfte im Bereich der Landwirtschaft.

SEKTION TELEKOMMUNIKATION

Die wichtigsten Aktivitäten des Jahres waren die folgenden:

- Inbetriebnahme der MPLS Technologie;
- Errichtung von neuen Verbindungen: GBA Leuk, FA Brämis, ADSL für die DSS in Bouveret;
- Behördennetzwerk Kanton-Gemeinden: Pilotprojekt in Monthey;
- Inbetriebnahme von Telearbeitsplätzen für die Schulinspektoren;
- Inbetriebnahme einer neuen Telefonzentrale für die PHS Brig;
- Transport und Versand von 14'000 SMS, 22391 Fax, Internet 16 TByte ;
- Migration von 250 Telefongeräten auf VoIP;
- Verwaltung von 1'000 Telefonmutationen bzw. -störungen;
- Integration von 1'000 GSM Abonnementen in den CMN Vertrag

SEKTION MICRO INFORMATIK

Die Zahlen und die wichtigsten Ereignisse

- Unterhalt des Informatikparks von 2100 PCs und 3100 Benutzern, welcher sich auf den ganzen Kanton erstreckt.
- 2000 Interventionen (Reparaturen und Installationen) von unseren Technikern.
- Projekt Installation des SP2 für Windows XP

Die wichtigsten Netzwerk Projekte

- MetaChain Projekt (Portal für die Authentifizierung und Meta-Unternehmungsverzeichnis)
- EJPD PKI Projekt (Sicherer Zugriff auf die Applikationen der Bundesverwaltung)
- Start des Projekts Migration GroupWise 7

Die anderen Projekte

- Projekt VL400 (Erneuerung der Arbeitsplatz-Computer)
- Projekt Nagios (Software zur Überwachung des Netzwerkes)

SEKTION BENUTZERSUPPORT

Nachdem Ende 2005 der interne Budgettransfer unterbunden wurde sind 2006 sämtliche von der KDI ausgelösten Bestellungen von uns bezahlt worden. Die 2'259 Bestellungen generierten einen Umsatz von CHF 8.2 Mio. ohne MWSt. Der Umsatz für Verbrauchsmaterial der Drucker (Toner und Tintenpatronen) erreichte ohne MWSt CHF 448'323,- (+16%). Es wird einer besonderen Anstrengung bedürfen um den Druck in der kantonalen Administration zu senken!

2005 wurden 152 Informatikkurse organisiert. 499 Mitarbeiter haben sich für einen oder mehrere Kurse eingeschrieben. Dies bedeutet einen Rückgang der Einschreibungen von 10% gegenüber dem Vorjahr. Um diesem Trend entgegen zu wirken hat die Höhere Fachschule für Wirtschaftsinformatik in Siders (ESIS) für uns eine Inter-net-Plattform mit einer e-learning Lösung entwickelt. Die ersten Pilotkurse fanden positiven Zuspruch.

Die Zusammenarbeit mit der ESIS im Bereich Informatikausbildung wurde per Anfangs Juni um ein weiteres Jahr verlängert.

DIENSTSTELLE FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

Gesetzgebungsarbeiten

Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten besorgte auf folgenden Gebieten die gesetzgeberischen Arbeiten für das Departement für Finanzen, Institutionen und Sicherheit:

Reform von Artikel 87 der Kantonsverfassung (Gemeinde-wahlen)

Die Botschaft über die Zweckmässigkeit dieser Reform wurde vom Staatsrat am 18. Januar 2006 verabschiedet. Die Lesungen über die Zweckmässigkeit fanden im September 2006 statt. Daraufhin internahm die Dienststelle die Ausarbeitung der Verfassungstexte und der begleitenden Botschaft. Diese werden dem Staatsrat zu Beginn des Jahres 2007 zur Beurteilung unterbreitet werden. Die Reform von Artikel 87 der Verfassung wird eine Revision des Gesetzes über die politischen Rechte zur Folge haben. Die Verfahren der Verfassungsreform und der Gesetzesrevision müssen beförderlich durchgezogen werden, damit sie im Hinblick auf die Gemeindewahlen 2008 abgeschlossen sind.

Bezirksordnung

In der Septembersession 2005 wies das Parlament das Reformprojekt der Verfassungsartikel bezüglich der Bezirksordnung und des Präfektenstatuts an den Staatsrat zurück. Der Staatsrat wurde eingeladen, ergänzende Erläuterungen zu liefern und die Botschaft bezüglich der zukünftigen Organisation und der neuen Befugnisse sowohl der Regionen als auch der Bezirke zu ergänzen. Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten, die sich mit dem Gebiet der Bezirke und der Präfekten befasst, erarbeitete im Laufe des Jahres 2006 einen Vorentwurf des Gesetzes über die Präfekten und die Bezirke.

Das Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung, welches für das Dossier über die Regionen zuständig ist, hat in der Zwischenzeit ein neues Reformverfahren bezüglich der Regionen eröffnet. Auf dessen Antrag hin setzte der Staatsrat eine aussenparlamentarische Kommission ein mit dem Auftrag, Vorschläge zu machen und einen Entwurf auszuarbeiten. Diese werden 2007 erwartet, so dass die Reformarbeiten der Verfassung eingestellt wurden, da die Bezirksordnung nicht losgelöst von der Regionsordnung behandelt werden kann.

Enteignungsgesetz

Nachdem die Ausarbeitungsarbeiten des neuen Enteignungsgesetzes 2004 und 2005 infolge Überlastung der Dienststelle auf dem Gebiet der Gesetzgebungsarbeiten (Gemeindeordnung, vor allem die politischen Rechte) ruhten, konnten diese im Laufe 2006 wieder aufgenommen werden. Sie konnten 2006 nicht vollendet werden, so dass der Entwurf und die Botschaft dem Staatsrat im ersten Trimester 2007 unterbreitet werden können. Dieser Gesetzesentwurf betrifft zahlreiche Verwaltungsbereiche (Bauwesen, Vermessung, Grundbuch, Landwirtschaftsstrukturen, um nur die wichtigsten zu nennen), so dass die gemeinsamen Sitzungen, die notwendigen Vernehmlassungen und die Meinungsäusserungen die Ausarbeitung des definitiven Entwurfs zu Handen des Staatsrates eine leichte Verzögerung erfahren haben.

Reform von Artikel 85 der Kantonsverfassung (Wahlkreise für die Wahl des Parlaments)

Die parlamentarische Initiative bezüglich dieser Reform wurde, nachdem sie von der Justizkommission auf ihrer Zulässigkeit hin geprüft worden war, am 4. Juli 2006 an den Staatsrat überwiesen. Gemäss Art. 131 des Gesetzes über die Organisation der Räte und die Beziehungen zwischen den Gewalten gab der Staatsrat seine Stellungnahme zu dieser Initiative ab und gab sie am 12. September 2006 dem Parlament bekannt. Zurzeit haben sich das Parlament und die Kommission der Institutionen, die mit der Prüfung dieser Initiative beauftragt ist, über diese parlamentarische Initiative noch nicht ausgesprochen.

Weitere Gesetzgebungsarbeiten

Im Verlauf des Jahres 2006 arbeitete die Dienststelle für Innere Angelegenheiten an der Ausarbeitung von verschiedenen Gesetzesvorlagen mit, sei es, indem sie ein Mitglied in eine aussenparlamentarische Kommission oder in eine vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe delegierte oder indem sie ihre Stellungnahme auf Anfrage des Staatsrats oder des Departements abgab.

Verwaltungsarbeiten

Gemeindeordnung

Das Inkrafttreten der neuen Bestimmungen über die Gemeindeordnung auf den 1. Januar 2006 brachte natürlich für alle Mitarbeiter der Dienststelle eine bedeutende Mehrarbeit, besonders was die neuen Verfahren zur Genehmigung des Voranschlags als auch die Ausarbeitung der kommunalen Organisationsreglemente beziehungsweise deren Anpassung an das neue Recht angeht. Im Übrigen wurde den Gemeinden ein von der Dienststelle ausgearbeitetes Musterorganisationsreglement zur Verfügung gestellt.

Gemeindefusionen

Im Verlauf des Jahres 2006 wurde die Dienststelle für Innere Angelegenheiten durch die Fusionsprojekte der Gemeinden im Val d'Anniviers, von Gampel-Bratsch, von Steg-Hohtenn, von Mörel-Filet und von Oberwald-Obergesteln-Ulrichen stark in Anspruch genommen. Zusätzlich zur Teilnahme an rund 20 Sitzungen, haben die Mitarbeiter der Dienststelle an der Ausarbeitung des Fusionsvertrages (Anniviers) wie auch an der Vorbereitung der Grundlagenberichte für jedes Fusionsprojekts aktiv teilgenommen und ihren Beitrag dazu geleistet.

Demissionen in den Gemeinderäten

Im Verlauf des Jahres 2006 behandelte das Departement für Finanzen, Institutionen und Sicherheit, nach der Instruktion durch die Dienststelle für Innere Angelegenheiten, 39 Demissionen von einer kommunalen öffentlichen Funktion, das heisst 36 Demissionen von Gemeinderäten, 2 Demissionen von Richtern und 1 Demission eines Vizerichters. 32 Demissionen wurden angenommen und 4 verweigert. Die geltend gemachten und angenommenen Gründe sind:

1. gesundheitliche Gründe: 13
2. Unvereinbarkeitsgründe: 9
3. berufliche Gründe: 10

Was die Generalräte betrifft, so beträgt die Zahl der Demissionen 11. Die Demissionsgründe sind nicht bekannt, da die Demission eines Generalrats nicht der Zustimmung des Departements bedarf (kein Amtzwang). Es gilt jedoch darauf hinzuweisen, dass allein schon ein Wohnsitzwechsel de facto den Mandatsverlust für einen Generalrat zur Folge hat (Art. 168 Abs. 2 GPR).

Abstimmungen

Im Jahre 2006 wurde keine kantonale Vorlage der Volksabstimmung unterbreitet.

Auf Bundesebene hat sich die Walliser Bevölkerung zu sechs Vorlagen, verteilt auf drei Urnengänge, ausgesprochen. Einmal abgesehen von dem leichten Nachlassen anlässlich des Urnengangs vom 12. Mai 2006 hält sich die Stimmteilnahme des Kantons bei diesen eidgenössischen Vorlagen seit der Einführung der generalisierten brieflichen Stimmabgabe bei einem guten Durchschnitt, wie dies auch die nachfolgende Tabelle zeigt:

Instruktion von Beschwerden

Im Verlauf des Jahres 2006, wurden der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 293 Verwaltungs- und Aufsichtsbeschwerden zur Prüfung und Instruktion überwiesen. Im gleichen Zeitraum hat der Staatsrat auf Vormeinung der Dienststelle 243 Entscheide gefällt. Die unüblich grosse Differenz zwischen eingegangenen und abgeschlossenen Beschwerden lässt sich mit der zahlreichen Einreichung von Beschwerden im Verlauf des zweiten Semesters vor allem im Unterwallis erklären, wie auch mit der Erhöhung der abgeschlossenen Dossiers betreffend Homologation von Reglementen und Zonenplänen.

Genehmigung von Reglementen, Statuten, Darlehen, Verkäufen, Tauschverträgen, usw.

Im Verlauf des Jahres 2006 homologierte der Staatsrat auf Antrag der Dienststelle 129 Gemeindereglemente, wovon 55 Bau- und Zonenreglemente sowie Quartierpläne.

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

In seiner Eigenschaft als Rekursbehörde hat der Chef der Dienststelle für Innere Angelegenheiten im Jahre 2006 874 erstinstanzliche Entscheide geprüft. Gegen diese Entscheide wurden keine Beschwerden eingereicht.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST DER INSTITUTIONEN

Wie es die Leistungsstruktur aufzeigt, kann die Tätigkeit des Verwaltungs- und Rechtsdienstes der Institutionen in zwei Hauptbereiche eingeteilt werden: die zivilrechtlichen Verwaltungssachen einerseits und die Rechtssachen andererseits.

1. Zivilrechtliche Verwaltungssachen

- Einen besonderen Arbeitsaufwand erforderte im Laufe des Berichtsjahres die Inkraftsetzung des neuen Notariatsgesetzes auf den 1. Januar 2006. In enger Zusammenarbeit mit den betroffenen Instanzen (Walliser Notarenverband, Aufsichtskammer der Walliser Notare, Notariatsprüfungskommission, Dienststelle für Grundbuchämter) wurden die Verfahren betreffend das Praktikum und die Zulassung zur Notariatsprüfung angepasst, die neuen notariellen Sicherheiten, welche die Entlassung aus den alten Sicherheiten in fast allen Fällen erlaubte, eingeholt und die Inspektionsformulare ebenfalls an die neuen gesetzlichen Anforderungen angepasst.
- Am 1. Januar 2005 und 2006 sind das 2. und 3. Paket der 1. Revision des BVG und der BVV2 in Kraft getreten. Die Stiftungen und Einrichtungen der beruflichen Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge waren somit veranlasst, ihre reglementarischen Bestimmungen zu ändern und zu ergänzen, insbesondere in den Bereichen:

- * Bildung von technischen Rückstellungen und Schwankungsreserven;
- * Loyalität in der Vermögensverwaltung;
- * Überschussbeteiligung aus Versicherungsverträgen;
- * Teilliquidation.

Daraus folgte ein vermehrter Einsatz der Aufsichtsbehörde, welche die Konformität dieser reglementarischen und statutarischen Bestimmungen mit den neuen Gesetzesvorschriften zu prüfen oder zu genehmigen hat. Die letztgenannte Behörde hat sich ebenfalls bemüht, ein allgemeines Informationsrundschreiben über das 3. Paket der 1. BVG-Revision an alle überwachten juristischen Personen zu richten.

Die Leistungsstruktur der Dienststelle unterstreicht deutlich den ihr anvertrauten Anteil an Aufsichtsaufgaben in den Bereichen Stiftungen, werden 2. Säule, Vormundschaft, Notariat, Handelsregister und Betreibungs- und Konkursämter. Diese verschiedenen Kontrollaufgaben neu definiert und in Form von Verfahren kodifiziert. Diese Verfahren werden permanent aktualisiert.

2. Rechtssachen

2.1 Streitige Verfahren / Rechtsberatung

Die Führung der streitigen Verfahren und die Rechtsberatung stellen die erste Achse der juristischen Tätigkeit der Dienststelle dar. Die in den letzten Jahren registrierte Zunahme hat sich stabilisiert: 250 Akten für das Jahr 2006 (259 Akten im Jahr 2005, 261 im Jahre 2004, 235 im Jahre 2003, 179 im Jahre 2002). Die Instruktion sämtlicher OHG-Gesuche um Entschädigung, Vorschuss und Genugtuung stellt den grössten Anteil der juristischen Akten dar. Für das Jahr 2006 wurden 59 OHG-Gesuche registriert (57 Gesuche im Jahre 2005, 76 im Jahre 2004). Die anderen grossen Tätigkeitsbereiche betreffen die Aufsicht über die Notare (49 Akten im Jahre 2006, 30 im Jahre 2005), die Aussprechung von Ordnungsbussen betreffend das Handelsregister (59 Akten im Jahre 2006, 48 im Jahre 2005), das Sekretariat und die Geschäftsstelle der Aufsichtskammer über die Anwälte (16 Akten im Jahre 2006, 13 im Jahre 2005) sowie verschiedene andere Bereiche, wie der Straf- und Massnahmenvollzug.

2.2 Gesetzesentwürfe / Gesetzliche Vernehmlassungen

Die Vorbereitung von Gesetzesentwürfen und die Beantwortung von gesetzlichen Vernehmlassungen stellen die zweite Achse der juristischen Tätigkeit dar.

a/ Angenommene Gesetze und Dekrete:

- Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch und der Zivilprozessordnung vom 14. September 2006 (fürsorgerischer Freiheitsentzug, Veröffentlichung des Grundstückserwerbs, Recht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung) (gleichzeitiges Inkrafttreten mit der Änderung des Obligationenrechts betreffend das Recht der Gesellschaft mit beschränkter Haftung; Anpassungen im Aktien-, Genossenschafts-, Handelsregister- und Firmenrecht);
- Einführungsgesetz zum Schweizerischen Strafgesetzbuch vom 14. September 2006 (Inkrafttreten am 1. Januar 2007);
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht vom 14. September 2006 (Inkrafttreten am 1. Januar 2007);
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Wallis zum Konkordat vom 10. April 2006 über den Vollzug der Freiheitsstrafen und Massnahmen an Erwachsenen und jungen Erwachsenen in den Kantonen der lateinischen Schweiz vom 14. September 2006 (Inkrafttreten verschoben bis zum Konkordatsbeitritt der Parlamente der Kantone Neuenburg und Waadt);
- Gesetz über den Beitritt des Kantons Wallis zum Konkordat vom 24. März 2005 über den Vollzug der strafrechtlichen Einschliessung Jugendlicher aus den Westschweizer Kantonen und teilweise aus dem Kanton Tessin vom 14. September 2006 (Inkrafttreten am 1. Januar 2007);
- Dekret betreffend die Änderung der kantonalen Gesetzgebung im Zivilverfahren zur Anpassung an das Bundesgesetz über das Bundesgericht vom 11. Oktober 2006 (Neudefinierung der Kompetenzen der kantonalen Gerichtsbehörden aufgrund des Bundesgesetzes über das Bundesgericht / 2. Etappe der Reform der Organisation der Bundesrechtspflege) (Inkrafttreten am 1. Januar 2007);
- Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über die eingetragene Partnerschaft gleichgeschlechtlicher Paare vom 12. Oktober 2006 (Inkrafttreten am 1. Januar 2007);

- Gesetz betreffend die Änderung der Rechtspflegeordnung vom 9. November 2006 (Optimierung der Ressourcen der richterlichen Gewalt und Ausdehnung der Rechtskontrolle in verwaltungsrechtlichen Streitigkeiten / 1. Etappe der Reform der Organisation der Bundesrechtspflege) (Ablauf der Referendumfrist am 1. März 2007);

- Änderung des Artikels 8 Absatz 2 der Verordnung über die Vormundschaft vom 20. Dezember 2006 (Inspektion alle zwei Jahre) (Inkrafttreten am 1. Januar 2007).

b/ Gesetzesentwürfe in Bearbeitung:

- Gesetzesentwurf über die Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs (Verstaatlichung der Betreibungs- und Konkursämter) (Entwurf einstimmig angenommen durch die Kommission für Institutionen und Familienfragen am 5. und 21. Dezember 2006);
- Gesetzesentwurf zur Abänderung des Gesetzes über die Kantonspolizei und zur Abänderung der Verordnung zum Gesetz über die Kantonspolizei vom 15. November 2006 (Anpassung des kantonalen Rechts an die Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches vom 23. Juni 2006 über den Schutz der Persönlichkeit im Falle von Gewalt, Drohungen oder Nachstellungen);
- Gesetzesentwurf zur Abänderung des Gesetzes über den Datenschutz angenommen durch den Staatsrat am 6. Dezember 2006 (Anpassung des kantonalen Rechts an das internationale Recht);
- Reglementsentwurf über den Tarif der Gebühren und der Auslagen der Notare (Vernehmlassung des Vorentwurfs beim Walliser Notarenverband und der Preisüberwachung vom 13. März 2006);
- Entwurf des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Zivilprozessordnung (Expertenmandat an Herrn Michel Ducrot);
- Entwurf des Einführungsgesetzes zur Schweizerischen Strafprozessordnung (Expertenmandat an Herrn Professor André Kuhn);
- Gesetzesentwurf über die Änderung des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Zivilgesetzbuch (Erwachsenenschutz, Personenrecht und Kindesrecht) (Expertenmandat an Herrn Professor Martin Stettler).

c/ Im Bereich der Gesetzesvernehmlassungen wurden sechs Entwürfe geprüft:

- Entwurf über die Änderung des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (Anpassung des Mindestumwandlungssatzes in der beruflichen Vorsorge);
- Vorentwurf der Verordnung zum Schweizerischen Strafgesetzbuch und Vorentwurf der Verordnung über das automatisierte Strafregister;
- Fakultativprotokoll vom 6. Oktober 1999 zum Übereinkommen vom 18. Dezember 1979 zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau;
- Vorentwurf über die Revision des Aktien- und Rechnungslegungsrechts im Obligationenrecht;
- Entwurf für ein Bundesgesetz über internationale Kindesentführungen und die Haager Übereinkommen zum Schutz von Kindern und Erwachsenen;

- Strukturreform in der beruflichen Vorsorge – Massnahmen für ältere Arbeitnehmende.

2.3 Vollzug der Strafurteile

Der Straf- und Massnahmenvollzug umfasst:

- die Registrierung der Strafurteile im Zentralstrafregister (3'618 Urteile / 3'448 im Jahre 2005);
- das Verfahren zur Inhaftierung der zu einer unbedingten Freiheitsstrafe Verurteilten (1'089 organisierte Inhaftierungen / 1'082 im Jahre 2005, 27 Entscheide um Aufschub des Strafvollzugs / 23 im Jahre 2005);
- das Inkasso der Gerichtsbussen mit einem Gesamtbetrag von Fr. 2'021'304.14 (3'526 in Rechnung gestellte Bussen im Jahre 2006 / 3'294 Bussen im Jahre 2005);
- die Einziehung von Ersatzforderungen (13 Akten mit einem Rechnungsbetrag von Fr. 129'984.60 / 27 Akten im Jahre 2005);
- die Betreuung und Überwachung der zu einer Bewährungsmaßnahme oder einer Weisung Verurteilten (166 Verurteilte, davon 47 Verzeigungen an die zuständige Behörde; 22 ausgesprochene Verwarnungen, 34 Änderungen der Weisungen und 14 Rückversetzungen in den Strafvollzug / 157 Verurteilte im Jahre 2005);
- den Vollzug von kurzen Freiheitsstrafen bis zu 3 Monaten in Form von Gemeinnütziger Arbeit (213 Gesuche, 58 Verzichtserklärungen nach Anhörung und Information des Gesuchstellers, 142 Umwandlungen, ein Abbruch / 204 Gesuche im Jahre 2005).

SEKRETARIAT FÜR GLEICHSTELLUNG UND FAMILIE

Gesetzgebung

- Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren auf Kantons- und Bundesebene

Verwaltung

- Teilnahme in verschiedenen verwaltungsinternen Arbeitsgruppen und Kommissionen.
- Teilnahme in der Arbeitsgruppe der EDK-SODK betreffend «Familien- und Sozialpolitik / Schul- und Bildungspolitik»

Sensibilisierung / Projekte

Gleichstellung

- «Im Namen der Ehre» Ausstellung zu Gewalt an Frauen im Namen der Ehre in Visp in Zusammenarbeit mit dem Forum Migration Oberwallis
- Einladung zum Anlass des Muttertags und Vortag des int. Tag der Familie ist zu dem Final der Ringkuhkämpfe in Aproz
- Sensibilisierungskampagne zum Anlass 10 Jahre GIG über die Lohndiskriminierung zwischen Frauen und Männern in den Postautos
- Durchführung von zwei Seminaren in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse zu den Themen Lohndiskriminierung und Gleichstellungsgesetz

- Analyse der Frauenvertretung in den ausserparlamentarischen Kommissionen 2006 - 2009
- Durchführung des Tochtertags 2006 in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen.
- Herausgabe des pädagogischen Unterrichtsmaterial «L'école de l'égalité» in Zusammenarbeit mit den Westschweizer Gleichstellungsbüros.
- In Zusammenarbeit mit der Mediathek St. Maurice Vortrag über die «geschlechterspezifische Sprache» dies im Rahmen der Ausstellung «Les jardins de l'orthographe»

Familie

- Veröffentlichung und Verteilung der Adressbroschüre «Infos, Frauen, Familien»
- Vorbereitungsarbeiten innerhalb der Verwaltung für die Umsetzung der Massnahmen, die an der Tagung über die neue Armut der Familien vorgeschlagen wurden, dies in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Sozialwesen
- In Zusammenarbeit mit der OHG und
- Weiterführung der Studie mit der HEVs in Visp über «Veränderung von Netzwerken im Alter. Unterschiede zwischen Frauen und Männern».
- Wettbewerb für die Jugend von 16 bis 25 Jahren unter dem Motto «Vereinbarkeit Beruf und Familie 2006» in Zusammenarbeit mit den Jugenddelegierten. Power-Point Präsentation der Kunstwerke an der Y-OGA in Brig
- In Zusammenarbeit mit der Industrie- und Handelskammer, sowie der Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung erstellen einer Analyse in vier Oberwalliser Unternehmen durch die Fachstelle UND um hier eine Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Beruf und Familie durchzuführen.
- In Zusammenarbeit mit Schule und Elternhaus, sowie dem ZET umsetzen der nationalen Kampagne «Stark durch Erziehung»

Internetplattform

- Erstellen einer Strategie, um die beiden Internetplattformen www.vs.ch/gleichstellung und www.vs.ch/familie zusammen zu führen. Ziel ist es einerseits der Öffentlichkeit die Adressen der Dienststellen und Organisationen durch ein elektronisches Telefonverzeichnis zur Verfügung zu stellen, andererseits diese Plattform dynamischer zu gestalten mit News sowie praktischen und juristischen Informationen

Anderweitige Zusammenarbeit

- Teilnahme an den Konferenzen der schweizerischen und westschweizerischen Gleichstellungsbeauftragten
- Teilnahme an den Treffen für ein internationale Zusammenarbeit im Bereich der Familienpolitik der EKFF

Beratung und Öffentlichkeitsarbeit

- Beantwortung von Auskünften in Zusammenhang mit Gleichstellung und Familie an Einzelpersonen und Behörden
- Vierteljährliche elektronische Publikation von «Newsletter» anstatt das Informationsbulletin «Aequitas»

Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungs- und Familienrat

- Mitarbeit bei den Arbeitsgruppen «Massnahmen zu Gunsten der Familie» und «Vereinbarkeit Familien-, Beruf- und Sozialeben».

Diverses

- Begleitung einer Praktikantin in der Ausbildung als Soziokulturelle Animatorin von der HEVs

KANTONSPOLIZEI

Tätigkeiten der Dienststelle

Gerichtspolizei

	2002	2003	2004	2005	2006
Total behandelte Fälle (mit Verzeigungen BetmG)	13'523	13'578	14'747	14'640	14'352
2004: Höchstwert der 10 letzten Jahre					
Aufklärungsquote (in %)	29.41	29.27	26.77	30.44	28.02
Ausländerkriminalität (in %)*	41.57	42.67	52.30	50.05	41.29
Jugendkriminalität (in %)*	29.65	27.69	23.82	23.85	25.66
* vom Total der ermittelten Täter					

Auszug/Entwicklung gewisser Fälle	2002	2003	2004	2005	2006
Tötungsdelikte (inkl. Versuch)	7	3	8	8	7
Körperverletzungen und Täglichkeiten	288	315	418	459	458
Notzuchtdelikte	10	13	21	14	13
Total strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	131	120	114	104	113
Pornographie	28	10	25	38	23
Diebstähle:	7'107	7'418	8'190	7'674	7'710
- davon Einbruchdiebstähle	1'825	1'530	1'966	1'753	1'692
Sachbeschädigungen	1'743	1'681	1'492	1'636	1'666
Raubdelikte	35	36	35	40	49
Drohungen	86	102	117	130	137
Veruntreuungen	64	85	73	77	71
Betrugsdelikte	128	116	67	173	103
Brandstiftungen	60	80	72	106	85
Gemeldete Suizide	59	50	48	61	52
IT Ermittlungen (Computerkriminalität)*	—	19	72	69	80

* Seit Juli 2003 ist ein Mitarbeiter der Kriminalpolizei vollamtlich mit dieser Aufgabe (IT-Ermittler) betraut. Am 01.08.2006 ist sie durch eine zweite Einheit vervollständigt worden.

Verhaftungen/Anhaltungen	2002	2003	2004	2005	2006
Verhaftungen	731	844	1'006	947	862
Anhaltungen	6'428	7'591	8'309	10'149	8'073

Gerichtspolizeiliche Identifikation	2002	2003	2004	2005	2006
Technische Tatbestandsaufnahmen	1'669	1'659	1'609	1'351	1'417
Mittels Fingerabdruck identifizierte Personen	87	85	102	105	81
Mittels DNA identifizierte Personen	36	29	54	41	31
Durch andere Mittel identifizierte Personen (chemische Mittel, Schuhabdruck, ...)	4	1	8	13	13

Die nationale Datenbank der genetischen Profile (CODIS) ermöglicht die Identifizierung von Personen aufgrund von Spuren und die Herstellung von Verbindungen zwischen Fällen, wenn genetische Profile mit anderen Spuren übereinstimmen. Die Verbindungen zwischen Fällen wird bei Ermittlungen immer wichtiger.

	2002	2003	2004	2005	2006
Erkennungsdienstlich behandelte Personen (Photo, Abnahme von Fingerabdrücken, DNA)	664	814	917	944	1'168
davon nur Fingerabdrücke				248	371
davon Fingerabdrücke + DNA *				696	797

* Seit dem 01.01.2005 ist das DNA-Profil-Gesetz in Kraft getreten, wodurch die Anzahl Personen, bei denen eine DNA-Abnahme erlaubt ist, gestiegen ist.

Bemerkung:

Die nationale Präventionskampagne der KKPD "Stop Kinderpornographie im Internet - Pädokriminalität" wurde im Frühjahr 2005 lanciert und wird sich bis Ende 2007 erstrecken. Die Kantonspolizei trägt diese spezifischen, notwendigen und zeitgerechten Vorbeugungsbemühungen vernetzt mit.

Strassenverkehr

Verkehrsunfälle	2002	2003	2004	2005	2006
Gemeldete Unfälle	1'693	1'562	1'396	1'223	1'054
- Tödliche Unfälle	26	27	26	22	24
- Unfälle mit Verletzten	793	735	693	601	595
- Unfälle mit Sachschaden	874	800	677	600	435
Verzicht auf Unfallaufnahme	1'167	1'221	1'275	1'190	1'123
Unfallopfer	2002	2003	2004	2005	2006
Getötete Personen	31	29	29	34	26
Verletzte Personen	1'093	1'010	955	825	769
Hauptursache der Unfälle in %					
Tödliche Unfälle	2002	2003	2004	2005	2006
1. Trunkenheit	26.92	11.11	30.77	30.77	33.33
2. Geschwindigkeit	38.46	51.85	34.62	45.45	16.67
3. Physischer Gesundheitszustand	7.69	7.41	3.85	9.09	16.67
Unfälle mit Verletzten	2002	2003	2004	2005	2006
1. Geschwindigkeit	23.68	20.14	18.18	21.96	22.86
2. Missachten des Vortritts	20.80	18.78	20.63	19.80	21.34
3. Trunkenheit	19.17	20.41	20.63	19.97	20.50

Geschwindigkeitskontrollen

2006 wurden 1'776 stationäre Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (1'997 im Jahr 2005), davon 667 (37.56 %) in der Nähe von Schulen. Die Anzahl der kontrollierten Fahrzeuge stieg von 243'571/ 2004 auf 214'924 im Jahr 2006

	2005	2006
Fehlbare Lenker	15'247	6.26%
Ordnungsbussen	12'500	13'304
Strafanzeigen (Administrativ-Massnahmen)	2'525	11'458
Verzeigungen an das Untersuchungsrichteramt	222	1'417
Führerausweisentzüge auf Platz	46	429
		23

640 Geschwindigkeitskontrollen wurden mit den «Laser-Pistolen» durchgeführt.

793 fehlbare Fahrzeuglenker wurden verzeigt, mit folgenden Resultaten: 318 Strafanzeigen, 475 Verzeigungen und 75 Führerausweisentzüge auf Platz (diese Zahlen werden zu den stationären Geschwindigkeitskontrollen hinzugerechnet).

Im Totalen ergibt dies 2'416 Kontrollen mit 215'737 gemessenen Fahrzeugen.

Der Betrag der 15'655 Ordnungsbussen im Strassenverkehr beläuft sich auf CHF 1'494'685.00 (im Jahr 2005: 18'703 Ordnungsbussen/CHF 1'765'212.00).

Schwerverkehrskontrollen

Im Rahmen der Vereinbarung mit dem Bund vom 20.10.2005 über die Intensivierung der Schwerverkehrskontrollen wurden 305 Strassenkontrollen durchgeführt, aufgeteilt in 2'391 Stunden (2005: 619 Kontrollen / 3'320 Stunden).

2'588 Lastwagen wurden kontrolliert (2005: 3'421), davon 794 Ausländer (2005: 967), daraus resultierten 640 Strafanzeigen (2005: 680) und 112 Ordnungsbussen (2005: 151)

Verkehrserziehung und Verkehrsprävention

Für das Schuljahr 2005-2006 wurde von der Verkehrserziehung Folgendes veranlasst:

Kindergarten, Primar- und Sekundarschulen: 1763 Klassenbesuche; 32'826 Schüler wurden, der Ausbildungsstufe angepasst, in Praxis und Theorie unterrichtet.

Verkehrserziehung in den postobligatorischen Schulen: 100 Klassenbesuche;

1'765 Schüler wurden über die Drogen- und Alkoholprobleme sensibilisiert und auf die Konsequenzen bei einem Unfall hingewiesen. Diese Aktionen konnten aufgrund der guten Zusammenarbeit mit dem Lehrpersonal, den Gemeindepolizeien, den Automobilverbänden und anderer gleichgesinnten Zielgruppen erreicht werden.

Die Verkehrsprävention kann für das Jahr folgende Bilanz vorweisen: Koordination und Verbreitung von 7 Kampagnen zur Unfallverhütung; 12 Interventionen und Berichte zur Sicherheit der Kinder auf dem Schulweg; 46 Kontrollen der Schulbusse; 20 Sitzungen für Erziehungsmassnahmen ausgesprochen vom Jugendgericht; Teilnahme an Kommissionssitzungen zur Verkehrssicherheit; Kurse und Konferenzen an verschiedene Teilnehmergruppen; Anschaffung eines Kippfahrzeugs zur Simulation und Animierung der Kampagne «Passive Sicherheit».

Weitere Tätigkeiten

Einsatzzentrale

Verschiedene neue Informatikprogramme und -systeme wurden in Betrieb genommen, unter anderem «Natel SMS PRIO» für die Auslösung der Feuerwehr. Mehrere neue Datenbanken «Lotus» wurden integriert und verwaltet. Das Einsatzleitsystem ELS der Polizeizentrale (Sitten und Noës) wurde komplett geändert. Inbetriebnahme des Alarmsystems ALARMNET für die NEAT (Programmierung - Verwaltung - Verfahren - usw.).

Studie für eine neue Einsatz- und Notrufzentrale.

Zudem wurden folgende Aufgaben getätigt:

- 264'791 Telefonanrufe (263'990 im Jahr 2005) davon 75'293 Notrufe 112 – 117 - 118 (80'193 im Jahr 2005). Die bei der EZ Noës eingegangenen Anrufe sind in diesen Zahlen nicht enthalten.
- 20'977 Meldungen des Systems ISOPRO (Suchmeldungen von Personen und Fahrzeugen) (23'204 im Jahr 2005).

Die Einsatzzentrale behandelte 20'773 Interventionen (17'305 im Jahr 2005).

Flughafen / Rückweisungen

Die Ausreise von 312 Personen wurde organisiert und kontrolliert (2005: 383), davon waren 136 Asylanten (2005: 182). Auf diese 312 Fälle mussten 26 polizeilich bis an den Zielflughafen begleitet werden.

Die Akten von 247, auf Anordnung der Dienststelle für Zivilstands-wesen und Fremdenkontrolle (DZF) inhaftierten Ausländern (Zwangsmassnahmen im Ausländerrecht) wurden durch die Flughafenpolizei behandelt.

Information und Prävention

Externe Kommunikation über Medien

- Verbreitung von 400 Medienmitteilungen, in den beiden offiziellen Sprachen.
- Beantwortung von ungefähr 2'000 Anfragen von Journalisten.
- Organisation von Pressekonferenzen.

Kriminalitätsbekämpfung

- Umsetzung der Nationalen Präventionskampagne gegen Kinder-pornographie im Internet. Präventionsstand an den Ausstellungen Sion-Expo, OGA und Foire du Valais. Mehr als 100'000 Werbe- und Präventionsartikel wurden an Jugendliche verteilt. Erwachsene und Lehrkräfte wurden auf die Problematik aufmerksam gemacht.
- Verbreitung von mehreren Medienmitteilungen mit Warnungen und Ratschlägen, insbesondere zu obenerwähnter Kampagne.
- Gestaltung der Internetseite www.respect-please.ch, welche die Besucher auf unsere Partner im Bereich Prävention aufmerksam macht. Der Leitsatz «respect-please» ermöglicht es, junge Leute auf die verschiedenen Präventionskampagnen hinzuweisen.
- Der Koordinator «Kriminalitätsbekämpfung» erteilte 200 Sicherheitsberatungen an Privatpersonen und Unternehmen.

Ausbildung

Am 5. März 2006 haben 32 Aspiranten, davon 7 Beamte der Gemeindepolizeien Bagnes, Si-ders, Sitten und Zermatt, die Aspirantenschule an der Polizeiakademie von Savatan ange-treten. 3 Aspiranten haben die Schule im Verlauf der Ausbildung verlassen.

Die Rekrutierungskampagne für die Aspirantenschule 2007 wurde vom 24. Februar bis 12. Mai 2006 durchgeführt. 237 Interessenten

haben die Dokumentation verlangt. 90 Kandidaten wurden berücksichtigt und zu den verschiedenen Prüfungen vorgeladen. Nach Auswertung der Resultate wurden 15 Aspiranten französischer Muttersprache und 5 Aspiranten deutscher Muttersprache, davon 2 weiblichen Geschlechts, für die Aspirantenschule vorgeschlagen.

Die Mitglieder des Korps wurden an 124 Halbtagen in den Bereichen taktisches Schiessen, Polizeischiesse sowie persönliche Sicherheit ausgebildet. Die Grundhandhabungen und der Unterhalt der Waffen wurden im Rahmen der Schiessen behandelt.

Buchhaltung / Sekretariat

Die Buchhaltung hat 5'725 Rechnungen für einen Gesamtbetrag von CHF 2'072'428.35 (5'282 Rechnungen / CHF 1'469'682.00 im Jahr 2005) ausgestellt.

18'661 Aufträge wurden vom Sekretariat der Kantonspolizei verwaltet und weitergeleitet (16'812 im Jahr 2005).

DIENSTSTELLE FÜR ZIVILSTANDSWESEN UND FREMDENKONTROLLE

Die Arbeitsbewilligungen für die Staatsangehörigen der 15 Mitgliedstaaten der Europäischen Union und der Mit-gliedstaaten der EFTA waren 2006 noch der Kontingentierung unterstellt.

Die Ausweitung der bilateralen Abkommen auf die 10 neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Polen, Un-garn, Tschechien, Slowenien, Slowakei, Estland, Litauen, Lettland, Zypern und Malta) ist am 1. April 2006 in Kraft getreten. Diese Länder sind bis 2011 der Kontingentierung und den Vorschriften der Arbeitsmarktbehörde unter-stellt; Ausnahmen Zypern und Malta, welche die gleichen Zulassungsbestimmungen haben wie die ersten 15 Län-der der EU.

2006 beträgt die Zahl der wohnsässigen Bevölkerung (Permis B und C) 54'121 Personen (52'697 Personen im Jahre 2005). Die Dienststelle hat 35 Familien eine Aufenthaltsbewilligung aus humanitären Gründen erteilt.

Im Rahmen der Zwangsmassnahmen erliess unsere Dienststelle 247 Haftanordnungen im Hinblick auf die Aus-schaffung (118 Fälle betrafen den Bereich des Asylwesens und 129 Fälle den Bereich der Fremdenkontrolle).

ASYL

Man stellt für das Jahr 2006 eine leichte Zunahme bei den Asylanträgen in der Schweiz fest; 10'537 Anträge ge-genüber 10'061 im Jahre 2005. Trotzdem nimmt die Zahl der Fälle im Asylbereich wegen der Nichteintretentsentscheide, der kontrollierten Ausreisen, der Untertauchung der Antragsteller und der Regelung der Aufenthaltsver-hältnisse durch Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung B, ab.

Der grösste Teil der Asylsuchenden stammt aus Serbien (Kosovo), aus Eritrea – , aus dem Irak und an 4. Stelle aus der Türkei.

Dem Kanton Wallis wurden 2006, 369 Asylbewerber zugewiesen. 47 haben politisches Asyl erhalten, 186 wurden abgewiesen, 62 bil-deten Gegenstand eines Nichteintretentsentscheides, 20 haben ihren Asylantrag zurückgezo-gen und 25 sind aufgrund eines Abschreibungentscheides aus dem Asylverfahren ausgeschieden.

Unser Kanton hat 64 freiwillige Ausreisen und 72 Heimschaffungen organisiert. Während dieser gleichen Periode sind 195 Personen untergetaucht.

145 Aufenthaltsbewilligungen aus humanitären Gründen wurden im Wallis an provisorisch Aufgenommene erteilt.

ZIVILSTANSWESEN

Die systematische Rückerfassung im Infostär geht dank der Anstellung von Zivilstandsbeamten und der regelmäss. Die Dienststelle hofft bis Ende 2007 alle lebenden Personen, die in Registern aufgeführt sind, rückzuerfassen.

Der Entwurf zur Aenderung der Artikel 28 und 29 der Verfassung, welche die Uebertragung der Zuständigkeit zur Erteilung des Gemeindeburgerrechtes von der Burgergemeinde zur Munizipalgemeinde regeln, wurde durch das Parlament anlässlich der Zweckmässigkeitsdebatte und anlässlich der beiden Lesungen über den Text geprüft und angenommen.

EINBÜRGERUNGEN

643 Personen wurden durch ordentliche in unserem Kanton aufgenommen. Aufgrund der vielen Gesuche war die Dienststelle nicht in der Lage den bestehenden Rückstand aufzuarbeiten.

	2005	2006
Adoptionen	37	35
Namens- und Vornamensänderungen	226	230
Ausl. Eheschliessungen, (Drittstaaten) abgehandelt durch unsere Dienststelle	274	271

INTEGRATION

Von den 30 unterbreiteten Projekten im Bereich der Integration und im Kampf gegen den Rassismus hat der Kanton 27 finanziell unterstützt; Gesamtbetrag Fr. 133'511.–.

Die Bundessubventionen 2006 für Projekte im Wallis betragen Fr. 278'203.–.

Die plenarische Kommission hat sich 2 Mal versammelt; die verschiedenen Arbeitsgruppen waren regelmässig aktiv.

Die Dienststelle organisierte am 18. Mai 2006, mit der Mitarbeit des internationalen Institutes für Kinderrechte eine Sensibilisierungstagung zur Problematik der weiblichen genitalen Verstümmelung (Exzision). Die Anstrengungen zur Sensibilisierung und Information unter den betroffenen Bevölkerungen, bei den Personen im medizinischen und sozialen Bereich und beim Lehrpersonal werden weitergeführt. Ein Mandat wurde diesbezüglich an die Vereinigung Kalkal übergeben.

Die Willkommensbroschüre zuhanden der Einwanderer wurde in die polnische, rumänische und slowenische Sprache übersetzt.

SCHWEIZERPÄSSE UND IDENTITÄTSKARTEN

	2005	2006
Reisepässe	22'678	21'374
Identitätspässe	29'886	31'839
Provisorische Reisepässe	443	466

101 biometrische Pässe wurden 2006 in den Pilotzentren an Schweizerbürger, die ihren Wohnsitz im Wallis haben, ausgestellt.

STRAFANSTALTEN

Tätigkeitsbericht

Das vergangene Jahr war für die Direktion der Strafanstalten ein Übergangsjahr. Im Hinblick auf das Inkrafttreten des neuen Strafgesetzbuches per 1. Januar 2007 und des Jugendstrafgesetzes mussten diverse Haftformen angepasst werden.

Die im organisatorischen und administrativen Bereich festgesetzten Ziele sind heute erreicht. So wird das Erziehungszentrum Pramont nach dem neu entwickelten Erziehungskonzeptes betrieben. Die erzieherische Einweisung in einen geschlossenen Rahmen ist nun mehr möglich. Die Anforderungen des neuen Konkordates breffend die Untersuchungshaft Minderjähriger wurden ebenfalls umgesetzt. Was die erwachsenen Verurteilten betrifft, ist ein neuer Plan des individualisierten Strafvollzuges ausgearbeitet worden. Die spezifischen Verfahren des Massnahmenvollzuges (Urlaubserteilung, bedingte Entlassung usw.) wurden ebenfalls erneuert. In gesetzgeberischer Hinsicht wurden die Bestimmungen im Haftbereich sowohl auf Konkordats- als auch auf kantonaler Ebene angepasst.

Was die Ausbildung der Insassen betrifft, ist eine ausgesprochen grosszügige Geste der Loterie romande hervorzuheben, welche eine Zuwendung von Fr. 25'000 gesprochen hat. Dieser Betrag, der 2007 eingesetzt wird, ist dazu bestimmt, das seit Jahren von der Direktion festgesetzte Ziel weiterzuverfolgen, die Wiedereingliederungschancen der anvertrauten Personen zu verbessern.

Die Direktion der Strafanstalten hatte 2006 nochmals eine ausgesprochen bedeutende Anzahl von Verfügungen im Bereich der Straf- und Massnahmenvollzuges zu treffen. Sie hat insbesondere 352 Berichte verfasst für:

- die Kommission für die bedingte Entlassung ;
- die Kommission zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit ;
- die verschiedenen Kommissionen der einweisenden Kantone, die für den Straf- und Massnahmenvollzug zuständig sind.

Strafkolonie Crételongue

Mit einem Belegungsschnitt von 95% entspricht die Strafkolonie von Crételongue mehr denn je einem Bedürfnis auf Stufe des Westschweizer Strafvollzugskonkordates. Die Einführung des neuen Strafgesetzbuches auf den 1. Januar 2007 wird indessen eine noch stärkere Individualisierung der Betreuung der Insassen mit sich bringen.

Zur Stunde sind die Beschäftigungsstätten (Werkstätten, Landwirtschaftsbetrieb usw.) bereits weitestgehend den Bedürfnissen der Insassen angepasst. Sie werden indessen noch ständig verbessert. So ist eine neue Sägerei im Entstehen begriffen. Die Arrestzellen sind ebenfalls erneuert worden, um den aktuellen Anforderungen im Bereich des Strafvollzuges gerecht zu werden.

Trotz dieser ständigen Optimierungsbemühungen genügt die Unterbringung der Insassen im Zellentrakt nicht mehr den Sicherheitserfordernissen, namentlich in feuerpolizeilicher Hinsicht. Wichtige Massnahmen wurden hinsichtlich der Evakuierung der Insassen im Brandfall umgesetzt. Dies ist indessen nicht ausreichend. Eine Sanierung des Zellentraktes ist unumgänglich geworden, zumal er vor mehr als 70 Jahren erstellt worden ist. Das kantonale Hochbauamt wurde so mit der Erstellung eines Vorprojektes beauftragt.

Im steten Bewusstsein um die Wichtigkeit der Weiterbildung des Personals, hat die Direktion der Strafkolonie spezielle Ausbildungen organisiert wie ein Kurs in Suizidprävention oder in gewaltloser Kommunikation.

In administrativer Hinsicht ist die Einführung des neuen Fakturierungssystems SAP zu erwähnen, das für die ganze Strafkolonie einsatzfähig ist.

Erziehungszentrum Pramont

In Fortführung der unternommenen Bestrebungen, minderjährige Jugendliche mit ausgesprochen schwerer krimineller Vergangenheit aufzunehmen, hat das Erziehungszentrum Pramont seine Zukunftstrategie definiert. Diese reiht sich vor dem Hintergrund des neuen Jugendschutzgesetzes sowie des Westschweizer Konkordates über die Haft Minderjähriger ein.

Das Jahr 2006 hat abermals aufgezeigt, dass Pramont eine gewisse Anerkennung bei den Jugendgerichten der Westschweiz und des Tessins genießt. Die Institution verfügt denn über eine beachtliche Warteliste sowohl was die Einweisung Jugendlicher als auch diejenige junger Erwachsener betrifft.

Die Aufnahme und das Zusammenleben von mehr als 30 jungen Straffälligen mit oftmals schweren Charakteren sind nicht einfach. Das Erziehungszentrum Pramont hat als Ziel, ihnen zu verhelfen, das notwendige Vertrauen zurückzugewinnen, damit sie das persönliche Gleichgewicht wieder finden, das ihnen die Wiedereingliederung in die Gesellschaft erlaubt.

Es kann an dieser Stelle festgestellt werden, dass die Werkstätten ihre Funktion der Aufwertung und Integration vollauf erfüllen. Seit mehreren Jahren arbeitet Pramont eng mit einer Vielzahl privater Unternehmen zusammen, welche den Jugendlichen Ausbildungsmöglichkeiten in Form von Praktika anbieten. Das Jahr 2006 hat die Bedeutung dieser Zusammenarbeit im Hinblick auf die Wiedereingliederung abermals unterstrichen.

In naher Zukunft wird das Erziehungskonzept von Pramont Gegenstand mehrerer Anpassungen bilden müssen. Diese Schritte ergeben sich aus den Auflagen des Bundesamtes für Justiz, welche 2008 eine Beurteilung der Einrichtung vornehmen wird. Diese Prüfung wird vor allem auch die personelle Ausstattung im erzieherischen Bereich umfassen, sind doch die diesbezüglichen Anforderungen des Bundes sehr strikte.

Die unmittelbare Zukunft von Pramont ist somit vorgezeichnet. Sie wird indessen weiterhin nach innovativen Lösungen verlangen. Das Erziehungszentrum Pramont ist indessen bereit, diese Herausforderungen anzugehen.

Untersuchungsgefängnisse

Die Belegungszahlen der Untersuchungsgefängnisse haben sich in der Berichtsperiode auf dem Vorjahresstand gehalten. Zunehmend ist indessen weiterhin die Zahl der unter schweren psychischen und physischen Störungen leidenden Insassen, welche die drei Anstalten aufzunehmen haben. Um diese Situation zu meistern, muss das ausbildungsmässige Schwergewicht für das Gefängnispersonal auf diese Problematik fokussiert werden. Im Jahre 2005 hatte das gesamte Personal die Gelegenheit, einen Kurs in Suizidprävention zu absolvieren. Diese Anstrengungen sind im Jahre 2006 fortgeführt worden in Form einer Weiterbildung. So wurden acht Mitarbeiter auserkoren, um in Begleitung von Fachpersonen in den Anstalten, in denen sie täglich arbeiten, Interventionsprotokolle zu erarbeiten. Diese ständigen Anstrengungen genügen indessen nicht. Der medizinische Dienst der Gefängnisse muss unbedingt ausgebaut werden. Gegenwärtig verfügt lediglich das Gefängnis von Sitten über Pflegepersonal. Dieses fehlt in den Untersuchungsgefängnissen von Brig und Martinach vollkommen.

Was die Sicherheitsbelange betrifft, sind die beiden letztgenannten Einrichtungen nachts nur durch einen Mitarbeiter besetzt. Diese Situation stellt grosse Probleme dar, insbesondere im Brandfall.

Gewiss sind Arbeiten zur Verbesserung der Sicherheitsinfrastruktur ausgeführt worden, diese allein reichen indessen nicht aus, um den Personalmangel wettzumachen.

DIENSTSTELLE FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT

Verwaltung

Nach einem mit Schwierigkeiten gekennzeichnetem Jahr 2005, die mit der Einführung einer neuen Informatikanwendung verbunden waren, wurde 2006 ein Institut beauftragt, bei der Kundschaft eine Genugtuungsuntersuchung durchzuführen. Gleichzeitig wurde das Institut bevollmächtigt, eine Organisations- sowie Informatikwirtschaftsprüfung vorzunehmen, um die Punkte zu bestimmen, bei denen Verbesserungen als Priorität angezeigt sind.

Die Genugtuungsuntersuchung dauerte während des ganzen Monats März, und mehr als 2000 Personen beantworteten einen Fragebogen, der ihnen während des Aufenthalts bei der Dienststelle abgegeben wurde. Der durchschnittliche Genugtuungssatz belief sich von höchstens 10 auf 8,5, was als hoch bezeichnet werden kann. Die Wünsche der Kundschaft haben sich hauptsächlich auf eine Verstärkung unserer Dienstschalter und unseres Telefondienstes beschränkt. Zudem wünschen sich die Kunden eine einfache Vorlage der Rechnungen.

Im Rahmen der organisatorischen Wirtschaftsprüfung wurde festgestellt, dass die Strukturen der Dienststelle nicht mehr an das starke Wachstum des Fahrzeugparks angepasst sind. Es wurde ein neues Organigramm mit verschiedenen Begleitmassnahmen eingeführt, welche erlauben, die notwendigen Änderungen umzusetzen.

Fahrzeugpark

Der kantonale Fahrzeugpark ist weiter angestiegen. Während er sich 2005 auf 234'225 Fahrzeuge belief, liegt er gegenwärtig bei 240'042 Fahrzeugen. Dieser Bestand des Fahrzeugparks umfasst nicht mehr Fahrzeuge, dessen Kontrollschilder vorübergehend hinterlegt sind und entspricht deshalb der Bundesstatistik. Die Anzahl der immatrikulierten Fahrzeuge im Jahr 2006 betrug 62'863.

Führerprüfungen und Fahrzeugkontrollen

Die Anzahl der praktischen Führerprüfungen ist 2006 weiter angestiegen und betrug 7'854 zu 7'683 im Vorjahr. Dank einer guten Vorbereitung der Prüfungsbewerberinnen und -bewerbern betrug der Misserfolg dieser Prüfungen 35 Prozent. Zudem wurden 6'771 theoretische Grundprüfungen abgelegt, bei denen die Durchfallquote bei 31 Prozent lag. Auch wenn die Durchfallquoten im Vergleich zu 2005 leicht zugenommen haben, bestätigen sie, dass die Kandidatinnen und Kandidaten in unserem Kanton die Fahrausbildung mit grösster Sorgfalt angehen.

Schiffahrt

Der Schiffspark verzeichnet in unserem Kanton 1'306 Schiffe. Im laufenden Jahr wurden 473 Schiffe kontrolliert, 177 Führerprüfungen und 125 Theorieprüfungen registriert. Diese Zahlen beliefern sich im Vorjahr auf 410, 175 und 271.

Zusätzlich wurden von den Schiffswerften aufgrund von abgeschlossenen Vereinbarungen 29 Schiffskontrollen durchgeführt.

Administrative Massnahmen

Nach einer starken Zunahme der Führerausweisentzüge im Jahr 2005 hat sich diese Zahl 2006 von 4'501 auf 4'241 verringert. Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die Strassenverhältnisse oder Strassensignalisation (1'828) sowie Trunkenheit am Steuer (1'330) blieben die wichtigsten Gründe der angeordneten Administrativmassnahmen.

Die wegen Missachten von Verkehrsregeln verfügten Verwarnungen haben ebenfalls abgenommen. Im Jahr 2006 wurden 1'713 Verwarnungen ausgesprochen gegenüber 2'335 im Jahr 2005.

Zusätzlich zu den getroffenen Administrativmassnahmen wurden 4'919 Personen zu einer Busse verurteilt, weil sie gegen die Verkehrsvorschriften verstossen hatten. Diese Zahl belief sich im Vorjahr auf 6'296.

Buchhaltung und Informatik

Die Einnahmen der Dienststelle nehmen von Jahr zu Jahr zu und erreichten im Jahr 2006 die Summe von 68,7 Millionen Franken. Dieser Betrag ergibt sich aus 269'328 Einzahlungen mittels Einzahlungsscheinen. Mit 4'023 Verfü-gungen wurde der Fahrzeugausweis entzogen, weil die Verkehrssteuern nicht bezahlt worden waren.

Der Zugriff auf das Internet der Dienststelle weist einen zunehmenden Erfolg auf. Im Jahr 2006 wurden durch die Kundschaft 1'027'835 Transaktionen ausgeführt, d.h. mehr als 2'800 pro Tag.

DIENSTSTELLE FÜR ZIVILE SICHERHEIT UND MILITÄR

Für die DZSM dient der Controllingbericht für das Jahr 2006 mit den veröffentlichten Angaben und Zahlen als Verwaltungsbericht.

DIENSTSTELLE FÜR JAGD FISCHEREI UND WILDTIERE

Das Jahr 2006 war vom neuen 5-Jahresbeschluss geprägt. Insbesondere die neue Jagdkarte sowie die Bestim-mungen über die Fahrzeugbenutzung führten zu teilweise heftigen Reaktionen seitens der Jägerschaft. Die Selbst-finanzierung der Dienststelle ist in jenen Bereichen die direkt mit der Ausübung der Jagd und Fischerei zusammenhängen gewährleistet. Eine vollständige Selbstfinanzierung ist jedoch kaum möglich, da insbesondere die Ein-nahmequelle durch die verkauften Abschüsse zu sehr variiert. Die Realisierung von verkauften Abschüssen hängt von äusseren Umständen ab, die von der Dienststelle nicht beeinflusst werden können. Im Personalbereich muss-ten 3 neue Wildhüter angestellt werden. Diese Stellen wurden infolge Pensionierung der bisherigen Amtsinhaber frei.

Bewirtschaftung der Regale:

Trotz der teils heftigen Kritik am neuen 5-Jahresbeschluss wurden erneut über 2600 Patente gelöst. Die Jagd ver-lief ausgesprochen ruhig und unfallfrei. Sowohl die Jäger als auch die Abschüsse waren über das gesamte Jagd-gebiet gut verteilt. Der Jagddienst konnte mit Genugtuung einen markanten Rückgang der Fehlabschüsse feststellen. Die Jagdplanung wurde beim Rot-, Reh- und Gämswild vollumfänglich erfüllt. Die Jägerschaft hat das neue Gämsmodell vorbildlich umgesetzt und wurde damit ihrer Rolle als Regulator vollumfänglich gerecht. Im Bereich der Fischerei wurden 2640 Patente gelöst, wobei die Tagespatente darin nicht berücksichtigt sind. Die

Wiederbe-völkerung als Herzstück der Fischerei funktionierte dank den Fischereisektionen wie immer sehr gut. Revitalisie-rungen und Biotopverbesserungen konnten im Rahmen von Konzessionserneuerungen, im Bereich von Hochwas-serschutzmassnahmen und anderen die Gewässer tangierenden Bauprojekten, verfügt werden.

Die Wildruhezonen bewährten sich und wurden ab Mitte Dezember erneut in Kraft gesetzt. Die Dienststelle wird im Jahre 2007 zusammen mit den Jagdvereinen zusätzliche Wildruhezonen vorschlagen.

Die Jagd führte 2006 zu folgenden Strecken:

Rotwild:	1712
Rehwild:	1371
Gämswild:	2694

Fischereiresultate:

Es wurden im Durchschnitt 46 Forellen pro Fischer gefangen. Dies entspricht einem Fischereiertrag von ca. 30 Tonnen Fische, welche den Walliser Gewässern entnommen wurden.

Grossraubwild

Im Gegensatz zum Vorjahr tauchten im Jahre 2006 im Kanton verschiedene Wölfe auf. Während sich der von der Pontimiawölfin angerichtete Schaden in Grenzen hielt, musste der Gommer Wolf sowie der Chablais Wolf infolge untragbarer Schäden zum Abschuss frei gegeben werden. Beide Abschussbewilligungen wurden realisiert. Auf-grund des von der Dienststelle durchgeföhrten Monitorings muss davon ausgegangen werden, dass sowohl im Chablais als auch im Oberwallis nach wie vor Wölfe ihre Fahrte ziehen. Die entsprechenden Alpenossenschaften wurden von der Dienststelle auf die Notwendigkeit von Präventionsmassnahmen aufmerksam gemacht. Im Gros-sen Rat wurden Ende 2006 Anträge zur Vereinfachung der Abschussbewilligungsverfahren eingereicht. Der im Zu-sammenhang mit den Grossraubwildschäden ausbezahlte Schaden beläuft sich auf ca. 30000 Franken ohne die unzähligen von der Dienststelle aufgewendeten Mannstunden zu berück-sichtigen.



DEPARTEMENT FÜR GESUNDHEIT, SOZI- ALWESEN UND ENERGIE

VERWALTUNGSBERICHT 2006



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: THOMAS BURGENER
STELLVERTRETER: JEAN-RENE FOURNIER**

GESUNDHEIT, SOZIALWESEN UND ENERGIE

Thomas Burgener

Dienststelle
für Gesundheitswesen

Dienststelle für Sozialwesen

Medizinisch-Pädagogisches
Zentrum «La Castalie»

Dienststelle für Arbeitnehmerschutz
und Arbeitsverhältnisse

Kantonale Ausgleichskasse

Kantonale IV-Stelle

Dienststelle für Energie
und Wasserkraft

EINLEITUNG

Gesundheitswesen

Das Jahr 2006 war in erster Linie geprägt von der sehr grossen Unterstützung des Grossen Rates für das Gesundheitsnetz Wallis (GNW) bei der Verabschiedung des Gesetzes über die Krankenanstalten und -institutionen (KAIG), welches nach einer ausgedehnten Debatte den beiden Dekreten von 2002 und 2003, sowie dem Planungskonzept 2004 folgte.

Dank dieser Unterstützung können die Verantwortlichen und das Personal des GNW in eine Phase der Stabilisierung und Konsolidierung treten. Die letzten Hürden, die immer noch ein optimales Funktionieren des GNW behindern, können nun beseitigt und die zahlreichen Herausforderungen angepackt werden. Das GNW muss:

- den Walliser Patienten die Spitalmedizin der Zukunft anbieten,
- die neuen Bedürfnisse der Bevölkerung zu vernünftigen Kosten befriedigen,
- dem stärkeren Konkurrenzdruck des privaten Sektors standhalten.

Die Integration des Personals der Psychiatrischen Institutionen des Mittel- und Unterwallis (IPVR) und des Walliser Zentrums für Pneumologie (WZP) ins GNW sowie die Übertragung des Eigentums an den Spitalinfrastrukturen an den Kanton erforderte eine beträchtliche Arbeit seitens der DGW.

Wegen der Annahme des Konzeptes zur Betreuung betagter Personen durch den Staatsrat im Oktober 2005, ist das Jahr 2006 von zahlreichen Konstruktions-, Vergrösserungs- und Renovationsprojekten von Alters- und Pflegeheimen geprägt, um die geplanten 390 zusätzlichen Betten bis 2013 zu erreichen.

Abgesehen von den Massnahmen für die wichtigen Themen der Gesundheitsförderung und Krankheitsverhütung hat die Dienststelle für Gesundheitswesen ihren Schwerpunkt für 2006 auf eine ausgedehnte Kampagne der Organspende bei der Bevölkerung des Kantons angelegt.

Sozialwesen

Der NFA-Steuerungsausschuss hat an der Vorbereitung des Mantelerlasses gearbeitet, der am 01.01.2008 in Kraft treten wird. Der Sozialbereich ist besonders betroffen, da die Aufsicht über die Institutionen für Behinderte und deren Finanzierung zur Gänze in die Verantwortung des Kantons übergehen werden, während die Finanzierung von AHV und IV vollständig vom Bund übernommen wird.

Diese neue Situation bringt zahlreiche Änderungen in der Aufgaben- und Lastenaufteilung zwischen Kanton und Gemeinden mit sich. Das vom Staatsrat vorgeschlagene Modell hat einen Ausgleich der gesamten Neuverteilung von Lasten zwischen Kanton und Gemeinden zum Ziel.

In einer zweiten Etappe wird es darum gehen, über die Aufgabennentflechtung innerhalb des Kantons zu diskutieren.

Insbesondere im Bereich der Institutionen für Behinderte hat das Departement ein erstes Dokument in die Diskussion gebracht; dieses Dokument wird als Grundlage für den strategischen Plan dienen, den der Kanton Ende 2007 oder Anfang 2008 dem Bund unterbreiten muss.

Während des Jahres 2006 wurden Vorbereitungsarbeiten für die Einführung eines Informatiksystems durchgeführt, das alle Institutionen für Behinderte, für Jugendliche und für den Sonderschulunterricht abdeckt.

Angesichts der Bedeutung dieses Vorhabens muss diese Frage vom Grossen Rat im März 2007 mit einem Dekret behandelt werden.

Nach einem starken Kostenanstieg im Jahre 2005 blieb die Sozialhilfe im Jahre 2006 relativ stabil: Laut der Statistik des Bundesamtes für Statistik beträgt der Anteil der Personen, die von der Sozialhilfe abhängig sind, im Wallis 1,3%, während er landesweit 3,3% ausmacht. Trotz dieser erfreulichen Situation ist es nötig, die Koordination zwischen den verschiedenen Systemen, namentlich JV, Arbeitslosenversicherung und Sozialhilfe zu verstärken. Diese

Zusammenarbeit wird im Jahre 2007 im Rahmen des Projekts IIZ MAMAC, das vom Staatsrat genehmigt wurde, konkretisiert.

Am 1. Januar 2006 ist die Änderung des Reglements über die Einreibung von Unterhaltsbeiträgen und die Entrichtung von Vorschüssen in Kraft getreten; auf Grund dieser Änderung ist es nicht mehr möglich, die Gewährung von Vorschüssen auf zwei Jahre zu beschränken, wenn der Schuldner zahlungsunfähig ist. Diese Änderung, die vom Grossen Rat genehmigt wurde, korrigiert die frühere Benachteiligung von Personen, deren Ex-Ehegatte nicht in der Lage ist, die geschuldeten Unterhaltsbeiträge zu leisten.

Im Asylbereich geht die Zahl der aufgenommenen Personen weiter zurück, und entsprechend vermindern sich auch die Pauschalbeiträge des Bundes. Auf Grund der Bestimmungen des Asylgesetzes des Bundes muss der Kanton hingegen die Kosten der Personen mit NEE (Nichteintretentscheid) und der vorläufig Aufgenommenen übernehmen, die nach einem siebenjährigen Aufenthalt in der Schweiz vom Kanton übernommen werden müssen.

Das Betriebsdefizit des Asylbereichs liegt für 2006 in der Grösseordnung von 1,8 Mio. Ab 2008 wird es sich auf 4-6 Mio. erhöhen. Der Personalbestand des Sektors Asyl wird nach einem Abbau von 15 Stellen im Jahr 2005 ab 2007 voraussichtlich weiter vermindert werden müssen.

Um die Integration der Personen, die dauerhaft im Wallis verbleiben, zu fördern und die sozialen Kosten zu begrenzen, beantragt die Dienststelle, dass eine Einrichtung zur Unterstützung bei der Arbeitssuche geschaffen wird. Dieser Schritt wird dank der grosszügigeren Öffnung des Arbeitsmarktes für Asylbewerber und vorläufig aufgenommene Personen möglich. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde bisher für diese Personenkategorien sehr restriktiv gehandhabt.

Energie

Wie bereits in den vorgehenden Jahren, hat sich im Elektrizitätsmarkt die Nachfrage weiter verstärkt. So sind auch 2006 neben den fossilen Energieträgern auch die europäischen Marktpreise für Strom stark angestiegen. Setzt sich der bisherige Stromverbrauch unvermindert oder auch in geschwächter Form fort, so wird die Schweiz, je nach Szenario im Zeitraum zwischen 2012 und 2020 zu wenig Strom zur Verfügung haben. Der ständig steigende Stromverbrauch der letzten Jahre hat die Bedeutung und den Wert der sicheren Wasserkraft einmal mehr klar aufgezeigt. Diese Tatsache wirkt sich auch positiv auf die im Kanton Wallis produzierenden Wasserkraftgesellschaften und die Zukunft der Wasserkraft aus. Andererseits bedeuten steigende Strompreise Standortnachteile für energieintensive Betriebe im Kanton und in der Schweiz.

Die Stellung der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft ist im Hinblick auf die vollständige Öffnung des EU-Strombinnenmarktes im Jahr 2007 zu sichern. Das Stromversorgungsgesetz und die Revision des Energiegesetzes wurden in den eidgenössischen Räten mit wenigen Differenzen zu Ende beraten. Wenn das Referendum nicht ergriffen wird, kann davon ausgegangen werden, dass die Inkraftsetzung 2008 erfolgen wird. Mit dem Stromversorgungsgesetz werden die Rahmenbedingungen zur Gewährleistung einer sicheren und nachhaltigen Stromversorgung und für einen geordneten Strommarkt im sich verändernden schweizerischen und europäischen Umfeld gesetzt.

Die Walliser Elektrizitätsgesellschaft (WEG) hat mit der Abtretung der Verteilernetze an die Gemeinden und die regionalen Elektrizitätswerke die Stromverteilung an die Kleinkunden schrittweise aufgegeben. Neu konzentriert sich die WEG vorab auf die Lieferung an Grosskunden, insbesondere an Stromverteiler, an die Industrie und an KMU's.

Im Bereich der Wasserkraftnutzung wurden 2006 die Bauarbeiten zur Instandstellung der Druckleitung von Cleuson-Dixence in Angriff genommen. Im Weiteren wurde die Projektierung von zwei Pumpspeicherwerken, «Nant de Drance» in Emosson und «Argesimo» in Oberems gestartet.

Bei mehreren Wasserkraftanlagen wird gegenwärtig der Weiterbe-

trieb der Anlagen mittels provisorischen Massnahmen gewährleistet. Die Anwendung der Richtlinien für die Gewässersanierung wurde weiterverfolgt. Bei den Höchstspannungsleitungen ist das Projekt der 380 kV-Leitung Chamoson-Chippis in der Bewilligungsphase.

Im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien läuft auf schweizerischer Ebene das Aktionsprogramm «EnergieSchweiz» im sechsten Jahr. Die Minergie-Strategie wird prioritär weitergeführt. Förderprogramme laufen auch im Bereich der Sonnen- und Holzenergienutzung. Die Vollzugskontrolle der Verordnung betreffend die rationelle Energienutzung in Bauten und Anlagen zeigt auf, dass die Energienachweise der Gebäude die gesetzlichen Vorgaben nicht immer einhalten.

Auf der organisatorischen Ebene wurden die Dienststellen für Energie und Wasserkraft, auf Vorschlag der parlamentarischen Kommission «Strukturelle Massnahmen», auf den 1. Dezember 2006 zusammengelegt.

**Der Vorsteher des Departements
für Gesundheit, Sozialwesen und Energie**
Thomas Burgener

ALLGEMEINE VERWALTUNG

ORGANISATION UND PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Dienststelle für Gesundheitswesen	19.70
Dienststelle für Sozialvesen	15.50
Medizinischpädagogisches Zentrum «La Castalle»	175.60
Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Dienstverhältnisse	14.00
Dienststelle für Energie und Wasserkraft	7.80
Total	232.60

Das Postulat wird im Rahmen der nächsten Revision der Gesetzgebung über die Familienzulagen überprüft.

- 2.023 Postulat von Grossrätin (Suppl.) Francine Zufferey Molina (PS/AdG) und Mitunterzeichner betreffend Krankenkassensubvention für 18 – 20 Jährige (14.09.2005).

Postulat wurde in der Märzsession 2006 angenommen.

Das DGSE hat die Ausgleichskasse des Kantons Wallis aufgefordert, die Konsequenzen einer Senkung des Alters für das individuelle Beitragsrecht auf 18 Jahre zu simulieren. Mit seinem Schreiben vom 5. September 2006 z. Hd. der Grossrätin Zufferey-Molina hat der Vorsteher des DGSE die Tatsache bestätigt, dass ungefähr 1'400 Familien (5'100 Personen), die gerade wegen des Miteinbezugs eines Kindes zwischen 19 und 20 Jahren für die Berechnung des Beitragsrechts der Eltern in den Genuss von Subventionen kommen, kein Anrecht auf Subventionen mehr hätten, wenn ihr Kind individuell berücksichtigt würde.

- 2.024 Postulat von Grossrat (Suppl) Marc Kalbermatten betreffend Auszahlung der Familienzulagen (13.09.2005).

Postulat wurde in der Märzsession 2006 angenommen.

Das Postulat wird im Rahmen der nächsten Revision der Gesetzgebung über die Familienzulagen überprüft.

- 2.026 Postulat von Grossrat Matthias Eggel (GFL) und Mitunterzeichnenden betreffend Berechnung des Sozialhilfebudgets: Anpassung des Freibetrags.

Postulat wurde in der Aprilsession 2006 angenommen.

Das Postulat verlangt, dass der Freibetrag für Sozialhilfeempfänger 50 Prozent des aus ihrer Tätigkeit erarbeiteten Lohnes beträgt, jedoch maximal 500 Franken.

- 2.032 Postulat von Grossrat (Suppl.) Grégoire Raboud und Mitunterzeichnenden betreffend Erdölknappeit (16.12.2005).

Postulat wurde in der Aprilsession 2006 angenommen.

Der Staatsrat wird prüfen, in welchem Mass die Rahmenbedingungen, die auf gesamtschweizerischer Ebene geschaffen werden, auf kantonaler Ebene ergänzt werden müssen.

- 2.044 Postulat von Grossrat (suppl.) Roland Kuonen (SPO) betreffend Anpassung der Wasserzinse an die schweizerischen und europäischen Energiemarktpreise (EEX und SWEP) (13.04.2006)

Postulat wurde in der Oktobersession 2006 angenommen.

Im Postulat wird darauf hingewiesen, dass die Möglichkeit sich an Heimfällen zu beteiligen gut vorzubereiten sei. Dafür seien Beteiligungsmodelle und Strategien mit den Konzessionsgemeinden zu entwickeln. Im Weiteren soll die höhere Wertschöpfung der Wasserkraft eine korrekte Entschädigung der Gebirgskantone nach sich ziehen.

- 2.046 Postulat von Grossrätin (Suppl.) Zita Burgener-Imoberdorf und Mitunterzeichnenden betreffend Risiken bei Tattoo- und Piercingstudios (10.05.2006).

Postulat wurde in der Novembersession 2006 angenommen.

Diese Problematik ist durch eine Verordnung des Bundes, die seit 1. Januar 2006 in Kraft ist, geregelt. Diese Verordnung bezweckt die Gewährleistung der Sicherheit

Motionen und Postulate

Motionen

- 2.036 Motion von Grossrat Robert Sarbach (SPO) betreffend Jugendschutz auch beim Verkauf von Tabakwaren (14.03.2006).

Motion wurde in der Septembersession 2006 angenommen.

Der Revisionsentwurf des Gesundheitsgesetzes, der im Dezember 2006 in die Vernehmlassung geschickt wurde, enthält in den Artikeln 106 und 107 Bestimmungen über den Konsum von Tabak in öffentlichen Lokalen sowie die Werbung für Tabak in den Lehranstalten und deren unmittelbarer Umgebung.

- 2.042 Motion der Gruppe FRL, durch Grossrat Alexis Turin, betreffend eines Amtes für Inkasso und Bevorschussung für alle Unterhaltsbeiträge (11.04.2006).

Motion wurde in der Oktobersession 2006 angenommen.

Die Motion verlangt vom Staatsrat den Absatz 1 des Artikels 2 des Gesetzes über die Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen und die Entrichtung von Vorschüssen wie folgt zu ergänzen: «inkl. Familienzulagen und Anderen».

- 2.048 Motion der PDC-Abgeordneten des Bezirks Siders, durch die Grossräte Christophe Lamon (Suppl.), Jean-pierre Rouvinez, Pascal Rey, Alain de Preux, Christian Favre (Suppl.), Charles-André Bagnoud und Grossräting (Suppl.) Andréane Theytaz, betreffend Abänderung des kantonalen Energiegesetzes zugunsten der Nutzung von Holz als Alternative zum Import von Energieträgern (10.5.06).

Motion wurde als Postulat in der November Session 2006 angenommen.

Das Ziel der Motion wird durch das kantonale Energie- und Forstgesetz bereits erfüllt.

Postulate

- 2.022 Postulat von Grossrat Franz Ruppen (UDC/ SVP) betreffend Vereinfachung bei der Auszahlung von Kinderzulagen (13.09.2005).

Postulat wurde in der Märzsession 2006 angenommen.

der verwendeten Produkte. Das Bundesamt für Gesundheit hat in Zusammenarbeit mit den Berufsverbänden detaillierte Richtlinien über die Arbeitspraktiken ausgearbeitet. Die kantonalen Laboratorien können Kontrollen durchführen, unerlaubte Produkte beschlagnahmen und Verstöße gegen die oben erwähnten Bestimmungen bei der Strafverfolgungsbehörde anzeigen.

- 2.047 Postulat der PDC-Abgeordneten des Bezirks Siders, durch die Grossräte Christophe Lamon (Suppl.), Jean-Pierre Rouvinez, Pascal Rey, Alain de Preux, Christian Favre (Suppl.), Charles-André Bagnoud et Andréane Theytaz (Suppl.) betreffend Abänderung des Energiegesetzes hinsichtlich einer Optimierung der Produktion, Bewirtschaftung und Nutzung der Energiequellen im Wallis (10.5.06).

Postulat wurde in der Dezembersession 2006 angenommen.

Im Zuge der Aktualisierung des Blattes G.2/1 «Energieversorgung» im kantonalen Richtplan soll den gewünschten Massnahmen im Postulat Rechnung getragen werden.

- 2.051 Postulat der PDCC-Fraktion, durch Grossrätin (Suppl.) Véronique Jenelten-Biollaz, betreffend Anreizmassnahmen für eine rationelle Wassernutzung (6.6.2006).

Postulat wurde in der Dezembersession 2006 angenommen.

Das Postulat fordert verschiedene Anreizmassnahmen für eine rationelle Wassernutzung und eine Reduzierung der Abwassermengen. Die Absicht des Postulates, betreffend eine nachhaltige Wassernutzung, ist im Sinne der Politik des Staatsrates.

- 2.055 Dringliches Postulat der PDCB-Fraktion, durch Grossrat Gabriel Luisier, betreffend Erhöhung der Krankenkassenprämien und Eindämmung der Spitälerkosten im Wallis (12.09.2006).

Postulat wurde in der Septembersession 2006 angenommen.

Das DGSE hat weiterhin beim Bundesamt für Gesundheit (BAG) und dem Eidgenössischen Departement des Innern (EDI) interpelliert: Es fordert die Genehmigung, die Konten der im Wallis aktiven Krankenversicherungen zu überprüfen. Herr Bundesrat Pascal Couchepin hat die Genehmigung trotz der grundsätzlichen Zustimmung, die Herr Daniel Wiedmer – Abteilungsleiter Aufsicht Krankenversicherung des BAG – dem Vorsteher des Departements für Gesundheit, Soziales und Energie (DGSE) an einer Fernsehdebatte auf Canal 9 gegeben hat, abgelehnt.

DIENSTSTELLE FÜR GESUNDHEITSWESEN

Gemäss dem Dekret vom 4. September 2003 wurden die Psychiatrischen Institutionen des Mittel- und Unterwallis (IPVR) und das Walliser Zentrum für Pneumologie (CVP) ins GNW integriert. Ihr Tätigkeitsbericht ist Bestandteil des Geschäftsberichts des GNW.

Gesundheitsförderung und Verhütung von Krankheiten und Unfällen

Im Jahr 2006 hat die Dienststelle für Gesundheitswesen unter den zahlreichen Präventionsprojekten und -programmen den Schwerpunkt auf eine breite Informationskampagne zur Organspende, die Beobachtung der Sterblichkeit im Zusammenhang mit Hitzewellen sowie auf verschiedene andere Projekte in folgenden wichtigen Bereichen gelegt: die Förderung einer gesunden Ernährung und physischer Aktivität; die Reduzierung des missbräuchlichen Alkoholkonsums und der Kampf gegen den Konsum schädlicher Substanzen, die zu Abhängigkeit führen (Tabak und Cannabis) sowie die Förderung der psychischen Gesundheit.



Epidemiologie

Die DGW hat sich insbesondere mit der Vogelgrippe beschäftigt. Für den Pandemiefall wurde ein Konzept für die Betreuung der Patienten ausgearbeitet. Die Umsetzung dieses Konzeptes war ausserdem Gegenstand einer gemeinsamen Übung zusammen mit den Partnern.

Walliser Gesundheitsobservatorium

Das Walliser Gesundheitsobservatorium hat für ihr Informationssystem im Gesundheitsbereich (Datawarehouse) im November 2006 den Preis des IDHEAP (Hochschulinstitut für öffentliche Verwaltung) «Exzellenz in der öffentlichen Verwaltung», Kategorie «Electronic Government», gewonnen. Die DGW erhält durch dieses System Daten in Echtzeit über Diagnosen und medizinische Behandlungen, finanzielle Aspekte, die Personalverwaltung oder die Pflegequalität.

Beaufsichtigung der Berufe und Institutionen

Im Rahmen der Erneuerung der Betriebsbewilligungen der Alters- und Pflegeheime (APH) hat die DGW ein Dutzend Institutionen kontrolliert, die ihre Situation im Zusammenhang mit der Pflegepersonalrotation und der Einhaltung der Richtlinien des Departements in Ordnung bringen mussten. Alle diese Institutionen haben die neue Betriebsbewilligung erhalten.

Die Kantonale Walliser Rettungsorganisation (KWRO) hat die



Zustellung des «Preis Excellence in der öffentlichen Verwaltung 2006»

Ambulanzunternehmen kontrolliert und dem Departement ihre Vormeinungen zur Erneuerung der Betriebsbewilligung von fünf Unternehmen abgegeben. Das Departement hat unter Verweis auf diese Vormeinungen den fünf Unternehmen die Fortführung ihrer Tätigkeit bewilligt.

Auf Antrag des «Centre de soins palliatifs FXB» hat sich das Departement unter Berücksichtigung der unterzeichneten Zusammenarbeitsverträge mit den sozialmedizinischen Regionalzentren von Sitten und Martinach entschieden, die Betriebsbewilligung dieser Organisation für die Palliativpflege zu Hause zu erneuern.

Spitalversorgung

Am 12. Oktober 2006 hat der Grosse Rat mit grosser Mehrheit dem Gesetz über die Krankenanstalten und -institutionen zugestimmt. Dieses Gesetz ist am 1. Februar 2007 in Kraft getreten und stellt einen historischen Wandel im Walliser Gesundheitswesen dar.

Dem mehrfach geäußerten politischen Willen entsprechend wird gemäss diesem Gesetz die Psychiatrischen Institutionen des Mittel- und Unterwallis (IPVR) und das Walliser Zentrums für Pneumologie (CVP) in das Gesundheitsnetz Wallis integriert.

Im Zentrum steht das Interesse der Patienten über ein leistungsstarkes Gesundheitsnetz zu verfügen. Das Parlament hat zudem eindeutig den Willen geäußert, die Interessen des Personals der IPVR und des CVP bei der Umsetzung so gut wie möglich zu berücksichtigen. Seit dem 1. Februar 2007 profitiert das Personal der IPVR und des CVP von den Lohn- und Sozialbedingungen sowie der Pensionskasse des GNW.

Für die Übertragung des Eigentums an den Spitalinfrastrukturen an den Kanton und die korrekte Entschädigung der Eigentümer wurden mit den Spitalvereinen und den religiösen Kongregationen Vereinbarungen ausgehandelt.

Das DGSE hat auf Antrag des Staatsrates das «Institut universitaire de médecine sociale et préventive de Lausanne (IUMSP)» beauftragt, die Pflegequalität in unserem Kanton im Zusammenhang mit der Einführung des Gesundheitsnetz Wallis zu analysieren. Der Bericht «Analyse zur Auswirkung der Transformation des Spitalsystems auf die medizinische und pflegerische Versorgungsqualität im Kanton Wallis», der im September 2006 publiziert wurde, kommt zum Schluss, dass «die Qualität in den Spitäler des Gesundheitsnetz Wallis gut ist» und dass «die Sicherheit der Patienten nicht gefährdet war oder ist».

Im Bereich der Spitalplanung hat der Staatsrat eine Bilanz seiner Entscheide von 2004 gezogen und beschlossen, folgende Anpassungen vorzunehmen:

- Reduktion der Anzahl Geriatriebetten im Spitalzentrum Mittel- und Oberwallis;
- Schliessung des Spitals Gravelone, welches ab März 2007 in ein Altersheim umgewandelt wird. 70 Geriatriebetten wurden an die Standorte Martinach und Siders verlegt;
- Konzentration der stationären Gynäkologie an den Standorten Sitten und Visp;
- Bildung von drei Palliativpflegeabteilungen in Martinach, Siders und Brig.

Spitalexterne Versorgung

Seit mehreren Jahren werden durch die zunehmende Alterung der Bevölkerung Vergrösserungen, Renovationen oder Neubauten einer gewissen Anzahl Alters- und Pflegeheime (APH) in unserem Kanton nötig. Im Jahr 2006 hat fast die Hälfte der APH solche Anpassungen vorgenommen. Diese Arbeiten werden zu 30% vom Kanton subventioniert und müssen demzufolge von der Dienststelle für Gesundheitswesen überwacht werden. Der Kanton sorgt dabei für die Berücksichtigung der spezifischen Bedürfnisse der betagten Bevölkerung. Zu erwähnen gilt insbesondere die Eröffnung des neuen APH St.Michael in Naters, welches über 57 Betten verfügt. Neben der Erhöhung des Bettenangebots in den APH geht die Entwicklung der Wohnungen mit sozialmedizinischer Betreuung weiter. Nach der Eröffnung der Dominos in Siders konnte in der Region Sitten das SMZ in Zusammenarbeit mit der Pro Senectute ein neues Angebot in diesem Bereich schaffen.

Im Konzept der Betreuung betagter Personen 2005 ist ebenfalls das Angebot von Tagesheimen vorgesehen, um den Aufenthalt zu Hause zu verlängern. In der Tat ermöglicht dies den betagten Personen, sich während des Tages in den Lokalitäten der Alters- und Pflegeheime oder in den Zwischenstruktur der Pflege aufzuhalten, damit die Angehörigen entlastet werden können.

Krankenversicherung

Seit dem Inkrafttreten 1996 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG) gewährt die Eidgenossenschaft den Kantonen jährlich Subventionen zur Reduktion der Prämien von Versicherten in bescheidenen wirtschaftlichen Verhältnissen.

2006 wurde im Wallis CHF 145.2 Millionen für die Subventionierung der Krankenversicherungsprämien von ungefähr 95'000 Personen – beinahe ein Drittel der Bevölkerung - eingesetzt. Der Kanton Wallis erhält von der Eidgenossenschaft ungefähr 92% dieses Betrages.

Die 2007 angewandten Einkommenslimits für die Bestimmung des Subventionsanspruchs wurden im Vergleich zu 2006 leicht gesenkt. Nötig gemacht hat dies insbesondere die Erhöhung der Prämien im Jahr 2007. Damit diese leichte Senkung der Limiten die Familien mit Kindern nicht allzu sehr beeinträchtigt, wurde der Zusatz pro Kind um CHF 250.- erhöht.

Weitere Informationen über die Tätigkeiten der Dienststelle für Gesundheitswesen im Jahre 2006 können dem Controllingbericht des Politikkontrakts entnommen werden.

DIENSTSTELLE FÜR SOZIALWESEN

Koordinationsstelle für Sozialleistungen

Individuelle Sozialhilfe

Die Anwendung der neuen Sozialhilfenormen der SKOS, die am 1. Januar 2006 in Kraft getreten ist, hat entgegen der Befürchtungen gewisser Kreise keine spürbare Erhöhung der Kosten für die Sozialhilfe verursacht.

Sie hat vor allem verstärkte soziale Integrationsmassnahmen und Förderbeträge im Zusammenhang mit einer Mitarbeit der Sozialhilfeempfänger zur Wiederherstellung der eigenen Autonomie zum Inhalt.

Für die Unterstützung von in Not geratenen Menschen und die Kontrolle der Kostenentwicklung braucht es unbedingt eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Institutionen. Damit soll vermieden werden, dass jemand aus der Berufstätigkeit herauftfällt und dass der Aufwand von Versicherungseinrichtungen auf die Sozialhilfe abgewälzt wird. Für dieses Vorgehen müssen die Entscheidungsfindungsverfahren auf Gemeindeebene und zwischen den Gemeinden

geklärt werden. Die Komplexität der Situationen, die Verflechtung mit den Sozialversicherungen oder dem Gesundheitswesen setzen voraus, dass die Verfügungen über Sozialhilfe auf unbestreitbaren Rechtsgrundlagen beruhen. 2006 musste sich die Dienststelle für Sozialwesen mit der Untersuchung 76 Beschwerden befassen, die beim Staatsrat von den Betroffenen selbst oder von ihrem Berater eingereicht wurden. 2000 betrug die Zahl der Beschwerden noch 28. Die genannten Fakten bedingen eine Anpassung des Walliser Dispositifs, aber nichtsdestoweniger kann die Situation im Kanton im Vergleich zu den meisten Schweizer Kantonen als relativ gut bezeichnet werden.

Nur in Obwalden, Uri, Nidwalden und Appenzell liegt der Anteil Sozialhilfeempfänger tiefer als im Wallis (1,3 %). In allen übrigen Westschweizer Kantonen liegt dieser Prozentsatz zwischen 2 % (JU) und 4,4 % (VD). Der Schweizer Durchschnitt beläuft sich auf 3 %. Das System der Subventionierung der Krankenversicherung funktioniert gut, und dank den Vereinbarungen mit den Versicherern sind 95% der Walliser Bevölkerung vor dem Risiko einer Sistierung der Versicherungsdeckung oder eines Auschlusses aus der Versicherung geschützt.

Das Gesetz über die Harmonisierung der Finanzierung der Sozialsysteme sowie der Systeme für die soziale und berufliche Eingliederung, das 2005 in Kraft getreten ist, erleichtert die umfassende Verwaltung des Bereichs insofern, als die Verrechnung der Kosten bei irgendeinem System (Ergänzungsleistungen, kantonaler Beschäftigungsfonds, Sozialhilfe, Unterhaltsbeiträge usw.) keine Verschiebung des Aufwands zwischen Kanton und Gemeinden oder von einer Gemeinde zur anderen verursacht.

Die Entscheidung über die Gewährung einer Massnahme kann also ausschliesslich auf Grund des Kriteriums der Zweckmässigkeit getroffen werden, ihre finanziellen Folgen für dieses oder jenes Gemeinwesen spielen keine Rolle mehr.

Asylbewerber

Im Jahr 2006 wurden dem Wallis 359 Asylbewerber zugeteilt, das sind 14 Personen weniger als im Vorjahr. Ende September 2006 zählte man auf dem Walliser Kantonsgebiet 1670 Asylbewerber. Die Restrukturierungsmassnahmen wurden 2006 weitergeführt. Die Organisation wurde umgestaltet, die Empfangsstrukturen wurden verkleinert und die Zuständigkeiten ausgelagert.

Mit einer Spezialfinanzierung des Bundes wurde ein Pilotprojekt zur Begleitung der Arbeitsintegration von vorläufig aufgenommenen Personen auf die Beine gestellt. Angesichts der erzielten Ergebnisse wird dieses Projekt 2007 im Einvernehmen mit dem Bundesamt für Migration weitergeführt.

Auch in den kommenden Jahren liegt die Priorität auf der Integration der vorläufig Aufgenommenen und Flüchtlinge in den primären Arbeitsmarkt. Sie sollen bei der Arbeitsaufnahme und in ihrer sozialen wie beruflichen Integration unterstützt werden. Auf diese Weise soll die neue Ausrichtung der Asylpolitik des Bundes verkraftet werden. Außerdem dient diese Massnahme der Senkung der vom Bund nicht mehr vollständig übernommenen Sozialhilfekosten

Koordinationsstelle für soziale Einrichtungen

Tätigkeitsgebiete

- Förderung der sozialen und beruflichen Eingliederung
- Schaffung von Beherbergungs- und Beschäftigungsstrukturen für Behinderte, die ein geschütztes Umfeld benötigen
- Koordination der Tätigkeit zwischen privaten und öffentlichen Institutionen
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Sozialversicherung (BSV)

Vorbereitung auf die NFA

Am 1. Januar 2008 übernimmt der Kanton in Anwendung der NFA die gesamte Entwicklung, Aufsicht und Finanzierung der Beherber-

gungs- und Beschäftigungseinrichtungen für Behinderte. Er muss nicht nur den finanziellen Aufwand, der von 10 auf 50 Millionen im Jahr ansteigen wird, übernehmen, sondern auch eine Organisation schaffen, mit der den Anforderungen des Bundesgesetzes (IFEG) entsprochen werden kann, und behinderten Personen die bestmögliche Leistung bieten; gleichzeitig muss er die Kostenentwicklung im Griff behalten.

Die Vorbereitungsarbeiten, die Ende 2005 bei den Institutionen in die Vernehmlassung gingen, betreffen fünf Schwerpunkte:

- Verstärkung der Politik zum Verbleib zu Hause und zur Integration in den primären Arbeitsmarkt;
- bessere Verbindung zwischen dem ambulanten und dem stationären Bereich der Institutionen;
- bessere Verwaltung des Angebots und Steuerung der individuellen Laufbahnen mit der Schaffung eines Zentrums für Indikation und Begleitung;
- Definition des Auftrags der Institutionen;
- Schaffung eines zentralen Informationssystems für alle Institutionen.

Zur Erprobung neuer Organisationsmodelle wurden in Zusammenarbeit mit verschiedenen sozialen Institutionen 2005 mehrere Pilotprojekte gestartet. Nach einer Evaluation wird man bestimmen müssen, ob sie auf das ganze Dispositif ausgeweitet, abgeändert oder fallen gelassen werden sollen. Bei den Projekten geht es im Wesentlichen um die Verbindung zwischen stationärer und ambulanter Betreuung sowie um die Zusammenarbeit zwischen den geschützten Werkstätten und den Unternehmen des primären Arbeitsmarkts.

Es wird darauf hingewiesen, dass diese grundlegende Neuausrichtung, die eine hohe Anpassungsfähigkeit voraussetzt, bis jetzt mit allen Institutionen in gegenseitiger Absprache konstruktiv durchgeführt werden konnte. Das Departement und die Dienststelle für Sozialwesen danken Ihnen dafür herzlich.

Besondere Massnahmen

Halbgeschützte Stellen und Massnahmen zur beruflichen Eingliederung

	01.01.2006	Zugänge	Abgänge	31.12.2006
Anzahl	28	9	14	23
Angestellte				

Finanzhilfe für die soziale und kulturelle Eingliederung der Behinderten

Jahr	Anzahl Bezüger	Jährliche Ausgabe
2003	180	1'137'000
2004	148	577'000
2005	135	617'000
2006	132	595'448

Institutionen

	Realisierte Plätze am 31.12.2005	Geplante Plätze am 31.12.2006	Realisierte Plätze am 31.12.2006	Geplante Plätze am 31.12.2007
Homes	726	744	736	766
Ateliers	1'058	1'058	1'058	1'080

Unterbringungen ausserhalb des Kantons

	Anzahl behinderte Personen
31.12.2003	56
31.12.2004	58
31.12.2005	84
31.12.2006	105

Eintreibung der Unterhaltsbeiträge

Die Anzahl abzuwickelnde Dossiers ist riesig und wird in den nächsten Jahren nicht abnehmen. Die Scheidungs- und Trennungsquote zeigt ja weiter nach oben.

Die Änderungen des Ausführungsreglements zum Gesetz über die Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen und die Errichtung von Vorschüssen sind am 1. Januar 2006 in Kraft getreten. Die wichtigste Änderung besteht darin, dass die Vorschüsse nicht mehr über einen begrenzten Zeitraum ausgerichtet werden (unter dem alten Reglement wurden die Vorschüsse während 2 Jahren gewährt).

Der Betrag der Unterhaltsbeiträge, die 2006 bevorzugt wurden, hat sich deshalb 2006 im Vergleich mit 2005 beträchtlich erhöht. Die Lage der Schuldner der Alimenta bleibt aber immer noch sehr schwierig.

Bei der Eintreibung von Unterhaltsbeiträgen konnte das Amt dank seinem Einschreiten einen Betrag von CHF 5'255'319.50 einkassieren.

	2005	2006
Zahl der offenen Dossiers	2'601	2'585
Eingetriebene Beträge	5'269'357	5'255'320
Vorgeschoßene Beträge	2'357'825	3'305'960
Beigebrachte Beträge	1'107'530	1'222'215
Ausgezahlte Beträge (Sozialhilfe)	28'681	4'945
Beigebrachte Beträge (Sozialhilfe)	12'169	6'215
Vorgeschoßene Beträge (Kosten)	119'080	147'472
Beigebrachte Beträge (Kosten)	47'150	32'463

Weitere Informationen über die Tätigkeiten der Dienststelle für Sozialwesen im Jahre 2006 können dem Controllingbericht des Politikkontrakts entnommen werden.

MEDIZINISCH-PÄDAGOGISCHES ZENTRUM «LA CASTALIE»

Alle Platzierungsformeln durcheinander gemischt, wurden am 31. Dezember 208 Schüler und Pensionäre gezählt. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl stabil, eine spürbare Erhöhung von Platzierungsanfragen für Erwachsene wird jedoch verzeichnet. Diese Tendenz wird sich in den nächsten Jahren wohl verstärken, mit dem Altern der Bevölkerung und dem Mangel an verfügbarem Platz für Erwachsene in den Walliser Strukturen.

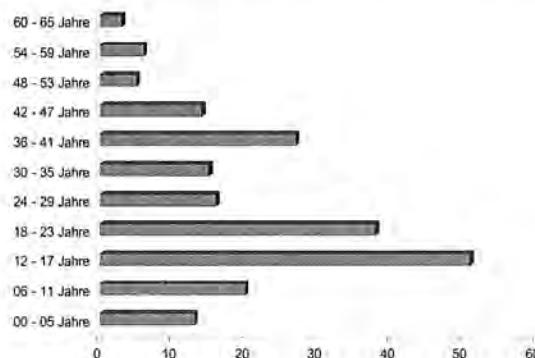
Unter Berücksichtigung der Aufnahmen und der eingetragenen Abgänge während des Jahres, betrifft die tatsächliche Anzahl der Platzierungen während des Jahres 222 Personen, davon 94 Kinder (42%) und 128 Erwachsene (58%).

Auf Betreuungsebene stellen die Anfragen für das Externat 36% der Platzierungen dar und diejenigen für das Internat 64%. Im Ganzen haben 12 Kinder den therapeutischen Kindergarten besucht, 63 Schüler sind einer speziellen Schulausbildung in unseren Klassen nachgekommen, 20 Jugendliche haben aus einer Ausbildung zur Arbeit in unserer Struktur für die 18-23 Jährigen (Klasse und Werkstatt) Nutzen gezogen und 71 Erwachsene haben eine regelmässige Beschäftigung in einer Werkstatt gefunden. Was die restlichen Personen betrifft, haben 44 von einer globaleren Betreuung profitiert, die sich mit Pflege, basaler Stimulation und Sozialisierung befasst und 12 Personen haben einfach mehrere Wochenend- oder Ferienaufenthalte gemacht, damit sich die Familien erholen können.

Auf therapeutischer Ebene haben 79 Personen Physiotherapie, 62 Ergotherapie, 24 psychotherapeutische Unterstützung, 54 Psychomotorik, 37 Logopädie und 68 Musiktherapie erhalten.

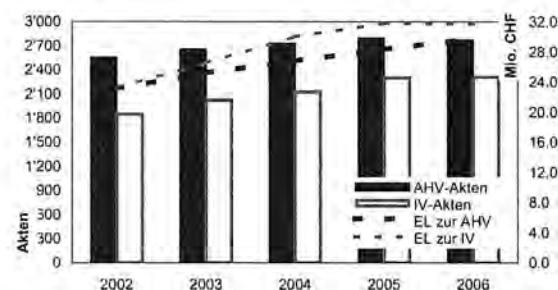
Bezüglich der Investitionen, hatte die Renovierung von 5 Internatsgruppen sowie der Turnhalle und des Schwimmbades Vorrang. Auf Heizungsebene wurden verschiedene Installationen ausgewechselt oder ausgebessert.

«La Castalie» - Alter der betreuten Personen am 31.12.2006



Die Erhöhung der Ergänzungsleistungen zur AHV ist mit der Erhöhung der Tagespauschalen der Institutionen in Verbindung zu setzen. Zum ersten Mal sind die Anzahl Dossiers und der Betrag der Ergänzungsleistungen zur IV im Vergleich zum Vorjahr stabil geblieben.

Entwicklung der Dossiers und der ausbezahnten Leistungen



KANTONALE AUSGLEICHSKASSE

Die Kantonale AHV-Ausgleichskasse wurde in Anwendung des Artikels 61 des AHVG und des Artikels 1 des kantonalen Ausführungsgesetzes (AGAHVG) als selbständige öffentliche Anstalt errichtet. Die Kantonale Ausgleichskasse ist mit der Durchführung mehrerer Bundesgesetze, die Sozialversicherungen betreffend, betraut. In Anwendung der Artikel 63, Absatz 3 AHVG und 131, Absatz 2 AHVV haben die Bundesbehörden den Kanton ermächtigt, der Kantonale Ausgleichskasse verschiedene kantonale Aufgaben zu übertragen. Für die Durchführung der kantonalen Aufgaben gewährt der Staat der Kantonale Ausgleichskasse Entschädigungen für die Verwaltungskosten.

Tätigkeitsbericht

Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) sowie Invalidenversicherung (IV)

Die Verspätungen der definitiven Veranlagungen der AHV/IV/EO-Beiträge betreffend die selbstständigerwerbenden und nichterwerbstätigen Personen sind vermindert worden. Diese Verspätungen waren die Folge der Steuerlücke 2001/2002 und ergeben sich aus dem späten Übergang des Kantons Wallis in die jährliche postnumerando Steuererhebung.

Erwerbsausfallentschädigung für Dienstleistende in der Armee und im Zivilschutz (EO)

Die Anmeldungen für die Mutterschaftentschädigungen und Dienstleistende sind innerhalb der Fristen behandelt worden.

Obligatorische Arbeitslosenversicherung (ALV)

Die Ausgleichskasse beschränkt sich auf die Erhebung der ALV-Beiträge bei ihren Versicherten. Die Erhebung erfolgt gleichzeitig mit den anderen Sozialversicherungen, die sie verwaltet.

Berufliche Vorsorge (BVG) - Unfallversicherung (UVG)

Die Ausgleichskasse wirkt gemäss BVG und UVG bei der Kontrolle über die Einhaltung der Versicherungspflicht durch die Arbeitgeber mit.

Ergänzungsleistungen zur AHV und zur IV (EL)

Rubriken	Anzahl Fälle		Veränderungen	
	31.12.2005	31.12.2006	absolut	%
AHV-Fälle	2'796	2'770	- 26	- 0.9 %
IV-Fälle	2'302	2'310	+ 8	+ 0.3 %
Total	5'098	5'080	- 18	- 0.4 %

Zusätzliche kantonale Zulagen (ZKZ)

Die zusätzlichen kantonalen Zulagen bringen den Versicherten einen finanziellen Zuschuss, meistens dann, wenn die Ergänzungsleistungen und die weiteren Einkommen die Bedürfnisse nicht vollständig decken.

Rubriken	Anzahl Fälle		Leistungen	
	31.12.2005	31.12.2006	2005	2006
AHV-Fälle	29	29	161'059.-	156'592.-
IV-Fälle	107	89	195'908.-	187'319.-
Total	136	118	356'967.-	342'911.-

Familienzulagen des Bundes

Der Bundesrat hat die Zulagen um CHF 5.- erhöht. Die Familienzulagen für die Kleinbauern wurden neu berechnet.

Kantonales Amt für Familienzulagen (KAFZ)

Das Bundesgesetz über die Familienzulagen (FamZG), welches in der Eidgenössischen Volksabstimmung vom 26. November 2006 angenommen wurde, wird die Erneuerung der kantonalen Gesetzgebung erfordern.

Familienzulagen an die landwirtschaftlichen Arbeitnehmer, Familienzulagen an die nichterwerbstätigen Personen.

Zulagen an die alleinerziehenden Personen

Die entrichteten Leistungen sind im Vergleich zum Jahre 2005 ziemlich stabil geblieben.

Kantonaler Familienfonds

Die jährliche Haushaltszulage, die für im Kanton wohnhäsige, alleinstehende Personen oder Ehepaare mit niedrigem Einkommen und Kinderlasten ausbezahlt wird, erhöht sich auf Fr. 1'260.-

Ausgleichsfonds

Die Anpassung der Akonto-Zahlungen 2005 wurde ohne Probleme durchgeführt. Der durchschnittliche Finanzierungssatz der Familienzulagekassen für das Jahr 2005 betrug 3.24% gegenüber 3.42% für fakturierte Raten.

Familienzulagen an die selbständigerwerbenden Landwirte

Die an die selbständigerwerbenden Landwirte entrichteten zusätzlichen Zulagen sind im Vergleich zum Jahre 2005 ziemlich stabil geblieben.

Subventionen an die Krankenkassenbeiträge

Die Ausgleichskasse ist verantwortlich für die administrative Durchführung der Subventionen, die sich im Jahre 2006 auf mehr als 145 Mio. Franken beliefen.

Schlussfolgerung

Die untenstehende Tabelle zeigt die einkassierten Beiträge und die entrichteten Leistungen in den Jahren 2006 und 2005:

Einkassierte Beiträge in CHF		Entrichtete Leistungen in CHF	
2005	2006	2005	2006
AHV/IV/EO	407'668'752.-	AHV	627'958'048.-
ALV	51'050'800.-	IV	191'529'634.-
FZ des Bundes	1'787'883.-	EO	20'618'537.-
FZSG	3'000'211.-	EL AHV/IV	61'745'549.-
Familienfonds	10'378'265.-	ZKZ AHV/IV	343'911.-
Ausgleichsfonds	11'426'231.-	FZ des Kantons	4'728'126.-
		Familienfonds	3'573'781.-
		Individuelle	10'178'200.-
		Prämien-verbilligung	144'670'000.-
		Ausgleichsfonds	10'706'443.-
Total	485'312'142.-	Total	1'056'378'432.-
Veränderung	- 3.6 %	Veränderung	+ 3.2 %
			1'090'610'366.-

Die AHV, die IV und die Ergänzungsleistungen zur AHV /IV registrieren eine bescheidene Erhöhung der Ausgaben im Vergleich zu den Vorjahren.

VERWALTUNGSBERICHT 2006 DER DIENSTSTELLE FÜR ARBEITNEHMER SCHUTZ UND ARBEITSVERHÄLTNISSE (DAA)

Arbeitsinspektion

	Anzahl	Einnahmen
Genehmigungen / Bewilligungen		
Planbegutachtungen für nicht industrielle Betriebe	257	Fr. 0
Plangenehmigungen für industrielle Betriebe	36	Fr. 11'300
Betriebsbewilligungen für industrielle Betriebe	43	Fr. 6'450
Bewilligungen für Druckbehälter	199	Fr. 12'500
TOTAL	535	Fr. 30'250
Kontrollen	Anzahl	Einnahmen
Industrielle Betriebe	48	-
ASA	40	EKAS
Nicht industrielle Betriebe und Sprengstoff	108	-
TOTAL	196	Fr. 261'775

Verhütung von Störfällen und Biosicherheit

Ende 2006 waren im Wallis 61 Unternehmen, Strassen- und Eisenbahnbetreiber der Störfallverordnung (StFV) unterstellt. Aus dem Anwendungsbereich der Störfallverordnung ausgeschieden sind Betriebe durch

- a) Reduzierung der Höchstmenge an gelagerten gefährlichen Stoffen unter die von der StFV vorgegebene engenschwelle
- b) Produktumstellung im Arbeitsablauf

Ausgewertete Kurzberichte	12
Aus dem Anwendungsbereich der Störfallverordnung ausgeschiedene Betriebe	4
Anzahl kontrollierte Unternehmen, die mit Mikroorganismen arbeiten	4

Durch Anpassung des Beschlusses betreffend die Anwendung der Bundesverordnung über den Schutz vor Störfällen haben erstmals Vertreter der Walliser Chemieindustrie an den zwei Sitzungen der KStF teilgenommen. Der Beitrag dieser Spezialisten bedeutet eine Wertsteigerung der Arbeitsqualität der Kommission.

Asbest

Auf Grund der in einem Bericht enthaltenen Vorschläge und Empfehlungen hat der Staatsrat eine Arbeitsplanung für das Vorgehen sowie zu treffende Massnahmen beschlossen.

Arbeitsbedingungen

Bewilligungen auf Grund des eidgenössischen Arbeitsgesetzes

Art der Bewilligung	Anz.
Bewilligung für vorübergehende Nachtarbeit	46
Bewilligung für vorübergehende Sonntagsarbeit	92
Bewilligung für drei- und mehrschichtige Tagesarbeit	4
Bewilligung für ununterbrochenen Betrieb	23
TOTAL	165

Arbeits- und Ruhezeit der berufsmässigen MotorfahrzeugführerInnen

Kontrollen	Anz.
Kontrollierte Unternehmen Inspektionsberichte	112 112
Anzeigen	Anz.
Befreiungen gemäss Art. 16/6 Angezeigte Unternehmen	496 101

Bewilligungen für die Beschäftigung Jugendlicher über 14 Jahren

Art der Bewilligung	Anz.
Beschäftigung während der Schulferien	12
Aufnahme der Lehre vor dem 15. Altersjahr	21
TOTAL	33

Öffentliches Beschaffungswesen

Ständige Listen	Anz.
Eingetragene Unternehmen	892
Eintragungsgesuche	31
Eingetragene Büros	493
Verlängerungsgesuche	158
Eingetragene Lieferfirmen	6
Gelöschte Unternehmen und Büros	20
Suspendierte Unternehmen und Büros	1

Organisationen und Unternehmen	Anz.
Unterstellte Unternehmen und Organisationen	36

Einzelarbeitsstreitigkeiten

Anzahl Fälle 2002-2006

Bezüglich der registrierten Streitfälle ist eine gewisse Stabilität zu verzeichnen, obwohl ein Rückgang von 5% gegenüber dem Vorjahr festgestellt wird. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat die konjunkturbedingte Beruhigung eine Rückkehr auf das Niveau der im Jahr 2002 registrierten Fälle bewirkt. Hinsichtlich der geographischen Lage sind die Streitfälle im Mittelwallis sowie solche, bei denen Unternehmen mit Firmensitz ausserhalb des Kantons beteiligt sind, leicht zurückgegangen, was durch einen Anstieg der Fälle im Ober- und Unterwallis wieder ausgeglichen wird.

2002	2003	2004	2005	2006
631	783	733	706	669

Aufteilung der Fälle nach ihrer geographischen Lage

Haut-Valais	Valais-Central	Bas-Valais	Hors-canton
21.6%	41.8%	25.7%	8.9%

Was die Kollektivstreitigkeiten betrifft, hatte das Kantonale Einigungsamt einen Fall zu behandeln. Dieser stellte die Interprofessionellen christlichen Gewerkschaften und die Unia der Tamoi SA gegenüber und betraf die Verhandlungsbereitschaft der Firma für einen Gesamtarbeitsvertrag für die Löhne. Die Differenzen konnten anlässlich der durch das Sekretariat des Kantonalen Einigungsamts Ende 2006 einberufenen Sitzung beigelegt werden.

Arbeitsgericht

	Anzahl Sitzungen	Judikata	Urteils-begründungen	Vergleiche	Andere Erledigungen	Berufungen KG	Beschwerden BG
Gerichtskreis Oberwallis	18	22	14	6	24	3	0
Gerichtskreis Unterwallis	32	47	28	13	24	6	0

Kantonale Rekurskommission in Sachen Arbeitslosigkeit

Total der zu erledigenden Fälle

Hängige Fälle Ende 2005		Eingegangene Rekurse 2006		Hängige Fälle Ende 2006	
Nicht entschieden	Nicht eröfnet			Nicht entschieden	Nicht eröfnet
135	173		52	74	102

Tätigkeit der Rekurskommission

Sitzungen	Behandelte Fälle	Eröffnungsentscheide	Beschwerden EVG
18	121	117	6

Verstösse gegen das Entsendegesetz

Anzeigen der Kontrollorgane 2006		Sanktionen			
	«sistiert» bei Kontrollorganen zwecks Zusatzabklärungen	keine Verletzung von Art. 2 EntsG festgestellt	in Bearbeitung	ausgesprochen	rechts-kräftig
68	21	16	15	16	14

Einsprachen				Berufungen KG
eingegangen	gutgeheissen	abgewiesen	rechtskräftig	
6	2	2	4	1

Gesamtarbeitsverträge (GAV) und Normalarbeitsverträge (NAV)

Folgende Gesamtarbeitsverträge sind 2006 allgemeinverbindlich erklärt worden: der GAV für das Spenglerei-, Dachdecker- und Sanitärrinstallateurgewerbe sowie sein Anhang für die Arbeitnehmer im Monatslohn und die Lohnvereinbarung; der GAV für die Heizungs-, Lüftungs- und Klimabetriebe des Kantons Wallis sowie sein Anhang für die Arbeitnehmer im Monatslohn und die Lohnvereinbarung; der Anhang des GAV für das Autogewerbe des Kantons Wallis; der GAV für die Walliser Waldwirtschaft und sein Anhang; der GAV für die Arbeitnehmer der Park- und Landschaftsgärtnerien des Kantons Wallis und sein Anhang; der GAV der Apotheken und sein Anhang; der GAV über die vorzeitige Pensionierung der Arbeitnehmer im Bauhauptgewerbe und Plattenlegergewerbe des Kantons Wallis; der GAV über die berufliche Altersvorsorge des Bauhauptgewerbes; der GAV des Metallbaugewerbes. Neu hat der Staatsrat den GAV für den industriellen Rohrleitungsbau allgemeinverbindlich erklärt, dieser Vertrag bedarf noch der Genehmigung durch das Eidgenössische Volkswirtschaftsdepartement. Damit ist das Wallis der Schweizer Kanton mit den meisten allgemeinverbindlich erklärtten Gesamtarbeitsverträgen.

Die Beziehungen zu den Sozialpartnern ermöglichen es, in sieben von acht Normalarbeitsverträgen, die der Kanton Wallis kennt, betreffend der Anpassungen pro 2007 eine Lösung zu finden und Ende Dezember 2006 zur öffentlichen

Weitere Informationen über die Tätigkeiten der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und Arbeitsverhältnisse im Jahre 2006 können dem Controllingbericht des Politikkontrakts entnommen werden.

DIENSTSTELLE FÜR ENERGIE UND WASSERKRAFT (DEW)

Bereich Energie

Rationelle Energieverwendung / Erneuerbare Energien

Im Bereich der rationellen Energienutzung und der erneuerbaren Energien läuft auf schweizerischer Ebene das Aktionsprogramm «EnergieSchweiz» im sechsten Jahr. Zusammen mit den Kantonen unterstützt der Kanton Wallis das Programm, wobei der Schwerpunkt der kantonalen Aktivitäten im Gebäudebereich liegt. Die breite Umsetzung des Minergie-Standards steht dabei im Vordergrund. Die Minergie-Strategie kann auf schweizerischer Ebene als Erfolg gewertet werden. Weitere Förderprogramme laufen im Bereich der Sonnen- und Holzenergienutzung.

Die Gemeinden welche beim Projekt «Energiestadt» mitmachen, unterstützen eine vorbildliche Energiepolitik mit beispielhaften Projekten. Die Walliser Energiestädte sind Saas-Fee, Naters, Brig-Glis, Visp, Leuk, Siders, Ayent, Sitten und Martinach.

Für den Vollzug der rationellen Energienutzung im Gebäudebereich sind die Gemeinden zuständig, dies im Rahmen der Baubewilligungsgesuche. Im ersten Semester 2006 kontrollierte die Dienststelle alle Energienachweise der eingehenden Baugesuche des kantonalen Bausekretariats. Die Resultate dieser Kontrolle zeigen klaren Handlungsbedarf auf:

	Positiv	mit Auflage	unvollständig	Negativ
Stellungnahmen	26%	20%	22%	32%

Im Oberwallis wurde anfangs 2006 ein zweijähriges Pilotprojekt zur Kontrolle der Energienachweise in den Energiestädten lanciert. Eine erste Bilanz bestätigt die Resultate der Kontrolle der Dienststelle, ca. 70% der Energienachweise sind unvollständig, negativ oder verlangen Auflagen.

Beim Projekt «rationelle Energienutzung in Spitälern» wurde die Verbrauchsoptimierung in allen Spitälern weiterverfolgt. Die jährlich eingesparte Energie wurde erhöht und liegt bei 7'000'000 kWh.

Im Rahmen des Projekts «Tunnels» wurden alle Tunnels des Kantons Wallis analysiert und überwacht. Die Arbeit wird bei den Strasseninstallations weitergeführt. Die jährliche Einsparung an elektrischer Energie in den bestehenden Tunnels seit 1996 bleibt bei rund 900'000 kWh. Daraus resultiert eine jährliche finanzielle Einsparung von Fr. 140'000.-.

Im Rahmen des kantonalen Solarenergie Förderprogramms sind im Jahr 2006 185 Gesuche eingegangen. Seit dem Programmbeginn im Frühling 2000 sind 542 Anlagen, mit einer Fläche von 6933 m², installiert worden.

Im Programm zur Förderung der Holzenergie für Installationen unter 100 kW sind im Jahre 2006 52 Gesuche eingegangen. Seit Beginn des Programms im Juni 2001 sind 203 Installationen, mit einer Leistung von 3478 kW, realisiert worden.

MINERGIE-Label

Das Jahr 2006 kann aus Sicht der Minergie-Strategie als ein voller Erfolg bezeichnet werden. Insgesamt wurden bisher 363 Labels erteilt, davon 65 im Jahr 2006, was die Bestmarke darstellt. Die Fläche der Minergie-Bauten konnte im Jahr 2006 gegenüber 2005 fast verdoppelt werden.

Resultate des MINERGIE Förderprogramms

363 Labels erteilt, seit 1998:

- 251 Einfamilienhäuser
- 68 Wohngebäude
- 16 Verwaltungsgebäude
- 22 Schulen
- 4 Pflegeheime

- 2 Sportbauten

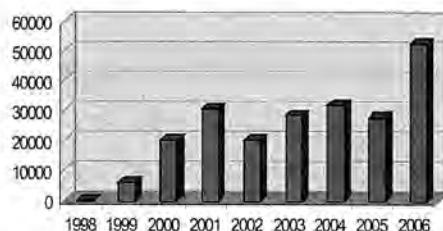
273 Bauten realisiert:

- 151'400 m² beheizte Fläche,
- ca. 340 Mio. Investitionen, 18 Mio. Mehrkosten
- 3'372'000 CHF Subventionen (18.7 % der Mehrkosten).

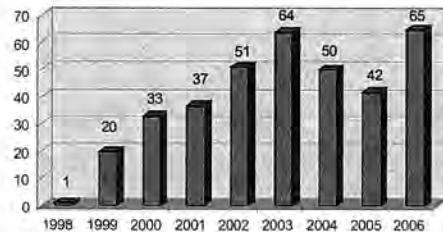
Laufende Projekte:

- 62 im Bau
- 19 in Projektpause
- 8 Projekte abgebrochen.

Minergie Flächen im Kanton Wallis



Minergie Labels im Kanton Wallis



Information / Aus- und Weiterbildung

Verschiedene Kurse/Veranstaltungen (Vorstellung des neuen Energiegesetzes, Minergie-Standard: Grundinformation, Erstellung eines Dossiers, Komfortlüftung, neue Technologien, Beispiele, usw.) wurden organisiert oder mitfinanziert.

Die Informationsplattform der Westschweizer Kantone «Energie-environnement» redigiert regelmässig Pressemitteilungen und -dossiers, welche auch zur Animation der Internetseite www.energie-environnement.ch dienen. Täglich werden Informationen zur rationalen Energienutzung in der Lokalpresse veröffentlicht.

In Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Unterrichtswesen wurde in über 80 Primarschulklassen des Unter- und Oberwallis die Aktion «rationelle Energienutzung» durchgeführt. Diese Aktion ist in den Orientierungs-, Berufs- und Mittelschulen erweitert. Sie wurde im Jahr 2006 den Lehrern vorgestellt. Ein Kurs zur Sensibilisierung der Jugend für die Solarenergie und die rationelle Energienutzung wurde in Form einer Aktion «Ferienpass» im Sommer von ca. 128 Schulkindern im Ober und Unterwallis besucht.

Ungefähr 50 Staatsangestellten haben am Kurs «éco-conduite» im Jahr 2006 teilgenommen.

Bereich Wasserkraft Studien in hydroelektrischen und hydraulischen Gebieten

MINERVE

Die Arbeiten bezüglich dieses Projektes, die besonders den Beitrag der Stauanlagen bei Hochwassersituationen im Rhonetal und in den Hauptnebenflüssen mit Hilfe von hydrometeorologischen Vorhersagen über 72 Stunden betreffen, wurden durch die EPFL-LCH zusam-

men mit den Dienststellen für Strassen- und Flussbau und für Energie und Wasserkraft weiterverfolgt.

Gewässersanierungsberichte entsprechend dem Gewässerschutzgesetz (GSchG Art. 80 Abs. 1 und 2)

Die Redaktion dieser Berichte ist durch 5 Dienststellen (DWK, DSFB, DWL, DFJW und DUS) koordiniert und geht weiter. Auf Ende 2006 decken die Studien das gesamte Walliser Territorium ab. Alle Gewässersanierungsberichte müssen Ende 2007 fertig sein.

SYNERGIE: Methodologien und Strategien für die Analyse der möglichen Synergien bei Mehrzweckflusskraftwerken

Dieses Projekt, das seit 1998 besteht, wird seit Oktober 2003 durch die EPFL-LCH geführt. Es bezweckt die Festlegung der Bewirtschaftungsregeln und –ziele eines Mehrzweckflusskraftwerkes (Integrierte ökologische, soziökonomische Bedingungen und des Hochwasserschutzes) in Synergie mit der dritten Rhonekorrektion.

Behandelte Projekte

Oberwallis

- **Dala:** die neue KW-Gesellschaft Dala betreibt dieses Kraftwerk und die Elektrizitätsverteilung ist durch die Gesellschaft Regionale energie Lieferung Leuk AG (ReLL) übernommen worden. Das Verfahren für die Genehmigung der neuen Konzessionen ist im Gange, da die Beteiligten für ein Konzessionsende der diversen Konzessionen den 1.1.2006 festgelegt haben.
- **Ackersand I:** das Konzessionsgenehmigungsverfahren für die kommunalen Konzessionen ist im Gange. Die Erteilung der vorläufigen Maßnahmen im Dezember 2004 erlaubt den Weiterbetrieb der Anlage an KW Ackersand 1 bis zur Konzessionserteilung.
- **Argessa:** Provisorische Massnahmen für den Weiterbetrieb der Anlagen im unteren Turtmanntal wurden durch den Staatsrat bis 30.05.2005 getroffen. Das Konzessionsgenehmigungsverfahren kommt zu Ende.
- **Argessa/MO:** Die Gesellschaft Argessa AG beabsichtigt, im Rahmen der neuen Argessa-Konzessionen, eine Steigerung der Pumpen- und Turbinenkapazität der Anlage Illsee-Turtmann. Das Voruntersuchungsverfahren für den Umweltverträglichkeitsbericht des Baubewilligungsverfahrens ist im Gange.
- **Mattmark:** Die Entleerung des Stauraumes Mattmark, Bewilligt im September 2006, wir im Frühling 2007 stattfinden.
- **Turtig:** Die Plangenehmigung der Stufe Unterbäch-Turtig, zur Ausnutzung des Wassers aus dem bestehenden KW Unterbäch und der Abwasser der Ara) ist am 21. Februar 2006 erteilt worden.
- **Niedergesteln:** Die Genehmigung der Trinkwasserturbinierung Niedergesteln in den Zentralen Tatz un Niedergesteln im am 18. August 2006 durch den Staatsrat erteilt worden.
- **Saas-Fee:** Die Genehmigung des Projektes für die Erweiterung der Beschneeanlagen Saas-Fee Dorf, mit einer Wasserfassung bei den Anlagen der KW Mattmark AG, ist im Oktober 2006 erteilt worden.

Unter- und Mittelwallis

- **Chippis (Rhône):** das Konzessionserstellungsverfahren ist im Gange. Da die bestehenden Konzessionen abgelaufen sind, hat der Staatsrat provisorische Massnahmen zum Weiterbetrieb beschlossen.
- **Chippis (Navizence):** das Konzessionsgenehmigungsverfahren für die 7 kommunalen Konzessionen ist im Gange. Da die bestehenden Konzessionen abgelaufen sind, hat der Staatsrat provisorische Massnahmen zum Weiterbetrieb beschlossen.
- **Bramois-Sauteröt:** das Konzessionsgenehmigungsverfahren für die 7 kommunalen Konzessionen ist im Gange. Da die bestehenden Konzessionen abgelaufen sind, hat der Staatsrat provisorische Massnahmen zum Weiterbetrieb beschlossen.
- **Cleuson-Dixence:** die durch den Unfall von 2000 verursachte Reparatur des Druckschachtes, bewilligt am 24. März 2006, ist

begonnen worden.

- **Mauvoisin:** die Bauarbeiten zur Erhöhung der Wasserfassung und des Grundablasses sind vollendet.
- **Fully:** das Konzessionsgenehmigungsverfahren für die kommunale Konzessionen ist im Gange. Da die bestehende Konzession abgelaufen sind, hat der Staatsrat provisorische Massnahmen zum Weiterbetrieb beschlossen. Die Wiederinstandstellungsarbeiten nach den Unwettern von 2000 sind vollendet.
- **Martigny-Bourg:** Die neuen Konzessionen sind in Kraft getreten. Die Genehmigung des Baugesuchsdossiers zur Realisierung der in den Konzessionen vorgesehenen Massnahmen ist im Gange.
- **Pallazuit:** das Verstärkungsprojekt der Talsperre Les Toules ist im Oktober 2006 öffentlich aufgelegt worden und das Plangenehmigungsverfahren ist im Gange.
- **Orsières-Niellot:** das Genehmigungsverfahren für den Bau der zukünftigen Dotierungsanlagen von Dranses de Ferret und von Entremont ist im Gange.
- **Sembrancher:** das Genehmigungsverfahren der zwei kommunalen Konzessionen ist im Gange. Da die bestehenden Konzessionen abgelaufen sind, hat der Staatsrat im Oktober 2006 provisorische Massnahmen zum Weiterbetrieb beschlossen.
- **Nant de Drance (Vieux-Emosson):** Ein Pump-Speicherwerkvorprojekt zwischen Emosson und Vieux-Emosson (Leistung 600 MW, Energieproduktion zirka 1'500 GWh) ist bei ATEL in Studie. Ein Voruntersuchungsdossier ist beim Kanton eingereicht worden.
- **Vernayaz (SBB):** die Vorabklärungen zwischen der SBB, den betroffenen Gemeinden und dem Kanton für den Heimfall sind im Gange.
- **Vernayaz (Pissevache):** Ein Projekt zur Wiederinbetriebnahme ist in Bearbeitung.
- **Torrent de Soi:** Die Zentrale ist in Betrieb genommen worden.
- **Wasserfassungen und Diverses:** Die Sanierung der Fassungen in Mottec, Tortin Ouest und Clusanfe, sowie eine Landschaftsinstandstellung in Arolla sind bewilligt worden.

Elektrische Linien und Schaltstationen

- **Leitung 380 kV Nufenen:** der Bau dieser Linie ist fertig.
- **Leitung 380 kV Mörel-Ulrichen:** Das Dossier ist bei den verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Instanzen in Diskussion.
- **Leitung 380 kV Chippis-Mörel:** Das Dossier ist bei den verschiedenen eidgenössischen und kantonalen Instanzen in Diskussion.
- **Leitung 380 kV Chamoson-Chippis:** der Staatsrat hat im Januar 2007 dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat (ESTI) seine Vormeinung zu den Abänderungen des Projektes 2002 abgegeben.
- **Leitung 220 kV Chippis-Stalden:** der Staatsrat hat im September 2006 dem Eidgenössischen Starkstrominspektorat (ESTI) seine Vormeinung zum Bau des zweiten Stranges abgegeben.
- **Leitung 65 kV St. Triphon-Vernayaz-Les Vorziens:** Sie ist durch die WEG in Betrieb genommen worden.
- **Schaltanlage 65/16 kV «Euseigne»:** Sie ist durch die ESR in Betrieb genommen worden.
- **Leitung 65 kV Riddes-Ecône:** Die kantonale Vormeinung ist im Oktober 2006 dem ESTI abgegeben worden.
- **Leitung 65 kV St. Niklaus-Täsch:** Die kantonale Vormeinung ist im Oktober 2006 dem ESTI abgegeben worden.

Sonderaktivitäten im Jahre 2006

Wasserstadtsteuer und Wasserzins:

Nach den Bundesgerichtsentscheid vom 17.1.02, das die Berechnung der Wasserstadtsteuer auf Grund der Bruttoleistung bestätigt hat, wurden alle Kraftwerksgesellschaften gebeten in Zukunft für jede Anlage alle Wasserverluste anzugeben, damit diese in den Rechnungen berücksichtigt werden können. Da verschiedene Betreiber noch nicht alle verlangten Daten geliefert haben, wurden momentan provisorische Rechnungen erstellt.

Entschädigungen für Verzicht auf Nutzung der Wasserkraft:

Die durch die vom Entschädigungsbegehren (7 Verzichtsprojekte) betroffenen Walliser Gemeinden nehmen seit 2005 einen jährlichen Betrag von rund Fr. 875'850.- bzw. der Kanton von Fr. 805'046.- ein.

Allgemeine Arbeiten

- Stellungnahmen zu Gemeindereglementen bezüglich Elektrizitätsverteilung und Tarifgestaltung, Raumplanung und Bauten. Stellungnahmen z.H. der kantonalen Baukommission.
- Zusammenarbeit mit der Gazoduc SA und Transitgas AG betreffend die Erdgasversorgung und Durchführung von Vernehmlassungen.
- Zusammenarbeit mit der Ingenieurschule Wallis im Rahmen von Vortrags- und Expertentätigkeit.
- Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Energie und den kantonalen Energiefachstellen im Rahmen des Programms «Energie-Schweiz».
- Im Rahmen der Regierungskonferenz der Gebirgskantone, Übernahme des Sekretariats, sowie Mitarbeit in der Arbeitsgruppe «Strommarktöffnung» und beim Kompetenznetzwerk «Wasser im Berggebiet».
- Zusammenarbeit mit dem Hochbauamt für kantonale Miniergebäuden.
- Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Umweltschutz und der Presse zur Information der Öffentlichkeit.
- In Zusammenhang mit der paritätischen Experten Kommission wurden die Erneuerungs- und Unterhaltungsarbeiten durch die Dienststelle verfolgt.
- Teilnahme an den vom BFE durchgeführten fünfjährigen Expertisen von Stauanlagen.

ELEKTRIZITÄSERZEUGUNG 2005 - 2006

Hydrologisches Jahr - Erzeugung in GWh (Mio kWh)

Periode	Hiver (1.10 - 31.3)		Eté (1.4 - 30.9)		Année (1.10 - 30.9)		
	Art	GWh	%	GWh	%	GWh	%
Wasserkraftwerke	3891.868	43.2		5'106.831	56.8	8'998.698	100
Thermische Kraftwerke	277.694	55.6		222.049	44.4	499.744	100
TOTAL	4'169.562	43.9		5'328.880	56.1	9'498.442	100

VERGLEICH 2004-2005 / 2005-2006

Erzeugung in GWh (Mio kWh)

	2004-2005	2005-2006	Variation en %
<i>Wasserkraftwerke</i>			
Winter	4'437.183	3'891.868	-12.3
Sommer	5'178.490	5'106.831	-1.4
Jahr	9'615.673	8'998.698	-6.4
<i>Thermische Kraftwerke</i>			
Winter	278.537	277.694	-0.3
Sommer	238.933	222.049	-7.1
Jahr	517.470	499.744	-3.4
TOTAL	4'715.719	4'169.562	-11.6
Winter	5'417.423	5'328.880	-1.6
Jahr	10'133.142	9'498.442	-6.3

TÄTIGKEITSBERICHTE DER EINHEITEN ODER ANSTALTEN, DIE DEM DEPARTEMENT UNTERSTELLT SIND

Autor	Titel	Adressat	Verfügbar seit	Link
Gesundheitsnetz (GNW)	Geschäftsbericht 2006 des GNW	Gesamte Öffentlichkeit	April 2007	http://www.rsv-gnw.ch/
Walliser Gesundheitsobservatorium	Tätigkeitsbericht 2006	Gesamte Öffentlichkeit	April 2007	http://www.ovs.ch/
Walliser Liga gegen Lungenkrankheiten und für Prävention (WLLP)	Jahresbericht 2006	Gesamte Öffentlichkeit	April 2007	http://lung.ch/fr/wallis_startseite.html
Walliser Liga gegen die Suchtgefahren (LVT)	Statistischer Bericht 2006	Gesamte Öffentlichkeit	April 2007	http://www.lvt.ch/index.html
Medizinischpädagogisches Zentrum «La Castalie»	Jahresbericht	Gesamte Öffentlichkeit	Mai 2007	http://www.castalie.ch/
Kantonale Ausgleichskasse	Verwaltungsbericht 2006	Gesamte Öffentlichkeit	März 2007	http://www.avk.vs.ch/rapport.htm

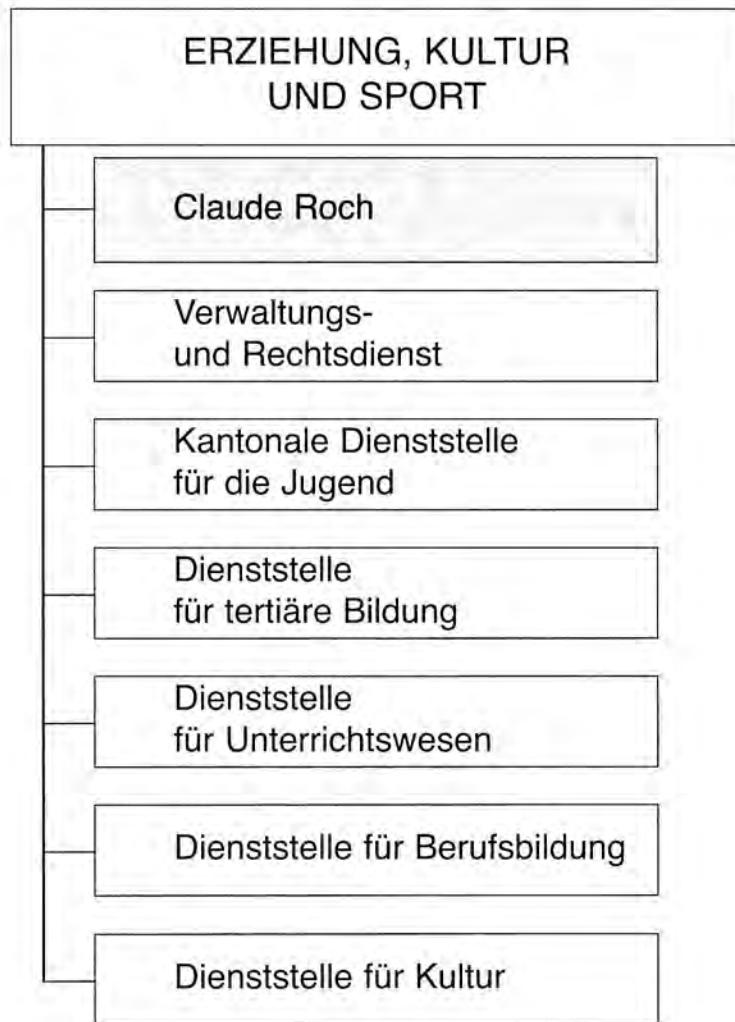


DEPARTEMENT FÜR ERZIEHUNG, KULTUR UND SPORT

VERWALTUNGSBERICHT 2006



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: CLAUDE ROCH
STELLVERTRETER: JEAN-JACQUES REY-BELLET**



EINLEITUNG

Der Erziehung kommt heutzutage in allen Ländern ein wichtiger Stellenwert zu. Die Ausbildung ist der Schlüssel zur Selbständigkeit und zur Integration jeder Person in die Gesellschaft und die Arbeitswelt. Der Wohlstand und die Wettbewerbsfähigkeit eines Staates oder einer Region hängen zu einem grossen Teil von der Qualität der Ausbildung der dort wohnhaften Bevölkerung ab. Die unaufhörliche und unerbitterliche Suche nach dem konkurrierenden Vorteil in einer Wirtschaft des weltweit ausgedehnten Wissens führt die Verantwortlichen der Erziehungspolitik dazu, die Tendenz zur Abgrenzung zu überschreiten, den Treppunkten zwischen den verschiedenen Politiken Rechnung zu tragen, die gemeinsamen Fragen und Herausforderungen zu prüfen, die Bande und die Zusammenarbeiten zu stärken. In der Schweiz neigen die 26 verschiedenen Schulsysteme und die kantonalen Sonderbestrebungen dazu, die Verbesserung der Unterrichtsqualität zu bremsen. Die Integration der jungen Ausländer oder die immer wieder kommende Frage nach der zweiten obligatorischen Sprache stossen auch gegen diese Zersplitterung der Systeme.

Obwohl bis jetzt mehrere Versuche nach einer schulischen Harmonisierung bei den Kantonen fehlschlugen, hat das Schweizer Volk am 21. Mai 2006 mit einer grossen Mehrheit (86 %) die neuen Verfassungsartikel angenommen. Obwohl die gegenwärtige Aufteilung der Kompetenzen, beibehalten wird welche den Kantonen die Souveränität auf dem Gebiet der Erziehung lässt, bringen die neuen eidgenössischen Bestimmungen wesentliche Neuerungen: Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen Bund und Kantonen, Klärung der Aufteilung der Verantwortlichkeit, Verpflichtung, die grundsätzlichen Parameter aller Systeme zu vereinheitlichen, Schaffung der nötigen Grundlagen für neue Führungsformen des Systems (Führung nach Zielvorgaben).

Die Annahme dieser Verfassungsrevision über die Erziehung verstärkt ganz wesentlich die Bemühungen der Kantone, einen «Schweizerischen Raum» und einen «Westschweizer Raum» der Erziehung zu schaffen. So haben denn die Eidgenössische Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) und die Westschweizer Konferenz (CLIP) am 16. Februar 2006 gemeinsam zwei Vorprojekte zur Harmonisierung und Koordination der obligatorischen Schule vorgestellt und in die Vernehmlassung geschickt: das Schweizer Abkommen (HarmoS) und das Westschweizer Schulabkommen. Obligatorischer Kindergarten, Finalitäten und hauptsächliche Strukturen der harmonisierten obligatorischen Schule, nationale, einschränkende Standards, Lehrpläne nach Sprachregionen, dies sind die wesentlichen Bestandteile des Abkommens oder des Schweizer Konkordates. Was die Westschweizer Schulkonvention anbetrifft, bestehen ihre Hauptziele in der Durchführung der Aufgaben, welche das Schweizer Abkommen (HarmoS) den regionalen Konferenzen delegiert sowie der Koordination der der Westschweiz spezifischen Bereiche.

Für den Deutsch sprechenden Kantonsteil hat das Wallis auf einen Beitritt zur Bildungsplanung Zentralschweiz BPZ verzichtet, um sich ab 2006 der Bildungsregion Nordwestschweiz (NW-EDK) anzuschliessen und beizutreten, dessen Hauptziel die Verbesserung der Zusammenarbeit mit den anderen zweisprachigen Kantonen (Bern und Freiburg) ist.

Der Ausarbeitung, der Entwicklung und der Betreuung dieser Projekte, die für die Schaffung eines gemeinsamen und einheitlichen Bildungsraumes auf nationaler und Westschweizer Ebene besonders wichtig sind, kam seitens unseres Departements im Jahr 2006 grosse Aufmerksamkeit zu. Nebst den gewöhnlichen Aufgaben der administrativen und finanziellen Verwaltung, welche die jährlichen Tätigkeiten der Dienststellen markieren, seien einige Dossiers und vorrangige Projekte zu erwähnen, welche die Kräfte mobilisiert und die Überlegungen im vergangenen Jahr geprägt haben:

- Reform des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA-CH), die auf den 1. Januar 2008 in Kraft tritt;
- Projekt für die Gestaltung einer neuen Orientierungsschule;
- Gesetzesprojekt über das Statut der Lehrpersonen;
- Neues kantonales Sprachenkonzept (Vernehmlassung und Annahme);
- Organisation der 115. Kurse «Schule und Weiterbildung Schweiz» mit der Beteiligung von über 2000 Lehrpersonen aus allen Kantonen;
- Bilanz der PH-VS und Gesetzesänderung;
- Lokalisierung und Standorte der HEVs2;
- Beziehungen mit den sozialpädagogischen Institutionen und die neuen Normen der kantonalen Subventionierung;
- Beitrag zur Entwicklung der Tagesaufnahmestrukturen für Kinder zwischen 0 und 12 Jahren;
- Zusammenschluss der Berufsschulen von Visp und Brig zu einer Verwaltungseinheit, die einer einzigen und gleichen Direktion unterstellt ist;
- Förderung der Lehrstellen und Ausarbeitung eines neuen Orientierungskonzeptes, das die letzten drei Jahre der obligatorischen Schulzeit abdeckt;
- Beteiligung an der Einrichtung der Reglementierung sowie der Verwaltung des Kantonalen Berufsbildungsfonds;
- Verfassung des Vorprojekts des kantonalen Anwendungsgesetzes über die Berufsbildung und Änderungen der Verordnungen der Lehrausbildungen;
- Festlegung und Bereitstellung der definitiven Organisation der Dienststelle für Kultur und Durchführung des kulturellen Entwicklungskonzeptes;
- Unterzeichnung des Vertrages zwischen Swiss-Ski und dem Kanton Wallis bezüglich der Swiss-Ski Akademie und dem nationalen Leistungszentrum des Schneesports am Kollegium Brig;
- Durchführung einer Umfrage bei allen Lernenden des Kantons Wallis über das Ausführen von Sport und die Einführung eines «Sport-Pass», der sportlerische Aktivitäten der Lernenden außerhalb der Schule bestätigt.

**Der Vorsteher des Departements für
Erziehung, Kultur und Sport**

Claude Roch

ALLGEMEINE VERWALTUNG

Organisation und Personal

DIENSTSTELLE	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	26.70
Kantonale Dienststelle für die Jugend	54.95
Dienststelle für tertiäre Bildung	55.60
Dienststelle für Unterrichtswesen	29.10
Dienststelle für Berufsbildung	59.69
Dienststelle für Kultur	47.45
Total	273.49

Möglichkeit zu prüfen, dem Postulat stattzugeben. Obwohl zugegeben werden muss, dass die Priorität den Grundausbildungen (Bachelor und Master) in den HES und den universitären Fachhochschulen eingeräumt werden muss, sowie der Rückkehr der Walliser, die dort ausgebildet wurden, können dritte Studienzyklen eröffnet werden, falls es die finanziellen Mittel des Kantons erlauben und sie einem erwiesenen Bedürfnis (kritische Masse) entsprechen.

Postulat von Grossrat Jean-François Copt (GRL) und Mitunterzeichnenden betreffend kantonaler Sportdelegierter (14.09.2005).

Postulat am 16. März 2006 angenommen.

Das Kantonale Sportkonzept, das sich gegenwärtig in Ausarbeitung befindet, wird die Rolle, die Aufgaben und den Interventionsbereich des Kantons auf diesem Gebiet definieren. Die Frage nach Notwendigkeit und Sachdienlichkeit bezüglich der Schaffung einer Stelle eines kantonalen Sportdelegierten wird deshalb nach der Annahme dieses Konzepts und der Verwirklichung von Anwendungsmassnahmen analysiert werden können.

PARLAMENTARISCHE VORSTÖSSE

MOTIONEN

- 3.020 Motion von Grossrat (Suppl.) Jean-Yves Gabbud (PDCB) betreffend Schuleintrittsalter: mehr Flexibilität (14.09.2005).

Motion im Sinne der schriftlichen Antwort vom 16. März 2006 angenommen.

Im Anschluss an die Annahme durch Volk und Stände der Revision des Verfassungsartikels über die Ausbildung, wird der interkantonale Vertrag über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS), welchen die Kantone unterzeichnen werden, das Eintrittsalter in den Kindergarten auf 4 Jahre festlegen. Die Anwendung dieses Vertrages, der in Kraft treten wird, sobald ihn 10 Kantone unterzeichnet haben, wird nur einen kleinen Spielraum lassen, um über das Eintrittsalter der Schüler in den Kindergarten zu verhandeln.

- 3.024 Motion von Grossrat Claude-Alain Schmidhalter (CVPO) und Mitunterzeichner betreffend Jugend und Sport (09.11.2005).

Motion am 12. April 2006 angenommen.

Das Wallis will sich den Überlegungen, die auf eidgenössischer Ebene geführt werden, anschliessen und den Sport und die körperliche Aktivität bei Kindern im Alter zwischen 5 und 9 Jahren fördern. Dies soll in Zusammenarbeit mit allen betroffenen Partnern geschehen und zwar durch den Aufbau eines diesen Altersklassen angepassten Programms. In diesem Rahmen will sich der Kanton an diesem Experiment als Pilotkanton beteiligen. Gleichzeitig wird die Möglichkeit geprüft, den 5- bis 9-Jährigen ein sportlerisches Tätigkeitsprogramm anzubieten und zwar durch die lokalen bestehenden oder zu schaffenden Sportnetze.

POSTULATE

- 3.017 Postulat von Grossrat (Suppl.) Christophe Lamon (PDCC) und Mitunterzeichnenden betreffend Schaffung von dritten Studienzyklen im Wallis (13.09.2005).

Postulat unter Vorbehalt am 16. März 2006 angenommen.

Ausgehend von der Tatsache, dass der Kanton Wallis bereits eine ganze Serie an Tätigkeiten in den von den Postulanten erwähnten Bereichen entwickelt und dass gewisse Ausbildungsgänge und Forschungsprojekte direkt oder indirekt von einer finanziellen Beteiligung durch den Staat profitieren, erklärt sich der Staatsrat, durch das DEKS, bereit, die

- 3.022 Postulat von Grossrätin (Suppl.) Roxanne d'Avila (GRL) und Mitunterzeichnenden betreffend Staatskundeunterricht in den Schulen (14.09.2005).

Postulat teilweise durch den Staatsrat angenommen / abgestimmt und angenommen durch den Grossen Rat am 16. März 2006.

Der Staatskundeunterricht bildet integrierter Bestandteil der Ziele der Sekundarschulen. Der Teil des Postulats, der eine grössere Integration dieses Faches in die Stundentafeln verlangt, ist teilweise bereits realisiert. Was den Vorschlag anbetrifft, die Unterrichtsmethoden für den Staatskundeunterricht zu dynamisieren und zwar durch eine systematische Präsentation der Arbeit der Gewählten durch die Politiker in den Klassen oder durch einen obligatorischen, halbtägigen Besuch der politischen Institutionen oder eine konkrete Präsentation in den Schulklassen, so scheint dieser schwer realisierbar. Insbesondere aus Gründen des beschränkten Terminkalenders und unüberwindbaren Verfügbarkeiten. Dieser Vorschlag wird aber den Schuldirektionen und den Lehrpersonen dieses Faches unterbreitet, um die Durchführbarkeit zu prüfen.

- 3.025 Postulat von Grossrat Beat Abgottspion (CVPO) und Grossrätin (Suppl.) Franziska Schmid (CVPO) betreffend Tourismus: Sensibilisierung an den Walliser Schulen (10.11.2005).

Postulat angenommen durch den Staatsrat / abgestimmt und angenommen durch den Grossen Rat am 12. April 2006.

Eine erste Sensibilisierungskampagne für den Tourismus wurde zwischen 1990 und 1996 durchgeführt. Diese unter dem Motto stehende Kampagne «Tourismus geht uns alle an» richtete sich an die breite Bevölkerung und an die Schulkreise. Zwischen 2003-2004 wurden zusätzliche Sensibilisierungsaktionen bei den Schülern durchgeführt und zwar in Form von «Tourismustagen oder -wochen». Die zukünftigen Ausdehnungen finden unter der Leitung der Begleitgruppe Sensibilisierung im Tourismus statt, die sich aus Vertretern des DEKS, des DVR und Wallis Tourismus zusammensetzt und von einer Kommunikationsfirma betreut wird. Die Schritte werden fortgesetzt, um die Kommunikation bei den Schuldirektionen und den Lehrpersonen der Orientierungsschulen zu verstärken, die bestehenden pädagogischen Mittel zu vervollständigen, die beruflichen Kreise verstärkt einzubeziehen und eine neue Sensibilisierungskampagne bei der gesamten Walliser Bevölkerung zu lancieren.

- 3.026 Postulat von Grossrat Jean-Albert Ferrez (PDCB) betreffend Überwachung der Leistungsaufträge der subventionierten Forschungsinstitute (13.12.2005).
- Postulat am 12. April 2006 angenommen.*
- Der Doppelantrag, der in diesem Postulat formuliert wird, welcher einerseits die Verwaltung aller Leistungsmandate mit universitären Bildungs- und Forschungsinstituten und anderseits deren Subventionierung durch die Dienststelle für tertiäre Bildung des DEKS beinhaltet, wird im Rahmen der Ausarbeitung der kommenden Budgetprojekte mit dem DVR besprochen und analysiert.
- 3.028 Postulat von Grossrat Hans Hutter (CVPO) betreffend Pfingstmontag als Schultag (13.12.2005).
- Postulat unter Vorbehalt vom Staatsrat angenommen / abgestimmt und angenommen durch den Grossen Rat am 12. April 2006.*
- Angesichts der Tatsache, dass die Gemeinden und die Regionen bei der Festlegung ihres Schul- und Ferienplanes trotz der kantonalen Richtlinien über einen Autonomiefreiraum verfügen, hat das DEKS nicht die Kompetenz, den Pfingstmontag in allen kommunalen und interkommunalen Schulen des Kantons als schulfreier Tag anzurufen. Da sich dieses Postulat auf die kantonalen Schulen bezieht, wird das DEKS die Gemeindebehörden auffordern, sich abzusprechen, um die Daten der Schul- und Ferienzeit besser zu vereinheitlichen.
- 3.032 Postulat PDCC-Fraktion, durch die Grossräte Alain de Preux und Patrick Rudaz, betreffend konzertierte Verwendung des Spezialfonds zur Förderung kultureller Anlässe mit nachhaltiger Wirkung auf den Tourismus (Art. 5 des Reglements zur Kulturförderung) (15.12.2005).
- Postulat unter Vorbehalt am 12. April 2006 angenommen.*
- Der Staatsrat wünscht, dass die Liste der Projekte, die in den Genuss von finanzieller Hilfe durch den Fonds für kulturelle Veranstaltungen kommen, publiziert wird, wie dies auch in anderen Kantonen geschieht. Er wird in diesem Sinne handeln, ohne jedoch den Betrag anzugeben, der jedem Projekt zugesprochen wird. Im Bereich der Informationen des Staatsrates zu den gemeinsamen Beschlüssen des DEKS und des DVR über die Zuteilung von finanzieller Unterstützung durch diesen Fonds, werden die Bestimmungen des Gesetzes über die Geschäftsführung und den Finanzhaushalt des Kantons und deren Kontrolle als genügend bezeichnet.
- 3.033 Postulat der Grossräte Didier Cachat (GRL) und Bernard Rey (GRL) betreffend Drohungen gegen Lehrpersonen (15.12.2005).
- Postulat im Sinne der schriftlichen Antwort vom 12. April 2006 angenommen.*
- Als Zusatz zu dem was sowohl auf kantonaler wie auch auf interkantonaler Ebene bereits unternommen wurde, um die Beziehungen zwischen Familie und Schule zu verbessern und konkrete Antworten auf die schwierigen Beziehungen zwischen Eltern und Lehrpersonen zu geben, analysiert das DEKS in Zusammenarbeit mit den betroffenen Partnern im Rahmen der Pflichtenhefte der Lehrpersonen, die in Vorbereitung sind, die im Postulat aufgeworfenen Fragen. Falls nötig wird es dem Staatsrat Änderungen des Reglements betreffend die im Rahmen der obligatorischen Schulpflicht anwendbaren Disziplinarmassnahmen vorschlagen.
- 3.036 Postulat von Grossrat (Suppl.) Florian Chappot (PS/AdG) und Mitunterzeichnenden betreffend Lehrstellenförderer - eine Lösung, die sich bewährt hat! (16.12.2005).
- Postulat am 12. April 2006 angenommen.*
- Das BBT hat am 17. Januar 2006 positiv auf den Finanzierungsantrag für die Schaffung von zwei Stellen für Lehrstellenförderer für das Oberwallis und das Unterwallis geantwortet. Diese Stellen werden ausgeschrieben und die Anstellungen werden innert kurzer Zeit vorgenommen.
- 3.042 Postulat von Grossrätin Graziella Walker Salzmann (CSPO) und Mitunterzeichnenden betreffend Einrichtung von Tagesschulen - Agieren statt Reagieren (16.03.2006).
- Postulat im Sinne der Antwort vom 14. September 2006 angenommen.*
- Gemäss der gegenwärtigen Gesetzgebung ist der Entscheid und die hauptsächliche Verantwortung der Bereitstellung von Betreuungsmassnahmen für Schüler Sache der Gemeinden und der Regionen. Durch seine finanzielle Beteiligung handelt der Staat nur subsidiär. Trotzdem anerkennt der Staatsrat die Sachdienlichkeit, Rahmenbedingungen und einheitliche Kriterien festzulegen. Sobald der Kanton Wallis der interkantonalen Konvention zur Harmonisierung der obligatorischen Schule (HarmoS) beigetreten ist, werden klare Richtlinien auf diesem Gebiet erlassen.
- 3.046 Postulat von Grossrat Aldo Resenterra (GRL) betreffend Leukerbad: Studiergang FH-GS.
- Postulat unter Vorbehalt durch den Staatsrat am 12. Oktober 2006 angenommen.*
- Die HES-SO ist gehalten, bis Ende 2006 eine Harmonisierung der Durchführung des Rahmenlehrplanes (RLP) an den verschiedenen Standorten vorzunehmen und die Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Standorten zu intensivieren, um in den Bereichen Gesundheit und Soziale Arbeit das Qualitätsniveau HES an allen Standorten zu gewähren. Das auf eidgenössischer Ebene und unter den Kantonen laufende Verfahren sollte die Mittel definieren, um den Standort von Leukerbad zu konsolidieren und hervorzuheben.
- 3.051 Postulat von Grossrat (Suppl.) Rolf Eggel, Grossrätin Susanne Hugo-Lötscher und Mitunterzeichner betreffend kantonaler Erziehungsrat (10.05.2006).
- Postulat im Sinne der schriftlichen Antwort vom 9. November 2006 angenommen.*
- Um über ein glaubwürdiges und effizientes Konsultativorgan zu verfügen, sollte der kantonale Erziehungsrat neu dynamisiert werden. Dazu sollte das DEKS dem Staatsrat die Revision des Reglements vom 11. Dezember 1985 vorschlagen, um die Aufgaben, die Zusammensetzung, die Integration und das Funktionieren des kantonalen Erziehungsrates neu zu definieren. In einer zweiten Phase sollten die Mitglieder ernannt und zu einer Reaktivierungssitzung eingeladen werden.
- 3.052 Postulat von Grossrätin Michelle Grandjean (PS/AdG) und Mitunterzeichnenden betreffend Einführung eines «Ausbildungsschecks» für die Walliserinnen und Walliser (10.05.2006).
- Postulat am 14. Dezember 2006 zur Information und Prüfung weitergeleitet an die Kantonale Erwachsenenbildungskommission.*
- Das Weiterbildungsgesetz vom 2. Februar 2001 sieht unter anderem die Möglichkeit vor, für ein gewisses Zielpublikum Ausbildungsschecks einzuführen. Das Postulat wird der kantonalen Erwachsenenbildungskommission weitergeleitet mit dem Auftrag, sämtliche Wege zur Förderung der Weiterbildung zu prüfen: Ausbildungsscheck, Validierung erwor-

bener Fähigkeiten, Schaffung eines Fonds, Ausbildungsurlaub, Steuererleichterungen, ...

- 3.057 Postulat von Grossrätin Franziska Lutz-Marti (CVPO) und Mitunterzeichnenden betreffend fachliche und pädagogische Unterstützung für OS-Lehrpersonen ohne stufengerechtes Diplom (08.06.2006).

Postulat am 14. Dezember 2006 angenommen.

Die Lehrpersonen der OS, die nicht über ein stufengerechtes Diplom verfügen, werden bereits durch den Schulinspektor betreut. Im Weiteren geniessen sie die Unterstützung ihrer Direktion und der pädagogischen Berater. Trotzdem wird das DEKS die Arbeitsgruppe beauftragen, die mit der Erarbeitung des OS-Reformprojekts betraut ist, die Frage der Schaffung einer permanenten praktischen und pädagogischen Stützstruktur für einige Lehrpersonen ohne stufengerechtes Diplom zu prüfen. Diese Aufgabe könnte zum Beispiel der PH-VS übertragen werden.

- 3.058 Postulat von Grossrat (Suppl.) René Loretan (CVPO) betreffend Gleichwertigkeit der Diplome auf Primarschulstufe (09.06.2006).

Postulat teilweise vom Staatsrat angenommen, unter Vorbehalt von zusätzlichen, durch das DEKS vorzunehmende Studien / abgestimmt und angenommen durch den Grossen Rat am 14. Dezember 2006.

Der Antrag, den Lehrpersonen, die kein stufengerechtes Diplom haben, um in den Kindergarten- und Primarklassen (1. PS bis 6. PS) zu unterrichten, die Möglichkeit zu gewähren, eine Zusatzausbildung zu absolvieren und die Qualifikationen zu erlangen, um auf allen Stufen zu unterrichten, wird in einer Studie geprüft. Diese sollte die wirklichen Bedürfnisse der Gemeinden erfassen und gegebenenfalls die Inhalte und die Form der bereitzustellenden Zusatzausbildung definieren.

- Betreuung der Dienststellen des Departements für die Definierung und die Verbesserung der drei Stufen der Leistungsmandate und den Aufbau der Kontrollinstrumente. In dieser Einführungsphase der Verwaltung durch Leistungsmandate wurde das Schwergewicht hauptsächlich auf die Form gelegt. Es wurde ein aktives und unterstützendes Coaching zugesichert. Im Übrigen ist die Klärung des Budgetprozesses und der Rechnung bereits im Gang und wird mit den Kontrollverantwortlichen der Dienststellen weitergeführt.

- Vertiefung der Ausbildung der Kontrollverantwortlichen der Dienststellen durch mehrere Kurse, die in Zusammenarbeit mit dem Regierungscontrolling organisiert wurden.
- Zusammenarbeit bei der Definierung und der Einführung der Leistungsmandate in Sonder Schulinstitutionen, insbesondere auf dem Gebiet der Methodik.
- Mitarbeit und Unterstützung der Arbeitsgruppe NFA – DEKS.
- Kritische Prüfung der Sachdienlichkeit der im operativen Leistungsmandat 2006 festgelegten Indikatoren und Korrektur, sowohl unter dem qualitativen als auch unter dem quantitativen Gesichtspunkt, für die Planung 2007.

INFORMATIK-KOORDINATION

Neben seiner Funktion als Betreuer (Unterstützung, Stellungnahme zu technischen und finanziellen Fragen, Informationsmanagement) pflegt der Informatik-Koordinator ein fachspezifisches Beziehungsnetz und leitet die strategische Kommission ICT (Informations- und Kommunikationstechnologie). Im vergangenen Jahr wurden namentlich folgende Aufgaben wahrgenommen:

- Überwachung der Entwicklung der Informatiksysteme zur Geschäftsführung und Notenverwaltung der Walliser Schulen (ISM, ESCADA);
- Definierung eines Projekts für die Veröffentlichung auf Internet des Kantonsarchivs; Ausrüstung des Schulinspektorats, Verabschiedung der Richtlinien für die Integration der ICT in den Walliser Schulen für die Jahre 2007-2012;
- Vertretung des Departements im Bereich der Informatik in verschiedenen inter- und ausserkantonalen Organisationen.

JUGEND+SPORT

JUGEND+SPORT

- **Jugendausbildung**
2006 haben die J+S-Coachs 515 (-13, bzw. -2.46%) J+S-Angebote angemeldet. Davon haben 23'598 (-772, bzw. -3.16%) Jugendliche im Alter von 10 bis 20 Jahren in 35 (wie 2005) Sportarten in 1'929 (+77, bzw. +4.15%) Kursen oder Lagern teilgenommen, die von 3'915 (+30, bzw. +0.77%) J+S-Leitern geführt oder mitgeleitet wurden.

- **Aus- und Weiterbildung des Kaders**
2'134 Coachs, Experten und Leiter haben an einer Aus- oder Weiterbildung im Jahre 2006 teilgenommen. 2005 waren es 1'919, was einer Zunahme von 215 (+11.20%) entspricht.

Das J+S-Amt hat 65 (+6, bzw. +10.16%) Grundausbildungen, Weiterbildungsmodule und Eintrittstests von einem Tag bis zu einer Woche durchgeführt.

- **Finanzielle Beteiligung des Bundes**

Die finanzielle Beteiligung des Bundes zugunsten der Ausbildung des Kaders und der Jugendlichen beläuft sich auf Fr. 2'348'623.20-. Sie erhöhte sich um Fr. 68'925.35 (+3.02%).

Zudem wurde die Summe von Fr. 237'119.- (+ Fr. 34'007.-, bzw. +16.74%) direkt an die Verbände und/oder die Sportvereine für die Unterstützung der Nachwuchsförderung entrichtet.

UNTERSTÜTZUNG DES WALLISER SPORTS

Der Teil der Lotterien und Spiele für den Kanton Wallis beläuft sich auf Fr. 3'332'208.-. Diese Summe wurde wie folgt verteilt:

VERWALTUNGS- UND RECHTS DIENST

GESETZGEBUNG

Neben den ordentlichen und allgemeinen Aufgaben rechtlicher Natur, wie die Vorbereitung von Verfügungen und Stellungnahmen, schriftlichen und mündlichen Rechtskonsultationen, Beratung und Interpretation der durch das Departement anzuwendenden Bestimmungen, Repräsentationen des Departements in verschiedenen Kommissionen, war die Dienststelle im Jahr 2006 mit der Ausarbeitung folgender Gesetzestexte beschäftigt:

- Änderung vom 9. November 2006 des Gesetzes über den Beitritt zur interkantonalen Vereinbarung über die Anerkennung von Ausbildungsberechtigungen;
- Änderung vom 9. November 2006 des Gesetzes über die Pädagogische Hochschule Wallis (PH-VS);
- Änderung vom 9. November 2006 der Verordnung betreffend das Statut des Personals der Pädagogischen Hochschule Wallis (PH-VS)
- Reglement vom 15. Februar 2006 der Schule für Berufsvorbereitung des Kantons Wallis;
- Vollzugsreglement vom 3. Mai 2006 zum Gesetz über den kantonalen Berufsbildungsfonds;
- Reglement vom 17. Mai 2006 über das Vorbereitungsjahr (Passe-rolle) für den Zugang zur Pädagogischen Hochschule Wallis.

DEPARTEMENTS CONTROLLING

Im Jahre 2006 befasste sich das Departementscontrolling mit folgenden Schwerpunkten:

- Fr. 2'317'700.- in Form von jährlichen Subventionen an die kantonalen Sportverbände und Fr. 136'253.- zugunsten Aktionen oder Gruppen mit speziellem Charakter.
- Fr. 920'411.- in Form von gezielten Unterstützungen an Vereine, Clubs und Sportgruppen für Installationen im Sport, den Kauf von Material sowie für Sportanlässe.

Nach Abzug der administrativen Unkosten (-Fr. 60'884.-) und Aufrechnung der Kreditorenzinsen (Fr. +291'900.-) wurde der nicht verteilte Betrag von Fr. 188'860.- dem Sport-Fonds gutgeschrieben. (Für zusätzliche Informationen: vgl. Bericht «Abrechnung und Gewinnverteilung des Kantonalen Sportfonds 2006» publiziert im Internet unter www.vs.ch)

KANTONALES SPORTZENTRUM OVRONNAZ

Die Übernachtungen sanken von 12'643 im Jahre 2005 auf 12'582 im Jahre 2006 (-61, bzw. 0.48%).

STIPENDIEN UND AUSBILDUNGSDARLEHEN

TÄTIGKEIT

Die kantonale Kommission für Stipendien und Ausbildungsdarlehen ist im Jahr 2006 zehnmal zusammengetreten. Die Mehrzahl ihrer Sitzungen hat sie der Prüfung von Gesuchen gewidmet. Sie hatte ebenfalls Gelegenheit, verschiedene, mit der Ausrichtung von Ausbildungsbeträgen zusammenhängende Probleme zu prüfen.

Geprüfte Gesuche

	Gestellte Gesuche	Entsprachene Gesuche
Gymnasiale Maturitätsschulen	803	588
Andere Schulen für Allgemeinbildung	222	170
Vollzeit-Berufsschulen	379	236
Berufslehren	501	269
Berufsmaturitäten	61	28
Höhere Berufsbildungen	250	204
Fachhochschulen	672	542
Universitäten und Eidg. Techn. Hochschulen	1'330	1'116
Weiterbildung	31	24
Total	4'249	3'177
	100%	74.77%

Entwicklung der Zahl der Gesuche von 1999 bis 2006

1999	3'691	2003	3'980
2000	3'851	2004	4'104
2001	3'788	2005	4'253
2002	3'825	2006	4'249

Ausbildungsdarlehen

Anzahl offener Dossiers per Ende 2006: 5'721

KANTONALE DIENSTSTELLE FÜR DIE JUGEND

ADMINISTRATIVE SEKTION

Die administrative Sektion (AS) hat das gesamte Budget der Dienst-

stelle verwaltet. Gemäss Beschluss vom 9. Mai 2001 hat sie vor allem die Rechnungsstellung und das Inkasso der Gebühren für die Leistungen der verschiedenen Abteilungen übernommen. Für die Anschaffung von erforderlichen Hilfen an Not leidende Familien konnte die Dienststelle einen Betrag von ungefähr Fr. 7'000.-, der über den Alkoholzehntel zuerkannt wurde, gewähren.

Budgetbesprechungen und die Kontrolle der Jahresrechnungen der verschiedenen Erziehungsheime, die vom Kanton und mehrheitlich vom Bund anerkannt sind (Bundesamt für Justiz), stellen einen wichtigen Arbeitsbereich dar.

Unser Kanton verfügt über 251 Ferienkolonien (registrierte Anzahl bei der Dienststelle), welche Minderjährige ohne elterliche Begleitung bei sich aufnehmen. In Zusammenarbeit mit anderen Dienststellen führt die administrative Sektion die notwendigen Kontrollen durch, um schlussendlich eine Betriebsbewilligung zu erteilen. 146 Ferienkolonien verfügen über eine Betriebsbewilligung, 31 Gesuche sind in Bearbeitung und 20 Einrichtungen sind zwecks Vormeinung bei einer anderen Dienststelle in Abklärung. 54 Einrichtungen wurden archiviert, wovon einzelne neu evaluiert werden müssen. Laut Art. 39 des Jugendgesetzes kann das DEKS die Aufsicht sowie die Erneuerung der Betriebsbewilligung den Gemeinden übertragen. 52 Gemeinden wurden bereits dahingehend orientiert und 16 Dossiers (4 im Oberwallis, 12 im Französisch sprechenden Kantonsteil) konnten schon übergeben werden.

658 Dossiers für Kinder mit schweren Sprachgebrechen im Vorschul- und im Schulalter wurden behandelt. Der vom BSV überwiesene Pauschalbetrag beträgt Fr. 3'116'728.-, der für Abklärungen und pädagogisch-therapeutische Leistungen ausbezahlte Betrag beläuft sich auf Fr. 3'187'629.15, Logopäden des ZET inbegriffen.

Die kantonalen Beiträge an die Tages-Betreuungsstätten (30 % der anerkannten Gehälter des Erziehungspersonals und der Erziehungsmaterialien) sind 84 Einrichtungen mit erweiterten Öffnungszeiten zugute gekommen. Hier handelt es sich um 73 Betreuungsstrukturen im französischsprachigen Kantonsteil, 11 im Oberwallis sowie 12 Vereinigungen von Tageseltern, 8 im Französisch sprachigen Kantonsteil und 4 im Oberwallis. Die Beteiligungskosten betragen Fr. 4,6 Mio. (aufgerundet).

BERICHT DES JUGENDDELEGIERTEN

Die kantonale Jugendkommission war auch im vergangenen Jahr auf verschiedenen Ebenen tätig.

LOKALE UND REGIONALE JUGENDPROJEKTE

Die Jugendkommission behandelte im vergangenen Jahr 105 Gesuche um finanzielle Unterstützung. 80 Anfragen konnte ein Unterstützungsbeitrag zugesprochen werden. 23 Gesuche stammten aus dem Oberwallis, 24 aus dem Mittelwallis, 33 aus dem Unterwallis und 6 hatten einen übergreifenden Einfluss auf den ganzen Kanton. Erstmals konnten im Unterwallis am meisten Projekte unterstützt werden, was auf die verstärkten Informationsaktivitäten in dieser Gegend zurückzuführen ist.

KANTONALE JUGENDPROJEKTE

Im Vordergrund standen im Jahr 2006 die Teilnahme an der Young – OGA, wozu auch 7 Unterwalliser Gruppen eingeladen wurden.

Der Jugendförderpreis wurde anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung mit dem «Jugendparlament des Kantons Wallis» im Grossratssaal an folgende Preisträger verteilt: An das Internetportal «Snaplife» aus Brig, die Musikveranstalter «Arsonic» aus Siders, und die beiden Tanzlehrer Mentor Citaku und Uka Ahmeti aus St.Maurice.

STRUKTURARBEITEN

Die Strukturprojekte in Gemeinden und Regionen, welche noch über keine Einrichtungen zu Gunsten der Jugendlichen verfügen, wurden fortgesetzt. Im Goms, im Saastal, im Val d'Anniviers und im

Val de Bagnes erarbeitet der Jugenddelegierte gemeinsam mit Jugendlichen vor Ort nachhaltige Strukturen zugunsten der Jugend. Im Weiteren unterstützte der Jugenddelegierte Jugendliche aus Vex, Hérémence und im Bezirk Oestlich Raron bei der Planung und Realisierung von Strukturprojekten.

JUGENDKOMMISSION

Die kantonale Jugendkommission beendete die inhaltliche Fassung des «Leitfadens zuhanden der Verantwortungsträger in den Gemeinden», der dazu dienen soll, die Jugendarbeit auch auf Gemeindeebene zu fördern. Nach Abschluss des graphischen Konzeptes wird diese Broschüre den Gemeindeverantwortlichen im Frühjahr 2007 übergeben.

MITARBEIT AUF SCHWEIZERISCHER EBENE

Auf schweizerischer Ebene arbeitete der Jugenddelegierte im Leitenden Ausschuss der KKJF (Konferenz der kantonalen Beauftragten für Kinder und Jugendförderung) mit. Hauptgewicht wurde in diesem Gremium auf die Ausarbeitung eines schweizerischen Rahmengesetzes bez. der Jugend- und Kinderförderung gelegt.

DAS KANTONALE AMT FÜR KINDES-SCHUTZ

Das Amt für Kindesschutz verfügt seit 3 Jahren über ein elektronisches Dossier-Erfassungssystem (GED-SCJ), aus welchem bereits zum 3. Mal auch die vorliegende Statistik hervorgeht.

Im Jahr 2006 haben wir erneut eine bemerkenswerte Zunahme der Fallstatistik, d.h. 6,4 % gegenüber dem Vorjahr. Diese Tendenz der Fallzunahme zeigt sich nun schon stetig über die vergangenen 5 Jahre. Im Vergleich zwischen den im Jahr 2000 betreuten 988 Fällen, steht die Fallzahl fürs Jahr 2006 bei 1553, was einer Zunahme von 57,2 % entspricht.

Jahr	Anzahl Fälle
2000	988
2005	1'459
2006	1'553

Die Fallzahlen im Bereich der Artikel 307 und 308 ZGB haben erneut stark zugenommen. Das Amt betreute 902 Fälle. Es sind dies 72 mehr als im vergangenen Jahr. Das Parlament hatte dieser Entwicklung Rechnung getragen und dem Amt zusätzliche Ressourcen für das kommende Jahr zugeteilt. Diese neuen Leistungserbringer werden im Rahmen der zivilrechtlichen Kindesschutzmassnahmen eingesetzt. Damit sollte vermehrt gewährleistet werden, in diesen schwierigen Situationen betreffend den Kindesschutz wirksam zu intervenieren und so Gefährdungen des Kindeswohls entscheidend entgegen zu wirken.

Entsprechend den EDIKS-Vorgaben für die Verwaltungsführung hat das Amt alle Mandate im Hinblick auf die definierten Prioritäten im Rahmen der zu erbringenden Leistungen ausgeführt. Namentlich im Bereich folgender Leistungen zu Gunsten der entsprechenden Auftraggeber :

- die Bezirksgerichte, für welche wir 113 Fälle behandelt haben ;
- die Vormundschaftsämter, für welche wir 902 Fälle behandelten, d.h. 72 Fälle mehr als im Jahr 2005;
- das Jugendgericht, für welches wir 94 Fälle behandelten, was ungefähr der Situation im Jahre 2005 entspricht;
- die Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle, für welche wir 242 Fälle übernommen haben. Für diese Dienststelle erbringen wir Leistungen bei Namensänderungs-Gesuchen und im Bereich der nationalen und internationalen Adoption. Diesbezüglich gilt es festzuhalten, dass die Ratifikation der Haager Konvention über die internationale Adoption durch die Schweiz einen beträchtlichen Mehraufwand abverlangt. In der Funktion als kantonale Zentralbehörde haben wir nun den grössten Teil der Aufgaben zu übernehmen, die vorgängig durch die Adoptionsvermittlungsstellen ausgeführt wurden. Dies wohlgerukt, ohne zusätzliche personelle Ressourcen;
- im Bereich der Adoption wurden 90 Erstabklärungen vorgenommen;
- wir haben auch bei 107 Familien sozialpädagogische Familienhilfe geleistet.

Bei insgesamt 1'553 betreuten Fällen im Jahr 2006, handelt es sich um 246 Neuanmeldungen, 38 alte wieder gemeldete Fälle und 1'286 laufende Fälle.

Die Anzahl plazierter Walliser Jugendlicher in sozialpädagogischen Einrichtungen auf Kantonsebene beträgt 179. Während des Jahres 2006 wurden 69 Minderjährige bei Tageseltern platziert. Das Total plazierter Jugendlicher ausserhalb des Kantons beträgt 21, wovon 15 aus dem Deutsch sprechenden Kantonsteil stammen.

49 Jugendliche und deren Familien profitierten vom sozial pädagogischen Familienbegleitungsdienst.

Das Besuchsrecht des einen oder anderen Elternteils wurde durch die Errichtung des Point Rencontre Wallis in 8 Fällen ermöglicht.

Bereits zum zweiten Jahr in Folge stellen wir eine Zunahme von Platzierungen in Institutionen fest.

BEREICH KLEINKIND

Dieser Sektor ist eine bemerkenswerte Unterstützung für die öffentlichen kommunalen Gemeinwesen im Zug der Umsetzung des Artikel 32ff. des Jugendgesetzes (familienexterne Tagesbetreuung von Kindern zwischen 0 und 12 Jahren). Es ist erfreulich feststellen zu können, dass die Angebots-Struktur stetig wächst.

Jahr	Anzahl Betreuungs-Stätten mit erweiterten Öffnungszeiten im Wallis	Anzahl Betreuungs-stätten mit erweiterten Öffnungszeiten im Unterwallis	Anzahl Betreuungs-stätten mit erweiterten Öffnungszeiten im Oberwallis	Anzahl Vereine von Tageseltern im Wallis	Anzahl Vereine von Tageseltern im Unterwallis	Anzahl Vereine von Tageseltern im Oberwallis
2001	43	37	6	-	-	-
2002	51	45	6	8	7	1
2003	57	50	7	9	7	2
2004	70	59	11	12	8	4
2005	75	64	11	12	8	4
2006	84	73	11	12	8	4

ZENTRUM FÜR ENTWICKLUNG UND THERAPIE DES KINDES UND JUGENDLICHEN

ANZAHL FÄLLE	4'449
ANZAHL INTERVENTIONEN	34'868
NEUE FÄLLE	1'592
ALTE FÄLLE	549
LAUFENDE FÄLLE	2'304

Die Abteilung erbringt jährlich, im Rahmen ihrer Untersuchungen, Abklärungen von Entwicklungsstörungen, verschiedener therapeutischer Leistungen und erziehungsberaterischen Hilfen, in verschiedenen Bereichen der kindlichen Entwicklung (psychische, soziale, verhaltensmässige, logopädische, psychomotorische und schulische), einen beträchtlichen Versorgungsauftrag an Kindern und Jugendlichen.

Seit 2003 stellen wir eine stetige Zunahme der Anmeldungen und gleichzeitig eine Steigerung der erbrachten Leistungen fest.

Jahr	Anzahl Fälle	Anzahl Interventionen
2003	4'126	32'318
2004	4'244	32'964
2005	4'319	34'237
2006	4'449	34'868

Die Leistungsteigerung im klinischen Bereich geht mit einer Zunahme der Arbeit im Bereich der Aus- und Weiterbildungen und Supervisionen einher. Dies unterstreicht die Wertschätzung der verschiedenen Partner gegenüber den Fachkräften des Zentrums für Entwicklung und Therapie des Kindes und Jugendlichen. Gleichzeitig wird es zunehmend schwieriger den Anfragen in diesem Bereich gerecht zu werden. Falls diese Entwicklung weitergeht, werden im Rahmen der Produkte des ZET die Prioritäten neu zu setzen sein.

ANMELDEINSTANZEN

Die Eltern (65%) sind zunehmend die stärksten Gesuchsteller für Leistungen im Rahmen des ZET. Die Schule ist mit 22% der Anmeldungen ein wichtiger Partner der Abteilung. Für das ZET ist die Zusammenarbeit mit der Schule sehr wichtig. Es wird auch zukünftig alles unternommen, dass man mit einer optimalen Zusammenarbeit mit den Fachkräften der Schule den Bedürfnissen des Kindes auf einer breiten Basis gerecht wird. Die Ärzteschaft, die heilpädagogischen und sozialpädagogischen Einrichtungen, die Sozialdienste, die Vormundschaftsämter und die Gerichte sowie die sozialmedizinischen Zentren melden zusammen rund 13% der zugewiesenen Fälle an.

THERAPEUTISCHE LEISTUNGEN

Verhaltensstörungen im schulischen Bereich oder innerhalb der Familie machen rund 40 % der Neuanmeldungen aus. Diese Feststellung stimmt mit gesellschaftlichen Entwicklungen überein. Im Jahre 2006 hat die Abteilung verschiedene Kurse und Weiterbildungen in Bereichen wie Autorität und Anerkennung von Regeln und Hierarchien im erzieherischen Bereich angeboten und durchgeführt. Diese Leistungen wurden vor allem in spezialisierten Institutionen und im Schulbereich getätig. Diese Massnahmen soll es den Erwachsenen ermöglichen angemessene Hierarchien herzustellen und zu vermitteln. Sie stellen eine Hilfe für die Kinder dar, damit diese mit den komplexen Realitäten, den daraus entstehenden Spannungen und Frustrationen, besser umgehen können. Es geht um mehr als den Umgang mit Aggressionen und Frustrationen. Die Anpassung an die Anforderungen des Alltags ist wichtig.

Sitzungen mit den Eltern, mit der Familie, mit den Lehrpersonen oder mit anderen für das Kind wichtigen Personen stellen rund 40% der gesamten Leistungen dar. Diese Arbeit beabsichtigt die Ressourcen des kindlichen Umfeldes zu aktivieren und will vermehrt ganzheitliche Ansätze in die therapeutische Arbeit einfließen lassen. Die Abteilung lässt sich von einem Konzept leiten, das hinsichtlich der verschiedenen Auffälligkeiten nicht nur auf das Individuum

fokussiert ist, sondern auch wichtige Variablen des kindlichen Kontextes mit einbezieht. Dies bedeutet den Miteinbezug der für das Kind relevanten Personen, die Aktivierung der Ressourcen des Umfeldes der Kinder und einen Betreuungsansatz basierend auf einer ganzheitlichen Sicht, anstelle einer auf das Kind zentrierten Sichtweise.

PRÄVENTIVE LEISTUNGEN

Um den neuen Störungsbildern von Kindern wirksam zu begegnen, ist die interdisziplinäre Zusammenarbeit immer wichtiger. In diesem Sinne beteiligen sich Mitarbeiter/-innen des ZET in der Aus- und Weiterbildung von Fachpersonen im Schul-, Sozial- und Gesundheitsbereich. Zusätzlich bieten sie Supervisionen an für Sozialpädagogen, Lehrpersonen und schulische Heilpädagogen. Die umfassende Tätigkeit im Rahmen der schulischen Mediation ist in einem Bericht dokumentiert.

Am beeindruckenden Ausbau der familienexternen Tagesbetreuungsstätten beteiligte sich die Abteilung mit Beratungen, Fortbildungskursen und Supervisionen der Kleinkindererzieherinnen.

Im Auftrag von Elternvereinen, dem Verein Schule & Elternhaus und Vereinen, welche die Förderung der Entwicklung der Kinder zum Ziele haben, wurden im vergangenen Jahre mehrere Vorträge durch Fachpersonen des ZET gehalten. Es wurden Themen behandelt, wie die sozialen Hierarchien, der Respekt der jeweiligen Person gegenüber der Anerkennung von Erziehungsregeln, Veränderung von kindlichen Verhaltensmustern und der Umgang mit Gewalt sowie Kinderpornografie im Internet.

WEITERBILDUNG UND AUSBILDUNG FÜR PRAKTIKANTINNEN

27 StudentInnen verschiedener Hochschulen konnten ein klinisches Praktikum absolvieren. Die PraktikantInnen kommen aus den Fachbereichen Psychologie, Logopädie und Psychomotorik. Die Praktikumsdauer variiert zwischen 3 Monaten und einem Jahr.

MitarbeiterInnen haben sich für die Weiterbildung «Rechtspsychologische Begutachtung mit Kindern und Jugendlichen» am Universitätsinstitut Kurt Bösch eingeschrieben und werden diese erstmals im Juni 2007 abschliessen. Das neue Jugendstrafrecht wird der Abteilung im Bereich der Gutachten neue Aufgaben abverlangen. Mit dieser Ausbildung werden PsychologInnen unsere Kompetenzen in der Gutachtertätigkeit, vor allem bei richterlichen Mandaten, stärken.

ABTEILUNG FÜR KINDER- UND JUGEND-PSYCHIATRIE UND PSYCHOTHERAPIE

Allgemein wird die Situation der Kinder und Jugendlichen in der heutigen Zeit und Gesellschaft in zunehmendem Mass komplexer und führt entsprechend häufiger zu Überforderungen bei Kindern/Jugendlichen, aber auch bei den Eltern, Lehrpersonen und Fachleuten. Die Jugend reagiert teils mit bekannten Störungsbildern, wie Konzentrations- und Lernschwäche, Verhaltensstörungen, u.a.m. und teils mit neueren Phänomenen, wie erhöhtes Konsumverhalten (Drogen, Internet), sowie Gewalt, Suizidalität, Automutilation.

In der Kinder- und Jugendpsychiatrie nehmen die sog. Komorbiditätsstörungen zu, d.h. die Jugendlichen leiden an mehreren Störungen gleichzeitig, z.B. Depression und Alkoholkonsum, Psychose und Drogen, Suizidalität und Automutilation, Dissozialität und Gewalt. Diese Komorbiditätsstörungen erfordern eine gut koordinierte Therapie und Betreuung sowohl für den Jugendlichen wie auch für deren Familie.

Die Aufgabe der Abteilung für Kinder- und Jugendpsychiatrie in der Dienststelle besteht in vermehrtem Maße darin, die medizinisch-psychiatrische Sicht- und Handlungsweise bei komplexen Störungsbildern den Mitarbeitenden direkt und in die Teams der diversen Abteilungen der Dienststelle für die Jugend einzubringen und diesen beratend im Sinne eines internen medizinischen Konsiliar- und Liaisondienstes zur Verfügung zu stehen.

Die patientenorientierte ambulante Therapietätigkeit wird im Rahmen der zeitlichen Möglichkeiten nach wie vor direkt von den teilzeitlich angestellten Ärzten (in Ausbildung für den Spezialarzttitel FMH in Kinder- und Jugendpsychiatrie) (insgesamt 2,2 Posten) ausgeführt. Im Jahr 2006 wurden 203 Fälle (2005: 163 Fälle) und 1'600 Therapiestunden (2005: 1'025 Therapiestunden) absolviert.

Die Akut- und Notfallversorgung der Kinder und Jugendlichen mit psychiatrischen Krankheiten und Störungsbildern (akute Suizidalität, akute Psychosen, Depressionen) verlagert sich vermehrt in Richtung des kantonalen Zentrums für Kinder- und Jugendpsychiatrie im Spital Siders mit seiner Jugendtherapiestation und seinem Konsiliar- und Liaisdienst für die drei Spitalzentren im Kanton.

Die gesamte Koordination und ärztliche Leitung zwischen der ambulanten Abteilung in der Dienststelle für die Jugend (AKJP) und dem stationären Zentrum im Spital Siders, welches im Gesundheitszeit Wallis integriert ist, obliegt dem Chefarzt für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Dieser organisiert und verantwortet zusätzlich den 24-Stundenpiquetdienst für den ganzen Kanton, die kantonale Prävention und Öffentlichkeitsarbeit betreffend psychische Krankheiten bei Kindern und Jugendlichen, die Gutachtertätigkeit für die IV und für die Gerichte, sowie die Fort- und Weiterbildung für die Ärzte im gesamtkantonalen Dienst für Kinder- und Jugendpsychiatrie. Diese Weiterbildungsstätte wurde von der FMH im Jahre 2006 von der Kategorie C neu in die Kategorie B eingestuft, was die Attraktivität der Assistentenstellen zusätzlich erhöht.

AMT FÜR HEILPÄDAGOGISCHE FRÜHBERATUNG

Gemäss dem Jugendgesetz vom 11. Mai 2000 hat das Amt für heilpädagogische Frühberatung den Auftrag, Kinder mit schweren Entwicklungsverzögerungen vor ihrem Eintritt in die Regelklassen zu betreuen.

Diese Leistungen werden ab Geburt des Kindes bis zu dessen Eintritt in eine schulische Einrichtung erbracht. Sie umfassen ebenfalls die Beratung und Unterstützung der Eltern, sowie derjenigen Erwachsenen, die das Kind betreuen.

Es handelt sich um Sonderschulmassnahmen, die von der IV finanziert werden. Im Rahmen der NFA werden die Leistungen ab 2008 vom Kanton übernommen.

Leistungen der heilpädagogischen Frühberatung werden durch das kantonale Amt für Frühberatung und den Frühberatungsdienst von Insieme Oberwallis sowie von zwei im Oberwallis privat tätigen Beraterinnen erbracht.

Gemäss den Produkten des Amtes für heilpädagogische Frühberatung werden folgende Leistungen erbracht:

- heilpädagogische Leistungen im Wohnbereich des Kindes ;
- die Umsetzung von Massnahmen, die der sozialen und schulischen Integration des Kindes dienen ;
- regelmässige Information an die schulischen Instanzen und die Ärzteschaft ;
- die Ausbildung eines Praktikanten in praktischer heilpädagogischer Früherziehung, um ihm in Zusammenarbeit mit der UNI Fribourg die Erlangung des Diploms als Früherzieher zu ermöglichen.

Das Amt überwacht und koordiniert die heilpädagogischen Leistungen auf kantonaler Ebene und ist bestrebt, einheitliche Angebote für alle behinderten Kinder im Vorschulalter zu schaffen.

Das Amt führte eine Informationskampagne, insbesondere bei den Kinderärzten, durch, um die frühzeitige Erfassung von behinderten Kindern sicher zu stellen. Eine heilpädagogische Betreuung während den ersten Lebensjahren ist wichtig und hat unter anderem folgende Vorteile:

- Effektivität und Effizienz der Massnahmen für das Kind und die Familie;

- Steigerung der Lebensqualität für das Kind und die Familie;
- aktive Teilnahme der Eltern und Steigerung der Selbständigkeit und der Verantwortung ;
- bessere interdisziplinäre Koordination und Kooperation;
- umfassendere Prävention und tiefere Behandlungskosten.

Hinsichtlich der Prävention ist die Tatsache, dass rund 90 % der behinderten Kinder im Alter von 2-4 Jahren eine familienergänzende Tageseinrichtung und im Alter von 4-6 Jahren den Kindergarten besuchen, hervorzuheben. Die verbleibenden 10 % der Kinder werden von der Familie, in Spitäler oder in heilpädagogischen Institutionen betreut.

Die Zahl der gemeldeten und betreuten Kinder hat leicht zugenommen. Die erbrachten Leistungen haben zugenommen. Vermehrt werden Kinder mit schweren Entwicklungsstörungen betreut.

DIENSTSTELLE FÜR TERTIÄRE BILDUNG HES-SO WALLIS

Am 4. Oktober 2006 hat der Staatsrat den durch die strategischen Ausschüsse der HES-SO/HES-S2 getroffenen Entscheid ratifiziert und hat die neue Bezeichnung HES-SO Valais (Westschweizer Fachhochschule Wallis) zur Benennung der beiden betreffenden Walliser Institutionen angenommen, nämlich der Hochschule Wallis, welche in den verschiedenen gesetzlichen Grundlagen mit dem Titel FH-Wallis und «HEVs» erwähnt wird, sowie der Fachhochschule Wallis Gesundheit und soziale Arbeit mit der Abkürzung HEVs2.

Seit dem Beginn des Schuljahres 2006/2007 absolvieren die Studenten der Westschweizer Fachhochschule Wallis eine Ausbildung, die mit einem Bachelor abschliesst und die somit den Vereinbarungen von Bologna entspricht.

Im Jahr 2006 hat die Fachhochschule Wallis die Bewilligung der Westschweizer Fachhochschule erhalten, den Lehrgang «Bachelor Tourismus» (Zyklus) ab dem Wintersemester 2007/2008 anzubieten.

In Bezug auf die angewandte Forschung und Entwicklung sowie auf die Servicedienstleistungen belief sich der im Jahre 2006 erzeugte Finanzfluss auf 13.8 Millionen Franken. Die Anzahl von Projekten überstieg 550.

Am 7. Juni 2006 anerkannte der Bund die Diplome, welche durch die Westschweizer Fachhochschule Gesundheit und Soziale Arbeit (HES-S2) verliehen werden und welche die Studienabschlüsse für die Lehrgänge im Bereich Gesundheit und Soziale Arbeit (HES-S2) ab dem Hochschuljahr 2002-2003 bilden. Dabei sind gewisse Bedingungen auf Hochschulstufe zu erfüllen. Für das Wallis handelt es sich insbesondere um die nachfolgenden Lehrgänge: Pflegefachmann/Pflegefachfrau, Physiotherapeut-in, Sozialarbeiter-in, Sozialpädagoge-Sozialpädagogin, soziokulturelle(-r) Animator-in.

Es wurden Überlegungen in Bezug auf die Ansiedlung der künftigen Standorte der Schule angestellt, damit die durch den Bund erlassenen Normen eingehalten werden können.

PÄDAGOGISCHE HOCHSCHULE WALLIS (PH-VS)

Für das Jahr 2006 sind insbesondere die nachfolgenden Punkte zu erwähnen:

- es wurde eine Bilanz der PH-VS ausarbeitet; dabei wird eine Zusammenfassung von mehreren Analysen insbesondere in Bezug auf die Grundausbildung der Lehrkräfte durchgeführt;
- am 9. November 2006 hat der Grossen Rat die Entwürfe zur Änderung des Gesetzes über die pädagogische Hochschule Wallis vom

4. Oktober 1996 und der Verordnung betreffend das Statut des Personals der pädagogischen Hochschule Wallis (PH-VS) vom 12. Januar 2000 angenommen;
- Ausarbeitung der Entwürfe zur Zusammenarbeit mit dem Netz der pädagogischen Hochschulen und der Fachhochschule auf gesamtschweizerischer Ebene;
 - Organisation von zwei PH-Forums, «Tagesschulen in Randregionen» und «Harmos, Pecaro, ist die Schule zu vereinheitlichen?», denen ein grosser Erfolg bescheiden war;
 - Erweiterung des Ausbildungsangebotes je nach Aufträgen, welche durch das DEKS erteilt worden sind: Eröffnung der Zusatzausbildung Handarbeit.

Im Herbst 2006 kann die PH folgende Kennzahlen betreffend die Personen in Ausbildung ausweisen:

- Grundausbildung: 242
- Pädagogische Grundausbildung der Lehrpersonen Sek 1 und 2: 83
- Kindergarteninnen: 23
- Praktikumslehrpersonen (Primar- und Sekundarschule): 125
- Ausbildung in Sonderschulunterricht: 45

Die Dienststelle für tertiäre Bildung hat den nachfolgenden Hochschulen eine kantonale Subvention 2006 gewährt:

- Fernfachhochschule Schweiz Brig (FFH)
- Walliser Schule für Gestaltung (ECAV)
- Walliser Hochschule für Musik (HEM-Vs).

Statistik Grundausbildung	Total (ohne Diplomanden)
Anzahl FH (Fachhochschule)	
Hochschule Wallis (HES-SO Wallis)	666
Pädagogische Hochschule Wallis (PH-VS)	243
Fachhochschule Wallis Gesundheit und soziale Arbeit (HEVs2)	582
Fernfachhochschule Schweiz (FFH)	501
Walliser Schule für Gestaltung (ECAV)	59
Walliser Hochschule für Musik (HEM-Vs)	61
Hochschule für Theater Westschweiz (HETSR)	2
TOTAL FH	2114
Anzahl HF (Höhere Fachschule)	
Hochschule Wallis (HES-SO Wallis)	346
Fachhochschule Wallis Gesundheit und soziale Arbeit (HEVs2)	108
TOTAL HF	454
Anzahl UNI (universitäres Institut)	
Fernstudien Schweiz	1067
TOTAL UNI	1067
TOTAL FH, HF und UNI	3635

Quelle : e-dics

INTERKANTONALE VEREINBARUNGEN, UNIVERSITÄRE LEHRE UND FORSCHUNG

Die Zahl der Walliser Studenten, welche ausserhalb des Kantons (ohne HES-SO und HES-S2) studiert haben, betrug im Jahre 2005-2006 591 und zwar:

- 295 aufgrund der interkantonalen Fachschulvereinbarung (FSV) und der Westschweizer Vereinbarung über die Gesundheitsberufe;
- 296 aufgrund der interkantonalen Fachhochschulvereinbarung (FHV).

Der Rat für universitäre Forschung und Lehre hat dreimal eine Sitzung abgehalten.

Die nachfolgenden universitären Institutionen haben im Jahre 2006 eine kantonale Subvention bezogen:

Institut universitaire Kurt Bösch, Fernstudien Schweiz, Institut für Technologie und Wirtschaftsinformatik, Universitäres Forschungszentrum für Mehrsprachigkeit, Forschungsinstitut zur Geschichte des Alpenraumes, Institut de recherche en informatique, Institut de recherche en intelligence artificielle perceptive, Centre de recherche et d'étude sur les populations alpines, Société académique du Valais, Association Vs-net, Institut de recherche en réadaptation-reinsertion, Fondation suisse pour les cyberthèses.

Der Kanton Wallis hat in Anwendung der interkantonalen Universitätsvereinbarung - ohne die Eidgenössischen Technischen Hochschulen - (IUV) für 2'532 Studenten den Betrag von rund 32.4 Millionen Franken ausbezahlt, was pro Student durchschnittlich 12'803 Franken entspricht. Erstmals hat die Stiftung Fernstudien Schweiz in Brig IUV-Beiträge (0.44 Millionen für den Ausbildungslehrgang «Bachelor of Law») bezogen.

FORSCHUNG ÜBER DAS SCHULWESEN UND QUALITÄTSSYSTEM IN DEN SCHU- LEN

Diese eigene Abteilung der Dienststelle für tertiäre Bildung gewährleistet eine fachliche Unterstützung des Departements für Erziehung, Kultur und Sport, indem sie zu der Regulierung der pädagogischen Neuerungen und zu der institutionellen Steuerung des Systems beiträgt und das Schulwesen empirisch erforscht, insbesondere in den nachfolgenden Bereichen:

- Analyse der Prüfungen 2006 (4. Primarschule, 6. Primarschule, 2. Orientierungsschule, 3. Orientierungsschule) und von Referenzprüfungen (Naturwissenschaften);
- Beteiligung an der internationalen Studie PISA 2006;
- Aktive Teilnahme am Projekt Harmos, insbesondere im Westschweizer Konsortium für Mathematik;
- Ermittlung von Statistiken betreffend die öffentlichen Walliser Schulen;
- Forschung und Befragungen (über die pädagogische Schülerhilfe im Wallis, den Ausbildungslehrgang Sport-Kunst-Ausbildung, das Lehrmittel SOWIESO, die dezentralisierten Sonderschulklassen, die Einführung des Englischunterrichtes an der Orientierungsschule und die Kompetenzen der Schüler, über die aus der pädagogischen Hochschule Wallis hervorgegangen Lehrkräfte);
- Begleitung der Schulen beim Aufbau des Qualitätssystems;
- Ausarbeitung von leistungsfähigen und validierten Instrumenten (Fragebögen, Hilfsmittel, Methoden);
- Übrige Zusammenarbeit, insbesondere mit Proformation, der Genfer und Westschweizer Institution der Zertifizierung, Norm EDUQUA, Kooperation mit der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (EDK) oder mit der Westschweizer Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren (CIIP).

WEITER- UND FORTBILDUNG DER LEHR- KRÄFTE

- Beteiligung an der Konzeption und an der Organisation der Weiterbildungskurse der Lehrkräfte, insbesondere in der obligatorischen Schulzeit, sowie an der Einführung von didaktischen Hilfsmitteln für neue Schulbücher in Französisch, Englisch und Mathematik;
- Organisation der 115. Schul- und Weiterbildungskurse (SWCH06) in Sitten;
- Vorsitz der paritätischen Kommission für die Weiterbildung der Lehrkräfte und Verwaltung der Arbeitsgruppe für die Koordination der Weiterbildung;
- Festlegung der Modalitäten der Beteiligung der Lehrkräfte der Mittelschulen an den Kursen, welche ausserhalb des Kantons organisiert werden oder an Sprachpraktika im Ausland;

- Unterstützung der Organisation von Weiterbildungskursen in den Institutionen sowie die Einführung von didaktischen Hilfsmitteln, wie die Technologien im Bereich der Informatik und der Kommunikation,
- Aktive Beteiligung an der kantonalen Kommission für Weiterbildung, Vorsitz der strategischen Kommission der Grundberufsbildung der Lehrkräfte der Schulen der Sekundarstufe 1 und 2.

VERÖFFENTLICHUNGEN, MARKETING, INFORMATION

Das Departement für Erziehung, Kultur und Sport (DEKS) veröffentlicht zwei pädagogische und offizielle Informationsrevues, «Résonances» für das französischsprachige und «Mitteilungsblatt» für das deutschsprachige Gebiet des Kantons.

Die «Résonances», eine monatlich erscheinende Veröffentlichung, welche den Lehrkräften an den obligatorischen Schulen im französischsprachigen Kantonsteil verteilt wird, ist neunmal erschienen und hat im Jahre 2006 insbesondere die Wirtschaft an der Schule und die Förderung des Lesens behandelt. Die Revue «Mitteilungsblatt», welche im Jahr 2006 fünfmal veröffentlicht worden ist, widmete eine Sonderausgabe dem PH-Forum in Brig vom März 2006.

Die Stelle Veröffentlichung, Marketing, Information hat überdies die Internetseite der gesamten Dienststelle geschaffen.

SCHULBÜCHER

Der Umzug der Lehrmittelausgabestelle Brig (von der Tunnelstrasse in die Engischgrussstrasse) war das prägende Ereignis des Jahres 2006. Eine im Laufe des Herbstes 2006 durchgeführte Befragung hat aufgezeigt, dass die Gemeinden grossmehrheitlich mit den Leistungen, die durch die Lehrmittelausgabestelle erbracht werden, weitgehend zufrieden waren.

DIENSTSTELLE FÜR UNTER- RICHTSWESEN

OBLIGATORISCHE SCHULZEIT

UNTERRICHT

LEHRPLÄNE BEJUNEFIVALGE

Parallel zu den Arbeiten, die auf Schweizer (HarmoS) und Westschweizer Ebene (Schulkonvention) laufen und in Folge der überarbeiteten Schulprogramme, haben die Kantone Bern, Jura, Neuenburg, Freiburg, Genf und Wallis ihre Kräfte vereint, um neue Lehrpläne für den Kindergarten und die obligatorische Schulzeit auszuarbeiten.

Die Steuergruppe, die sich aus Vertretern der verschiedenen Kantone zusammensetzt, begleitet ein Team von Redakteuren, bestehend hauptsächlich aus Praktikern, darunter 15 Lehrpersonen aus dem Kanton Wallis, die aus den verschiedenen Unterrichtsstufen zusammengesetzt sind.

Die ersten Resultate dieser Lehrplanarbeit wurden den verschiedenen Partnern unseres Kantons (Fächerkommissionen, Vertretern der Sek. II, Mitgliedern der Ausbildungsinstitute, Mitarbeitern des DEKS, ...) in einer Sitzung vorgestellt. Gegenwärtig sind kantonale Arbeitsgruppen aktiv und die ersten Kommentare werden anlässlich der kommenden Sitzungen analysiert, um das ehrgeizige Projekt weiterzuführen und abschliessen zu können.

ÜBERLEGUNGEN ZUR NEUEN ORIENTIERUNGSSCHULE

Die tief greifenden Überlegungen, die letzten Herbst unter der Leitung einer Arbeitsgruppe, welche sich aus allen betroffenen Partnern zusammensetzt, begonnen wurden, muss die Orientierungsschule als Abschluss der obligatorischen Schule definieren, in welcher die

Wahl für die berufliche und menschliche Entfaltung des Jugendlichen gefällt wird.

Dabei müssen folgende Punkte neu überdacht werden: Aufnahmebedingungen in diese Unterrichtsstufe, die Rolle der Noten, die Meinung der Lehrpersonen und der Eltern, die Art der neuen Strukturen, die aufgebaut werden müssen, die Rolle der Schulen und der erzieherischen und kulturellen Ausstrahlung der Regionen, die Zugangsbedingungen zu den nachfolgenden Ausbildungen, das neuartige Statut der 3. OS, der Platz der etwaigen 4. OS, usw.

Bis zum heutigen Tag wurden folgende Schlüsselprinzipien definiert:

- a. Die OS nimmt alle Schüler auf;
 - b. Die Orientierung ist ein schrittweiser Aufbau;
 - c. Die OS stellt einen hervorragenden Moment der Berufswahl dar.
- Diese muss klargelegt werden.

Im Weiteren müssen die Neigungen und Fähigkeiten jedes Schülers, die Mitverantwortung und die Gesamtbeurteilung während der allgemeinen Ausbildung geklärt werden. Die OS würden ihre regionale Stärke in den betroffenen Zentren beibehalten, aber eine kantonale Harmonisierung auf dem Niveau der Strukturen wäre wünschenswert. Im Anschluss an die Definition dieser grossen Optionen wird die zuständige Kommission ihre Arbeit durch eine strukturelle Analyse der neuen OS fortsetzen, dies unter Einhaltung der Schlüsselprinzipien, die von allen Partnern akzeptiert werden sind.

SPRACHENKONZEPT

Nach Verabschiedung mehrerer Reformen hat der Staatsrat das neue kantonale Sprachenkonzept angenommen. Nach einer breiten Vernehmlassung hat dieses Konzept seine Grundlage in den nachstehenden Schwerpunkten:

1. Priorität dem Erlernen und Beherrschen der OrtsSprache (L1) für alle Schüler der obligatorischen Schule;
2. Einführung der zweiten Landessprache (Deutsch / Französisch) ab der 3. Primarstufe;
3. Einführung der zweiten Fremdsprache (Englisch) ab dem 7. Schuljahr, in den Schuljahren 2011-2012 sogar ab der 5. Primarschule;
4. Möglichkeit für die Orientierungsschulen, gewisse Nebenfächer in der zweiten Landessprache zu erteilen und zwar gemäss einem dem DEKS zu unterbreitenden Projekt;
5. Möglichkeit für Gemeinden und Gemeindeverbände, eine bilinguale Struktur zu schaffen unter Einhaltung der dafür vom DEKS definierten Regeln;
6. Möglichkeit für alle Schüler, während der obligatorischen Schulzeit einen Sprachaustausch zu absolvieren.

Angesichts der Veränderungen, die in diesem Konzept enthalten sind, ist die Einführung auf das Schuljahr 2007-2008 vorgesehen, was erlaubt, die entsprechenden Werkzeuge für die Einführung und die Evaluation der zweiten Landessprache (insbesondere Noten in der 5. und 6. Primarstufe) sicherzustellen. Außerdem könnten die Klassen austausche innerhalb unseres Kantons weitergeführt und intensiviert werden (Pilotprojekte laufen) und Arbeitsgruppen geschaffen werden, um die bilingualen Ausbildungsgänge zu begleiten.

PFLICHTENHEFT UND STATUT DER LEHRPERSONEN

Nach Abschluss der Arbeiten der ad hoc Kommission hat der Staatsrat ein für jede Unterrichtsstufe geschaffenes Pflichtenheft ange nommen.

Eine Arbeitsgruppe ist gegenwärtig mit der Redaktion eines Gesetzesprojekts zum Statut der Lehrpersonen beschäftigt. Nach einer ersten Phase und einigen Sitzungen findet nun eine Vernehmlassung statt, um die Arbeiten weiterzuführen und zwar in Bezug auf die Definition der Grundprinzipien, wie:

- a. Die kommunalen und kantonalen Verantwortlichkeiten;
- b. Die Ernennungsbehörde für die Lehrpersonen;
- c. Die Ernennung der Schuldirektionen für die ganze obligatorische Schule;
- d. Die Arbeitszeit;
- e. Die Schaffung eines Stellvertretungspools;

f. Die Schaffung eines Statuts von Semi-Generalisten (Primarstufe; insbesondere für den Sprachunterricht).

Im Weiteren werden an den nächsten Sitzungen der Arbeitsgruppe die begleitenden Massnahmen diskutiert, die aus den Änderungen des Gesetzes über die staatlichen Vorsorgeinstitutionen hervorgehen und den Verbänden am Ende des Jahres 2006 präsentiert wurden.

SENSO*

Dieses pädagogische und gesundheitsfördernde Projekt, «5 Sinne um zu lernen» wird durch die Loterie Romande, das Departement für Erziehung, Kultur und Sport (DEKS), das Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie (DGSE) sowie das Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung (DVR) unterstützt. Das ganze Konzept steht unter der Leitung der Hochschule Wallis (HEVs), in Zusammenarbeit mit den Schulzentren von Saillon und Sitten. Es versucht einen anderen Weg, als jene, die bis anhin vorgeschlagen wurden, nämlich den Weg der Sinne.

Unter Respekt der psychologischen Entwicklung des Kindes während des ganzen Schuljahres und der gesamten Schulzeit sind die zwei Hauptziele dieses Projekts die Entwicklung von Lernwerkzeugen, die mehrere Sinne beanspruchen sowie die Entwicklung von Neugier und Freude über eine abwechslungsreiche Ernährung der Kinder.

SEXUALERZIEHUNG (Sipe)

Seit mehreren Jahren hat der Staatsrat den Bereich der Sexualerziehung den Familienplanungszentren übertragen. Unter der Schirmherrschaft der Vereinigung der Sipe-Zentren (Sexualität, Information, Prävention, Erziehung) garantieren die Regionalzentren gegenwärtig die Sexualerziehungskurse. Der Staatsrat, durch das Departement für Erziehung, Kultur und Sport, hat diese Fachstelle sowie ihre Mitarbeiterinnen anerkannt, die den Unterricht durch Berufsfachleute sicherstellen. Ab dem Schuljahr 2006-2007 werden die Kurse gemäss einem Programm, dessen Inhalt und Modalitäten durch die betroffenen Departemente validiert wurden, erteilt. Die Kurse sind folgendermassen aufgeteilt: 4. PS: 2 Stunden, 6. PS: 3 Stunden, 2. OS: 4 Unterrichtseinheiten.

Gegenwärtig verhandelt das DEKS, um auch die Programme der AVIFA (Vereinigung «Liebe, Leben, Familie») zu validieren, eine Vereinigung, welche die gleichen Ziele verfolgt, die bereits durch das kantonale Programm der Sexualerziehung validiert worden sind.

SPORT-KUNST-AUSBILDUNG

Eine Bilanz der Struktur Sport-Kunst-Ausbildung (SKA) ergab ein allgemein positives Resultat. Kleinere Anpassungen der Richtlinien wurden vorgenommen und eine engere Zusammenarbeit mit den relevantesten Sportpartnern sowie den Schulbehörden wurde initiiert.

SONDERSCHULWESEN

Zusatzausbildung Sonderschulwesen

Im Juni 2006 begannen zwei Klassen ihre Zusatzausbildung im Hilfs- und Sonderschulbereich. Eine im Oberwallis (18 Teilnehmer), die andere im Unterwallis (27 Teilnehmer). Die Zusatzausbildung ist Berufs begleitend organisiert, dauert drei Jahre und sollte mit einem von der EDK anerkannten Diplom abgeschlossen werden können. Die Organisation der Zusatzausbildung im Bereich des Sonderschulwesens erfolgt in Zusammenarbeit mit der PH Wallis. Für die wissenschaftlichen Inhalte zeichnet die PH Waadt/ Ausbildungsgang Sonderschulwesen verantwortlich, welche für diesen Ausbildungsgang bereits die Schweizerische Anerkennung der EDK erhalten hat. Um den Ausbildungsbedürfnissen auf dem Gebiet des Sonderschulwesens im Oberwallis gerecht zu werden, wurden die Grundlagen für eine Zusammenarbeit mit dem Institut für Fernstudien ausgearbeitet.

EVALUATION DER PÄDAGOGISCHEN SCHÜLERHILFE (PSH)

Die Evaluation der «Pädagogischen Schülerhilfe» wurde im Septem-

ber 2006 durch einen Bericht, welcher sich auf die Vernehmlassung, die bei den Schulbehörden und den direkten Benützern durchgeführt wurde, abgeschlossen. Im Verlaufe des Jahres 2007 wird eine Arbeitsgruppe dem Vorsteher des DEKS entsprechende Anwendungsanträge und Schlussfolgerungen dieser Untersuchung einreichen.

NEUE AUFGABE TEILUNG ZWISCHEN DER EIDGENOSSEN-SCHAFT UND DEN KANTONEN

Der neuen Aufgabenteilung zwischen der Eidgenossenschaft und den Kantonen im Bereich des Sonderschulwesens gingen wichtige Studien voraus. Ab dem 1. Januar 2008 gehen sämtliche Subventionen der schulischen Massnahmen für behinderte Schüler zu Lasten des Kantons. Die zusammenfassende Berichte, die durch die Dienststellen ausgearbeitet wurden und ein Antrag für die gesetzlichen Änderungen sind zurzeit in der Vernehmlassung, um diese Projekte dem Kantonsparlament vorzulegen.

Die Walliser Regierung hat ihre Bemerkungen im Rahmen der Vernehmlassung des Projekts der interkantonalen Vereinbarung auf dem Gebiet des Sonderschulwesens, abgegeben. Dieses Projekt wurde von der EDK ausgearbeitet, um eine Grundlage und eine interkantonale Harmonisierung der Arbeiten zu garantieren.

SONDER SCHULKONZEPT IN DER ORIENTIERUNGSSCHULE

Das neue Sonderschulkonzept in der Orientierungsschule wurde vom Staatsrat angenommen, welcher die Einführung ab September 2006 als Pilotversuch in drei Walliser Schulen bewilligte.

Homepage des Amtes für Sonderschulwesen: WWW.VS.CH/OES

Die Website des Amtes für Sonderschulwesen, das in der Website der Dienststelle für Unterrichtswesen integriert ist, beschreibt die verschiedenen Sonderschulmaßnahmen sowie die diversen Verfahren, um diese zu erhalten.

SCHULHAUSBAUTEN

Während dem Jahr 2006 wurden 6 Millionen Franken Subventionen für Schulhausbauten ausbezahlt. Diese Beträge sind wie folgt aufgeteilt:

	Primarschulen	Orientierungsschulen	Total
Unterwallis	2'249'678	1'766'806	4'016'484
Oberwallis	1'565'232	418'284	1'983'516
Total	3'814'910	2'185'090	6'000'000

MITTELSCHULEN

KOLLEGIEN

Die Handelsmittelschule von Sitten (HMS) hat zum letzten Mal gymnasiale Maturitätsausweise verliehen. Der Prozess der Kantonalisierung dieser Schule ist nun abgeschlossen und die Schüler zwischen den kantonalen Kollegien Les Creusets und La Planta aufgeteilt.

Eine eventuelle Änderung der Bestimmungen über die gymnasiale Maturität (ORM 95) wurde von der Eidgenossenschaft in die Vernehmlassung geschickt. Die noch unbekannten Resultate könnten insbesondere zu einer Erhöhung der Anzahl Stunden in den wissenschaftlichen Fächern führen.

HANDELSMITTELSCHULEN (HMS)

Nach einigen Jahren stetiger Zunahme der kaufmännischen Berufsmatura (KBM), scheint sich die Anzahl Schüler der HMS im Jahre 2006 zu stabilisieren. Hingegen nimmt der Ausbildungsgang, der zum Handelsdiplom führt, deutlich ab. Im Schuljahr 2006/2007 besuchen nur gerade 73 Schüler (im Gegensatz zu 217 der KBM) diese Ausbildung.

Seit einigen Jahren und angesichts der Perspektive einer obligatorischen Einführung der Berufspraxis, welche vom Bundesgesetz über die Berufsbildung verlangt wird, nehmen alle Schulen am gemeinsamen Projekt «Unternehmer werden» des DEKS und des DVR teil.

Die HMS Monthey hat sich als Pilotenschule zur Verfügung gestellt und an einem Projekt des BBT teilgenommen, das in die gleiche Richtung geht. Diese Erfahrung dürfte am Ende des Schuljahres 2006/2007 abgeschlossen werden.

FACHMITTELSCHULEN (FMS), EHEMALS DMS

Für einige Jahre noch wird das Zeugnis der FMS die genügende Voraussetzung sein, um in die Hochschule Gesundheit - Soziale Arbeit (HES-SO) einzutreten. Im Laufe des Jahres 2006 hat der Staatsrat ein Anerkennungsverfahren der FMS bei der EDK eingeleitet und das Departement hat Überlegungen angestellt, um den Inhabern eines FMS Zertifikats die Möglichkeit zu geben, ihre Ausbildung mit einer spezialisierten Maturität abzuschließen. Mit dem gleichen Ziel wurden in der HMS-FMS in Brig und Monthey zwei Klassen «PH Passeggier» eröffnet, um gut 40 Diplomanden der HMS und der FMS die Gelegenheit zu geben, ihre Kenntnisse während eines Jahres zu vervollständigen und ihre Ausbildung an der PH-VS fortzusetzen. Dieser neue Ausbildungsgang ist nur für eine beschränkte Anzahl Schüler zugänglich, die gewissen Erfolgskriterien entsprechen müssen, um aufgenommen zu werden.

SCHULEN FÜR BERUFSVORBEREITUNG (SFB)

Dieser Ausbildungsweg ist ein Übergangsjahr zwischen dem Ende der obligatorischen Schule und dem Beginn der Berufsausbildung. Er erlaubt, wenn auch seltener, die Ausbildung in der HMS-FMS fortzusetzen.

Um den neuen Ausbildungsbedürfnissen, den gegenwärtigen Bedingungen der Arbeitswelt und der Tatsache, dass die Jugendlichen den Zeitpunkt ihrer Berufswahl hinausziehen, gerecht zu werden, wurde die Dauer der SFB für die Schüler des Schuljahres 2006/2007 von zwei Jahren auf ein Jahr herabgesetzt. Das Ziel dieses Ausbildungswegs hat sich geändert und beruht neu auf einer Ausbildung, die eher wegweisenden Charakter hat. Nach einem Jahr in der SFB sollte der Jugendliche seine schulischen Kenntnisse vertieft und seine Berufswahl getroffen haben. Idealerweise sollte er sogar eine Lehrstelle gefunden haben. Dafür haben die Lehrpersonen der SFB eine spezielle Ausbildung erhalten, die insbesondere auf die Annäherung zur Arbeitswelt, auf den individuellen Unterricht und die Pädagogik durch Projekte ausgerichtet ist. Ziel war es, effizienter zu sein, besonders mit Schülern, deren Schulzeit oftmals etwas chaotisch war.

MODULE AN ZUSATZAUSBILDUNG FÜR KANDIDATEN DER HOCHSCHULE GESUNDHEIT – SOZIALE ARBEIT (HES-S2), DIE IM BESITZ VON NICHT ENTSPRECHENDEN DIPLOMEN

Während des Schuljahres 2005/2006 haben 42 Studierende, davon 10 Deutsch sprechende, diese Zusatzausbildung abgeschlossen und bestanden. Diese Zahl ist deutlich im Rückgang im Vergleich zum Vorjahr (74 Studierende, davon 13 Deutsch sprechende im Schuljahr 2004/2005). Gut 2/3 dieser Personen wollten ihr Studium im sozialen Bereich fortsetzen. Dieser bedeutende Rückgang der Anzahl Studierendem erklärt sich durch die neuen Zugangsbedingungen der HES-S2 im Sozialbereich. In der Tat bietet die HES-S2 seit dem Schuljahr 2005/2006 Besitzern einer Berufsmaturität, egal welcher Art, Zusatzausbildungen an.

Diese Ausbildung kennt zwei verschiedene Unterrichtssysteme:

- Abendkurse in Form von Modulen im Unterwallis, die von der HMS-FMS erteilt werden;
- Fernunterricht im Oberwallis, in Zusammenarbeit mit der OMS von Brig.

NATIONALE SWISS-SKI AKADEMIE UND NATIONALES LEISTUNGSZENTRUM FÜR SCHNEESPORT IM KOLLEGIUM SPIRITUS SANCTUS IN BRIG

Nach einer Pilotphase wurde der Vertrag zwischen Swiss-Ski und dem Kanton Wallis bezüglich dem Aufbau einer Struktur für Athleten des Schneesports von nationalem und interregionalem Niveau mit einer schulischen und sportlerischen Betreuung, am 15. Mai 2006 unterzeichnet.

Im Laufe des Schuljahres 2005/2006 wurde im Kollegium Spiritus Sanctus in Brig eine erste Französisch sprechende Klasse HMS für Schüler der Akademie und des nationalen Leistungszentrums von Swiss-Ski eröffnet. Ziel ist es, besonders begabten Skifahrern und Surfern die Gelegenheit zu geben, Sport, Studium oder Berufsausbildung so optimal wie möglich zu koordinieren.

Mit der Eröffnung einer 2. Klasse ab dem Schuljahr 2006/2007 kommt dieser neuen Struktur eine immer wichtigere Rolle in der Ausbildung der Schweizer Elite im Schneesport zu.

Die Wahl von Brig durch Swiss-Ski als Standort des nationalen Ausbildungszentrums liegt in den Vorteilen dieser Region: Zweisprachigkeit, Vielfalt der Ausbildungen (Kollegium und HMS), Nähe der Trainingsregionen (Zermatt und Saas-Fee) sowie die politische und finanzielle Unterstützung des Kantons Wallis, der als Tourismuskanton sehr an diesem Angebot für die Jugendlichen interessiert ist.

BÜRO FÜR SCHÜLER- UND LEHRERAUSTAUSCH

LANGZEIT-AUSTAUSCHE

Wie letztes Jahr machen zurzeit etwa 180 Schüler einen Jahresaustausch innerhalb unseres Kantons. Auf der Sekundarstufe I besuchen gegenwärtig 20 Schüler das 9. fremdsprachige Schuljahr in der OS in Brig und 24 Schüler die OS St. Guérin in Sitten. 16 französischsprachige Schüler sind in der 9. Klasse der OS in Visp, Raron und Brig integriert und 12 Oberwalliser Schüler in der 9. Klasse der OS in Sitten und Martigny. 18 französischsprachige Schüler befinden sich in der 10. Klasse in der OS in Brig und 17 Oberwalliser in der 10. Klasse der OS St. Guérin in Sitten.

38 Französisch und Deutsch sprechende Schüler machen das 10. fremdsprachige Schuljahr im Tandem in der OS Siders. Im Weiteren ist ein französischsprachiger Freiburger Schüler in der 10. Klasse der OS Brig. Im Schuljahr 2005/2006 verbrachte ein Französisch sprechender Walliser Schüler die 10. Klasse in der OS Magden im Kanton Aargau.

Sekundarstufe II: 17 Schüler, davon 14 direkt nach der OS, besuchen gegenwärtig das Kollegium in Brig; 16, davon 4 direkt nach der OS, die Kollegien La Planta und Les Creusets in Sitten.

AUSTAUSCHE MITTLERER DAUER

Sekundarstufe II und tertiäre Stufe: Deutschland, Deutschschweiz und Italien. Insgesamt haben 34 Walliser, Deutsche, Deutschschweizer und Italienische Schüler (im Gegensatz zu 20 im Vorjahr) von dieser Möglichkeit profitiert. 14 Schüler aus dem Unterwallis besuchten während 5 bis 8 Wochen eine Schule in Deutschland und 16 Schüler aus Deutschland wurden für die gleiche Dauer im Wallis aufgenommen. 1 Unterwalliser Schülerin verbringt zurzeit ein Semester in Deutschland und eine Deutschschweizer Schülerin besucht für 3 Monate die Schule im Unterwallis. Nur eine Schülerin ging für 2 Monate nach Italien zur Schule. 1 Studentin der PH Zug verbrachte einen Monat in zwei Primarklassen in Sitten.

AUSTAUSCHE VON KURZER DAUER

Primarstufe, Sek. I und II: Oberwallis / Unterwallis, Deutschschweiz, Deutschland, Italien und England.

Diese Zahl hat auch dieses Jahr beträchtlich zugenommen. 310 Walliser, Deutschschweizer, Deutsche, Italienische und Englische

Schüler der drei Schulstufen (280 im Jahr 2005) haben einen durchschnittlich zweiwöchigen Austausch gemacht. Im Rahmen von «ch Echange de jeunes» haben 155 Jugendliche (58 der Primarstufe und 97 der Sek. I) von der Möglichkeit profitiert, ihre Sprachkenntnisse zu verbessern. 2 Schüler der bilingualen Primarstufe haben mit 2 Schülern einer bilingualen Schule in Deutschland einen Austausch vorgenommen. 29 Schüler der Sek. I und 36 der Sek. II waren in Deutschland und 64 Deutsche Schüler wurden im Wallis aufgenommen. 10 Schüler der Sek. II haben während 14 Tagen einen Austausch mit 10 Italienischen und einer Englischen Schülerin gemacht.

KLASSENAUSTAUSCHE WÄHREND DES SCHULJAHRES 2005/2006

Im Vergleich zum vergangenen Jahr haben sich die Austausche der Primarstufe und der Sek. I dieses Jahr verdoppelt. Insgesamt haben 79 Klassen (41 im Schuljahr 2004/2005) teilgenommen. 30 Klassen der Primarstufe (13 im Schuljahr 2004/2005), 40 Klassen der Sek. I (23 im Schuljahr 2004/2005) und 9 Klassen der Sek. II (ebenfalls 9 im Schuljahr 2004/2005) haben einen Klassenauftausch gemacht, sei es mit dem Unter-/Oberwallis, der Deutschschweiz, Deutschland oder Italien.

CONSEIL DU LÉMAN

Unter der Schirmherrschaft der Kommission «Erziehung und Kultur», hat die Gruppe «Primarunterricht» eine Bilanz der Sprachtausübung gezogen. Daraus geht hervor, dass immer weniger Klassen, insbesondere aus dem Oberwallis, an solchen Austauschen teilnehmen wollen. Die Gründe sind unterschiedlich, doch es muss hervorgehoben werden, dass die Eltern, wie auch die Lehrpersonen immer weniger bereit sind, ihre Verantwortung im Rahmen von ausser-schulischen Tätigkeiten wahrzunehmen.

Trotzdem will die Kommission diese Art von Teilen weiterführen und unterstützt Treffen mit wissenschaftlichem Charakter. So werden denn im Schuljahr 2006-2007 verschiedene Projekte im Zusammenhang mit dem Wasser konkretisiert. Zwei Walliser Klassen haben ihr Interesse an diesem Projekt bekundet.

STATISTIKEN

BESTÄNDE IN DER OBLIGATORISCHEN SCHULE

Der Rückgang der Anzahl Schüler, der ab dem Schuljahr 1997/1998 im Kindergarten und ab dem Schuljahr 2000/2001 auf der Primarstufe festgestellt wurde, setzt sich entsprechend den Vorhersagen fort. In den Orientierungsschulen ist die Anzahl Schüler im Vergleich zum Vorjahr zum ersten Mal rückläufig.

Unterrichtsstufe	2005/2006	2006/2007	Abweichung
Kindergarten	6'086	6'053	-33
Primarschule	20'794	20'342	-452
Orientierungsschule	10'453	10'298	-155
Total	37'333	36'693	-640

Schülerbestände in den Schulen der Sekundarstufe II

	2005/2006		2006/2007	
	Schüler	Klassen	Schüler	Klassen
Kollegium	4'265	194	4'291	195
Diplom HMS und KBM	1'114	55	1'071	51
Fachmittelschule	926	40	1'025	46
SfB	418	19	458	23
Total Sek. II Wallis	6'722	307	6'844	315

Entwicklung der Anzahl Diplome in den Schulen der Sekundarstufe II

	2005	2006	Abweichung
Gymnasiale Matura	653	644	-9
KBM	196	212	16
Handelsdiplome (darin-eingeschlossen KBM)	225	222	-3
Diplome der FMS	134	169	35
Zeugnisse der SfB	81	92	11
Total	3'294	3'345	51

INTERKANTONALE KOORDINATION

WESTSCHWEIZ UND SCHWEIZ

Die wichtigsten Dossiers, die durch die interkantonale Konferenz der Erziehungsdepartemente der Westschweiz und des Tessins (CLIP) behandelt wurden, sind:

- Arbeiten der verschiedenen Kommissionen bezüglich der didaktischen Ressourcen und Unterrichtsmittel.
- Einführung auf das Schuljahr 2006/2007 des neuen interkantonalen Vertrages der CLIP, der am 20. Mai 2005 unterzeichnet wurde und den Besuch in einer Schule regelt, die sich in einem anderen als dem Wohnkanton befindet. Dies insbesondere im Bezug auf die Struktur Sport-Kunst-Ausbildung, die Sprachtausübung und den Wechsel des Wohnortes. Für die den Bedingungen entsprechenden Schüler übernimmt der Wohnkanton das Schulgeld.
- Parallel zur Volksabstimmung vom 21. Mai bezüglich der Änderung der Bundesverfassung im Zusammenhang mit der Harmonisierung des Schulwesens wurden ein interkantonales Projekt über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (Konkordat HarmonoS) sowie ein Projekt über einen Westschweizer Vertrag in die Vernehmlassung geschickt. Es ist höchst wahrscheinlich, dass die zwei Projekte in den kommenden Jahren grundlegende Änderungen im Bereich der obligatorischen Schule (Eintrittsalter, Blockzeiten, minimale Anforderungen und nationale Referenzprüfungen, ...) bringen werden.

BILDUNGSPLANUNG ZENTRAL SCHWEIZ (BPZ)

Der Kanton Wallis hat seine Mitgliedschaft und bildungspolitische Zusammenarbeit mit der Bildungsplanung Zentralschweiz (BPZ), welcher die Kantone Uri, Schwyz, Luzern, Zug, Ob- und Nidwalden angehören, gekündigt und wird spätestens auf den 31. Dezember 2008 aus der BKZ ausscheiden, welche auf Ende 2006 aufgehoben und neu als Regionalsekretariat organisiert ist. Für das Wallis besteht aber weiterhin die Möglichkeit, sich an einzelnen ausgewählten Projekten wie dem Bildungssektor ZEBIS der BKZ zu beteiligen.

Erziehungsdirektorenkonferenz der Nordwestschweizer Kantone (NW EDK)

Der Beitritt zur NW EDK verfolgt in erster Linie das Ziel, die Zusammenarbeit mit den übrigen zweisprachigen Kantonen (Bern und Freiburg) zu verbessern. Die Arbeiten wurden in der Zwischenzeit aufgenommen.

DIENSTSTELLE FÜR BERUFS-BILDUNG

Die statistischen Daten der Berufsberatungsstellen des französischsprachigen Wallis und des Oberwallis können in den entsprechenden Tätigkeitsberichten eingesehen werden.

VERWALTUNG

VERWALTUNGSFÜHRUNG

Dank dem Verantwortungsbewusstsein der Lehrbetriebe in unserem Kanton und der Mitwirkung der Berufsverbände konnte in enger Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Berufsbildung für alle Jugendlichen, die an einer 3- oder 4-jährigen Berufslehre mit EFZ oder an einer zweijährigen beruflichen Grundbildung mit Attest interessiert waren, ein Ausbildungsplatz gefunden werden.

Unser Kanton verfügt über ein breites Angebot an verschiedenen Berufsmaturitäten, so z.B. im kaufmännischen, technischen, gewerblichen und gestalterischen Bereich sowie im Bereich Gesundheit und Soziales. Die Nachfrage nach der gewerblichen Berufsmaturität geht im französischsprachenden Teil des Kantons stark zurück. Die Nachfrage nach der Matura im Vollzeitstudium sowie nach der berufsbegleitenden Matura steigt im Vergleich zum Vorjahr insgesamt an.

Die Dienststelle hat sich im Berichtsjahr in folgenden Bereichen stark eingesetzt:

- bei den vielen Verordnungsänderungen zur Berufslehre;
- bei der Erarbeitung des Vorentwurfs für ein kantonales Einführungsgesetz über die Berufsausbildung und bei der Mitarbeit an der Verwaltung des kantonalen Berufsbildungsfonds;
- bei der Erneuerung und/oder Entwicklung eines Qualitätssystems an den Berufsschulen von Sitten und Martinach;
- bei der Durchführung einer Umfrage bei allen Walliser Lehrlingen im Rahmen des Konzepts «Sport für alle Lehrlinge» sowie bei der Einführung eines «Sportpasses», der die Sportausübung ausserhalb der Berufsschule bestätigt.

KANTONALER BERUFSBILDUNGSFONDS

Der neue kantonale Berufsbildungsfonds trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Es wurden rund vier Millionen Franken für überbetriebliche Kurse, Prüfungsgebühren und das Schulgeld ausbezahlt.

INTERINSTITUTIONELLE ZUSAMMENARBEIT (IIZ)

Die Dienststelle hat mit den verschiedenen Dienststellen von anderen Departementen entweder auf bilateraler Ebene oder durch die Teilnahme an den verschiedenen Kommissionsitzungen zusammengearbeitet: «Gleichstellung und Familie», «Wirtschaft und Bildung», «Integration», «Koordination und Case Management».

INTERKANTONALE KOORDINATION

Die Dienststelle hat an zahlreichen Sitzungen und Konferenzen teilgenommen und war Mitglied von Arbeitsgruppen und von west- und gesamtschweizerischen Kommissionen. Ziel dieser Engagements war die koordinierte Einführung des Bundesgesetzes über die Berufsbildung und der dazugehörigen Verordnung sowie die Integration der neuen Verordnungen über die berufliche Ausbildung.

ENTWICKLUNG DER LEHRE

Für die 2711 Lehrlinge des 1. Lehrjahres aus 150 verschiedenen Berufen konnten gute Ausbildungsplätze gefunden werden.

In Zusammenarbeit mit den Berufsberatungsstellen wurde bei den Berufsbildern in Lehrbetrieben eine Umfrage durchgeführt.

Die Zusammenarbeit mit den Organisationen der Arbeitswelt, den Betrieben und den Berufsschulen wurde verstärkt.

Ferner wurde auch die Koordination mit den der Lehre vorhergehenden und nachfolgenden Ausbildungsstätten intensiviert.

«Wichtige Ereignisse» des Jahres 2006

Die Berufsschulen Visp und Brig wurden unter dem Namen Berufs-

fachschule Oberwallis (BFO) zu einer einzigen Institution zusammengefasst. Leiter der neuen Schule ist Roland Kuonen.

Der neue Leiter der Dienststelle für Berufsbildung, Claude Pottier, hat seine Arbeit am 1. September aufgenommen und ersetzt Serge Imboden, der per Ende Juni von seinem Amt zurückgetreten ist.

Im August und Oktober haben zwei Mitarbeiter zur Förderung von Lehrstellen ihre Arbeit aufgenommen. Zu ihren Hauptaufgaben gehören die Erhaltung und Schaffung von Lehrstellen, die Unterstützung bei der Vermittlung von Lehrlingen oder bei Vertragsauflösungen, die Beobachtung des Bedarfs auf dem Arbeitsmarkt und die Förderung von Lehrbetriebsnetzwerken.

Es wurde ein neues Orientierungskonzept entwickelt, das auf die drei letzten Jahre der obligatorischen Schulzeit ausgerichtet ist und die Problematik des «Case Management» teilweise berücksichtigt.

PERSONALBESTAND

Die Verteilung der Lehrlinge und der Jugendlichen in Ausbildung sieht wie folgt aus:

Bestände	2005	2006
1. Lehrjahr	2'541	2'711
2. Lehrjahr	2'324	2'338
3. Lehrjahr	1'969	2'045
4. Lehrjahr	611	594
Total Lehrlinge	4'755	4'964
Total Lehrtöchter	2'690	2'724
Lernende französischer Sprache	5'121	5'250
Lernende deutscher Sprache	2'324	2'438
Vollzeit-Berufsmatura	188	241
Total	7'633	7'929
CASPO (Integrationsklasse)	70	66
Artikel 41 des Berufsgesetzes	104	74
Passerelle EMVs	7	0
Gesamtbestand	7'814	8'069

LEHRABSCHLUSSPRÜFUNGEN - QUALIFIKATIONSVERFAHREN

Anzahl vertretene Berufe	Unter-wallis	Ober-wallis	Total
Lernende			
Geprüfte Kandidaten	1464	726	2190
Ausgehändigte	1238	649	1887
Fähigkeitsausweise			
Kandidaten mit Zulassung nach Art. 41 ABG			
Ausgehändigte Fähigkeitsausweise	52	22	74
Praktische Lehre			
Ausgehändigte Ausweise	10	2	12
Anlehre			
Ausgehändigte Ausweise	79	25	104
Gewerbliche Berufsmaturität			
Ausgehändigte Diplome	1	8	9
Gestalterische Berufsmaturität			
Ausgehändigte Diplome	26	4	30
Kaufmännische Berufsmaturität			
Ausgehändigte Diplome	51	30	81
Berufsmatura Gesundheit/Soziales			
Ausgehändigte Diplome	38	17	55
Technische Berufsmaturität			
Ausgehändigte Diplome	73	36	109

AUSBILDUNG FÜR BETRIEBSAUSBILDER

Die neuen Berufsbildner in Lehrbetrieben sind gemäss Bundesge-

setz über die Berufsbildung (BBG) verpflichtet, einen Kurs von mindestens 40 Stunden zu besuchen. 2006 wurden 10 Kurse angeboten – acht im französischsprachigen Wallis (davon 1 Abendkurs) und zwei im Oberwallis. Im Anschluss an diese Schulungen wurde für 250 neue Ausbildungsverantwortliche eine Bestätigung ausgestellt.

AUFSICHT UND QUALITÄT

Die Umsetzung des neuen Konzepts zur Aufsicht über die Ausbildung wird fortgesetzt. Es soll im August 2007, zu Beginn des neuen Schuljahres flächendeckend und EDV-gestützt eingeführt werden.

STATISTIK DER BESTÄNDE IN DEN SCHULEN

		2005	2006
Gewerbliche BS Brig	Lernende	523	589
Kaufmännische BS Brig	Lernende	498	430
	Berufsmatura Vollzeit	17	10
	Berufsmatura Integriert	79	92
Gewerbliche BS Visp	Lernende	709	732
	Berufsmatura Vollzeit	38	31
	Berufsmatura Integriert	205	208
Berufsschule Sitten	Lernende	3022	2969
	Berufsmatura Vollzeit	123	118
	Berufsmatura Integriert	220	239
Gewerbliche BS Martinach	Lernende	1091	1183
	CASPO	70	66
Lehrwerkstätte (EMVs)	Lernende Vollzeit	218	220
	Berufsmatura Integriert		
Haushalt und Pflege	Lernende Vollzeit	374	357
	Châteauneuf	287	282
	Visp	87	75
Kunst / Gestaltung (ECAV)	Lernende Vollzeit	125	110
	Berufsmatura Integriert		
Arzt / Zahnarzt-gehilfen	Lernende	139	147
Chemie-laboranten (EIL)	Lernende	121	129
Ausserkantonale Schulen	Oberwallis	456	481
	Unterwallis	465	475
Art. 41 BBG	Erwachsenenbildung	104	74
Passerelle	EMVs	7	0

BERUFSBERATUNGSSTELLEN

Das Jahr 2006 stand im Zeichen einer engen Zusammenarbeit mit den wichtigsten Partnern.

Die Berufsverbände des Kantons haben sich sowohl im Bereich der Information über die verschiedenen Berufe (Info-Pass) als auch bei der Prävention von Arbeitslosigkeit engagiert (Sommeraktion für Jugendliche, die bis Juni keine Lösung gefunden hatten).

Die Dienststelle für Unterrichtswesen und die Schulen der Sekundarstufe haben ihre Orientierungspolitik fortgesetzt.

Das Konzept zur Information an den Schulen wurde neu definiert. Ferner ist eine neue Massnahme in Ausarbeitung, mit der den Schülern im ersten Jahr der Orientierungsstufe (OS) ein Einblick in die Welt der Berufe gewährt werden soll und die von Vertretern der Schulen, der Berufsverbände und der Berufsberatung umgesetzt wird. Diese unerlässliche Zusammenarbeit fällt in den Bereich der Prävention von Jugendarbeitslosigkeit.

Die Berufsberatung hat eine Gruppe gebildet, die die Aktionen der verschiedenen Beteiligten koordinieren soll, um deren Effizienz zu gewährleisten.

SCHULBERATUNG

Bildung von Berufsberatungsgruppen, bestehend aus Lehrkräften (insbesondere Klassenlehrern) und Beratungspsychologen an den Schulen der OS. Diese Gruppen leiten die Beratungsaktionen an den Schulen und ermöglichen eine Optimierung der Zusammenarbeit zwischen den Lehrern und den Beratungsfachleuten. Eine von den Schülern ausgefüllte Liste zum Projektverlauf ermöglicht ein schnelles Orten von Jugendlichen, die einer besonderen Unterstützung bedürfen. Die Berufsberatung des französischsprachigen Wallis (OSPVR) hat ihr Engagement für die Ausbildung der Lehrer der neuen «Schule für Berufsvorbereitung» (SfB) ebenfalls fortgesetzt und ihre Dienstleistungen an den Schulen der Sekundarstufe II harmonisiert.

MASSNAHMEN IM ZUSAMMENHANG MIT DER BERUFSBERATUNG

Individuelle Beratung – wird in Form von persönlichen Konsultationen für alle Schulen der Sekundarstufen I + II angeboten. Dabei wird Schülern, die am Ende ihrer obligatorischen Schulzeit stehen und Mühe bekunden, eine Lehrstelle zu finden, spezifische Hilfe angeboten.

WEITERFÜHRENDE INFORMATIONEN – werden von der Berufsberatung oder von Fachlehrern und Fachleuten der entsprechenden Berufe erteilt. Zu dieser Tätigkeit zählen auch die Informationsveranstaltungen am Mittwoch-nachmittag (Info-Pass) für die Schüler der OS.

BETRIEBSPRAKTIKA – geben aufgrund eines praxisbezogenen Einsatzes in Begleitung einer Fachperson Aufschluss über die Vorlieben.

KURSE ZUR UNTERSTÜTZUNG BEI DER BERUFWAHL – Werden von Lehrern geleitet, die von der Berufsberatung ausgebildet wurden, und gehören zu den weiterführenden Informationen. Mit der neuen Stundentafel der OS können alle Schüler der 1. bis 3. Klassen von Wochenkursen zur Vorbereitung auf die Berufswahl profitieren. Die pädagogischen Unterlagen für diese Kurse wurden von der Berufsberatung des französischsprachigen Wallis (OSPVR) konzipiert und zusammengestellt.

BERATUNG VON ERWACHSENEN (BIZ)

Im Zentrum der Beratung für Erwachsene steht die Arbeitsfähigkeit (Employability). Sie ist zentral bei der Prävention von Arbeitslosigkeit und ermöglicht es Menschen, die sich Fragen zu ihrer Karriere und zu ihrer beruflichen Zukunft stellen, Bilanz über ihren bisherigen Berufsweg zu ziehen und die erforderlichen Weiterbildungsmassnahmen zu ergreifen.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit den RAV wird fortgesetzt. Das Projekt Val-Form zur Validierung von erworbenen Erfahrungen umfasst demnächst zehn Berufe und zählt mehr als 180 Teilnehmer. Es gibt Erwachsenen ohne Diplom die Möglichkeit, ihre in der Praxis erworbenen Berufskompetenzen anerkennen zu lassen und mittels einer kurzen Ausbildung offizielle Zertifikate zu erlangen.

Die Rolle der Experten wurde in diesem Bereich im Übrigen vom Bund anerkannt. Die Berufsberatung des französischsprachigen Wallis gehört zudem der eidgenössischen Kommission an, welche die neuen Erfahrungen der Kantone auswertet.

BERUFLICHE WIEDEREINGLIEDERUNG

Im Jahr 2006 hat sich die Lage an der Arbeitslosenfront verbessert. Die LAM (Logistik arbeitsmarktlche Massnahmen), welche die Leis-

tungen für die bei der Arbeitslosen-versicherung gemeldeten Personen erbringt, hat ihr Kursangebot insbesondere für Personen, die von der saisonalen Arbeitslosigkeit betroffen sind, erneuert.

Es wurde ein neues Leistungsangebot entwickelt, mit dem das Selbstvertrauen von Menschen, die ihre Arbeit verloren haben, erhöht und deren Wiedereingliederung gefördert werden soll. Die Berufsberatung arbeitet aktiv an den neuen interinstitutionellen Projekten zur beruflichen Wiedereingliederung mit, hauptsächlich an jenen zur Prävention von Jugendarbeitslosigkeit.

Die Berufsberatungsstellen unterstützen zudem die psychopädagogische Ausbildung der neuen Lehrmeister, Fachlehrer und der in der Weiterbildung tätigen Personen sowie den Unterricht für gewisse Fachausweise.

Ferner hat die Beratungsstelle im Rahmen des Weiterbildungsprogramms drei Kurse für das Walliser Staatspersonal betreut.

DIENSTSTELLE FÜR KULTUR

ORGANISATION

Die Organisation der Dienststelle für Kultur wurde am 30. April 2006 vom Vorsteher des DEKS verabschiedet. Die neue Struktur setzt den Akzent einerseits auf die Beibehaltung der einzelnen «Metiers», deren Träger die jeweiligen Einheiten sind, und andererseits auf die Vereinheitlichung einer Anzahl Bereiche wie der generellen Administration, der Finanzverwaltung, der Logistik sowie der Kulturvermittlung und der Kommunikation. Ein kompletter und detaillierter Bericht der einzelnen kulturellen Institutionen wird jedes Jahr in der Vallesia publiziert und ist auch online auf der Webseite der Dienststelle für Kultur einsehbar.

KULTURFÖRDERUNG

Der Kulturrat hielt im Jahr 2006 seine vier ordentlichen Plenarsitzungen ab; die Mitglieder des Kulturrates prüften anlässlich dieser Sitzungen insgesamt über 450 Subventionsgesuche. Auf Vorschlag des Kulturrates verlieh der Staatsrat den Kulturpreis des Kantons Wallis für das Jahr 2006 an den in Sitten wohnhaften Maler Angel DUARTE. Die Förderpreise erhielten der Jazzmusiker Hans-Peter PFAMMATTER, Leuk / Luzern, der Künstler Jean-Daniel BERCLAZ (Berclaz de Sierre), Siders sowie der Pianist Olivier CAVÉ, Monthevy. 2006 wurden erstmals Theaterprojekte, die von professionellen Theaterschaffenden im Kanton realisiert wurden, durch den Kanton und die Loterie Romande substantiell unterstützt.

FÖRDERBEITRÄGE AN NACHWUCHSKÜNSTLER

Im Jahr 2006 gewährte der Staatsrat auf Vorschlag des Kulturrates Unterstützungsbeiträge an folgende Nachwuchskünstler: Michel BONVIN, Photograph, Lausanne; Yann GROSS, Photograph, Chexbres; Katherine OGGIER, Video, Photographie, Installation, Contthey; Anne-Chantal PITTELOUD, Töpferei, Installation, Sitten. 2006 belegten die Fotografin Katja ZANELLA aus Herbriggen sowie das Künstlerpaar Francine EGGS und Andreas BITSCHIN aus Sitten während je 6 Monaten das Künstleratelier des Kantons Wallis in Berlin. Die Theaterregisseurin Eléonore DUBULLUIT aus Martinach weite während des ersten Semesters 2006 im Künstleratelier in New York, das vom Kanton Wallis in Zusammenarbeit mit den Westschweizer Kantonen zur Verfügung gestellt wird. In Sitten und Raron wurden zwei Künstlerateliers eröffnet. Das Künstleratelier in der Ferme-Asile in Sitten wurde 2006 den beiden Künstlern Sidwell RIHLAMVU aus Johannesburg, Südafrika, und Didier BLONDEAU aus Besançon, Frankreich, zur Verfügung gestellt. Für Aufenthalte im Literaturatelier in Raron wurden folgende Schriftsteller oder Übersetzer ausgewählt: Natalia SHAKHOVSKAYA, Moskau, Robert STAMMSEN, Kevelaer D, Dr. Milan RICHTER, Brezova, Slowakei und Vera PAVLOVA, Moskau.

STAATSARCHIV

ZUWACHS

Im Jahr 2006 wurden 39 Ablieferungen von 25 staatlichen Verwaltungsstellen sowie 19 Schenkungen, 23 Deposita und 1 Kauf verzeichnet. Dies entspricht 82 Eingängen oder 1802 Archivschachteln und einigen Registern und Dossiers, was ca. 560 Laufmeter ausmacht. Verschiedene Gemeinden, Privatpersonen und Vereine haben Archivalien hinterlegt oder bereits deponierte Bestände ergänzt. Eine ausführliche Liste wird in der Zeitschrift Vallesia 2007 (Bd. 62) zu finden sein. Darin werden auch die hier nur kurz erwähnten Archivarbeiten des Jahres 2006 eingehender umschrieben werden.

REGISTRATUR, KLASIERUNG UND ANALYSE

2006 wurde der Schwerpunkt weniger auf die Erstellung neuer Inventare gelegt, sondern mehr auf die Erfassung, Anpassung und Kollationierung der alten Inventare für deren Übernahme in die Datenbank scopeArchiv. Im Verlauf des Jahres wurde mit 27 Dienststellen Kontakt aufgenommen, um die Ablieferung der Akten vorzubereiten: Bestandesaufnahme auf Platz, Beratung in Klassierungs- und Kassationsfragen. Die Zusammenarbeit mit den Verwaltungsstellen wurde verstärkt und das neu entwickelte Verfahren für die Bewertung und die Dokumentenabgabe getestet.

Datenbank scopeArchiv: 462 Inventarseiten wurden direkt auf scope erfasst, 945 S. wurden zur Übernahme in scope in Word-Tabellen überführt; 264 S. wurden auf Word erfasst. Ende 2006 standen 8000 Einträge bereit, um mit dem am 21. Dezember installierten Modul scopeQuery online publiziert zu werden.

SICHERHEITSVERFILMUNG UND DIGITALISIERUNG

Im Verlauf des Jahres wurden folgende Mikrofilme erstellt: 147 16mm-Filme für die Grundbuchämter (2005-2006) und von Staatsratsbeschlüssen (2005); 30 35mm-Filme von Notariatsminuten von Siders (1916-1923), von Dokumenten des Zivilstandsamts von Salins, der Pfarrei Leytron (1694-1846), der Burgerschaft St-Gingolph (1864-1993), von Musikalien von Pierre Mariétan und von 13 Registern des Archivs des Geschichtsforschenden Vereins Oberwallis. Mit dem neuen Scanner wurde digitalisiert: die Volkszählungen von 1850 und 1880 (29 Register), die obgenannten Dokumente von Leytron, Salins und von Pierre Mariétan sowie 6322 Zettel des Katalogs «Plakatsammlung» der Mediathek Sitten. Total: 11'800 Digitalbilder.

BENÜTZUNG

2006 haben mehr als 2000 Archivbesucher Dokumente eingesehen; 434 Dossiers wurden allein von staatlichen Verwaltungsstellen konsultiert. Die Archivare haben wie üblich zahlreiche Forscher, Lizentianden und Doktoranden beraten und betreut. Sie empfingen sieben Besuchergruppen und beantworteten eine Vielzahl von schriftlichen (431) und mündlichen Anfragen.

MEDIATHEK WALLIS

ENTWICKLUNG UND BEHANDLUNG DER SAMMLUNGEN

Zunahme der Dokumente nach Erwerbsform (materielle Einheiten):

	Sitten	Brig	Martinach	St-Maurice	Total
Erwerb	11'214	6'886	18'304	3'453	39'857
Schenkung	3'835	170	7'491	30	11'526
Austausch	1'141	0	0	0	1'141
Hinterlegung	79	0	14'132	1'172	15'383
Total	16'269	7'056	39'927	4'655	67'907

Bei den erworbenen Dokumenten des kantonalen Erbgutes gilt es in Sitten die Bestände des Priesterseminars Sitten und der Kongregation des Grossen St. Bernard zu erwähnen. In Martinach stiessen zu der Phonotheke notabene die Tonträger der Fondation Pierre Giannadda, wichtige Hinterlegungen von Unterwalliser Patois-Aufnahmen sowie Werkaufnahmen des Komponisten Pierre Mariétan hinzu. Zudem hinterlegte die Fondation de l'Abbaye au Châble ihre fotografischen Archive von Maurice Chappaz und seiner Familie. Ebenfalls wurde eine Übereinkunft mit dem regionalen Fernsehsender Canal 9 getroffen um den Fortbestand ihrer audiovisuellen Archive zu sichern.

ÖFFENTLICHE DIENSTLEISTUNGEN

Die Zunahme der Ausleihen hat sich fortgesetzt (+ 4.6%), dies trotz der Tatsache, dass eine zunehmende Anzahl von Informationsquellen direkt per Internet zugänglich sind. Seit 1999 ist die Zahl der Ausleihen von 189'028 auf 673'226 angestiegen (+ 256%, was einem durchschnittlichen Jahreszuwachs von 32% entspricht). Die Zahl der Lesekartennhaber stieg 2006 an auf 52'001 (2005 : 48'027). Von diesen Personen haben 23'174 Dokumente in der Berichtsperiode ausgeliehen.

	Sitten	Brig	Martinach	St.-Maurice	Total 2006	Total 2005
Ausleihen von Dokumenten	286'208	173'162	149'790	64'066	673'226	643'625

KULTURELLE AKTIONEN

Das Tätigkeitsfeld einer Bibliothek umspannt jedoch weit mehr als die Ausleihe und die Konsultation von Dokumenten. Mit kulturellen Aktionen zielt die Mediathek auf die Bekanntmachung ihrer Sammlungen, sie erleichtert deren Entdeckung, Interpretation sowie Aneignung durch die Öffentlichkeit.

Ausserdem hat die Mediathek ein enges Zusammenarbeitsnetz mit den Schulen und anderen Ausbildungsinstitutionen aufgebaut. So haben 290 Klassen oder Gruppen die Mediathek besucht, womit rund 6'000 Personen auf eine vertiefte Art und Weise mit den Leistungen und den Benutzungsmöglichkeiten vertraut gemacht wurden.

WALLISER BIBLIOTHEKENNETZ

Der 2001 vom Vorsteher des DEKS verabschiedete Leitplan der Walliser Bibliotheken und Dokumentationszentren hat sich ausgezeichnet und ein Grossteil seiner 18 Massnahmen wurde in die Tat umgesetzt oder zumindest in Angriff genommen. Nach einer gründlichen Evaluation des ersten Leitplans wurde der Revisionsprozess 2006 begonnen (mit einer geplanten Validierung 2007). Die dritte regionale virtuelle Bibliothek ist in Martinach-Entremont realisiert worden. Die Entwicklung dieses Konzepts für das Oberwallis stösst vorläufig aufgrund der heterogenen Informatiksysteme an Grenzen und daher ist eine Ausweitung auf diese Region im Rahmen von vorgesehenen Migrationen im Informatikbereich in den kommenden Jahren geplant. Im Jahr 2006 haben 64 Gemeinden, 39 im Unterwallis und 25 im Oberwallis, die Subventionsmöglichkeiten für die Leitung ihrer Bibliotheken in Anspruch genommen.

KANTONSMUSEEN

ALLGEMEINE POLITIK

In Folge der Neuschaffung der Dienststelle für Kultur im Oktober 2005 haben die Kantonsmuseen ihre Organisationsstruktur 2006 grundlegend verändert. Die Direktion besteht seither aus den drei Einheiten Verwaltung, Logistik sowie Bildung und Vermittlung. Gleichzeitig steht die bereits seit längerem beschlossene Zusammenlegung zu drei Museen (Kunstmuseum, Geschichtsmuseum,

Naturmuseum) unmittelbar vor dem Abschluss.

Die grosse Ausstellung Berg, die 2005 im Ancien Pénitencier eröffnet wurde, wurde bis zum August 2006 verlängert (16'041 Besucher). Zudem kam das Walliser Publikum am 20. und 21. Mai erstmals in den Genuss einer Nacht der Museen. Das vom Internationalen Museumsrat vorgegebene Thema Museen und junges Publikum zog ein überaus zahlreiches Publikum an (rund 1'000 Personen). Gleichtags konnte im archäologischen Museum die Ausstellung Von den Alpen zum Genfersee – Bilder zur Urgeschichte eröffnet und die umfangreiche Begleitpublikation präsentiert werden. Im Anschluss an die Ausstellung Berg gab es im Ancien Pénitencier eine Ausstellung zum Thema Das Museum als Forschungsort; dies im Rahmen der Reihe Die geheimen Gemächer der Museen (3. Teil). Auf guten Zuspruch stiessen dabei insbesondere die Abende mit den Konservatoren.

SAMMLUNGSZUWACHS

Total	Kunst	Geschichte	Naturgeschichte
359	19	285	55

Die Sammlungen konnten um 359 Objekte erweitert werden. Erwähnt seien insbesondere mehrere bedeutende Ankäufe im Bereich der abstrakten Malerei im Hinblick auf eine Ausstellung zu diesem Thema im Jahr 2009 sowie eine sehr schöne, geschnitzte Truhe aus dem 17. Jahrhundert. Das Naturmuseum konnte zwei Wölfe, die im Herbst 2006 geschossen wurden, präparieren lassen und erhielt vom Museum Zermatt ein Herbarium geschenkt, welches im 19. Jahrhundert vom bekannten Otto Wolf angelegt wurde. Hinzu kommt ein Herbarium mit Moosen und Flechten aus dem Wallis, gesammelt 1960 bis 1990 von René Closuit.

INVENTARISIERUNG UND SAMMLUNGSKONSERVIERUNG

Datenbank der Sammlungen

Die Datenbank Klio, mit der die Sammlungen verwaltet werden, konnte dieses Jahr um ein wichtiges Instrument ergänzt werden: Dank eines Strichcodes können nun die Verschiebungen der einzelnen Objekte mühelos verfolgt werden. Bei der wissenschaftlichen Inventarisierung führte das historische Museum im Zuge des Transfers der Metall- und Textilobjekte ins neue Sammlungszentrum zahlreiche Kontrollen und Ergänzungen durch. Gleichzeitig wurden 200 Objektdossiers klassiert oder angelegt.

Datenbank der Dokumentationen

Bibliothek: Im Hauptkatalog konnten 1931 Notizen angefügt oder ergänzt werden (Neueingänge oder bestehende Fonds). Aktueller Stand: 11'324 Einheiten und 343 Zeitschriftentitel. Fotothek: Registrierung und Klassierung der Neueingänge nach Museum und Bildqualität (1'127 neue Fotodokumente). Abschluss der Neuklassierung des ikonografischen Fonds des historischen Museums (5'386 Dokumente), Konditionierung von 2'105 Weichnegativen. 225 Dokumente wurden ausgeliehen.

DOKUMENTATION UND FORSCHUNG

Geschichte: Fortsetzung der Forschungen über keltische Gräber und Waffen. Abschluss der Forschungsprojekte zu Alpwirtschaft und Industriegeschichte. Beginn eines Projekts über die Grabbeigaben von Bischof Nikolaus Schiner sowie über profane Goldschmiedearbeiten des Ancien Régime.

Kunst: 41 wissenschaftliche Notizen im Hinblick auf den Sammlungskatalog (2007).

Naturgeschichte: Fortsetzung der Untersuchung über Bestimmungskriterien von Spitzmäusen von der Art Sorex und Datensammlung über Nachtfalter im Wallis.

VERMITTLUNG

Fortführung der Erneuerungsarbeiten am Kunstmuseum (neue Decken, technische Einrichtungen, neues Treppenhaus, Malerei). Die Neueröffnung ist für den Mai 2007 vorgesehen. – Planmäßig voran schreiten die Restaurierungsarbeiten auf Valeria. Die Räume sind innen fertig ausgebaut.

Im Rahmen der Jeudis des musées wurden sechs Vorträge gehalten. Hinzu kommen vier Veranstaltungen mit der Walliser Vereinigung für Archäologie (Jeudis de l'Archéo).

BESUCHERSTATISTIK 2006

Total Besuche	Schüler	Kinder Entdeckungs- parcours	Publikum an Führungen	Publikum an Vorträgen
TOTAL 53 706	5844	116	8204	784



DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT UND RAUMENTWICKLUNG

VERWALTUNGSBERICHT 2006



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: JEAN-MICHEL CINA
STELLVERTRETER: CLAUDE ROCH**

VOLKSWIRTSCHAFT UND RAUMENTWICKLUNG

Jean-Michel Cina

Verwaltungs-
und Rechtsdienst

Dienststelle für Wirtschafts-
entwicklung

Dienststelle für Industrie,
Handel und Arbeit

Dienststelle für Landwirtschaft

Dienststelle für Raumplanung

Dienststelle der Grundbuchämter
und der Geomatik

Kantonale Arbeitslosenkasse

EINLEITUNG

Mit Freude präsentierte ich Ihnen den ersten Verwaltungsbericht eines vollständigen Tätigkeitsjahres des Departements für Volkswirtschaft und Raumentwicklung, seit dieses unter meiner Leitung steht. Die vorgängige Verwaltungsperiode dauerte acht Monate.

Das Jahr 2006 war für die Volkswirtschaft unseres Kantons wie für mein Departement ein ertragreiches Jahr. Die Konjunktur wies ein anhaltendes Wachstum auf und die mittlere Arbeitslosenrate im Wallis ist um einen halben Punkt zurückgegangen, nämlich auf 3,5%.

Die Einführung von zentralen Instrumenten zur integrierten Wirtschaftsentwicklung

Das Jahr 2006 war ein wichtiges Jahr für das Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung. Wir haben uns in grundsätzlichen Überlegungen mit unseren Aufgaben und Aufträgen auseinandergesetzt. Unser Auftrag ist unter die Zielformulierung «Ihre Ambitionen fördern» gestellt worden, um die Wirtschaft abgestimmt auf unseren Lebensraum zu entwickeln und dies zum Wohlergehen unserer Bevölkerung». Dazu braucht es die Einstellung gerecht, verantwortlich und unternehmerisch zu handeln. An diesen Massstäben der Unternehmenskultur wollen wir gemessen werden.

In diesem Sinne weist die Bilanz gemäss den Prioritäten, die wir uns im Jahre 2005 gesetzt haben, Folgendes auf:

- die Optimierung unserer Wirtschaftsförderung ist mit der Zusammenlegung der Direktion für Wirtschaftsentwicklung Wallis und der Dienststelle für Wirtschaft und Tourismus vorangetrieben worden. Dazu gehört auch die Kontaktstelle Walliser Wirtschaft, welche aufgebaut wurde und als Eingangspforte für alle Anfragen im Wirtschaftsbereiche funktionieren wird. Schliesslich wurde die Geschäftsführung und Funktionsweise der interkantonalen Organisation zur exogenen Wirtschaftsförderung, des DEWS, grundlegend angepasst und dies im Sinne unserer Anliegen.
- im gesetzgeberischen Bereich bildete das Jahr 2006 ebenfalls ein wichtiges Jahr. Die Arbeiten zum neuen Gesetz über die Landwirtschaft und der ländlichen Entwicklung konnten beendet werden. Dasselbe gilt für die Arbeiten der ausserparlamentarischen Kommission, welche sich mit der Revision des Tourismusgesetzes von 1996 befasst hat. Nach Vernehmlassung

der betroffenen Kreise wurden die Fragen im Zusammenhang mit der Finanzierung auf Antrag des Departements neu angegangen. Die erste Lesung des Gesetzes wird voraussichtlich anfangs Sommer 2007 erfolgen. Das Gesetz über die amtliche Vermessung und die Geoinformation wurde beschlossen und dabei wurde ebenfalls die Dienststelle für Grundbuchämter und die Dienststelle für Vermessung zur neuen Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik zusammengelegt.

Wirtschaftliche Entwicklung in Beachtung raumplanerischer Grundsätze

Diese Bilanz kann das Moratorium über die Zweitwohnungen nicht verschweigen, welches die Regierung im Dezember auf Antrag des Departements beschlossen hat. Vor der aussergewöhnlich grossen Nachfrage von Zweitwohnungen durch Ausländer und offensichtlichen Überhitzung der Bautätigkeit im Jahre 2006 musste gegen die Rechtsunsicherheit angekämpft werden. Aber auch und besonders in unserem Aufgabenbereich der Raumentwicklung war es wichtig, den Gemeinden eine notwendige Reflexionspause anzubieten. Diese soll es den Gemeinden erlauben, die räumliche Entwicklung wieder selbst in die Hand zu nehmen. Die Instrumente für diesen Zweck sind ihnen vorgeschlagen worden und eine Unterstützungsgruppe meines Departementes steht ihnen zur Verfügung.

Eine gesetzgeberische Tätigkeit, welche sich auf das Jahr 2007 erstreckt, wird die Behandlung des neuen Tourismusgesetzes sowie des Gesetzes zur neuen Regionalpolitik sein. Gleichzeitig sind in der Regionalpolitik die mehrjährigen Aktionsprogramme festzulegen. Schliesslich steht bei der Wirtschaftsentwicklung die Optimierung der nichtstaatlichen Dienstleistungen und die Etablierung der Kompetenzzentren gemäss der «The ARK-Strategie» im Vordergrund.

**Der Vorsteher des Departements
für Volkswirtschaft und Raumentwicklung**
Jean-Michel Cina

ALLGEMEINE VERWALTUNG

ORGANISATION UND PERSONAL

Dienststelle	Anzahl Stellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	9.90
Dienststelle für Wirtschaft und Tourismus	17.10
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	18.50
Dienststelle für Landwirtschaft	102.69
Dienststelle für Raumplanung	12.50
Dienststelle der Grundbuchämter und der Geomatik	64.40
Total	225.09

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Koordinationsfunktion auf Departementstufe

Die Dienststelle hat zu einem bedeutenden Teil Koordinations- und Unterstützungsauflagen für den Vorsteher des Departements wahrgenommen. Sie leitete beispielsweise die Arbeitsgruppe Lex Koller - Zweitwohnungsentwicklung, die Arbeitsgruppe für die Zusammenlegung der Dienststelle für Vermessungen mit derjenigen für die Grundbuchämter und vertrat das Departement in interdepartementalen Arbeitsgruppen wie dasjenige für die Umsetzung des interkantonalen Finanzausgleichs.

Die Dienststelle hat in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Vermessung den Gesetzesentwurf über die amtliche Vermessung und die Geoinformation mit der Botschaft vorbereitet. Die Dienststelle erarbeitet mit einer Arbeitsgruppe die Revision des Stempelgesetzes.

Anwendung des Bundesgesetzes über das bäuerliche Bodenrecht und des landwirtschaftlichen Pachtrechts

Im Jahre 2006 sind 1982 Gesuche (2005 waren es 2125 Fälle, 2004 waren es 2127 Fälle, 2003 waren es 2104 Fälle, 2002 waren es 2103 Fälle) in Form von Bewilligungen oder Feststellungsverfügungen im Sinne von Art. 83 und 84 BGBB behandelt worden. Regional verteilen sich die behandelten Fälle in 856 Entscheide auf das Oberwallis (851 Fälle in 2005, 885 Fälle in 2004, 866 Fälle in 2003, 888 Fälle in 2002) und 1126 Entscheide auf das Unterwallis (1126 Fälle in 2005, 1242 Fälle in 2004, 1238 Fälle in 2003, 1215 Fälle in 2002). Es kann festgehalten werden, dass die Anzahl der Dossiers von Jahr zu Jahr nur ganz minimalen Schwankungen ausgesetzt ist und der jährliche Durchschnitt der zu behandelnden Dossiers bei zweitausend liegt.

Die Dienststelle führt eine Datenbank über die bezahlten Bodenpreise der letzten fünf Jahre aufgeteilt nach Gemeinden und Natur des Bodens. Diese Datenbank bildet eine zuverlässige Quelle für die Festlegung der höchstzulässigen Erwerbspreise für den Kauf von landwirtschaftlichem Boden und Gewerbe.

Die Dienststelle hat als zuständige kantonale Behörde in Anwendung des Bundesgesetzes über die landwirtschaftliche Pacht 4 Einsprachen der landwirtschaftlichen Kammer behandelt.

Rechts- und Beschwerdeinstanz

Die Dienststelle hat im Jahre 2006 44 Beschwerden (2005 waren es 43 Beschwerden, 2004 waren es noch 18 Beschwerden) an den Staatsrat im Bereich des Wirtschaftsrechts instruiert. Als Rechtsdienst für Wirtschaftsfragen hat die Dienststelle eine Vielzahl von Stellungnahmen zu Beschwerden erarbeitet und andere Dienststellen bei besonders schwierigen Einzelfällen und in der Erarbeitung ihrer gesetzlichen Grundlagen unterstützt.

Die Dienststelle beriet die Gemeinden und die Dienststellen der Kantonsverwaltung im Bereich des öffentlichen Beschaffungswesens.

Die Dienststelle stellt ebenfalls das Sekretariat für die kantonale Rekurskommission für landwirtschaftliche Beiträge sicher und hat 13 Beschwerdefälle instruiert.

Interkantonale Zusammenarbeit

Die Dienststelle bildete 2006 die Verbindungsstelle zur interkantonalen Region «Espace Mittelland» und beteiligte sich an der Umstrukturierung zum neuen Netzwerk Espace Mittelland. In dieser neuen wirtschaftsorientierten Förderungsstruktur sind neben den Kantonen Bern, Freiburg, Solothurn und Wallis neu auch die Wirtschaftsverbände, Städte und privaten Unternehmer als Mitglieder zugelassen.

Die Dienststelle vertritt den Kanton im interkantonalen Forum für öffentliches Beschaffungswesen und in der Westschweizer Konferenz zum öffentlichen Beschaffungswesen, welches das elektronische Informationssystem SIMAP entwickelt hat und dem praktisch alle Schweizer Kantone und der Bund als Betriebsorganisation beigetreten sind. Als Partner des Bundes beteiligen wir uns ebenfalls an der Ausarbeitung einer neuen Informatikplattform SIMAP 2.

Die Dienststelle sichert die Interessenwahrung der Nichtuniversitätskantone in der Kommission Interkantonale Universitätsvereinbarung der Schweizerischen Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren.

Gemeinschaftliche Initiative «INTERREG»

Im Rahmen des letzten Programmjahres sind 54 Projekte der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit mit Walliser Beteiligung unterstützt worden. 36 Projekte sind im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Italien-Schweiz und 18 im Rahmen des Programms INTERREG IIIA Frankreich-Schweiz realisiert worden.

Diese Entwicklungszusammenarbeit in den Bereichen Tourismus, angewandte Forschung mit FHVS, Wirtschaft, Umweltrisiken und Heimatschutz werden in dem zukünftigen Programm 2007 – 2013 fortgeführt.

Da die Bundesmittel ausgeschöpft sind, war für 2006 kein Projekt im Rahmen der transnationalen (INTERREG IIIC) und interregionale (INTERREG IIIB) Zusammenarbeit vorgesehen.

Grenzüberschreitende institutionelle Beziehungen

Das Jahr 2006 war geprägt durch die 100 Jahr-Feier des Tunnels vom Simplon, deren Höhepunkt der offizielle Tag vom 19. Mai 2006 war, in Anwesenheit des Bundespräsidenten. Die vielen Anlässe während des Jahres haben unsere Beziehungen zur Provinz Verbano-Cusio-Ossola verstärkt und dies besonders zur Stadt Domodossola.

Der Genferseerat unter Genfer Präsidentschaft und der Rat Wallis-Aostatal haben ihre ordentlichen Aktivitäten fortgesetzt.

Der Kanton Genf hat den Kanton Waadt eingeladen, sich dem französisch-genferischen Regionskomitee anzuschließen. Dieser Zusammenschluss wird eine Konzentration der Aktivitäten um die Genfer Agglomeration verstärken und damit zu einer Schwächung der französisch-schweizerischen Zusammenarbeit östlich des Sees führen.

DIENSTSTELLE FÜR WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG (DWE)

EINFÜHRUNG : REORGANISATION DER DIENSTSTELLE

Das Jahr 2006 war gekennzeichnet von der Vorbereitung und Umsetzung (ab 1. November 2006) der Fusion der Dienststelle für Wirtschaft und Tourismus und der Direktion für Wirtschaftsentwicklung. Die so entstandene Dienststelle für Wirtschaftsentwicklung (DWE) hat die Neuorganisation inzwischen abgeschlossen. Um den Bedürfnissen der Kunden bestmöglich zu entsprechen wurden die drei Geschäftseinheiten «Neue Unternehmen», «Walliser Unternehmen und Institutionen» und «Tourismus- und Wirtschaftsentwicklung» gebildet. Die DWE verfügt heute über ein vollständiges Team. Die Herren Jean-Louis Luyet, Angelin Voide und Michel Rey-Bellet sind im abgelaufenen Jahr in den Ruhestand getreten, ersetzt wurden sie von Frau Ursula Kraft, Frau Chiara Meichtry und Herrn Werner Zenhäusern.

KONTAKTSTELLE WIRTSCHAFT

Die Aufgabe der Kontaktstelle Wirtschaft, die durch Entscheid des Staatsrates kreiert wurde, ist, jeder Person oder jeder Unternehmung, die ein Projekt verfolgt oder auf der Suche nach einer Lösung eines Problems oder einer Antwort auf eine Frage ist, als einziger Schalter zur Verfügung zu stehen, an den man sich wenden kann. Zurzeit ist die Kontaktstelle Wirtschaft in einer Phase, in welcher die konkreten Strukturen definiert werden.

WALLISER UNTERNEHMEN UND INSTITUTIONEN Bundesgesetz über die Neue Regionalpolitik

Aufgrund der breiten Ablehnung des Entwurfs zum Bundesgesetz über die Neue Regionalpolitik, welche im April 2004 in die Vernehmlassung gegeben wurde, hat der Bundesrat in der Folge eine Arbeitsgruppe ernannt, welche im Jahre 2005 eine neue Fassung desselben vorgeschlagen hat. Dieser Vorschlag wurde am 6. Oktober 2006 mit grosser Mehrheit von den beiden Kammern des eidgenössischen Parlaments angenommen.

Der Walliser Staatsrat hat, im Wissen um die Besonderheiten unseres Kantons und seiner Regionen und im Bestreben, in diesem Bereich weiter zu gehen als es die Bundesgesetzgebung vorgibt, entschieden, eine ad hoc-Kommission einzusetzen, die einen Entwurf eines kantonalen Gesetzes für die Regionalpolitik erarbeitet. Er beabsichtigt damit, den Kanton mit einem Rahmengesetz auszustatten, das sämtliche Sektoralpolitiken einschliesst und damit die zukünftigen Strukturen auf die Bedürfnisse der Wirtschaft ausrichtet.

Die Arbeitsgruppe hat sich im Jahre 2006 zu 7 Sitzungen getroffen mit dem Ziel, ein Vorprojekt für das Gesetz zu erarbeiten. Sie ist aktuell daran, die Ergebnisse dieser Reflexion zusammenzufassen und anschliessend die Vernehmlassung zu eröffnen.

Investitionshilfe

Die Investitionshilfe spielt eine elementare Rolle im Bereich der Regionalentwicklung. Im Jahre 2006 betrug das Engagement des Kantons 40.6 Millionen Franken, gegenüber 15.6 Millionen Franken im 2005. Die entsprechenden Zahlungen betrugen 18.1 Millionen Franken, ein Betrag, der dem Jahr 2005 ähnlich ist. Diese Erhöhung ist auf das Ende des Mehrjahresprogrammes 2003 – 2006 zurück zu führen.

«Der Rückstellungen auf Investitionshilfe Darlehenfonds» ist durch Entscheid des Staatsrates mit einem Betrag von 3 Millionen Franken ausgestattet worden, um mögliche Verluste auf ausstehende IHG-Darlehen zu decken. Der effektive Verlust betrug 642'000 Franken und stammt aus 2 Dossiers. Der Saldo des allgemeinen Infrastruktur-

turfonds (IHG-Fonds) von 300 Millionen Franken betrug Ende 2006 51.0 Millionen Franken. Total wurden bis Ende 2006 insgesamt 462.2 Millionen Franken zugesagt, davon sind zum selben Zeitpunkt 39.8 Millionen Franken noch nicht ausbezahlt (2005 : 17.1 Millionen)

Das Inkrafttreten des Bundesgesetzes über die Neue Regionalpolitik, vorgesehen für den 1. Januar 2008, wird vom Kanton Wallis ein noch grösseres finanzielles Engagement fordern, vor allem im Bereich der Basisinfrastruktur für kleine Gemeinden und Hilfen in wirtschaftlich potentialschwachen Regionen. Dieses zusätzliche Engagement bedingt wahrscheinlich eine Erhöhung des IHG-Fonds, wenn der Kanton Wallis gegenüber anderen Regionen der Schweiz konkurrenzfähig bleiben will.

Stand Engagements und Zahlungen der kant. IHG-Darlehen Ende 2005

Region	IHG-Darlehen am 31.12.2006 (in Mio. sFr.)		
	Engagements	bezahlt	Saldo zu bezahlen
Goms	22.8	22.5	0.3
Brig-Aletsch	39.9	34.8	5.1
Visp/Westl. Raron	93.7	87.4	6.3
Leuk	27.4	26.5	0.9
Siders	66.8	57.2	9.6
Sitten	89.6	79.0	10.6
Martinach	84.0	78.7	5.3
St Maurice/Monthey	38.0	36.3	1.7
Oberwallis	183.8	171.2	12.6
Mittelwallis	156.4	136.2	20.2
Unterwallis	122	115	7
Total Wallis	462.2	422.4	39.8

Unterstützung regionaler Projekte

Wie in den Jahren zuvor hat die Dienststelle im Jahre 2006 verschiedene Formen der Unterstützung an Forschungsinstitute gewährt (IRO, Médiplant, IDIAP, u.a.). Diese Hilfen unterstützen den Wissens- und Technologietransfer und schaffen um diese Kompetenzzentren innovative Unternehmen, die diese Forschungsresultate in der industriellen Anwendung umsetzen. Die Leistungsvereinbarungen, die der Kanton mit diversen Instituten und andern Kompetenzzentren abschliesst, erlauben es ihm, die Forschungsergebnisse im Detail zu überwachen und gleichzeitig die konkreten Resultate in Bezug auf die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Walliser Wirtschaft mitzuverfolgen.

Aufgrund der Leistungsvereinbarung zwischen Kanton und der Stiftung «The Ark» konnten im Bereich der Diversifikation des Wirtschaftsnetzes die drei Kompetenzzentren Life sciences (BioArk in Monthey und PhytoArk in Sitten), Informations- und Kommunikationstechnologien (TechnoArk in Sieders, IdeArk in Martinach sowie der Beginn des Aufbaus des TéléArk in Brig) sowie Ingenieurtechnologien aufgebaut werden. Letzterer hat sich im 2006 mit der Inbetriebnahme des BlueArk in Visp, welcher im Bereich der Inwertsetzung von erneuerbarer Energie tätig ist, gut entwickelt.

Die Dienststelle gewährt zudem Finanzhilfen in Form von Subventionen an innovative Projekte, welche auf die Förderung der spezifischen Potentiale in den einzelnen Regionen unseres Kantons abzielen.

WOHNUNGSWESEN

Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

Für das Jahr 2006 haben die eidgenössischen Räte für die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet einen Kredit von 4 Millio-

nen Franken bewilligt. Das Bundesamt für Wohnungswesen hat dem Kanton Wallis davon, gemäss Finanzstärke der Kantone 2005/2006, 550'000.- Franken zugeteilt, d.h. 13.75% des Gesamtbetrages.

2006 wurden Hilfen von Bund und Kanton von 825'000.- Franken gewährt (550'000.- Bund/ 275'000.- Kanton). Gemäss Gesetz beträgt die Beteiligung des Kantons in der Regel die Hälfte der Beteiligung des Bundes. Ausbezahlt wurden 2006 Unterstützungen in der Höhe von 1,227'685.- Franken (833'295.- Bund / 394'390 Kanton). Die Zahlungen betreffen 35 Dossiers.

Die Hilfen zur Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten werden gemäss Beschluss der eidgenössischen Räte bis zum Inkrafttreten des Bundesbeschlusses betreffend der Reform des Finanzausgleichs und der Neuaufteilung der Aufgaben zwischen Bund und den Kantonen bewilligt. Ab diesem Zeitpunkt ist es dann an den Kantonen zu entscheiden, ob diese Hilfe weiterhin aus den Mitteln des Neuen Finanzausgleichs gewährt wird oder nicht.

Wohnbau- und Eigentumsförderung

2006 wurden Kantonshilfen (à fonds perdu) von total 3,14 Millionen Franken ausbezahlt. Dieser Betrag wird in der Größenordnung von 1.94 Millionen Franken für die Mietwohnungen gebraucht, 0.75 Millionen Franken für die Eigentumswohnungen, 0.4 Millionen Franken für zusätzliche Vergünstigungen und 0.04 Millionen Franken für Dossiers, die nach dem kantonalen Dekret von 1985 behandelt wurden. Dies entspricht einer Abnahme von 0.4 Millionen Franken gegenüber 2005. Diese Abnahme ist grösstenteils auf die Eigentumswohnungen zurück zu führen (95%), weil hier die Unterstützung nach 11 Jahren abläuft. Der Bund seinerseits hat 2006 zusätzliche Vergünstigungen in der Höhe von 7.3 Millionen Franken bewilligt. Somit konnte der Kanton im vergangenen Jahr, im Gegensatz zu 2005, in welchem aufgrund fehlender Bundesmittel keine Dossiers behandelt werden konnten, Hilfen in der Höhe von 403'127 Franken gewährt werden. Dieser Betrag wurde für neue Dossiers sowie für Zahlungen der laufenden Dossiers seit 2002 verwendet.

NEUE UNTERNEHMEN

Exogene Wirtschaftsförderung

Die zahlenmässigen Resultate der exogenen Wirtschaftsförderung für 2006 können wir folgt zusammengefasst werden:

Bezeichnung	Anzahl	Bemerkungen
Ansiedlung von Unternehmen im Wallis	17	12 durch das DEWS
geschaffene Arbeitsplätze	204	12 durch das DEWS
Generierte Lohnmasse	14.2 moi Franken	
Standort der angesiedelten Unternehmen seit 2003		
- Sitten	18	
- Martinach	12	
- Brig-Glis	7	
- Siders	5	
- Naters	3	
- Steg	2	
- Leytron, Port-Valais, Zermatt, Nendaz, Bagnes, Champéry, Evolène	1	

Die exogene Wirtschaftsförderung hat 2006 gute Resultate in Deutschland erzielt.

Aktivitäten im interkantonalen Kooperationsnetzwerk DEWS

Die konkreten Resultate für das Wallis durch das DEWS (interkantonales Netzwerk der exogenen Wirtschaftsförderung, welches in 14 Ländern mit 20 Repräsentanten vertreten ist) haben sich 2006 verschlechtert. Dies lässt sich auf zwei Hauptgründe zurückführen: die weltweite Konjunktur und die Probleme bei der internen Reorganisation des DEWS. Was den ersten Grund betrifft, sahen sich andere Kantone mit der gleichen Situation konfrontiert. Daneben mussten 2006 die internen Probleme des DEWS geregelt werden, die durch zwei Berichte des Institut de recherches économiques et régionales de l'Université de Neuchâtel (IRER) aufgezeigt wurden.

Die folgenden Massnahmen wurden getroffen und umgesetzt. Ersstens ist der neue Direktor des DEWS Jacques Pasche, nicht mehr wie sein Vorgänger einerseits Verantwortlicher für die gemeinsame Wirtschaftsförderung der Kantone und andererseits Verantwortlicher für die Wirtschaftsförderung eines Kanton. Zweitens werden die Repräsentanten des DEWS in der Welt neu gemäss ihren Resultaten entschädigt und drittens wurde die Rechtsform des DEWS präzisiert und die interne Kommunikation wurde transparenter. Schliesslich haben die Kantone des DEWS eine Strategie und klare Ziele für 2007 definiert.

Diese Neuausrichtung wird in Zukunft eine Verbesserung der Ergebnisse des DWEW erlauben.

Umsetzung der strategischen Ziele

Damit die Aktivitäten der Wirtschaftsentwicklung mit den strategischen Zielen übereinstimmen, die durch das Departement vorgegeben werden, wurde entschieden ein Profil der Unternehmen zu erstellen, die im Hinblick auf eine Ansiedlung im Wallis angesprochen werden sollen.

In Zusammenarbeit mit dem Kompetenzzentrum CimArk hat die exogene Wirtschaftsentwicklung entscheiden, die Aktivitäten auf Unternehmen zu konzentrieren, die in folgenden Bereichen tätig sind: Biotechnologie, Phytologie, Chemie, Energie, Aluminium (Cluster), Call Center, IT/Telekom, Sales and Trading, industrielle Produktion, Medizinaltechnik.

Für jede Aktivität wurde eine Anzahl Kriterien definiert, denen die ausgewählten Unternehmen entsprechen sollten z.B. der Tätigkeitsbereich, der Umsatz oder die Vorteile, welche die Unternehmung im Wallis sucht. Der Vorteil ist, dass die Aktivitäten der Vertretungen im Ausland (die angemessen informiert wurden) sich auf diese Zielgruppe konzentrieren und dass dadurch die Resultate optimiert werden können.

Wirtschaftliche Konzentrierung

Der Wirtschafts- und Sozialrat, der bei der Ausarbeitung der langfristigen Wirtschaftsentwicklung des Wallis von der alten Direktion für Wirtschaftsentwicklung unterstützt wurde, konnte von den Leistungen des Büro SCMI aus Paderborn (D) profitieren. Das Resultat ist die Erarbeitung eines glaubwürdigen und breit akzeptierten Szenarios, das nach notwendigen Änderungen vom Staatsrat akzeptiert wurde. Zurzeit wird, unter Einbezug der Ergebnisse dieser Arbeiten, eine Kommunikationsstrategie erarbeitet.

TOURISMUS UND WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Tourismus im Allgemeinen

Der Tourismus in der Schweiz und auch im Wallis entwickelte sich im Jahre 2006 gut. Obwohl die genauen Statistiken noch fehlen und zum Teil vom Bund nicht mehr erhoben werden, lassen die Berichte von den örtlichen Organisationen den Schluss zu, dass die Übernachtungszahlen um 3 bis 5 % angestiegen sind. Zwei Tatsachen liegen diesem Wachstum zu Grunde. Einerseits zeichnete sich in der Schweiz und in den übrigen Hauptherkunftsändern der Gäste ein allgemein günstiger Konjunkturverlauf und andererseits haben die meteorologischen Bedingungen zu diesem positiven Ergebnis

geführt. Da die Wechselkursschwankungen kaum ins Gewicht fielen, schlugen die beiden positiven Ereignisse voll auf den Tourismus durch und führte zu diesem erfreulichen Ergebnis.

Neues Tourismusgesetz

Die Arbeiten zur Revision des Gesetzes über den Tourismus wurden fortgesetzt mit einer breiten Konsultation der interessierten Kreise, ja auf Wunsch konnten sich sogar einzelne Bürgerinnen und Bürgern daran beteiligen. Die eingegangenen Antworten zeigten klare Richtungen auf, nämlich:

- Die Notwendigkeit der Straffung der Strukturen ist unbestritten;
- Der Branche sollten mehr Mittel für die Förderung zur Verfügung gestellt werden;
- Die vorgeschlagene Neuordnung der Finanzierung sollte grundsätzlich überdacht werden;
- Die Eigentümer von Ferienwohnungen sollten vermehrt zur Finanzierung der touristischen Infrastruktur herbeizogen werden;
- Die Immobilientransaktionen wären zu Gunsten des Tourismus zu belasten.

Zur Fortführung der Arbeit hat der Staatsrat eine Begleitgruppe eingesetzt, die seither ihre Arbeiten aufgenommen hat und demnächst zu Ende führen wird.

Im Rahmen dieser Gesetzesrevision wurde beschlossen, die Bereiche Bergführer, Skilehrer, Wanderleiter etc. aus dem Tourismusgesetz heraus zu lösen und dafür eine eigene Gesetzesgrundlage zu schaffen. Der Entwurf demnächst in die parlamentarische Beratung gehen kann.

In diesem Zusammenhang musste in Betracht gezogen werden, dass auf nationaler Ebene eine Motion von Herrn Staatsrat Jean-Michel Cina, der seinerzeit als Nationalrat eine parlamentarische Initiative einreichte, behandelt werden muss. Das Wallis beteiligte sich an der Vernehmlassung und brachte seine langjährigen Erfahrungen ein.

Informationsstelle Wallis

Nach eingehender Analyse wurde die Informationsstelle Wallis neu geregelt. In Zukunft konzentrieren sich ihre Arbeiten auf den gemeinsamen Auftritt aller Wirtschaftspartner außerhalb des Kantons. Die Informatikplattform wurde zur Dienststelle für Informatik verlegt und die Verwaltung der Marke Wallis wurde an eine eigens dafür geschaffene Gesellschaft delegiert. Diese gemeinsame Marke erfährt eine Neuorientierung und umfasst neu sämtliche Wirtschaftssektoren.

Um die Arbeiten besser bündeln und effizienter ausrichten zu können, ging sie mit dem Beratungsbüro Klaus J. Stöhlker AG in Zürich eine Partnerschaft ein. Die Zusammenarbeit erwies sich als erfolgreich und wird weitergeführt.

Grosse Arbeiten verlangte der Gastrolle des Wallis an den Olympischen Winterspielen in Turin. Auch dieser Auftritt kann als grosser Erfolg bewertet werden.

Die Arbeitsschwerpunkte der Informationsstelle für 2007 waren die Vorbereitungen zur werbemässigen Nutzung der Eröffnung des NEAT Basistunnels am Lötschberg und der Auftritt des Wallis am Comptoir Suisse in Lausanne im Herbst.

Skilehrer, Bergführer und Wanderleiter

Am 24. November 2006 konnten 9 Bergführer, 29 Ski-, Langlauf- und Snowboardlehrer sowie 15 Wanderleiter das Walliser Patent in Empfang nehmen.

Eine Arbeitsgruppe befasst sich gegenwärtig mit der Problematik der Anerkennung des Berufes als Wanderleiter durch den Bund. Ein entsprechendes Kandidaturdossier ist bei der zuständigen Bundesbehörde hinterlegt worden.

Finanzhilfen

Finanzhilfen wurden an Veranstaltungen gewährt, die eine hohe Werbewirkung für den Kanton versprachen. Die Veranstaltungen

umfassten die Bereiche Kultur, Sport und Tourismus.

Zudem wurden verschiedene Projekte unterstützt, die von nationaler, kantonalen und regionaler Bedeutung für den Tourismus sind.

PREGO

Gemeinsam mit den Kantonen Uri, Graubünden und Tessin beteiligt sich das Wallis an den Arbeiten, die unter der Abkürzung PREGO («Projekt Räumentwicklung San Gottardo») stehen. Die vier Regierungen wollen diesen Raum gemeinsam entwickeln und sich gegenseitig bei der Realisierung von Grossprojekten unterstützen.

DIENSTSTELLE FÜR INDUSTRIE, HANDEL UND ARBEIT

Detaillierte Informationen sind auf der Internetseite www.vs.ch/diha unter den verschiedenen Tätigkeitsgebieten der Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit (DIHA) zu finden.

Der Tätigkeitsbericht über die Verwaltung der Arbeitslosigkeit im Wallis, welcher jedes Jahr im Juni veröffentlicht wird, stellt die Tätigkeiten der verschiedenen Partner vor, welche mit der Verwaltung der Arbeitslosigkeit in unserem Kanton beauftragt sind. Es sind dies die kantonalen Dienststellen, die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren, die Organisatoren von arbeitsmarktlchen Wiedereingliederungsmassnahmen sowie die Arbeitslosenkassen.

Handel und Patente

2006 wurden folgende Patente und Bewilligungen erteilt:

Jahr	Automatische Apparate	Spielsalons	Reisendengewerbe	Tombolas
2004	2878	8	202	193
2005	3046	7	41	180
2006	3148	7	116	192

Deklarationsverordnung in Bäckereien, Weinhandlungen sowie diversen anderen Betrieben durchgeführt. Die meisten Kontrollen wurden bei den automatischen Apparaten durchgeführt.

Seit dem 1. Januar 2006 sind die beiden Eichmeister in die DIHA integriert. Diese Integration führte dazu, dass die DIHA nunmehr alle Kontrollen im Bereich der rechtlichen Metrologie direkt dem Kunden verrechnet. Der Kanton verfügt über zwei Eichämter, eines für die französisch sprechenden und das andere für die deutsch sprechenden Bezirke inklusive Siders. Im Ganzen wurden 2006 im Kanton 1047 Kontrollen durchgeführt.

Die kantonale Stelle des Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden hat in insgesamt 37 Schadefällen zusätzlich zur Schweizerischen Fondshilfe einen entsprechenden kantonalen Beitrag in der Gesamthöhe von 12'001.50 Franken geleistet. Der Schweizerische Fonds seinerseits hat für dieselben Schadefälle einen Gesamtbetrag von 64'933 Franken an die Geschädigten ausbezahlt. Außerdem wurde mittels Staatsratsentscheid ein Betrag von 750'000 Franken zugunsten des Spezialfonds betreffend Entschädigung der durch einen Erdrutsch verursachten Schäden von Montagnon und Produkt gewährt.

Beherbergung und Bewirtung

Die DIHA führte 2006 ihre Zusammenarbeit mit den Gemeinden fort, um sie zu unterstützen und sie bei der Anwendung und Umsetzung des neuen Beherbergungs- und Bewirtungsgesetzes (GBB) zu beraten. In diesem Sinne wurde am 11. Dezember 2006 ein vom Departementsvorsteher des DVR unterzeichnetes Schreiben an alle Gemeinden versandt. Dieses Schreiben enthielt eine Kurzfassung der wichtigsten Überlegungen der DIHA zu dieser Umsetzung. 2006 verzeichnete das neue Verarbeitungssystem für Bewilligungen und Fakturierung der Jahresgebühr seine ersten Erfolge:

- Beginn Januar: Fakturierung der Jahresgebühr 2005;

- Ende September: Fakturierung der Jahresgebühr 2006;
- im Juni und Dezember: Ausschüttung von 30% zu Gunsten der Gemeinden und 60% zu Gunsten des kantonalen Fonds für die Aus- und Weiterbildung.

2006 und im Vergleich zu 2005 gingen die Gesuche um eine Anerkennung der Ausbildung und Berufserfahrung leicht zurück. Sechs obligatorische kantonale Prüfungen wurden auf Französisch und vier auf Deutsch organisiert. 164 französisch sprechende und 68 deutsch sprechende Teilnehmende bestanden die Prüfung.

Wie bereits 2005 arbeitete die DIHA mit der Kommission für Aus- und Weiterbildung zusammen und der kantonale Fonds wurde hauptsächlich für Beiträge an die Weiterbildung ritzy* sowie an das erste Lehrjahr Hotellerie, Gastronomie, Animation (HGA) im Schulbetrieb verwendet.

Schlichtungsbehörde für Mietverhältnisse

Die Kantonale Schlichtungsbehörde war auch 2006 mit einer hohen Anzahl unterbreiterter und bearbeiteter Dossiers konfrontiert. Die juristischen Anforderungen steigern den Umfang der Dossiers durch mehr Beweistücke und erhöhen die Korrespondenz.

2006 erhielt die Behörde 673 Dossiers, wovon 576 wie folgt abgeschlossen wurden:

- in 380 Fällen (66%) konnte eine Einigung erzielt werden;
- in 66 Fällen (11,5%) konnte keine Einigung erzielt werden;
- in 69 Fällen (12%) fällte die Schlichtungsbehörde einen Entscheid;
- 61 Fälle (10,5%) konnten anderweitig erledigt werden.

Das Sekretariat erhält im Durchschnitt 44 Dossier pro Monat. Ein Drittel dieser Dossiers benötigt keiner Einberufung einer Schlichtungssitzung. Für die anderen zwei Drittel tagte die Kommission 36 Tage und 7 Halbtage (wovon 3 Tage und 5 Halbtage im Oberwallis), das Schiedsgericht nicht eingeschlossen.

Darüber hinaus ist die Erneuerung der Schlichtungskommission fast abgeschlossen. Das Schiedsgericht wurde für einen Fall einberufen und Zeugen wurden aufgerufen. Der Schlussentscheid liegt noch nicht vor.

Arbeitsmarkt

Entwicklung der Arbeitslosigkeit



2006 erreichte das Jahresmittel der Arbeitslosigkeit im Wallis 3,5% (-0,5 Prozentpunkte). Das erste Mal nach 4 aufeinander folgenden Jahren der steten Zunahme kann eine Verminderung der Arbeitslosigkeit festgestellt werden. Trotz dieses Ergebnisses liegt die Arbeitslosenquote des Wallis weiterhin über dem schweizerischen Mittel von 3,3% (0,5 Prozentpunkte). Innerhalb der Regionen sank die durchschnittliche Arbeitslosenquote im letzten Jahr im Oberwallis um 0,6 Prozentpunkte auf 1,8%, im Mittelwallis um 0,5 Prozentpunkte auf 4,2% und im Unterwallis um 0,4 Prozentpunkte auf 4,1%.

Die durchschnittliche Zahl der Arbeitslosen im Wallis verminderte sich um 643 auf 4806 und die durchschnittliche Zahl der Stellensuchenden um 636 auf 8383. Die saisonalen Schwankungen nahmen im Vergleich zum Vorjahr nochmals an Bedeutung zu: Die Differenz zwischen dem Höchststand der Zahl der Arbeitslosen im Januar (6874) und ihrem Tiefststand im Juli (3492) beträgt 3382 und jene zwischen dem Höchststand der Stellensuchenden im Januar (11 061) und deren Tiefststand im Juli (6595) beträgt 4466.

Arbeitslosenversicherung

Eine detaillierte Auflistung der verschiedenen Aktivitäten erfolgt im Tätigkeitsbericht über die Verwaltung der Arbeitslosigkeit, auf welchen hiermit verwiesen wird.

	Entwicklung der Betreuungszahlen pro RAV in Prozent				
	Oberwallis	Siders	Sitten	Martinach	Monthey-St.-Maurice
2005 im Vergleich zu 2004	- 6,5%	+11,9%	+2%	+9,4%	+1,3%
2006 im Vergleich zu 2005	- 18,8%	- 5,9%	- 5,7%	- 1,7%	- 9,7%

Die Gesuche der Arbeitgeber um Kurzarbeitsentschädigung nehmen regelmässig ab.

Öffentliche Vermittlung und Beratung: Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren

2006 verzeichneten die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) des Wallis einen grossen Rückgang der Zahl der Stellensuchenden. Im Vergleich zu 2005 entspricht diese Abnahme im Jahresdurchschnitt 7,6%. Sie markiert einen deutlichen Abschluss des zwischen 2001 und 2005 beobachteten regelmässigen Anstiegs der Arbeitslosigkeit.

Das Arbeitsvolumen der Mitarbeitenden nahm jedoch nicht im selben Rahmen ab, denn gleichzeitig (und paradoxerweise) werden mehr Bewegungen als vor einigen Jahren festgestellt (1269 An- und 1341 Abmeldungen im monatlichen Durchschnitt). Dies scheint, aller Wahrscheinlichkeit nach, auf eine grössere Flexibilität des Arbeitsmarktes hinzuweisen, die mit dem Anstieg der Ungewissheit vieler Lohnempfänger im Kanton einhergeht.

Die Tätigkeit der RAV betraf im Jahresmittel monatlich 8383 Stellensuchende. Im Durchschnitt betreuten die Personalberatenden pro Monat 104 Dossiers. Dies betrifft je nach Monat zwischen 6595 und 10 469 Personen, die von den Walliser RAV betreut und beraten wurden.

	2003	2004	2005	2006	Veränderung zum Vorjahr
Fälle zur Abklärung	274	350	422	392	- 7%
Erlassgesuche	101	64	71	72	--
Einsprachen	166	287	342	375	+10%
Total	541	701	835	839	--

Diese Situation erfordert substantielle Sparmassnahmen für 2007, denn das den RAV vom Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) eingeräumte Budget ist direkt von der Entwicklung der Zahl der Stellensuchenden abhängig.

Kennzeichnende Tatsachen

Die Arbeitgeberkontakte erhielten einen bedeutenden Impuls. Jeden Monat wurden an die 400 Kontakte mit den Arbeitgebern des Kantons gepflegt. Ein Viertel davon waren Erstkontakte. Diese Vorgehensweise wirkt sich offensichtlich positiv auf die Meldung von offenen Stellen, die Vermittlung von Personen in Betriebe sowie die Verminderung der Arbeitslosigkeit oder ihrer Kosten aus. Eine Befragung der Unternehmen über die Arbeit der RAV zeigte übrigens, dass sie sehr zufrieden sind.

Tatsächlich weisen Walliser Arbeitslose eine der durchschnittlich kürzesten Entschädigungsdauer der Schweiz auf. Die durchschnittliche Dauer für die Arbeitssuche variierte im Wallis je nach Monat zwischen 177 und 196 Arbeitstagen. Auf schweizerischer Ebene sind es zwischen 247 und 256 Tagen. Zum Glück entwickelten sich die Langzeitarbeitslosigkeit und die Aussteuerung ebenfalls in eine günstige Richtung.

Die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt einer steigenden Anzahl Personen in schwierigen und komplexen Situationen bleibt eine Priorität. Aus diesem Grund arbeitet die DIHA zusammen mit der kantonalen IV-Stelle und der Dienststelle für Sozialwesen an der

Umsetzung eines nationalen Projekts, welches eine gemeinsame Bearbeitung von Fällen ermöglicht, bei welchen der Gesundheitszustand eine Rückkehr in den primären Arbeitsmarkt erschwert.

Die private Arbeitsvermittlung: Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

2006 wurden 6 Unternehmen, die im Personalverleih tätig sind, überprüft. Diese Kontrollen werden mit Unterstützung der Dienststelle für Arbeitnehmerschutz und in Zusammenarbeit mit der kantonalen Beschäftigungsinspektion durchgeführt. Darüber hinaus werden regelmässig Kontrollen der Arbeitsverträge durchgeführt, welche im Rahmen von Aufenthaltsbewilligungsverfahren von den Personalverleihunternehmen der Dienststelle für Zivilstandeswesen und Fremdenkontrolle ausgehändigt werden. 2006 waren dies 140 Dossiers.

Arbeitsmarktbeobachtung Wallis

Die Arbeitsmarktbeobachtung Wallis (ABW) befasste sich mit folgenden Themen:

- Mitarbeit beim Aufbau des «portail économique» des DVR;
- Umsetzung der Möglichkeiten des Systems LAMDA für die Führung arbeitsmarktl. Massnahmen;
- VS - Link;
- Kennzahlen der Entwicklung der Arbeitslosigkeit;
- ORTE (observatoire romand et tessinois de l'emploi): Vergleich der Entwicklung der arbeitsmarktl. Massnahmen und der Temporärarbeit zwischen den Kantonen;
- Unterstützung der Wirtschaftsförderung im Bereich der Abklärungen und der Rekrutierung von Personal im Rahmen von Ansiedlungen neuer Unternehmen.

Logistik arbeitsmarktl. Massnahmen

Arbeitsmarktliche Massnahmen im Allgemeinen

Massnahme	Teilnehmer Tage 2004	Teilnehmer Tage 2005*	Teilnehmer Tage 2006*	Veränderung zum Vorjahr
Beschäftigungsprogramme	85 284	87 279	99 500	+ 14%
Kurse	83 981	89 993	81 400	- 9%
Einarbeitungszuschüsse	18 600	21 931	18 500	- 16%
Betriebspрактиka	7174	10 473	8500	- 19%
Förderung der selbstständigen Erwerbstätigkeit	5547	5125	4250	- 17%
Ausbildungszuschüsse	2348	2472	1200	- 51%

Diese Daten basieren auf dem Statistiksystem LAMDA und weisen die effektiv besuchten Tage aus (*Die Werte 2006 können sich zum Teil noch nach oben verändern.).

Die verbesserte Lage auf dem Arbeitsmarkt schlug sich vor allem in den Kursen und in den Massnahmen in den Unternehmen nieder. Die Logistik arbeitsmarktl. Massnahmen (LAM) stellt fest, dass die Beschäftigungsprogramme hingegen stark zunahmen. Dies ist vor allem auf die vermehrte Aktivierung von Stellensuchenden im Winter zurück zu führen.

Die Verteilung der Massnahmen auf die verschiedenen Regionen ist sehr unterschiedlich. Dies hängt einerseits vom Arbeitsmarkt ab, andererseits aber auch von der Eingliederungspolitik der RAV-Regionen. Tendenziell kann festgestellt werden, dass Regionen mit einem starken Einsatz von Massnahmen während der Rahmenfrist weniger kantonale Massnahmen beanspruchen.

Ergänzende kantonale Massnahmen

Allgemein kann bei den ergänzenden kantonalen Massnahmen eine Abnahme verzeichnet werden. Die gute Wirtschaftslage wirkt sich auch auf die Anzahl Teilnehmer in den kantonalen Massnahmen aus. Die Kosten bildeten sich um 10% zurück. Die Anzahl Teilnehmer in den Massnahmen blieb unverändert, dagegen nahmen jedoch die frühzeitigen Austritte zur Annahme einer Arbeitsstelle im Arbeitsmarkt zu.

In zwei RAV-Regionen (Oberwallis, Monthey – St. Maurice) konnte eine starke Abnahme verzeichnet werden. In der Region Martinach ist hingegen eine starke Zunahme bei den kantonalen beruflichen Eingliederungsverträgen feststellbar.

Ergänzende kantonale Massnahmen	Verfügungen			
	2003	2004	2005	2006
Kantonale berufliche Eingliederungsverträge (BEV)	511	707	734	705
Kantonale Einarbeitungszuschüsse (EAZ)	19	26	31	26
Kantonale Pendlerkosten- und Wochenaufenthaltserträge (PeWo)	6	11	9	8
Bildungsmassnahmen	23	14	27	22

Ausländische Arbeitskräfte

Freier Personenverkehr zwischen der Schweiz und den EU/EFTA-Staaten

Seit dem 1. Juni 2004 registriert die DIHA die Meldungen für bewilligsfreie Erwerbstätigkeiten von weniger als drei Monaten. Der administrative Aufwand ist erheblich.

Meldungen (Erwerbstätigkeiten < 3 Monaten)

	2005	2006	Veränderung zum Vorjahr
Von einem Schweizer Arbeitgeber angestellte Arbeitnehmer	3573	4026	+ 13%
Entsandte Arbeitnehmer	1311	1607	+ 22%
Selbstständige Dienstleistungserbringer	259	331	+ 28%
Total	5143	5964	+16%

Rekrutierung von Arbeitnehmern aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten

2005 bewilligte der Bund den Landwirtschaftsbetrieben, Arbeitnehmer aus den neuen EU-Mitgliedstaaten zu rekrutieren. Seit dem Inkrafttreten des Abkommens über den freien Personenverkehr zwischen der Schweiz und diesen Ländern am 1. April 2006 ist es nunmehr möglich, Arbeitskräfte für alle Wirtschaftsbranchen zu rekrutieren. Diese Rekrutierung ist jedoch kontingentiert und unterliegt dem Vorzug von einheimischen Arbeitnehmern bei einer Neueinstellung sowie den orts- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die DIHA führte diesbezüglich 2006 eine äussert strikte Politik. So wurde beispielsweise systematisch eine Vormeinung des RAV eingeholt.

	2005	2006	Variation en %
Kurzaufenthaltsbewilligung von weniger als 12 Monaten (Permis L)	225'	339	+50%
Aufenthaltsbewilligung 5 Jahre (Permis B)	0	9	

Nur Landwirtschaft, inklusive Praktikanten

Arbeitsbewilligung für Angehörige von Drittstaaten

Die DIHA führte ihre selektive und restriktive Bewilligungspolitik für

ausländische Arbeitskräfte aus Drittstaaten fort. Seit dem 1. Juni 2004 werden die für mehr als 4 Monate entsandten Arbeitnehmer aus rein juristischen Gründen dem Kontingent der Drittstaaten angelastet.

Vorentscheide	2005	2006	Veränderung zum Vorjahr
Kurzaufenthaltsbewilligungen von weniger als 4 Monaten	686	623	-9%
Kontingentierte Kurzaufenthaltsbewilligungen	278	323	+4%
Jahresaufenthaltsbewilligungen	41	35	-9%
Bewilligungen für Asylsuchende / provisorisch Zugelassene	580	578	-
Total	1585	1559	-2%

Flankierende Massnahmen zum freien Personenverkehr
Die DIHA nahm aktiv an den Tätigkeiten der kantonalen tripartiten Kommission teil, deren Sekretariat sie führt. Zudem unterstützte sie regelmäßig die kantonale Beschäftigungsinspektion.

Die Umsetzung der flankierenden Massnahmen bringt zahlreiche praktische Probleme mit sich. Es wurde alles daran gesetzt, die Verfahren aufzufrischen und zu vereinfachen. Zusammen mit der kantonalen Beschäftigungsinspektion meldete und verrechnete die DIHA Bussen für fehlende Meldungen in der Höhe von 28'900 Franken.

Gesetzgebung

Die DIHA arbeitete aktiv an der Ausarbeitung des Vorentwurfs für das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über die in die Schweiz entsandten Arbeitnehmer und zum Bundesgesetz über Massnahmen zur Bekämpfung der Schwarzarbeit sowie seiner Botschaft mit. Ausserdem wurde das kantonale Reglement über die Festsetzung der fremdenpolizeilichen Gebühren geändert.

DIENSTSTELLE FÜR LAND-WIRTSCHAFT

Einleitung

Das Jahr 2006 war geprägt durch wichtige Gesetzesänderungen auf nationaler als auch kantonaler Ebene, welche die Dienststelle für Landwirtschaft sehr stark beanspruchte.

Die Agrarpolitik 2011 (AP 011) setzt den gesetzlichen und finanziellen Rahmen, in welchem sich die Schweizer Landwirtschaft während der Periode 2008 bis 2011 bewegen darf. Die AP 011 ging zu Beginn des Jahres 2006 in Vernehmlassung und kam in der Dezember-Session 2006 in den Ständerat. Unsere Priorität galt folgenden drei Standpunkten:

- Die Beibehaltung der kantonalen Eigenständigkeit in Bezug auf AOC-Weine sowie die Zurückweisung einer Harmonisierung der Auflagen auf nationaler Ebene.
- Die Möglichkeit Investitionskredite im Obst- und Weinbau zu gewähren.
- Die Beibehaltung der Siloverbotszulage, welche für die Rohmilchkäseproduktion unabdingbar ist.

Im Frühjahr wurde auf kantonaler Ebene der Entwurf des Gesetzes über Landwirtschaft und Raumentwicklung in Vernehmlassung geschickt. Im Herbst wurde es in einer ersten Lesung im Grossrat behandelt. Dieser Entwurf beinhaltet eine einheitliche, koordinierte Entwicklung des ländlichen Raumes sowie die nötige Flexibilität um auf zukünftige Herausforderungen in der Landwirtschaft und im ländlichen Raum reagieren zu können. Dieser Entwurf verankert die Walliser Weinwirtschaft als wichtiger Wirtschaftssektor im Gesetz und bekräftigt den Willen des Kantons, sich in Zukunft aktiv für die Weinwirtschaft einzusetzen.

Absatzförderung

Im Jahre 2006 hat die Dienststelle für Landwirtschaft Absatzförderung und Innovationsprojekte mit Franken 3'035'259.- unterstützt.

Diese Subventionen wurden durch die Rückerstattung der Schwerverkehrsabgabe für den Primärsektor des Kantons Wallis finanziert. Die Hälfte des finanziellen Beitrags von Fr. 1'500'000.- wurde, gemäss einem Grossratbeschluss, als Finanzhilfe der Diversifizierung von Obstkulturen entrichtet. Der Branchenverband Rebau und Wein, Früchte und Gemüse haben seit 2003 einen dreijährigen Leistungsauftrag erhalten. Der finanzielle Beitrag für das Jahresprogramm 2006 belief sich auf Fr. 750'000.- (Fr. 500'000 für die Branchenorganisation Rebau u. Wein, Fr. 250'000 für die Branchenorganisation Früchte und Gemüse).

Für verschiedene Aktivitäten, insbesondere zu Gunsten der Produktionsketten (Fleisch, Käse, Bio Milch), der Absatzförderung von AOC- und IGP-Produkten sowie der Entwicklung einer branchenübergreifenden Marke Valais-Wallis, wurden Fr. 785'259.- eingesetzt.

Die Dienststelle betreibt verschiedene innovative Projekte, wie die Absatzförderung von alten Gemüsesorten und die Produktion von Medizinalpflanzen in Berggebiet. Sie hat die Eringerrasse und das kantonale Finale in Aproz unterstützt. Zudem wurden subsidiäre Massnahmen im Reb- und Weinbau und Regionalprojekte im Bereich der Absatzförderung von typischen Produkten beschlossen. Die Dienststelle hat beim neuen Layout, Integration im Nouvelliste, der Terre valaisanne mitgearbeitet. Die Monatsausgabe im Nouvelliste sowie die Quartalsbeilage informieren die Leser während des gesamten Jahres über die Aktivitäten und Produkte der Walliser Landwirtschaft. Diese Form der Ausgabe erlaubt es, regelmässig über wirtschaftliche und politische Herausforderungen zu informieren.

Kantonale Landwirtschaftsschule

Châteauneuf

Für das Schuljahr 2006/2007 konnten 163 Lernende aufgenommen werden, was einer Zunahme von 24 Schülerinnen und Schülern gegenüber dem Vorjahr entspricht.

Erwähnenswert ist die Tatsache, dass es sich dabei um die höchste je an dieser Schule registrierte Anzahl Schüler handelt. 59 Schüler im 1., 52 im 2. und 52 im 3. Lehrjahr.

Durch diese Zunahme der Anzahl Lernenden musste eine zusätzliche Klasse eröffnet werden, um eine qualitativ gute Ausbildung gewährleisten zu können. In 2 Jahren musste die Schule somit 3 neue Klassen einführen. Die Verteilung sieht folgendermassen aus: 3 Klassen im 1. Jahr, 3 Klassen im 2. Jahr – 2 Richtung Landwirtschaft und 1 Richtung Spezialkulturen – und 3 Klassen im 3. Jahr – 1 Richtung Landwirtschaft und 2 Richtung Spezialkulturen.

19 Lernende befinden sich in der Ausbildung zu Kellermeister mit Fähigkeitszeugnis.

Die landwirtschaftliche Schule stellt auch die Unterkunft und Verpflegung für die Berufsschule für Pflege und Hauswirtschaft sicher, wo in 3 verschiedenen Ausbildungen insgesamt 350 Lernende unterrichtet werden.

Total besuchen somit über 500 Jugendliche die Ausbildungsstätte in Châteauneuf.

Die Gutsbetriebe von Châteauneuf und Les Barges stellen eine unentbehrliche Stütze für die praktische und theoretische Ausbildung der Schule dar. Beide Betriebe dienen ebenfalls der Durchführung von verschiedenen Versuchen zum Nutzen der Walliser Landwirtschaft. Vermerkt seien insbesondere der Mastversuch von Eingertieren für einen Fleisch-Qualitätsvergleich und der vom Gutsbetrieb in Châteauneuf durchgeführte Kurs über Trockensteinmauern.

Im Jahre 2006 wurden von der ganzen Dienststelle Überlegungen für eine bessere Positionierung der verschiedenen Gutsbetriebe des Kantons und zur Definierung von Kompetenzzentren angestellt. Die Resultate dieser Arbeit sollten 2007 vorliegen.

Visp

Das Landwirtschaftszentrum in Visp ist bestrebt, Bedürfnisse der Oberwalliser Landwirtschaft im Bereich Aus- und Weiterbildung abzudecken.

Die Klasse Berufsschule für Landwirte inkl. Zweitausbildung besuchen gegenwärtig 22 Schüler und Schülerinnen. Drei Kandidaten haben im Sommer 06 erfolgreich die Lehre abgeschlossen und 13 sind neu in die landwirtschaftliche Ausbildung eingestiegen. Bei 5 Schülerinnen und Schülern handelt es sich dabei um eine Zweitausbildung.

Im Rahmen der Betriebsleiterschule wurden die Module Marketing, Agrarrecht / Unternehmensformen, Landtechnik / Arbeitssicherheit und Agrotourismus durchgeführt. Zwei Kandidaten haben die Berufsprüfung abgelegt und den Titel «Landwirt mit eidgenössischem Fachausweis» erlangt. Der modulare Aufbau der Betriebsleiterschule ermöglicht den Teilnehmern laufend Neueinstieg und Abschluss.

Im Rahmen der Weiterbildung wurden 45 Kurse angeboten, welche von über 1200 Teilnehmerinnen und Teilnehmern besucht wurden. Die Berufsschule für Pflege und Hauswirtschaft ist seit Beginn des Schuljahres 2006/2007 neu der Berufsfachschule Oberwallis angegeschlossen, behält aber ihren Standort am Landwirtschaftszentrum. Im Rahmen der ISO-9001 wurde ein neues Audit durchgeführt, das die ISO-Zertifizierung aus dem Jahre 2000 bestätigt hat.

Im Jahre 2005 wurde der Betrieb auf ein Kompetenzzentrum für Kleinwiederkäuer umgestellt. In der neuen Käserei wird die Schaf- und Ziegenmilch zu einer vielseitigen Produktpalette verarbeitet. Zudem wird der Betrieb auf biologische Bewirtschaftung umgestellt. Im Verlaufe des Jahres 2007 sollten die Umbauarbeiten beendet werden können. Die Direktvermarktung von Blumen, Gemüsesetzlingen und Jungbäumen im eigenen Verkaufsladen bleibt ein wichtiger Betriebszweig.

Amt für Viehwirtschaft

Sektion Tierzucht

Die untenstehende Tabelle zeigt die Entwicklung der wichtigsten Tierkategorien und deren Halter im Kanton Wallis.

Während den letzten 10 Jahren nahm die Zahl der Rindviehhälter um 6 pro Monat ab. Gleichzeitig wurden 1'053 Kühe weniger gehalten, auf Kuhalpen umgerechnet sind es 10 Alpbetriebe. Die Zahl der Schafhalter verringerte sich von 4 pro Monat. Wird die Abnahme der Anzahl Schafe in GVE umgerechnet, ergibt dies eine Grösse von 2 Alpbetrieben. Der Verlust von 12 Alpbetrieben in den letzten 10 Jahren bleibt nicht ohne Konsequenzen für die Bewirtschaftung der Alpen und des Grünlands. Deshalb sind neue Lösungen für eine dauerhafte und nachhaltige Bewirtschaftung des Grünlands gefragt.

	Rindvieh			Schafe		
Jahr	1996	2001	2006	1996	2001	2006
Tierhalter	2227	1667	1471	1440	1181	994
Zuchttiere (w)	15522	14465	14469	39091	38282	37612

Sektion Milchwirtschaft

Wie bereits im Bericht 2005 erwähnt, hat die Übernahme der EU-Gesetzgebung auf die Schweizer Milchqualitätsverordnung dem milchwirtschaftlichen Inspektions- und Beratungsdienst (MIBD) jegliche rechtliche Basis genommen. Demzufolge wurde der MIBD am 31 Dezember 2006 aufgelöst. Aufgrund dieser Veränderung wurden die Mitarbeiter des Amtes für Viehwirtschaft auf ihre zukünftige Arbeit bereits vorbereitet.

Der Aussendienst wurde somit von 4.5 Arbeitseinheiten auf 2 Arbeitseinheiten reduziert. Die Aufgaben des MIBD werden in Zukunft wie folgt aufgeteilt:

- die Qualitätskontrolle von Verkehrsmilch wird durch das Labor Swisslab in Zollikofen durchgeführt. Einzig das Milchlieferrungsverbot, ausgelöst bei einem Verstoss gegen die Qualitätsbestimmungen, bzw. dessen Aufhebung, bleibt im Verantwortungsbereich des Amtes für Viehwirtschaft. Unsere beiden Inspektoren werden gegen Entschädigung die Probeerhebungen weiterhin durchführen.
- Die Kontrolle der Qualitätssicherung auf den Milchverarbeitungsbetrieben wird das Kantonslabor durchführen.
- Die Kontrolle der Qualitätssicherung auf den Produktionsbetrie-

ben wird das Amt für Viehwirtschaft durchführen.

- Die Beratung von Milchproduktions- und Verarbeitungsbetrieben erfolgt durch das Amt für Viehwirtschaft.

Die Qualität der Verkehrsmilch blieb gegenüber dem Jahr 2005 unverändert.

Amt für Strukturverbesserungen

Konzeptstudie, Planung und Erhaltung des ländlichen Raumes

In diesem Bereich lagen die Schwerpunkte 2006 wie folgt :

1. Konzept zur Erhaltung der Trockenmauern von Fully,
2. Begleitung von ungefähr 45 Projekten im Bereich «Landumlegungen und Grenzbereinigung»,
3. Erstellung des Entwicklungsplanes des ländlichen Raumes der Gemeinde Evolène,
4. Förderung eines neuen regionalen ländlichen Entwicklungsprojektes im Val d'Anniviers,
5. Erstellung eines Projektes zur Vernetzung von ökologischen Ausgleichsflächen im Gebiet der Güterzusammenlegung von Orsières

Umsetzung, Erhaltung und Wiederinstandstellung der landwirtschaftlichen Strukturen

A fonds perdu Beiträge

Der Kanton subventionierte die landwirtschaftlichen Strukturverbesserungsmassnahmen mit Fr. 5.7 Mio (2.1 Mio. Fr. für die Gemeinden, 2.6 Mio. Fr. für Institutionen, 0.9 Mio. Fr. für Private und 0.1 Mio. Fr. für Burgergemeinden). Auf Bundesebene betragen die Zusicherungen Fr. 3.9 Mio. Was die Zahlungen betrifft, betragen diese 4.8 Mio. Franken beim Kanton und 4.2 Mio. Fr. beim Bund. Die wichtigsten Aktivitäten 2006 waren folgende:

- Zusicherung von 2 Mio. Franken Kantonsbeiträge zu Gunsten der Errichtung der Käserei des Walliser Milchverbandes von Siders zwecks besserer Verwertung der Walliser Milchproduktion
- Ausführung des regionalen ländlichen Entwicklungsprojektes im Eringertal (LEP), für welches bis Ende 2007 mehr als 7 Mio. Franken investiert werden
- Periodische Wiederinstandstellungsarbeiten an den landwirtschaftlichen Wegnetzen der Gemeinden Saxon, St-Jean, Ayer, Mund und Staldenried
- Kulturtechnische Bauarbeiten, primär bei den Wässerwasserleitungs- Bewässerungs- und Fluranlagen

Zinslose Investitionskredite

- Gewährung von 24 Krediten für die Totalinvestition von 4,1 Mio. Franken, inklusiv 4 Projekte als Starthilfe für total Fr. 360'000.-
- Von insgesamt 59,2 Mio. Franken laufenden Debitoren in den Investitionskrediten ist im letzten Jahr kein Verlust zu verzeichnen gewesen,
- 8 Betriebshilfedarlehen und 1 Umschulungsbeihilfe für einen Gesamtbetrag von Fr. 896'650.-

Agro-Tourismus

- Ein Konzept wurde an die verschiedenen Interessengruppen abgegeben. In der Dienststelle für Landwirtschaft wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, welche die Politik bezüglich Agro-Tourismus zu definieren hat.

Amt für Betriebsberatung

Die landwirtschaftliche Betriebsberatung arbeitet bei mehreren Ökovernetzungs- und Regionalentwicklungsprojekten mit. Folgende Ökovernetzungsprojekte sind derzeit am laufen: Binnatal, Ried-Mörel, Zeneggen, Löschental, Aletsch-Hohtenn, Gampel-Erschmatt und Leuk im Oberwallis und Orsières und Saint-Martin im Val d'Hérens im Unterwallis. Bei den ländlichen Entwicklungsprojekten sind zwei Projekte im Gange: «La Cavagne» im Val d'Illiez und dasjenige im Val d'Hérens.

Ausserdem ist die landwirtschaftliche Betriebsberatung in verschiedenen Arbeitsgruppen aktiv. Diese sind beispielsweise das Projekt

der «Dritten Rottenkorrektur», das Projekt «Trockenwiesen und –weiden» in der Gemeinde Chalais und das Projekt «Pastoman» im Val d'Entremont, welches sich mit der Entwicklung der extensiv genutzten Futterflächen und den Mastleistungen beschäftigt. Ausserdem unterrichten die Mitarbeiterinnen und die Mitarbeiter an der Landwirtschaftsschule Wallis mit den beiden Standorten Châteauneuf und Landwirtschaftszentrum Visp.

Weinbauamt

Bestockung des Rebbergs

Seit der Einführung des kantonalen Rebbergregisters im Jahre 1990 ist es möglich, die Entwicklung der Rebbaupflanzung zu verfolgen. Im Jahre 2006 belegen der Pinot noir (35 %) der Chasselas (24 %) und der Gamay (15 %) zusammen 74 % der kantonalen Rebfläche (5 158 ha). Die Mehrheit der Rebsorten sind weisse, aber die roten Sorten belegen die grössere Fläche (3 156 ha oder 61 %).

Rebkataster

Wie im Bundesgesetz vorgesehen, ist der Kanton für den Rebkataster verantwortlich. Dieses Jahr wurden 4 Parzellen mit einer Fläche von 3 313 m² in den Rebkataster aufgenommen.

Umstellung im Weinbau

Der vom Bund für das Jahr 2006 bereitgestellte Betrag beläuft sich auf CHF 851 569,25. Von dieser Unterstützung zur Umstellung im Weinbau haben 179 Antragssteller mit einer Totalfläche von 305 395 m² profitiert. Die Kampagne ist nun beendet. 1 409 Anträge kamen in den Genuss von Subventionen in Höhe von CHF 6,4 Millionen Franken; davon wurden CHF 1,2 Millionen vom Kanton Wallis übernommen. Die Anträge betreffen eine Gesamtfläche von 235ha.

Erhalt des Walliser Rebstocks

Auf dem Gutsbetrieb «Domaine du Grand Brûlé» wurden 109 Selektionen Petite Arvine, 23 Selektionen Cornalin und 10 Selektionen Resi angepflanzt. Zudem wurden Edelreiser von Cornalin, Sylvaner und Muscat auf alten Reben für virologische Tests entnommen.

Studie über das Terroir

Seit Beginn der Studie wurden 430 Bodenprofile beschrieben und 100 Sitzungen mit den Weinbauern abgehalten. Die klimatische Studie wird Ende Januar 2007 abgeschlossen. Die geopedologischen Karten sind in Ausarbeitung; die Einreichung der Schlussrapporte ist für April 2007 vorgesehen.

Rebbergkontrolle und organoleptische Kontrolle

Das Departement für Volkswirtschaft und Raumentwicklung hat im Jahre 2005 mit der Branchenorganisation Rebbau und Wein einen Leistungsauftrag für diese Kontrolle unterschrieben.

Beratung und Versuche im Weinbau

Zur Beobachtung der Rebsorte Cornalin wurde ein Netz von 24 Parzellen von Leuk bis Martinach erstellt. 4 meteorologische Stationen wurden in Leuk, Venthône, Vétroz und Saillon errichtet. Auf der Domaine du Grand Brûlé wurden auf 15 Unterlagen agronomische Massnahmen der Sorten Syrah und Cornalin durchgeführt. Interpretation der Bodenanalysen und Düngeberatung bildeten neben der Durchführung von Grund- und Weiterbildungskursen für Walliser Weinbauern in Zusammenarbeit mit Vitival (IP) einen wichtigen Aufgabenbereich des Weinbauamtes.

Önologie-Laboratorium

Das Labor für Önologie befasste sich mit folgenden Aufgaben: Bera-tung bei der Vinifizierung, von der Weinernte bis zur Flaschenabfüllung,

analytische Begleitung der Weine sowie Weinbereitungsversuche (10 000 Proben). Es wurden auch Önologie- und Laborkurse für Weinküferlehrlinge durchgeführt und die Schüler der landwirtschaftlichen Schule unterrichtet. Es gab 29 nationale und internationale Degustationen. Neben der Werbung für Weine mit kontrollierter Ursprungsbezeichnung (AOC) wurde mit dem Walliser Branchenverband für Rebbau und Wein (IVV) zusammengearbeitet.

Grand Brûlé

Die Rebfläche beträgt 130 764 m² (10 160 m² Jungreben), davon mehr als 20 % einheimische Sorten wie Petite Arvine und Cornalin. Die Gesamternte in Höhe von 70 890 kg ergibt einen Ertrag von 0,608 kg/m². Dies ist 27,6 % weniger als der 10-Jahresdurchschnitt. Der Frost des Winters 04/05 hat die Ernte beeinflusst und verlangt einen Wiederaufbau von 1,5 ha. Der Gutsbetrieb beteiligt sich an Versuchen und Experimenten, an der Aufwertung und der Erhaltung des Walliser Rebstocks «Sélection Valais» sowie an den Versuchen von Unterlagen und Vergleichen in der Weinbereitung.

Amt für Direktzahlungen

Die Anwendung der Verordnungen betreffend der Direktzahlungen, der Sömmerrungsbeiträge, der ökologischen Qualität (ÖQV) und Anbauprämién, sowie die Einführung des LN-Projektes, bildeten einen wichtigen Bestandteil der ausgeführten Arbeiten durch die Mitarbeiter des Amtes.

Die verschiedenen Verordnungen wurden auch als Grundlagen bei der Vorbereitung der Informationsitzungen der Ackerbaustellenleiter der Gemeinden, der Bewirtschafter und der verschiedenen Kontrollen in den Gemeinden herangezogen.

Die Verwaltung des Rebregisters beinhaltet die Mutationen für 120'000 registrierte Parzellen mit Weinbau, aufgeteilt auf 21'000 Eigentümer.

Für die Ausrichtung der Direktzahlungen mussten 330'000 Parzellen, aufgeteilt auf 4'500 Betriebe, geprüft werden, davon waren 3'615 Betriebe berechtigt Direktzahlungen zu beziehen.

Prämien und Beiträge 2005/2006

	2005	2006
Pflanzenbau	Fr.140'245.-	Fr.106'185.-
Hangbeiträge	Fr.5'484'230.-	Fr.5'423'254.-
Sömmerrung	Fr.7'526'148.-	Fr.7'314'670.-
RGVE Beiträge	Fr.14'152'121.-	Fr.14'394'847.-
TEP Beiträge	Fr.20'993'352.-	Fr.20'923'524.-
Rebbau in Steillagen	Fr.6'364'119.-	Fr.6'522'711.-
Flächenbeitrag	Fr.45'899'852.-	Fr.45'582'218.-
Oekologischer Ausgleich	Fr.2'903'971.-	Fr.2'802'627.-
Extenso	Fr.109'178.-	Fr.102.141.-
BIO	Fr.1'255'272.-	Fr.1'260'623.-
RAUS	Fr.2'610'620.-	Fr.2'869'712.-
BTS	Fr.239'756.-	Fr.334'703.-
ÖQV	Fr.579'655.-	Fr.662'540.-
Kürzungen – Nachzahlungen	Fr.-1'629'567.-	Fr.-1'807'345.-
Total	Fr.106'628'952.-	Fr.106'492'410.-

Amt für Obstbau

Durchführung der Umstellungsmassnahmen im Obstbau

Die Durchführung der Umstellungsmassnahmen im Walliser Obstbau hat am 16. Dezember 2005 Gesetzeskraft erlangt. Damit wurde der für die Jahre 2006-2009 vorgesehene Rahmenkredit in Höhe von CHF 6 Mio. zur Finanzierung der folgenden 4 Massnahmen freigegeben:

- Ablösung der Williams-, Golden- und Maigoldkulturen durch neue Apfel- oder Aprikosenarten.,
- Erneuerung der Aprikosenkulturen,
- Einführung innovativer Kulturen mit Unterstützung durch Bun-

desbeiträge,

- d) Einführung neuartiger Kulturen, ohne Unterstützung durch Bundesbeiträge (erleichterte Bedingungen).

Im ersten Umstellungsjahr sind die genannten Massnahmen auf sehr grosses Interesse gestossen. Bis Ende 2006 wurden CHF 3,5 Mio. für eine Förderungsfläche von 120 ha gesprochen und an 120 Antragssteller verteilt. Zwei Drittel der gerodeten Flächen werden mit Apfelbäumen bepflanzt, ein Viertel mit Aprikosen. Die restliche Fläche wurde Kulturdiversifikationen zugeschlagen (Tafeltrauben, Spargeln, Pflaumen, Kirschen).

Unterstützung bei der Schaffung neuer Produkte

Da die Obstproduktion auf internationaler Ebene immer stärker zur Angleichung und Standardisierung der Produkte tendiert, verlangt ein Teil der Konsumenten Obst- und Gemüsesorten, die sich vor allem durch ihre Geschmackseigenschaften von der Masse abheben. Unser Amt hat die Wiedereinführung des Anbaus alter Tomatensorten, die auf Auffrage eines Grossverteilers durch den Handel und einige Walliser Gemüseproduzenten erfolgte, mit technischen Massnahmen begleitet. Die dabei gesammelten Erfahrungen hinsichtlich Sortenwahl, Anbautechniken und Vermarktung sind für die zukünftige Entwicklung dieser Nischenproduktion sehr wertvoll. Jedes Jahr wird eine Synthese über die Ergebnisse von Sortenversuchen bei Aprikosen erarbeitet, welche dann in Kulturempfehlungen einfließen. Damit können im Wallis regelmässig neue Produktionssegmente anvisiert werden.

Amt für Agro-Ökologie

Überwachung und Bekämpfung der Quarantäneorganismen

Im Jahr 2006 müssten keine Massnahmen zur Eliminierung von Quarantäneorganismen vom Kanton durchgeführt werden. Die Krankheiten die manchmal in den letzten Jahren solche Probleme stellten (Feuerbrand, Sharkaviren oder Xanthomonas der Steinfruchtbäume) könnten sich nicht weiterverbreiten und brauchten nur eine intensive Ueberwachung.

Ankündigung anderer Schädlinge und Krankheiten und unterstützung einer umweltgerechten Landwirtschaft

Pflanzenschutzmitteilungen wurden regelmässig publiziert, um die Produzenten über Massnahmen der Prävention und des Pflanzenschutzes zu informieren. In dieser Saison ergaben sich wirtschaftliche Einbussen vorallem aufgrund von:

- Schorf auf Apfelbäumen,
- Mehltau und Blattläusen auf verschiedenen Kulturen,
- Milben in Gemüse- und Ofsbau,
- Weisse Fliege in Gewächshaüsern.

In Zusammenarbeit mit den berufsständischen Organisationen (Vitival, Cultival, Biovalais) wurde Folgendes vom Amt unterstützt:

- Überwachung der Kulturen und Weiterbildung für 800 Weinbauern mit ca. 2'700 ha sowie für 250 Obstbauern mit 1'600 ha Apfel-, Birn- und Aprikosenbäumen.
- Kantonale Subventionen für die Schädlingsbekämpfung nach der Verwirrungsmethode in Höhe von Fr. 180'700 für den Weinbau und in Höhe von Fr. 232'500 für den Obstbau. Diese sehr «umweltfreundliche» Methode wird heute auf 4'500 ha Rebberg und 1'380 ha Obstplantagen angewendet.

DIENSTSTELLE FÜR RAUM-PLANUNG

ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Zwei wesentliche Aufgaben der Raumplanung bestehen darin, die raumwirksamen Tätigkeiten aufeinander abzustimmen und den zuständigen Behörden die erforderlichen Angaben zu liefern, damit sie eine umfassende Interessenabwägung vornehmen können.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, namentlich dem kantonalen Richtplan und den kommunalen Nutzungsplänen, versucht die Dienststelle für Raumplanung (DRP), die räumliche Entwicklung auf die sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeiten auszurichten und dabei das natürliche und überbaute Umfeld zu schonen.

Im Jahre 2006 hat sich die DRP hauptsächlich in folgenden Sachbereichen engagiert:

- Weiterführung der mit dem Richtplan verbundenen Studien;
- Ausführung der im Richtplan festgelegten Aufgaben;
- Begleitung der Erarbeitung und Bewirtschaftung der Sachpläne des Bundes;
- Anpassung der kommunalen Zonennutzungspläne;
- Erarbeitung von Sondernutzungsplänen;
- Koordination zwischen den Gemeinden und den betroffenen Instanzen für die Erstellung und Bewirtschaftung der Fuss- und Wanderwegnetze gemäss dem kantonalen Ausführungsgesetz vom 27. Januar 1988;
- Behandlung von Subventionsgesuchen für die Anpassung der Zonennutzungspläne;
- Begleitung der Erarbeitung des Sachplans 3. Rhonekorrektion, den der Staatsrat in seiner Sitzung vom 26. Juni 2006 angenommen hat;
- Umsetzung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung des Espace Mont-Blanc in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden; welches eine Entscheidungshilfe darstellt, um die Lokalpolitik auf die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung auszurichten.
- Begleitung der Erarbeitung des Projektes Raum- und Regionalentwicklung Gotthard (PREGO).

Parallel dazu hat die Dienststelle die Gemeinden, die Bezirke und Regionen und die beauftragten Ortsplaner im Rahmen des kantonalen Richtplanes und bei der Anpassung der Nutzungspläne beraten, unterstützt und mit ihnen zusammengearbeitet.

Zudem hat die Dienststelle in Arbeitsgruppen und an Studien von nationaler (KPK, CORAT, CEAT, NEAT-AlpTransit) und internationaler Bedeutung mitgearbeitet (Espace Mont-Blanc / Conseil du Léman / Conseil Valais – Vallée d'Aoste du Grand-St-Bernard).

KANTONALER RICHTPLAN

A. Bewirtschaftung des Richtplanes

Die folgenden Koordinationsblätter, sind nachdem sie vom Staatsrat im Jahre 2006 beschlossen wurden, dem Bund zur Genehmigung unterbreitet worden.

- B.1/2 «Öffentliche Bauten und Anlagen»
- B.2/2 «Alters- und Pflegeheime (APH)»
- F.3/2 «Waldkataster und Waldfeststellung»
- F.4/2 «Natürliche Waldausdehnung»
- F.9/3 «Wasserbau und Unterhalt von Wasserläufen»
- H.6/2 «Einrichtungen mit erhöhter Gefahr»

Da die Bewirtschaftung des kantonalen Richtplanes nach Sachgebieten erfolgt, sind die vom Staatsrat Ende 2005 beschlossen Koordinationsblätter F.1/2 «Funktionen des Waldes» und B.3/5 «Einkaufszentren» ebenfalls dem Bund zur Genehmigung unterbreitet worden.

Bis Ende 2006 sind von den 154 Koordinationsblättern des kantonalen Richtplanes 22 der Inhaltskategorie Vororientierung, 38 Zwischenergebnis, 79 Festsetzung und 15 Ausgangslage zugeordnet worden.

B. Grundlagen für den kantonalen Richtplan

Raumentwicklungsprofil des Kantons Wallis

Eines der Ziele des Departements für Volkswirtschaft und Raumentwicklung ist die Sicherstellung der Harmonisierung der räumlichen Entwicklung mit der angestrebten wirtschaftlichen Entwicklung des Kantons. In diesem Sinne wurde im Jahre 2006 eine Studie über das Raumentwicklungsprofil erarbeitet, die im Wesentlichen darauf abzielt, Raumtypen festzulegen und zu charakterisieren. Diese Studie besteht aus einer Synthesekarte, welche die Raumtypen visualisiert und einem Textteil, der abgestützt auf einer bestimmten Strategie Visionen und Handlungsanweisungen festlegt sowie Stärken und Schwächen der jeweiligen Raumtypen aufzeigt.

Zweitwohnungsbau

Das Wallis weist einen hohen Anteil an Zweitwohnungen am Gesamtbestand der Wohnungen auf. Da die Anzahl dieser Wohnungen im Wallis stetig gestiegen ist, besteht namentlich in den grossen Tourismusgemeinden Handlungsbedarf. In diesem Zusammenhang wurde eine Grundlagestudie erarbeitet;

diese erläutert die Problematik des Zweitwohnungsbaus, schlägt ein mögliches Vorgehen für die Tourismusgemeinden vor und zeigt raumplanerische Massnahmen für eine Lenkung des Zweitwohnungsbaus auf.

C. Bericht über die Grundlagen und den kantonalen Richtplan im Sinne von Art. 9 RPV

Gemäss den Anforderungen der Raumplanungsverordnung (RPV) hat der Kanton Wallis für die Periode 2000-2005 eine Übersicht über den Stand der räumlichen Entwicklung, die Auswirkungen auf die Raumplanung und die Tätigkeiten im kantonalen Richtplan erstellt. Dieser Bericht gibt neben der Bilanz die Entwicklungsabsichten des Kantons wieder und legt für die nächsten Jahre die Schwerpunkte für die verschiedenen Sachgebiete des kantonalen Richtplanes fest.

ORTSPLANUNG

A. Gesamtrevision der Zonennutzungspläne

Alle Gemeinden des Kantons sind verpflichtet, sofern erforderlich, ihre Zonennutzungspläne den Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 anzupassen.

Die Nutzungspläne ordnen die zulässige Nutzung des Bodens und unterscheiden vorab Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen (Art. 14, 15, 16, 17 RPG). Ein Teil der rechtsgültigen Zonennutzungspläne entspricht nicht den Bestimmungen des Bundesgesetzes, weil nur die Bauzonen ausgeschieden wurden. Am 31. Dezember 2006 zeigte sich folgende Situation:

- 108 Gemeinden besitzen einen RPG-konformen, homologierten Zonennutzungsplan;
- 19 Gemeinden verfügen über einen positiven Vorprüfungsentcheid des Staatsrates;
- 18 Gemeinden warten auf den Vorprüfungsentcheid; der Synthesebericht ist der Dienststelle für innere Angelegenheiten zugestellt worden;

- 2 Gemeinden haben ihr Dossier zur Vorprüfung abgegeben;
- 1 Gemeinde hat ihren Entwurf während 30 Tagen öffentlich aufgelegt;
- 5 Gemeinden haben die Überarbeitung ihres Zonennutzungsplanes eingeleitet.

Die 2 nachstehend aufgeführten Gemeinden haben das Verfahren zur Anpassung ihrer Zonennutzungspläne an die Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 noch nicht in die Wege geleitet:
Vissoie und Martisberg.

Im Sinne von Art. 10 des kantonalen Raumplanungsgesetzes (RPG) und gemäss den Bestimmungen des Reglementes vom 20. Juni 1990 betreffend die Förderungsmassnahmen in Sachen Raumplanung hat der Kanton Wallis im Jahre 2006 den Gemeinden, die ein vorschriftsmässiges Subventionsgesuch eingereicht haben, entsprechend den ausgeführten Arbeiten einen Gesamtbetrag an Subventionen von Fr. 384'357.35 gewährt.

B. Teilrevisionen der Zonennutzungspläne sowie der Bau- und Zonenreglemente

Im Rahmen der Weiterführung der Raumplanungsaufgaben haben die Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Raumplanung (DRP) im Jahre 2006 34 RPG-konforme Teilrevisionen der Zonennutzungspläne und/oder der Bau- und Zonenreglemente vorgenommen.

C. Sondernutzungspläne

Bei Bedarf konnten die Gemeinden die Erarbeitung von Sondernutzungsplänen verlangen und der DRP zur Prüfung oder Stellungnahme unterbreiten. Dies erfolgte für:

- 17 Detailnutzungspläne (DNP)
- 15 Quartierpläne (QP)

Im Verlaufe des Jahres 2006 wurden 4 Gesamtrevisionen und 34 Teilrevisionen der Zonennutzungspläne durch den Staatsrat homologiert.

DIENSTSTELLE DER GRUNDBUCHÄMTER UND DER GEOMATIK

Grundbuchämter

Tätigkeit der einzelnen Grundbuchämter

	<u>BRIG</u>	<u>LEUK</u>	<u>SIDERS</u>	<u>SITTEN</u>	<u>MARTIGNY</u>	<u>MONTHEY</u>	<u>TOTAL</u>
Eintragungen im Tagebuch	8'513	4'456	10'856	19'075	10'292	8'542	61'734
Eigentums-übertragungen	3'809	2'136	3'357	4'895	3'835	1'885	19'917
Hypothekar-Einschreibungen	1'806	691	1'647	2'789	2'320	1'685	10'938
Grundbuch- auszüge	8'761	6'080	5'617	6'359	8'135	8'611	43'563
Lasten-verzeichnisse	5'690	3'654		4'397		20	13'761
Erhobene Grundbuch-gebühren	2'738'390	1'116'893	2'927'413	3'693'323	3'780'693	2'249'393	16'506'105

Tätigkeit der (den Grundbuchämtern zugewiesenen) Einregistrierungsämter

	<u>BRIG</u>	<u>LEUK</u>	<u>SIDERS</u>	<u>SITTEN</u>	<u>MARTIGNY</u>	<u>MONTHEY</u>	<u>TOTAL</u>
Anzahl Einregis- trierungen	7'023	3'049	6'196	9'544	6'917	4'606	37'335
Erhobene Einregistrie-rungsabgaben	9'048'513	2'386'511	10'826'937	12'543'147	15'438'935	6'914'827	57'158'870

Situation auf dem Immobilienmarkt im Jahre 2006

<u>Grundbuchamt</u>	<u>Anzahl Eigentumsübertragungen</u>	<u>Beträge</u> <u>Fr.</u>
Brig	3'809	624'882'317
Leuk	2'136	165'397'589
Siders	3'357	756'450'783
Sitten	4'895	842'324'887
Martigny	3'835	1'065'409'060
Monthei	1'885	452'464'634
TOTAL	19'917	3'906'929'270

Minuteninspektion bei den Walliser Notaren und Archive der Notariatsminuten

Die Grundbuchverwalter haben bei ungefähr 250 Notaren Minuten- und Schreibstubeninspektionen vorgenommen. Die Grundbuchverwalter führen, in Zusammenarbeit mit dem Kantonsarchiv, die Archive der Notariatsminuten.

Grundbucheinführung und Informatisierung

Grundbucheinführung

Grundbucheinführungssabreiten sind in den Gemeinden : St-Niklaus, Zermatt, Grächen, Eggerberg, Varen, Embd, Riederalp, Ferden, Salgesch, Unterems, Martisberg, Randa, Obergesteln, Oberwald, Chermignon, Grimisuat, Nendaz, Chalais, St-Martin, St-Leonard, Grône, Savièse, Lens, Les Agettes, Salins, Conthey, Martigny-Combe, Fully, Finhaut und Salyan im Gange.

Capitastra Martigny

In der Gemeinde Sembrancher (2'914 Grundstücke) wurde die Informatisierung fortgesetzt. Im Anschluss wurden diese Daten verifiziert und validiert. Im Verlaufe des Jahres wurden die Daten der Gemeinde Saxon (7'865 Grundstücke) informatisiert, verifiziert und validiert. Gegen Ende des Jahres wurde mit der Informatisierung der Daten der Gemeinde Charrat (2'801 Grundstücke) begonnen.

Capitastra Siders

In der Gemeinde Siders (26'014 Grundstücke) wurde die Informatisierung fortgesetzt (Liegenschaftsbeschrieb und Eigentümerverzeichnis).

Capitastra Brig

Die Daten der Gemeinde Filet (855 Grundstücke) und Blitzingen (643 Grundstücke) wurden verifiziert und validiert. Mit der Informatisierung der Daten der Gemeinde Visp (8'385 Grundstücke), Bitsch (1'738 Grundstücke) und Lalden (1'696 Grundstücke) wurde begonnen.

Die Informatisierung der Gemeinde St.-Niklaus (5'800 Grundstücke) erfolgt gegenwärtig über die Grundbucheinführung Oberwallis.

Capitastra Sion

Die Daten der Gemeinde Ardon (6'100 Grundstücke) wurden informatisiert. Gegen Ende des Jahres wurden die Daten der Gemeinde Vex für die Informatisierung vorbereitet. Im Dezember wurde mit der Validierung der Daten der Gemeinde Nax (2'400 Grundstücke) begonnen.

Capitastra Monthey

In der Gemeinde Troistorrents (6'682 Grundstücke) läuft die Informatisierung.

Verschiedenes

Ab 2007 wird das Tagebuch in den Grundbuchämtern Monthey, Sion, Siders und Leuk mittels Capitastra geführt.

Im Grundbuchamt Leuk werden Buchhaltung und Fakturierung ab 2007 mittels SAP geführt.

Schlussfolgerung

25 Gemeinden werden nun über Capitastra informatisiert geführt. 49% der Anmeldungen im Grundbuchamt Martigny, 26 % der Anmeldungen im Grundbuchamt Siders und 16% der Anmeldungen im Grundbuchamt Brig werden über Capitastra informatisiert behandelt.

175'950 Grundstücke sind im System Capitastra erfasst, davon 116'766 operabel.

Im Jahre 2006 wurde das Amt für die Grundbucheinführung und Informatisierung geschaffen.

Die Geschwindigkeit, mit welcher die Informatisierung fortschreitet, bedingt, dass die Arbeiten der Grundbuchvermessung, der Grundbucheinführung und der Grundbuchinformatisierung besser koordiniert werden, damit die Arbeiten besser geplant werden können.

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

Das kantonale Grundbuchinspektorat, als erstinstanzliche Bewilligungsbehörde, hat den Eingang vom 1'681 Gesuchen zu verzeichnen und es hat 782 Verfügungen über Erwerbe von Grundstücken durch Personen im Ausland im Gesamtwert von Fr. 462'364'701.- erlassen. Die diesbezüglich erhobenen Kanzleigebühren beliefen sich auf Fr. 590'520.-

War die Anzahl der vollständig eingereichten, hängigen Gesuche für ein Kontingent Ende 2005 noch bei 697 (400 neue Ferienwohnungen und 297 bestehende Ferienwohnungen), war sie Ende 2006 bei 1121 Gesuchen (691 neue Ferienwohnungen und 430 bestehende Ferienwohnungen). Die Anzahl Kontingente für den Kanton Wallis beträgt jährlich 310 Einheiten.

Walliser Testamentszentrale

Die Walliser Testamentszentrale hat im Jahre 2006 1'348 Testamente angezeigt erhalten. Sie selber hat 556 Anzeigen an Gemeinderichter und 658 an Notare vorgenommen. Die Zivilstandsbeamten haben der Zentrale 2'525 Todesmitteilungen gemacht.

Die Testamentszentrale hat Fr. 63'811.- an Kanzleigebühren erhoben. Dieser Betrag deckt die Kosten dieser Zentrale.

Amt für Geomatik

Allgemeines

Das letzte Jahr war einerseits geprägt durch die Einführung der neuen gesetzlichen Grundlagen und andererseits durch die Fusion der Dienststelle für Vermessung mit der Dienststelle für Grundbücher.

Ersterhebungen, Erneuerungen, Erhaltung (prov. Numerisierung)

Die neuen gesetzlichen Grundlagen traten erst auf den 15. Juli 2006 in Kraft. Dadurch verzögerte sich auch die öffentliche Ausschreibung der Arbeiten in der amtlichen Vermessung. Die gesamte Planung der Arbeitsausführung war darauf ausgerichtet, dass die Vermessung sämtlicher Bauzonen im Kanton Wallis vor Inkrafttreten des NFA in Angriff genommen werden können. So kam der Entscheid der eidgenössischen Vermessungsdirektion (V+D) ein Vertragsmoratorium für das Jahr 2007 einzuführen völlig überraschend und vor allem zum falschen Zeitpunkt.

Es sind noch 5 Erneuerungen von teil- und vollnumerischen Vermessungen in ebenso vielen Gemeinden nicht vergeben.

Von den fehlenden Bauzonen (Vermarkung und Ersterhebung) bleiben noch 4 Operate in 4 Gemeinden, je 2 im Ober- und im Unterwallis auszuführen. Diese 4 Operate weisen eine Fläche von 400 ha auf. Die beiden kleinern Operate im Oberwallis konnten wegen hängigen Einsprachen gegen die Arbeitsvergabe im Herbst nicht begonnen werden. Besonders bitter wird der erzwungene Aufschub für die Gemeinde Ausserberg, wurde doch deren Bauzone nach 2004 bereits zum 2. Mal ausgeschrieben. Der Arbeitsbeginn für das Operat Nendaz, Los 9 muss wegen bereits ausgeschöpftem Bundeskredit und Moratorium auf 2008 verschoben werden. Das letzte Bauzonenlos im Wallis in der Gemeinde Vex konnte wegen fehlender Zustimmung dieser Gemeinde nicht ausgeschrieben werden.

Ansonsten verlief die Vergabe der 28 neuen Operate ohne Probleme und die entsprechenden Werkverträge sind alle unterzeichnet.

Die 28 neuen Operate gliedern sich wie folgt:

- 11 Vermarkungen von Bauzonen; mit einer Ausnahme ohne Bundesbeiträge
- 11 Ersterhebungen
- 6 Erneuerungen

Inzwischen hat sich die Verifikation der Daten im neuen Datenmodell DM.01_AV-VS_2 und im neuen Bezugsrahmen LV95 etabliert. Die Mehrzahl der teil- und vollnumerischen Erneuerungen ist bereits verifiziert, resp. der Abschluss der Verifikation steht unmittelbar bevor. Die Abschlussarbeiten wurden durch das Fehlen der neuen Zeichnungsvorschriften verzögert.

Nachführung der Amtlichen Vermessung

Gestützt auf das neue Gesetz wurden im letzten Jahr für sämtliche Gemeinden der Unterhalt und die Nachführung der amtlichen Vermessung öffentlich ausgeschrieben. Die Arbeitsvergabe durch den Staatsrat wurde in 22 Gemeinden (19 im Oberwallis und 3 im Unterwallis) durch die betroffenen Geometer vor Kantonsgericht angefochten. Für die übrigen Gemeinden konnte der Werkvertrag zwischen dem amtlichen Geometer und dem Kanton abgeschlossen werden.

GIS-Wallis (Geografisches Informationssystem)

Die GIS-Fachstelle (CC Geo) des GIS-Wallis ist administrativ der Dienststelle für Grundbuchämter und Geomatik unterstellt.

Im Jahr 2006 wurden folgende Anwendungen erstellt:

- Anwendung für die Konsultation von historischen Karten, ergänzt durch das Inventar historischer Verkehrswegs
- Anwendung für das Management der Operate der amtlichen Vermessung und für die Planung der Einführung des eidg. Grundbuches
- Anwendung für die Konsultation der Daten der amtlichen Vermessung
- Anwendung für die Konsultation der für die Wirtschaftsförderung notwendigen Daten
- Anwendung für die Datenverwaltung der Bauten zum Schutz vor geologischen Gefahren und vor Lawinen

Mit dem neuen Gesetz über amtliche Vermessung und Geoinformation wurde auch die gesetzliche Basis für das GIS-Wallis geschaffen und zusätzlich wurde die Verordnung über Geoinformation in Kraft gesetzt. Die Verordnung stellt eine moderne Grundlage für die Nutzung von Geodaten durch Verwaltungen und Private dar.

Mit der Genehmigung des Budgets 2007 durch den Grossen Rat wurde auch der Schaffung einer neuen Stelle im CC Geo zugestimmt. Dadurch kann in Zukunft den Kunden ein besserer Support zur Verfügung gestellt werden.

Fixpunkte

Nach erfolgter Genehmigung der Dreiecksvermessung im Juli 2005 und dem offizielle Übergang in den Referenzrahmen LV95, erfolgten im Berichtsjahr die ersten Nachführungen. So wurden zwei Punkte durch Bauarbeiten zerstört und mussten durch neue ersetzt werden.

Übersichtsplan

Der Übersichtsplan liegt als flächendeckende Pixelkarte vor und wird in den Massstäben 1: 5'000 und 1: 10'000 abgegeben. Die Nachführung dieser Produkte muss neu geregelt werden, weil der Aufwand mit der jetzigen Methode zu teuer und zu schwerfällig ist.

Planzentrale

Es werden keine Planauszüge in Papierform mehr abgegeben. Mit der Einführung der neuen Gebührenordnung nahm auch die Nachfrage zu.

Tätigkeiten der Kommission

Kantonale Flurnamenkommission

Nach den Vorbereitungsarbeiten des letzten Jahres kam die Kommission endlich zum Einsatz. Es zeigte sich aber, dass der Aufwand pro Gemeinde sehr viel grösser ist, als ursprünglich angenommen. Dies deshalb, weil nicht nur die Flurnamen der laufenden Operate orthographiert werden, sondern auch die des gesamten unvermessenen Gebietes einer Gemeinde.

Gesetzliche Grundlagen

Das Gesetz über die amtliche Vermessung und Geoinformation wurde in der Märzsession vom Grossen Rat angenommen. Ende Juni wurden die dazugehörigen Verordnungen durch den Staatsrat erlassen. Das Gesetz mit den Verordnungen wurde am 15. Juli 2006 in Kraft gesetzt.

Schlussbemerkungen

Die im Jahre 2000 begonnene Informatisierung des Grundbuchs wurde im Jahre 2006 weitergeführt; gebremst wird sie allerdings immer noch durch ungenügende Mittel, welche der Dienststelle zur Verfügung stehen.

Es ist festzuhalten, dass die Dienststelle mehr als Fr. 16'000'000.- an Kanzleigebühren erhoben hat. Dieser Betrag deckt die Kosten der Dienststelle und die künftig notwendigen Ausgaben.

Die gesamten Einnahmen (Wertstempel und Gebühren) übersteigen im Jahre 2006 den Betrag von 70'000'000.- (Fr. 73'664'976.-)



DEPARTEMENT FÜR VERKEHR, BAU UND UMWELT

VERWALTUNGSBERICHT 2006



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: JEAN-JACQUES REY-BELLET
STELLVERTRETER: THOMAS BURGENER**



EINLEITUNG

Der Verwaltungsbericht, gleich einem Blick in den Rückspiegel mit gleichzeitigem Ausleuchten des Weges, stellt eine Momentaufnahme dar: das vollendete Bild des Jahres 2006 nimmt erneut seinen Lauf...

Das «olympische» Jahr kannte eine Vielzahl an bemerkenswerten und erwarteten Leistungen aber auch an Schwachpunkten. Glücklicherweise waren Erstere bedeutend zahlreicher als die Letzteren: die Leistungen sind immer wieder zu bestätigen, Schwachpunkte sofort auszubessern.

Der öffentliche Verkehr erlebte ein bewegtes Jahr. Wie wenn man das Jahr 2007 und die Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels ankündigen wollte, wurden zwei lebensmuntere Hundertjährige – der Simplontunnel und die Bahnlinie Martigny-Châtelard - gebührend gefeiert: ihre Aufgabe bleibt bestehen! Im Bereich der Investitionen erlebten wir ein aussergewöhnliches Jahr: der Bahnhof Visp, die Ost-Ausfahrt der Matterhorn-Gotthard-Bahn in Brig, das Terminal von Täsch und viele andere Bauwerke bestätigen unseren Willen, die Bahninfrastruktur zu modernisieren. Die Notwendigkeit der Wiederaufnahme des Autoverlads am Simplon wurde durch seinen Erfolg (+35%) bestätigt, dies obwohl der Bund seine Nützlichkeit einfach nicht sehen wollte.

Das Wallis wandelt sich, aber seine Topographie – Trumfkarte für den Tourismus, Nachteil für die Mobilität und Erreichbarkeit – bleibt wie die Natur sie geschaffen hat. Strassen und Wasserläufe erfordern Anstrengungen, die in anderen geografischen Gegenden wenig üblich sind. Der Bau der A9 Nationalstrasse schritt weiter voran, hauptsächlich durch Bohrarbeiten mit einer Anzahl an bisher unvergleichlichen Schwierigkeiten geologischer, finanzieller und administrativer Art. Diese haben den Fortschritt verlangsamt und geben Anlass zur Besorgnis. Selbst wenn die geologischen Überraschungen und Zahlungsunregelmässigkeiten gewiss beherrschbare Ausnahmen bilden, beunruhigt die Kostenexplosion im Zusammenhang mit den neuen Sicherheitsanforderungen und dies angesichts des Vollendungstermins. Die der Umfahrung von Visp gewidmete Priorität gewinnt daher umso mehr an Bedeutung. Die Verbesserungen des Kantonsstrassennetzes werden insbesondere im Bereich der Sicherheit, innerhalb der Bauzonen sowie im Bereich des Schutzes gegen Naturgefahren weitergeführt. Der Durchstich des Tunnels «Stäggitschuggen» zwischen Stalden und St. Niklaus erfolgte am 15. September 2006. Kanton und Gemeinden haben ihre Anstrengungen betreffend Sicherheit gegen die Gefahren von den Wasserläufen, Rhone und Nebenflüsse, weitergeführt. Zahlreiche Gefahrenkarten wurden erstellt. Der Staatsrat hat den Sachplan Rhone angenommen. Eine Gefahr zu kennen bedeutet, sich bereits halbwegs zu schützen: das System MINERVE zur Vorwarnung von drohenden Hochwassern wurde in Betrieb genommen. Das Rhone 3 Projekt hat mit der öffentlichen Auflage der auf mehr als 100 Millionen Franken veranschlagten prioritären Massnahmen von Visp eine bedeutende Etappe geschafft. Das neue Gesetz über den Wasserbau, welches das veraltete Gesetz von 1932 ersetzen soll, wurde in erster Lesung vom Grossen Rat verabschiedet.

Der Wald mit seiner Produktions-, Schutz- und Erholungsfunktion aber auch als natürlicher und landschaftlicher Reichtum bildet mehr denn je Gegenstand von Überlegungen und Restrukturierungen. Der für 2008 angekündigte NFA ruft gleichzeitig Befürchtungen und «Effor» hervor. Um diesem Umstand besser zu begegnen, wurde die kantonale Dienststelle in 3 Regionen restrukturiert, um deren Effizienz und die Zusammenarbeit der verschiedenen Spezialisten zu verbessern. Während Holz stets nützlicher und beliebter wird, bleibt die Erlangung der nötigen Finanzmittel für den Schutz gegen Naturgefahren die grösste Sorge.

Im Bereich der öffentlichen Bauten wurden vom Parlament zwei bedeutende Kredite im Gesamtbetrag von 28 Millionen Franken zugunsten des Berufsschule (Visp) und der Sekundarschule (Sitten) beschlossen. Für zahlreiche Bauten wurden Bausubventionen gewährt, um den Bedürfnissen der älteren Bevölkerung gerecht zu werden. Namentlich in Sitten war das Jahr 2006 überdies reich an archäologischen Funden.

Der Umweltschutz – gemeint ist hier der Schutz der lebenswichtigen Elemente wie Wasser, Luft, Boden sowie die Bekämpfung von Belästigungen durch Lärm und Abfälle – erfordert nicht stets grössere Anstrengungen sondern auch eine offene und sofortige Informationspolitik: eine neue Internetseite, Online-Information über die Luftqualität und Mitteilungen sorgen weitgehend dafür. 96% der Bevölkerung ist an eine Abwasserreinigungsanlage angeschlossen. Die Kontrollen von landwirtschaftlichen Betrieben, Tankanlagen, chemischen Werken und anderen Industrieanlagen wurden nach wie vor aktiv weitergeführt. Zur Überwachung und nötigenfalls zur Sanierung wurden die belasteten Standorte in einem kantonalen Kataster (1148 Standorte) erfasst.

Mit dem Zusammenschluss des kantonalen Laboratoriums und des Veterinäramtes wurde der Konsumentenschutz im weiteren Sinne verstärkt. Alles wird unternommen, um die Gefahren zu identifizieren, bevor es zu spät ist: Lebensmittelinspektionen (6'000), Weinernte- (78'000), Schwimmbäder-, Gift- und sogar Radonkontrollen, Kontrolle der geschlachteten Tiere (12'000), Seuchenüberwachung (Vogelgrippe, BSE, usw...) aber auch Verhaltenskontrollen von gefährlichen Hunden.

Selbst wenn die kantonale Baukommission (KBK), ein unabhängiges Organ ist und dem DVBU nicht untersteht, ist schliesslich erwähnenswert, dass die Baupolizei durch ihre drei Inspektoren eine bessere Kontrolle als bisher ermöglichte. Diese Spezialisten stehen den Gemeinden auch als Berater zur Verfügung.

Intensiv und vielfältig war das Jahr 2006 für mein Departement, das mit der Mobilität, den Infrastrukturen und den lebenswichtigen Elementen, mit anderen Worten dem Verkehr, dem Bau und der Umwelt beauftragt ist: danken möchte ich all jenen, die sich mit uns für das bessere Wohlergehen der Walliser Bevölkerung aktiv eingesetzt haben.

**Der Vorsteher des Departements
für Verkehr, Bau und Umwelt**
Jean-Jacques Rey-Bellet

ALLGEMEINE VERWALTUNG

Organisation und Personal

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	24.30
Dienststelle für Verkehrsfragen	7.00
Luftseilbahn Riddes-Isérables	6.00
Verwaltete Luftseilbahnen	23.60
Dienststelle für Strassen- und Flussbau	430.20
Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie	25.08
Dienststelle für Wald und Landschaft	20.50
Dienststelle für Umweltschutz	27.60
Kantonslaboratorium und Veterinärwesen	20.30
Total	584.58

GESETZGEBUNG

Gesetz über den Wasserbau

Das Gesetz über den Wasserbau wurde am 9. November 2006 in erster Lesung vom Grossen Rat verabschiedet. Diese Gesetzgebung bezieht sich auf den nachhaltigen Schutz von Menschen, Tieren und erheblichen Sachwerten vor Hochwasser, die Behebung von durch besondere Ereignisse verursachten Schäden und die Erhaltung oder Wiederherstellung der Gewässer in ihrem natürlichen Zustand oder deren naturnahe Gestaltung.

Motionen und Postulate

- 5.014 Motion von Grossrat Pascal Bridy und Mitunterzeichnenden betreffend: Gemeingut Wasser (13.09.2005)
Motion in der Märzsession 2006 in Form eines Postulats angenommen
Der Staatsrat befürwortet eine gründliche Prüfung der Frage des Wassers als Gemeingut und erklärt sich bereit, die nötigen Studien zu veranlassen.
- 5.017 Postulat von Grossrat Claude-Alain Schmidhalter (CVPO) und Grossräatin (Suppl.) Angelica Brunner-Wyss (CVPO) betreffend Gesetzgebung für den Langsamverkehr (08.11.2005)
Postulat in der Aprilsession 2006 angenommen
Der Staatsrat wird für die gesetzliche Verankerung des Langsamverkehrs auf kantonaler Ebene eine spezifische Gesetzesgrundlage vorschlagen.
- 5.021 Postulat von Grossrat (Suppl.) Vincent Rebstein und Mitunterzeichnende betreffend mehr Lebensqualität für lärmgeplagte Mitbürger (16.12.2005)
Postulat in der Aprilsession angenommen
Der Staatsrat befürwortet die Umsetzung einer Planung im Bereich der Strassenlärmansierung und die entsprechende Finanzplanung, um die Lebensqualität der Bevölkerung zu erhöhen.
- 5.032 Postulat der UDC/SVP-Fraktion, durch Grossrat Laurent Gavillet, betreffend die Strassensicherheit in der Umgebung der Einkaufszentren von Collombey (11.04.2006)
Postulat in der Oktoversession 2006 abgelehnt
Da die Strassen-Infrastrukturen in der Umgebung der Einkaufszentren von Collombey den durch die Strassensicherheit erforderlichen Normen entsprechen, drängt sich keine zusätzliche Massnahme auf.
- 5.036 Postulat der Grossräte Beat Abgottspion (CVPO), Gilbert Loretan (CSPO), Christian Venetz (GRL), German Eyer (SPO), Egon Furrer (Suppl.) (CVPO), Robert Sarbach (SPO) und René Imoberdorf (CSPO) betreffend die Änderung des Strassengesetzes : Beteiligung der Gemeinden an den Kosten für den Neubau, die Korrektion, den Ausbau und den Unterhalt der kantonalen Verkehrswege (12.05.2006)

Postulat in der Novembersession 2006 unter Vorbehalt angenommen

Unter Vorbehalt einer Prüfung im allgemeinen Rahmen sowie unter Beachtung der Auswirkungen und Einflüsse der LSVA befürwortet der Staatsrat eine Überprüfung der Lastenverteilung zwischen dem Kanton und den Gemeinden im Rahmen des Neubaus, der Korrektion, des Ausbaus und des Unterhalts der kantonalen Verkehrswege.

Controlling und Informatikkoordination DVBU

Im Jahre 2006 bezog sich die Tätigkeit des Departementscontrollings auf folgende prioritäre Punkte:

- Im Rahmen der Vorbereitung des Voranschlags und der Rechnung, Begleitung der Dienststellen des Departements bei der Definierung und Verbesserung ihrer drei Stufen der Leistungsaufträge und bei der Einrichtung der Controllinginstrumente.
- Zusammenarbeit und Unterstützung der Arbeitsgruppen des Departements bei der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen dem Bund und den Kantonen (NFA) und bei der operativen Leitung der kantonalen Agenda 21.

Die Tätigkeit der Informatikkoordination DVBU bezog sich auf folgende prioritäre Punkte:

- Abschluss der Studie eines Software für die Bewirtschaftung der Verpflichtungen (MAGE);
- Inbetriebnahme von Minerve, einer departementsinternen Anwendung zur Vorhersage von Hochwasser;
- Teilnahme an der strategischen GIS-Arbeitsgruppe (geographisches Informationssystem) und an jener betreffend die Übernahme der Informatik der Nationalstrassen durch die kantonale Dienststelle für Informatik.

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Allgemeines

Der Verwaltungs- und Rechtsdienst stellt eine breite Leistungspalette auf Verwaltungs- und Rechtsebene in allen Tätigkeitsbereichen des Departements sicher. Er garantiert ebenfalls die Koordination aller departmentalen und interdepartmentalen Fragen. Diese Aufgaben erfordern eine enge Zusammenarbeit mit den übrigen Departementen, Dienststellen oder Gemeinden. Er stellt außerdem die rechtliche Unterstützung der verschiedenen Dienststellen des Departements sicher.

Juristische Sektion

Die Sektion gewährleistet die rechtliche Unterstützung aller Dienststellen des Departements in den diesbezüglichen Bereichen. In diesem Zusammenhang sind namentlich folgende Tätigkeiten hervorzuheben:

Kommisionen

Die juristische Sektion garantiert die rechtliche Unterstützung der kantonalen Baukommission (KKB) (Erarbeitung der Entscheide und Stellungnahmen im Rahmen der Beschwerden bei den verschiedenen Beschwerdeinstanzen, Behandlung der Einsprachen). Diese Unterstützung wird ebenfalls der kantonalen Strassensignalisationskommission gewährt. Im Rahmen der Uferkommission für den Genfersee gehören die Fragen im Zusammenhang mit der Behandlung der laufenden Dossiers betreffend die Benützung des öffentlichen Eigentums im Uferbereich des Genfersees und die Erstellung und Benutzung der Ankerbojen auf dem See zu den Hauptaufgaben ihres Zuständigkeitsbereichs.

Übrige Tätigkeiten

Die juristische Sektion hat zuhanden des Staatsrats 23 Grundstück-verkaufsbewilligungen und 19 Sondergebrauchsbeswilligungen für die Benutzung des öffentlichen Eigentums vorbereitet.

Sie gewährleistete ebenfalls die Instruktion von 47 Strassen- und Wasserbauprojekten des Kantons und der Gemeinden, die vom Staatsrat genehmigt wurden (12 Projekte im Oberwallis, 14 im Mittelwallis und 21 im Unterwallis). Auf kantonaler Ebene behandelte sie Expropriationsbegehren und erarbeitete zuhanden des Staatsrates die Einsetzung der entsprechenden Enteignungskommissionen. Im Rahmen der Beschwerden hat die Sektion für die KBK 150 Stellungnahmen zu Einsprachen erarbeitet (Baudossiers). Zudem vertrat sie die KBK und das Departement vor dem Staatsrat, dem Kanton- und Bundesgericht. In diesem Zusammenhang wurden 118 Beschwerdeantworten verfasst, nämlich 51 bei Dossiers das Oberwallis, 22 das Mittelwallis und 45 das Unterwallis betreffend.

Sektion Kantonales Bausekretariat / Baupolizei (Kantonale Baukommission)

Das kantonale Bausekretariat (KBS) stellt die Bewirtschaftung und Behandlung der Baubewilligungsgesuche im Zuständigkeitsbereich des Kantons und der Gemeinden sicher, die von den Gemeinden eingereicht werden. Im Laufe des Jahres 2006 wurden 3193 Baubewilligungsgesuche registriert (1073 im Zuständigkeitsbereich des Kantons und 2120 im Zuständigkeitsbereich der Gemeinden). Anlässlich von 27 Sitzungen wurden der kantonalen Baukommission (KBK) 1012 Baudossiers für eine Beschlussfassung unterbreitet (719 angenommen, 196 abgelehnt und 97 nicht eingetreten). Den Gemeindeverwaltungen wurden 2070 Stellungnahmen (2051 Synthesevormeinungen und 19 Nichteintretentsentscheide) zuge stellt.

	Eingereichte Baugesuche	Kompetenz KBK	Bewilligte Gesuche	Abgewiesene Gesuche	Kompetenz Gemeinde	Erteilte Synthesevormeinungen
Oberwallis	819	437	253	47	384	362
Unterwallis	2374	640	466	149	1736	1689
Total	3193	1077	719	196	2120	2051

Die Baupolizei, durch ihre 3 Inspektoren, hat 775 Kontrollen von ausserhalb der Bauzonen liegenden Bauten und Buarbeiten durchgeführt (268 im Oberwallis und 507 im Unterwallis). Es wurden 853 Berichte erarbeitet und 343 Baudossiers wurden zur Weiterbehandlung an das KBS weitergeleitet. Es wurden 99 Wiederherstellungsverfügungen erlassen, wovon 28 im Oberwallis. Während des Jahres wurden 185 Baubeginn- und 116 Bauabschlussmeldungen registriert.

Die Sektion hat das Projekt für die Vereinheitlichung der Arbeitsprozesse und -Methoden begonnen, die namentlich durch die Erarbeitung eines Dossierbewirtschaftungssystems auf der SAP-Plattform konkretisiert wird.

DIENSTSTELLE FÜR VERKEHRSFRAGEN

**Planung/technische Koordination und Information
Von der 100- Jahrfeier des Simplons zur Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels.**

Das 100-jährige Jubiläum des Simplons wurde im Jahre 2006 mit den offiziellen Jubiläumsfeierlichkeiten am 18. Mai 2006 in Domodossola und Brig gefeiert.

Die Vorbereitungen der Eröffnung des Lötschbergbasistunnels, die am 16. Juni 2007 stattfindet und insbesondere seine fahrplanmässige Inbetriebnahme, die am Sonntag, den 9. Dezember 2007 (Fahrplanwechsel) erfolgen wird, gehen nach wie vor intensiv weiter sei dies in Bezug auf das Projekt selber, auf den Bahnhof Visp, die Ostausfahrt der MGB in Brig und die Lärmschutzmassnahmen.

Die Lieferverspätungen des neuen CIS-Rollmaterials für den internationalen Bahnverkehr zwischen Basel bzw. Genf und Mailand, sowie jenes für den Betrieb der Regio Express-Züge auf der Lötschberg-Scheitellinie zwischen Brig und Spiez (-Bern) und für den Regionalverkehr zwischen St-Gingolph und Brig führt zu Anpassungen der Fahrpläne in letzter Minute gegenüber jenen, die mit dem Einsatz

von neuem Rollmaterial optimiert wurden. Die Struktur der Fahrpläne und die auf nationaler Ebene erwarteten Zeitgewinne werden jedoch eingehalten.

Weil der Bahnverkehr im 35 km langen Basistunnel auf 23 km einspurig verläuft, wird der Betrieb des Lötschberg-Basistunnels jedoch insbesondere bei Zugverspätungen störanfällig bleiben. Daher ist die Planung des vollständigen Doppelpurausbau des Lötschbergs nach wie vor unermüdlich weiterzuführen.

Andere Arbeiten

Der Matterhorn-Tunnel Täsch der Matterhorn Gotthard Bahn (MGB) wurde am 18. Dezember 2006 feierlich eingeweiht. Die Ausbauarbeiten im Bahnhof Aigle für den öffentlichen Verkehr des Chablais stehen in der Abschlussphase. Dasselbe gilt für den Ausbau der Bahnhöfe, die zentralisierte Fernsteuerung und die Bahnübergänge zwischen St-Maurice und St-Gingolph auf der SBB-Linie Tonkin.

Autoverlad Simplon

Im Jahre 2006 wurden mehr als 90'000 Fahrzeuge verladen. Dieses Ergebnis, das sich gegenüber dem ersten Betriebsjahr 2005 um 35% erhöhte, ist vielversprechend. Die zweite Ausbaustufe des Bahnhofs Iselle wurde wieder einmal verschoben. Sie bleibt für 2007 programmiert. Die Bestellung eines zweiten Zuges im Hinblick auf eine Einführung eines Stundentakts wird studiert. Investitionsbeschlüsse des Grossen Rates

- Beschluss vom 7. Juni 2006 betreffend das Gesuch des Nachtragskredits für Darlehen und Investitionsbeiträge 2006 der Dienststelle für Verkehrsfragen für die Unternehmung Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG (MGI);
- Beschluss vom 11. Oktober 2006 betreffend die Restfinanzierung der Bauarbeiten der Ostausfahrt Brig der Matterhorn Gotthard Infrastruktur AG (MGI).

Technische Bewirtschaftung des öffentlichen Verkehrs Eisenbahnprojekte

Nach der öffentlichen Ausschreibung, der Vernehmlassung und der Vormeinung des Kantons sind im Jahr 2006 im Wallis sieben Eisenbahnausbauprojekte vom Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) und vom Bundesamt für Verkehr (BAV) genehmigt worden. Es handelt sich um folgende Projekte:

- SBB
 - Schlussgenehmigung der Modernisierung der SBB-Linie St-Maurice- St-Gingolph
 - Ersatz des Hochspannungspostens der Haltestelle von Ardon
 - 3. Gleis St. German – Visp: Projektergänzung durch Steinkörbe / Gemeinden Baltschieder und Visp
 - Interventionsstelle Raron: Projektanpassung 2005 / Gemeinden Baltschieder und Raron
- BLS AT
 - Kreuzungsstation Täschsand / Gemeinde Täsch
 - Ausrüstung des Bahnüberganges, Tavys / Gemeinde Champéry
 - Erneuerung der Fahrleitung im Bahnhof «le Châble» / Gemeinde Bagnes
- MGB
- TPC
- TMR

Seilbahnen

Vier Seilbahnen mit eidgenössischer Konzession wurden 2006 in Betrieb genommen:

- **Gondelbahn:** Furi - Schweigmatten- Riffelberg (8-er Gondel, kuppelbar) in Zermatt, neue Anlage
- **Sesselbahnen:** Schopfen - Feegletscher / Morenia (6 Plätze, kuppelbar) in Saas-Fee; Ersatz eines Skiliftes Bruchegg – Hohbiel (6 Plätze, kuppelbar) in Blatten – Belalp; Ersatz zweiter Skilift Combe à Médran – Tête des Vaux / Attelas II (6 Plätze, kuppelbar) in Verbier; Ersatz einer Sesselbahn und einer Gondelbahn

Die 3 folgenden Skilifte wurden 2006 realisiert:

**Le Rouge in Verbier : Verschiebung der Talstation
Orzival in Grimentz : Verschiebung der Talstation
Les Ecottis à Morgins : Verschiebung der Bergstation.**

Das Total der Anzahl betriebenen Installationen hat sich von 635 auf 627 verändert, wobei 180 eine eidgenössische Konzession aufweisen.

Verzeichnis der in Betrieb stehenden Seilbahnen

Anlage mit eidg. Konzession	2005	2006
Standseilbahnen	5	5
Pendelbahnen	40	40
Gondelbahnen	45	45
Sesselbahnen mit festen Klemmen	62	59
Sesselbahnen mit kuppelbaren Klemmen	38	41
Total mit eidg. Konzession	190	190
Anlage ohne eidg. Konzession	2005	2006
Pendelbahnen	26	25
Schrägaufzüge	23	23
Skilifte	270	266
Kleinskilifte / Förderbänder	126	123
Total ohne eidg. Konzession	445	437
Gesamttotal	635	627

Administrative und finanzielle Verwaltung des öffentlichen Verkehrs

Regionalverkehr

Finanzierung

Bund und Kanton gelten den Transportunternehmungen die laut Planrechnung ungedeckten Kosten des von ihnen gemeinsam bestellten Verkehrsangebotes gemäss Eisenbahngesetz vom 20.12.1957 (EBG) und gemäss dem kantonalen Gesetz über den öffentlichen Verkehr (GöV) vom 28.09.1998 ab.

Die ungedeckten Kosten des gesamten kantonalen Regionalverkehrs betragen für das Jahr 2006 Fr. 119 Millionen. (inklusive den Anteil des Bundes).

Investitionshilfen

Der kantonale Anteil an der Finanzierung der Investitionsprogramme der Bahngesellschaften und Luftseilbahnen beträgt 2006 Fr. 21,8 Millionen. Die beträchtliche Erhöhung der Investitionen wurde durch die Anpassung des regionalen Eisenbahnnetzes (hauptsächlich MGI AG) anlässlich der Eröffnung des Lötschberg-Basistunnels nötig.

Luft- und Schifffahrt

Gestützt auf die Bestimmungen des Gesetzes über den öffentlichen Verkehr beteiligt sich der Kanton an den Betriebskosten des regionalen Flughafens Sitten. Für das Jahr 2006 beträgt diese Beteiligung Fr. 509'515.-.

Das Defizit der Schiffahrtsgesellschaft auf dem Genfersee (CGN) wird durch die 3 Nachbarkantone Waadt, Genf und Wallis gedeckt; der Anteil des Kantons Wallis (6.53%) beträgt für das Jahr 2006 Fr. 306'755.-.

DIENSTSTELLE FÜR STRASSEN UND FLUSSBAU

Die Dienststelle für Straßen- und Flussbau ist mit der Ausführung der Aufgaben beauftragt, die in dem durch den Staatsrat mit dem Grossen Rat vereinbarten Politiktrakt und im Rahmen der neuen

Geschäftsführung im Ausführungskontrakt festgelegt wird, der sie mit dem Departement für Verkehr, Bau und Umwelt verbindet. Diese Aufgaben betreffen den Bau, den Betrieb und den Unterhalt der National- (PZ 1) und Kantonsstrassen (PZ 2), das Projekt der 3. Rhonekorrektion (PZ 3) sowie den Schutz gegen geologische und hydrologische Gefahren (PZ 4).

Beschlüsse des Grossen Rates

- vom 16. März 2006 betreffend die Korrektion der Linienführung mit Neubau der Kupferbodenbrücke auf der Schweizerischen Hauptstrasse H19 Brig - Furkapass, Teilstück: Grengiols Guldersand - Grengiols Bath, auf dem Gebiet der Gemeinde Grengiols;
- vom 10. Mai 2006 betreffend die Gewährung von Subventionen für die Korrektion der Vispa, auf dem Gebiet der Gemeinde Visp;
- vom 11. Oktober 2006 betreffend die Strassenkorrektion der Strasse KS 62 Sitten - Nendaz, Durchfahrt und Ausfahrt von Haute-Nendaz, auf dem Gebiet der Gemeinde Nendaz;
- vom 11. Oktober 2006 betreffend die Strassenkorrektion der Strasse KS 42 Vissoie - Saint-Luc - Chandolin ausgangs von Vissoie, auf dem Gebiet der Gemeinde Vissoie sowie innerorts von Saint-Luc, auf dem Gebiet der Gemeinde Saint-Luc.

PZ1 Bau , Betrieb, Erhaltung und Anpassung der Autobahn A9 + Simplon

Allgemeines

Auf Bundesebene hat das ASTRA die Entscheide betreffend die neue Organisation der Strassen von nationaler Bedeutung im Rahmen des Inkrafttretens am 1. Januar 2008 des RPT-NFA gefällt. Der Kanton Wallis wird die TE III, Territoriale Betriebseinheit, bilden. Diese Einheit umfasst den ganzen Kanton bis zum Anschluss von Bex-Nord. Sie ist mit der ASTRA-Filiale Thun verbunden. Der Bewirtschaftungskontrakt der A9 Nationalstrasse im Talgrund und A9-Simplon im Gebirge steht in Vorbereitung. Die Unterhaltslogistik der DSFB wird mit dieser Aufgabe betraut.

Bau

Im Jahre 2006 sind folgende markante Ereignisse und Verwicklungen zu vermerken:

Der Pilotstollen (Schutterstollen) des Tunnels von Visp wurde am 7. Februar durchbrochen. Die Brücken von Staldbach über die Vispa wurden im Herbst beendet und der Belüftungsstollen von Grosshüs am Ostportal des Tunnels von Eyholz wurde Ende Januar 2007 vollständig ausgebrochen. Die Arbeiten des Belüftungsstollens von Chatzuhüs am Osteingang des Tunnels von Visp wurden infolge einer Beschwerde gegen die Vergabe auf 2007 verschoben. Die Verstärkungsarbeiten wurden im Herbst auf den Baustellen des Riedberg-Tunnels und beim gedeckten Einschnitt von Turtmann wieder aufgenommen.

Diese mussten wegen schweren geologischen und geotechnischen Problemen jeweils im August 2005 und Dezember 2005 dringend eingestellt werden. Die Bauarbeiten beim Anschluss Siders-Ost und der T9 von Salgesch in Susten wurden normal weitergeführt. Die Eröffnung ist für Herbst 2007 vorgesehen.

Wegen den Änderungen der Sicherheitsmaßnahmen für die Tunnel wurden die Projekte der Urfahrt von Visp im Herbst 2006 erneut ausgeschrieben. Ebenso werden die Projekte der Stollen von Pfyn und der Tunnel von Susten und Ermitage laufend technisch angepasst, wobei die Linienführung nicht geändert wird.

Nach der Meldung der Vorauszahlungen von Riedberg durch den Vorsteher des Departements für Verkehr, Bau und Umwelt wurde eine allgemeine Untersuchung eingeleitet und der Staatsrat hat die angemessenen verwaltungsinternen Massnahmen getroffen. Bis heute ist der Ausgang des entsprechenden Strafverfahrens noch nicht bekannt.

Unterhalt und Hauptbewirtschaftungskosten

Der laufende Unterhalt (Bewirtschaftung) der Nationalstrassen A9 in der Talebene und A9 Simplon erfolgte erneut ohne besondere Schwierigkeiten. Ein normaler Winterdienst bei der Schneeräumung aber stets schwerer bei der Salzung ermöglicht beim Strassenunterhalt das Geschäftsjahr ohne Forderung von Nachtragskosten.

diten abzuschliessen. Die gesamten Tätigkeiten des laufenden Unterhalts auf den Nationalstrassen werden aufgrund einer dem ASTRA zur Genehmigung unterbreiteten Betriebsführung zu 91% vom Bund subventioniert.

Die Wintersicherheit wird auf dem Strassennetz in der Talebene mit eigenem Mitteln und am Simplon unter Mithilfe von 4 konzessionierten Unternehmen sichergestellt.

Ausrüstung

Der Finanzwert für den Unterhaltpark der KS für 2006 beträgt für 31 leichte Fahrzeuge, 45 schwere Lastwagen und verschiedene Baumaschinen und Geräte: 38 Schneeflüge, 23 Salzstreuer, Fr. 16'912'080.- Dieser Finanzwert dient zusätzlich zur Berechnung der jährlich notwendigen Investitionen für die Erneuerung des Bestandes gemäss einem Amortisierungsansatz, welcher der Lebensdauer der Fahrzeuge und Maschinen angepasst ist.

PZ2 Ergänzung, Verbesserung, Sicherung, und Erhaltung des kantonalen Strassennetzes in Berücksichtigung der durch den Grossen Rat für eine nachhaltige Entwicklung definierten Ziele

Die Entwicklung des Schwerverkehrs, dessen Tonnage ständig zunimmt und die periodische Erhöhung der Fahrzeugdimensionen wie Busse erfordern jährlich einen regelmässigen Unterhalt und bedeutende örtliche Anpassungs- und Sanierungsarbeiten, damit die Qualität und Funktionalität des kantonalen Strassennetzes gewahrt werden kann. Die im Jahre 2006 vorgenommenen örtlichen Sanierungen und diversen Anpassungen wurden in Beachtung der festgesetzten Ziele, d.h. die Verbesserung der Sicherheit und des Verkehrsflusses, die Sicherung gegen die Naturgefahren, der Komfort der Strassenbenutzer sowie die Verminderung der Gefahren und Belästigungen für die Anwohner verwirklicht.

Die Vorstösse betreffend die Klassierungsgesuche der Strassen von nationaler Bedeutung durch den Bund wurden im generellen Rahmen der laufenden Erarbeitung des Strassensachplans und im weiteren Sinne des Verkehrsachsplans weitergeführt, wobei die Massnahmen im Zusammenhang mit dem neuen Finanzausgleich und der Aufgabenteilung, integriert werden.

Die Verwirklichung der Strassenprojekte wurde nach wie vor mit den beiden Hauptzielen weitergeführt: Weiterführung der grossen Korrektions- und Restrukturierungsarbeiten auf den Fahrbahnen, örtliche Anpassung des Strassennetzes mit Verwirklichung der Sicherheitsmassnahmen insbesondere innerorts zwecks Verbesserung der Sicherheit der Fussgänger und Schüler und Beruhigung des motorisierten Verkehrs.

Unterwallis

Die bedeutendsten Korrektions- und Restrukturierungsarbeiten der Fahrbahn betrafen Choëx und Val d'Illiez innerorts und das Teilstück Martigny - Branson, auf dem die neue Brücke über die Rhone im Dezember 2006 in Betrieb genommen werden konnte.

Im Bereich der schweizerischen Hauptstrassen ist das Projekt H144 (Neue «Route transchablaisienne») auf dem Walliser Teil des Strassenabschnitts Rennaz – Les Evouettes ausführungsreif. Seine Verwirklichung ist aber vom Ausgang des Verfahrens auf dem Waadtländer Gebiet abhängig. Das Strassenprojekt H21bo, Umfahrung von Les Evouettes, steht noch in der Verfahrensphase und vor dem Inkrafttreten des Waadtländer Teilstücks H144 wird von den Bundesrätern kein Entscheid gefällt. Das Umfahrungsprojekt von St-Gingolph wurde reaktualisiert und die kantonale Behörde hat eine Reservezone öffentlich aufgelegt, um während der Projektbearbeitung jeden Neubau zu blockieren. Auf der Strasse zum Grossen St.Bernhard werden die Bauarbeiten zwischen Orsières und Liddes (Korrektion des Teilstücks La Creuse – Fontaine-Dessous) weitergeführt; der Bau der Brücke von Laty hat begonnen und das Bauwerk wird Ende 2007 in Betrieb gesetzt.

Mittelwallis

Im Jahre 2006 konzentrierten sich die Investitionen auf den Kantonsstrassen im Wesentlichen auf den Abschluss der Bauarbeiten

der Schutzbauten vor Naturgefahren von Les Croisettes bei Vissoie auf der KS 40 Siders – Vissoie – Ayer – Zinal, die am 14. November 2006 eingeweiht wurden. Die Bauarbeiten im Rohbau der Galerie von Savanne zwischen Les Haudères und Arolla auf der KS 45 Sitten - Les Haudères - Arolla sind abgeschlossen und die Aufschüttungen auf das Bauwerk werden 2007 ausgeführt.

Die Bauarbeiten der Südumfahrung von Bramois auf der KS 53 Bramois - St-Martin - La Crête wurden Ende Mai 2006 begonnen. In Savièse und an der Kreuzung zum Flughafen auf der Westqustrasse von Sitten wurden die Umbauprojekte dieser Kreuzungen in Kreisel genehmigt. Ihre baldige Verwirklichung wird an diesen Stellen die Sicherheit des Verkehrs und der Strassenbenutzer verbessern. Eine besondere Anstrengung erforderte die Korrektion der Kehre von Vaas auf der KS 50 Granges - Lens. Dieses Korrektionsprojekt steht im Zusammenhang mit der künftigen Inbetriebnahme der überwachten Deponie für Aushubmaterial der Gemeinden Siders-Region. Ausserdem wurden infolge von plötzlichen punktuellen Brüchen von Böschungen, welche die Fahrbahnen stützen, beträchtliche dringliche Arbeiten ausgeführt. Diese Stabilisierungen und Wiederinstandstellungen, die ausgeführt wurden, indem eine Fahrbahn offen blieb, erforderten grosse Investitionen, wie etwa bei der Strasse zwischen Vissoie und St-Luc und einem Teilstück zwischen Trogne und Eison.

Die Erhaltung und Anpassung der Kunstdämmen bleiben eine der Prioritäten der Sektion und die entsprechenden Arbeiten werden je nach den zugeteilten verfügbaren Geldern und den technischen Prioritäten vorgenommen. Die Anpassung der Kunstdämmen auf den prioritären Strassenachsen an die neue Verkehrsbelastung wurde nach wie vor weitergeführt. Im Jahre 2006 wurden die Ausbauarbeiten an der Brücke von Beuron auf der KS 62 Sitten - Nendaz und der Brücke von Mottec über die Navizence auf der KS 40 Siders – Vissoie – Ayer - Zinal abgeschlossen.

Die umfassende Sicherheit der Benutzer von öffentlichen Verkehrswegen bleibt ein prioritäres Ziel. Die Ortsdurchfahrten waren somit 2006 Gegenstand vieler Sanierungen zwecks Sicherung des Fussgängerverkehrs und so weit als möglich Mässigung der Fahrgeschwindigkeit. Die markantesten Realisierungen befinden sich innerorts von Basse-Nendaz, ausgangs von Drône oder noch in St-Martin. Ausserdem wurden viele Teilstücke studiert und 2006 genehmigt. Sie werden ab 2007 verwirklicht. Dabei handelt es sich insbesondere um die Durchfahrt von Haute-Nendaz, die Ausfahrt von Vissoie Richtung St-Luc und die Kehre von Fougères in St-Luc auf der KS 42 Vissoie - St-Luc - Chandolin.

Oberwallis

Nach 15 Monaten Bauarbeit wurde am 5. September der Durchstich des Haupttunnels von Stäggitschuggen feierlich eröffnet. Danach folgen die Betonierungs- und Ausbauarbeiten. Der Rohbau der Betriebszentralen Nord und Süd wird 2007 verwirklicht. Die Bauarbeiten der neuen Zufahrt nach Kalpetran und der gemeinsamen Strassen- und Bahnbrücke über die Vispa sind abgeschlossen. Der Durchstich des Tunnels Getwing auf dem Abschnitt der Verbindungsstrasse Niedergampel-Bratsch wurde am 18. April 2006 beendet und der Tunnel sowie der Bau des Strassenarbeitsloses 2 wurde Ende 2006 vollständig abgeschlossen. Das Los 3 wird zwischen 2007 und 2008 ausgeführt. Mit dem Abschluss des Lehnenviadukts «Riedacher» auf der Strasse St.Niklaus - Grächen konnte ein neues ausgebautes Teilstück dem Verkehr übergeben werden. Die Arbeiten für eine Ausweitung des Durchlasses im Rittigraben auf der Hauptstrasse H2 13 Illas - Täsch sind abgeschlossen, somit muss die Strasse bei Murgängen nicht mehr gesperrt werden. Auf der Strasse Fürgangan - Bellwald wurde der bewachte Bahnübergang Fürgangan durch eine Leitplanke gesichert, was zur Beseitigung von grossen Unfallrisiken beiträgt.

Mehrere Kunstdämmen wurden verstärkt und wieder instand gestellt, um der Zunahme des Schwerverkehrs zu entsprechen: Rufacher (NG 33), Gruebbachbrücke (NG 183), Wilerbachbrücke (NG 24), Brücke Zen Schmieden (NG 805). In Eisten, auf der H212 Visp - Saas Grund, wurde mit dem Bau der Bodenbrücke begonnen.

Auf dem Teilstück zwischen Ausserbinn und Grengiols wurde der Ausbau der ersten Etappe der Fahrradstrasse Nr. 1a beendet. Mit dem Einbau von Trockensteinmauern und Holzplanken wurde einem umweltfreundlichen Ausbau eine ganz besondere Aufmerksamkeit gewidmet.

Hauptsächliche Nebentätigkeiten

- Beteiligung an Kommissionen, Arbeits- und Expertengruppen auf Bundesebene :
- Kommission 7.05 des VSS betreffend Strassenunterhalt.
- Vom ASTRA/Bundesamt für Strassen und BWG/Bundesamt für Wasser und Geologie beauftragte Gruppen.
- Kommissionen für die Erarbeitung der Normen, Weisungen und Reglemente des SIAV Schweizerischer Ingenieur- und Architektenverband.
- Kommission des VSS/Verband Schweizer Strassenfachleute und Kommission des MISTRA/Informationssystem für die Bewirtschaftung des Unterhalts (ASTRA).
- Kommissionen für Schweizerische Forschungsprogramme im Bereich von Strassen und Kunstbauten (AGB).
- Kantonale Strassensignalisationskommission.
- Arbeitsgruppen «Mistra-Fahrbahn-PMS (Wallis ist Pilotkanton), «Transport und Verkehrsbewirtschaftung», Luftforum.
- Arbeitsgruppen «Espace Mittelland».
- Ständige Arbeitskommission BVBU-AVMC (Walliser Verband der Baubeauftragten).
- Leitung der gemischten Kommission Staat Wallis / Walliser Baumeisterverband (WBV) für die für Tiefbauarbeiten, Hochbau und Galerien geltenden wirtschaftlichen Schwankungen
- Koordinationssitzungen mit der technischen Kommission und den WBV-Verantwortlichen bzw. Bau/Wallis.
- Kommission «Erarbeitung des Konzepts» und Bewirtschaftungsausschuss für die Entschädigung der Schäden an den Gebäuden von Montagnon und Produit infolge der Reaktivierung der Rutschung von Montagnon aus einem Spezialfonds, der zu diesem Zweck von der Association Suisse des Assurances de Choses, dem Kanton, der Gemeinde Leytron und der Glückskette geschaffen wurde.

Weitere Leistungen:

- Bauleitungen von Strassenprojekten und Verkehrsmässigungen, Begleitung von Auflageverfahren, Vorbereitung von Botschaften und Beschlüssen, die dem Grossenrat zu unterbreiten sind.
- Weiterführung des Mehrjahresprogramms der Strassensanierungen im Bereich der Lärmschutz-Verordnung (LSV), Kostenschätzung, Bewirtschaftung der Aufträge, technische Begleitung der Verwirklichungen.
- Jährliche Verkehrszählungen auf den alpenüberquerenden Strassenachsen vom Grossen St.Bernhard und Simplon in Zusammenarbeit mit der Kantonspolizei. Bewirtschaftung der ständigen ortsfesten Zähler auf dem Kantonsstrassenetz zur Bestimmung der Werte des jährlichen durchschnittlichen Tagesverkehrs (TDV 24 STD), des Sommer- und Spitzerverkehrs - Erstellung eines kantonalen Belastungsplans - Nachführung der Karte 2006 der Durchgangsstrassen gemäss VRV.
- Weiterführung der Karten für die Tonnagebeschränkung auf Kantonsstrassen unter Einfügung der neuen Gesuche der Transporteure und der jüngsten Kontrollergebnisse der Tragfähigkeit der Kunstbauten.
- Erstellung von mehr als 900 Vormeinungen für Baubewilligungen, Genehmigungen von Gemeinestrassen, Stromlinien und Wasserkraftwerken sowie Zonenplänen und GBR – Entwicklung eines Informatikprogramms für die Bewirtschaftung der Vormeinungen – Kontrollen der Signalisationsdossiers von Fahrradwegen und Mountainbike-Routen und Erstellung von Vormeinungen.
- Trasseänderungen des kantonalen Fahrradwegnetzes, Erhebung und Anpassung der Signalisation, Nachführung der Signalisation in der Datenbank.
- Erarbeitung und Inbetriebnahme der Internet-Website der DSFB.
- Nachführung der Datenbank und der Karte des Kantonsstrassennetzes (Strada).
- Weiterführung der Studien für die Erstellung des Netzes von Anlagen zur dynamischen Wägung von Fahrzeugen in Bewegung (WIM) in Koordination mit der Kantonspolizei und dem ASTRA.
- Erstellung eines Programms für die sichere Betonqualität im Wallis (PAQ).
- Planung der Umsetzung des Bewirtschaftungsprogramms der

finanziellen Verpflichtungen der Dienststelle (MAGE) auf der SAT-Plattform.

- Periodische Überwachung und Inspektion der Bauwerke, Expertisen, spezielle Inspektionen; Planung der Studien und der Wiederinstandstellungs- oder speziellen Unterhaltsarbeiten - Entwicklung, Nachführung und Bewirtschaftung der Kunstbauten - Datenbank.
- Kontrolle der Bewilligungen von Spezialtransporten auf Kantonsstrassen, Anweisungen zu deren Durchführung und gegebenenfalls für ihre Begleitung, Erteilung von Bewilligungen - Entwicklung des informatischen Kontrollprogramms - Inbetriebnahme der Internet-Anwendung bei Bewilligungsgesuchen und -erteilungen.
- Weiterführung des Programms der Klassierung und Deklassierung von Strassen und kantonalen Wegen.
- Anzahlungen der für die Bedürfnisse der Kantonsstrassen vorgenommenen Expropriationen; Erstellung der Daten für die Mutationen im Grundbuch.
- Beteiligung an den Kantons- und Bundesvernehmlassungsverfahren.
- Regelmässige Kontakte mit den Eidgenössischen Hochschulen und Fachhochschulen.

Unterhaltslogistik

Übersicht der Hauptbewirtschaftungskosten

Die im Vergleich zu den Schweizer Durchschnittswerten (Betriebsindex) verzeichneten km/Kosten stehen in einer Tabelle unter www.vs.ch.

Ausrüstung und Lagerbewirtschaftung

Das Fahrzeuginventar der Baumaschinen und Unterhaltsgeräte wird jährlich nachgeführt. Der Finanzwert für den Unterhaltspark der KS für 2006 beträgt für 132 leichte Fahrzeuge, 54 schwere Lastwagen und verschiedene Bau- und Werkzeugmaschinen: 207 Schneepflüge, 124 Salzstreuer, Fr. 25'009'848.-. Dieser Finanzwert dient zusätzlich zur Bewirtschaftung des Maschinenparks der Berechnung der jährlich notwendigen Investitionen für die Erneuerung des Bestandes.

Eine im Jahre 2004 zur Bewirtschaftung der Lager in Les Ronquoix mit Erfolg eingeführte EDV-Bewirtschaftung (Über SAP) wurde 2006 für die Treibstoff-, Salz- und Signalisationsmaterialbewirtschaftung ergänzend weitergeführt.

Material

Im Jahre 2006 wurden durch die Sektion Unterhaltslogistik und durch zirka 100 konzessionierte Privatunternehmen auf dem gesamten kantonalen Strassennetz 12'416 Tonnen Salz verstreut (4'984 Tonnen im Oberwallis, 3'582 Tonnen im Mittelwallis und 3'850 Tonnen im Unterwallis).

Signalisation

Die Sektion Unterhaltslogistik bewirtschaftet nach Bedarf in Zusammenarbeit mit den Gemeindeverwaltungen und privaten spezialisierten Unternehmungen die gesamte Strassensignalisation (vertikale Signalisation und Strassenmarkierung). Im Jahre 2006 haben 17 Unternehmungen für Fr. 636'574.10 Markierungsarbeiten vorgenommen: Oberwallis Fr. 140'319.- (durch 5 Unternehmungen), Mittelwallis: Fr. 212'981.50 (durch 4 Unternehmungen), Unterwallis: Fr. 283'273.60 (durch 8 Unternehmungen). Die DSFB hat mit ihren eigenen Mitteln die Markierung von 54 km Achsenlinien und 466 km Randlinien vorgenommen. Es wurden innerorts Strassenmarkierungen für Fr. 182'823.90, wovon 50 % zu Lasten der Gemeinden, ausgeführt. Auf der Simplonachse N9 erfolgten Markierungsarbeiten für Fr. 94'908.-.

Strom

Diese Zelle umfasst den Betrieb, den Unterhalt und die Reparaturen von elektrischen und elektronischen Einrichtungen, die bei den National- und Kantonsstrassen benutzt werden. Auf dem ganzen Kantonsgebiet sind mehr als 33 km Tunnel für den Verkehr geöff-

net. Sie werden durch unsere Elektriker unterhalten, um die Sicherheit der Strassenbenutzer sicherzustellen. In regelmässigen Abständen vorgenommene Nachkontrollen haben mehr als 580 Schäden an Lichtsignalen der kantonalen Strassen ergeben. Die Schäden an der Lichtsignalisation (Unfälle und Vandalismus) erforderten Arbeiten von mehr als Fr. 70'000.–, die den Haftpflichtversicherungen verrechnet wurden.

Sicherheit

Im Jahre 2006 wurde auf die Ausbildung ein besonderer Akzent gelegt: 21 Personen erhielten nach einer internen Ausbildung den Gabelstaplerfahrer-Ausweis und Kaderleute der Dienststelle machten 13 Tage externe Ausbildung. Etwa 260 Mitarbeiter der Dienststelle, die dem Lärm ausgesetzt sind, konnten von der SUVA ihre Hörtüchtigkeit kontrollieren lassen. Ferner wurden Informationskampagnen über biologische Gefahren, die das auswärts arbeitende Personal bedrohen, durchgeführt.

Kantonale Strassensignalisationskommission (KSSK)

Im Jahre 2006 trat die kantonale Strassensignalisationskommission 46 Mal zusammen und behandelte 1'404 Dossiers. Die einkassierten Gebühren belaufen sich auf Fr. 85'820.–. 118 günstige Vormeinungen, wovon 30 mit Auflagen und 11 negative Vormeinungen wurden der KBK und den Gemeindeverwaltungen zugestellt. Eine fünfte Sanierung der kantonalen Strassensignalisation erfolgte mit der Erneuerung von mehr als 1'685 abgenutzten Schildern. Der Kataster der Tonnagebeschränkungen für Lastwagen für die Sektionen Mittelwalls und Unterwallis wurden im Amtsblatt vom 22. September 2006 veröffentlicht und in der Sitzung vom 8. November 2006 genehmigt. Die diesbezügliche Signalisation ist vollständig angebracht und registriert. Das Programm «Routivision» ist betriebsbereit: 430 km Strasse wurden in beiden Richtungen durch «Via-Pix» gefilmt und derzeit sind auf dem Intranet der DSFB 36 Strada-Achsen für Berechtigte verfügbar.

PZ3 Neuausbau der Rhone, um die Sicherheit der Personen und Güter im Rahmen der nachhaltigen Entwicklung zu garantieren

Organisation

Der Pilotausschuss (Copil-R3) ist 6 Mal zusammengetreten und hat namentlich die Richtlinien angenommen und zur Genehmigung des Sachplans und des Koordinationsblattes F.9/3 des kantonalen Richtplans durch den Staatsrat eine positive Vormeinung abgegeben. Ferner wurden ihm das Auflagedossier der prioritären Massnahmen Visp sowie der Fortschritt des Erarbeitungsprozesses der Varianten des Ausbauplans (AP-R3) unterbreitet. Mit Ausnahme des Sektors Brig-Goms für den eine vereinfachte Organisation geplant ist, wurden sämtliche, unter der Verantwortung der Gemeinden stehenden regionalen Pilotkommissionen (KOREPIL) gebildet.

Infolge der Annahme des Sachplans wurde am 30. August 2006 vom Staatsrat eine Arbeitsgruppe gebildet, um die Frage der Baubewilligung in den stark gefährdeten Perimetern der Rhone zu untersuchen und für Mitte 2007 dem Staatsrat Anträge zu unterbreiten.

Finanzierung

Das Rhoneprojekt ist vom NFA nicht betroffen und soll 2007 Gegenstand eines speziellen Kredits sein, der vom Bund beantragt und von den Bundeskammern verabschiedet wird. In seiner Absichtserklärung vom 13. Juli 2006 hat das Bundesamt für Umweltschutz versichert, dass es im Verhältnis zur heutigen Lage keine Verschlechterung der Finanzierung geben werde.

Arbeiten und Studien

Die im Jahre 2006 begonnenen oder weitergeführten Arbeiten betreffen einerseits die prioritären Massnahmen von Chippis, Sitten, Fully und Visp (Dossier im Juni 2006 aufgelegt, vom Staatsrat genehmigt und positive Vormeinung durch die thematische Kommission des Grossen Rates und Behandlung durch den Grossen Rat im Februar 2007) andererseits den Ausbauplan (PA-R3) sowie die

Abflussbewirtschaftung, Geschiebeführung, das Grundwasser, die Pedologie, die geometrischen Daten, die Basismandate Naturgefahren, das kantonale ökologische Netz oder noch die vollständigen Bodenverbesserungen.

Kommunikation

Die periodischen Informationsblätter rhone.vs Nr. 10 und 11 wurden im Juni und Dezember 2006 verteilt.

PZ4 Gewährleistung des Schutzes der Personen und Güter gegen die Wasser- und geologischen Gefahren in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und Drittorganisationen

Schutz gegen Wassergefahren

Der Kanton hat nach wie vor seine Hochwasserschutzmassnahmen weitergeführt, welche die Raumplanungsmassnahmen, den Unterhalt der Wasserläufe und die Bauten für den Schutz und die Renaturierung der Wasserläufe sowie die Entscheidhilfesysteme bei Krisensituationen umfasst. Die konkreten Verwirklichungen sind Aufgabe der Eigentumsgerneinden der Wasserläufe unter der Aufsicht und mit der technischen und finanziellen Unterstützung des Kantons. Seit 2005 setzt sich der Kanton als erste Priorität die Erstellung der Wasseralarmpläne, die kostengünstig und rasch verwirklicht werden können.

Das Jahr 2006 war im Wallis durch verschiedene Unwetter im Juli, August und September gekennzeichnet. Der bedeutendste Fall betraf den Wildbach Durnand, wo ein Murgang das Bahngleise verschüttete und ein Bahnunfall knapp vermieden werden konnte. Der Gesamtbetrag der Unwetterschäden übersteigt 6 Millionen Franken. 2006 gingen 10 meteorologische Alarne ein und wurden behandelt, wobei die Meldungen von Schneefällen und Windstürmen nicht gezählt sind.

Die Verantwortlichen der Zelle CERISE (wissenschaftliche Krisenzelle) haben erneut während des Sommers die regelmässige Überwachung der Wasserstände der Seen in den grössten Staudämmen des Kantons (Grande Dixence, Mauvoisin, Emosson, Mattmark) sichergestellt. Das Prävisionssystem der Zuflüsse im Staudamm von Mattmark wurde ebenfalls wie jedes Jahr seit 1998 im Herbst aktiviert.

Die Studie MINERVE zwecks Vorbeugung der Überflutungen durch die grossen Bäche und die Rhone mit einem hydrometeorologischen Vorwarnsystem und einem System zur Steuerung des Hochwassers durch die Staudämme wurde erstmals beim meteorologischen Alarm vom 13. September 2006 in Betrieb gesetzt. Die Studie IFKIS-Hydro, welche die Erstellung eines Beobachtungsnetzes der hydrologischen Phänomene in den kleinen Einzugsgebieten ermöglichen soll, wurde in Bagnes, Orsières, Leukerbad und im Lötschental weitergeführt.

Nebenflüsse

Im Einvernehmen mit den Einwohnergemeinden hat die DSFB die prioritären Studien und die Begleitung der verschiedenen Wasserbauarbeiten nach wie vor fortgesetzt. Somit befanden sich im Jahre 2006 17 Gefahrenkartenstudien betreffend 43 Gemeinden in der Studienphase und 6 von ihnen betreffend 14 Gemeinden konnten abgeschlossen werden. Derzeit verfügen 65 Gemeinden im Wallis über eine Wassergefahrenkarte. 2006 liefen 14 Basisstudien (Prävisionen, Geschiebeführung, usw.) sowie 6 Gemeindealarmpläne.

Schutz gegen geologische Gefahren

Aufgrund der vom Kantonsgeologen festgesetzten Kriterien wurden 60 kommunale geologische Gefahrenkarten (Steinschläge, Rutschungen, Murgänge) validiert. Mit Hilfe des Kompetenzzentrums für Geomatik und dank dem finanziellen Beitrag der Sektion Naturgefahren der DWL, ist das geografische Informationssystem zur Aufnahme der geologischen Gefahrenkarten (SIRS-DAGEO) zu 80 % erstellt. Derzeit wurden 380 Gefahrenstudien in der BD-GEO-Datenbank implementiert, wovon ein Drittel im SIRS digitalisiert wurde. Von diesen wurden 90 aufgrund der vom Kantonsgeologen festgesetzten Kriterien validiert.

Der Kantonsgeologe und seine Mitarbeiter haben rund 10 dringliche Interventionen auf dem Strassennetz vorgenommen. Jedes Mal konnten die Strassen nach einer Felssicherung und zeitweiligen Aufstellung der Überwachungssystems GUARDAVAL wieder geöffnet werden.. Die Interventionen betreffend die Steinschläge erfolgen stets während 2 bis 3 Tagen mit grossen Temperaturschwankungen anfangs und Ende des Winters.

Was die Berücksichtigung des Erdbebenrisikos bei Bauten anbelangt, so wurde zu 600 Baudossiers eine Vormeinung abgegeben. Derzeit sind mehr als zwanzig Ingenieure beauftragt, dank den 2003 durchgeföhrten Bildungskursen die nötigen Expertisen vorzunehmen. Die vom CREALP im Rahmen der Walliser Herbstmesse unter der Schirmherrschaft des Kantons durchgeföhrte Ausstellung «Das Wallis bebt» hatte sehr grossen Erfolg. Bei dieser Gelegenheit haben in acht Tagen mehr als 30'000 Personen die Ausstellung besucht und die Hälfte der Besucher konnte dort die Auswirkung einer Erdbebenerschütterung der Magnitude 6 auf der Richterskala testen.

DIENSTSTELLE FÜR HOCH- BAU, DENKMALPFLEGE UND ARCHÄOLOGIE

PZ1 Anpassung und Unterhalt der Immobilien des Staates Wallis

PG 11: Studien und Expertisen

Im Bereich dieser Aktivität steht die Dienststelle für Hochbau, Denkmalpflege und Archäologie (DHDA) anderen Dienststellen des Kantons, den Gemeinden und Dritten überwiegend als Beratungs- und Konsultationsorgan zur Verfügung. (Der Kürze wegen werden nur die Hauptprojekte erwähnt).

Kantonseigene Bauten

In Sachen Studien für Dienstgebäude konnte das Projekt des unterirdischen Kulturgüterschutzraumes als Bücherlager für die Mediathek an der Rue Pratifori in Sitten dem Grossen Rat unterbreitet werden. Der Grossen Rat sprach hiezu den Verpflichtungskredit von Fr. 6.265 Mio.

Für den Schulbereich wurden die Projekte der Erweiterung der Berufsschule Visp mit dem Neubau der Fachbereiche und einem Verpflichtungskredit von Fr. 12.584 Mio. (inklusiv Anpassungen an den Gebäuden 1963 u. 1977) als auch der Kauf mit Umbau der Primarschule «Planta» für die Reorganisation des Kollegiums «Planta» und einem Kredit von Fr. 15.411 Mio., durch den Grossen Rat genehmigt.

Subventionierte Bauten und Expertisen

Stagnierten für 2006 die Neubauanträge im Schulbereich vorübergehend, mit einem einzigen Studienauftrag für die Erweiterung der Schule in Vérossaz, so sind bereits mehrere Studien und Wettbewerbe für 2007 in Vorbereitung. Zahlreiche Objekte sind in Ausführungsplanung oder bereits im Bau: der Neubau der Primarschule mit Turnhalle in Grengiols, der Umbau der Orientierungsschule in Naters, der Um- und Ausbau der Turnhalle in St. Niklaus, die Sanierung der Orientierungsschule in Steg, das Sportzentrum in Grône, der Umbau der Primarschule mit Neubau der Turnhallen in Flanthey / Lens, der Umbau der Primarschule in Corin sur Sierre, die Erweiterung der Turnhallen in Charrat, der Umbau mit Aufstockung des Gebäudes Crocs in Monthey, der Umbau des Schulgebäudes mit Neubau einer Turnhalle in Val d'Illiez und der Neubau der Primarschule in St. Gingolf. In Betrieb genommen werden können folgende grössere Objekte: die letzte Ausbaustufe des Schulkomplexes Stalden, der Um- und Neubau der Primarschule Verbier Village. Im Bereich der Sozialbauten hat die DHDA den Studienauftrag für die Erweiterung des Alters- und Pflegeheims St. Niklaus und den Wettbewerb des Neubaus eines Heimes in Vernayaz durchgeföhr. Zahlreiche Projekte sind in Vorbereitung und werden 2007 als Stu-

dien oder Wettbewerbe ausgeschrieben. In Ausführungsplanung oder bereits im Bau befinden sich: die vierte Ausbaustufe des Alters- und Pflegeheims in Fiesch, das Behindertenheim Tanja in Bitsch, der Neubau des Alters- und Pflegeheims in Brig, der Umbau des Behindertenheims Insieme in Brig, die Erweiterungen der Alters- und Pflegeheime in Zermatt und Saas-Grund, die Sanierung des Paulusheims in Visp, die Integration einer Kinderkrippe im Altersheim in Chalais, die Aufstockung des Heimes St. Joseph in Siders, der Ausbau der Heime in Basse-Nendaz, Glarier und St. François in Sitten, wie eine Erweiterung in Chamoson. In Betrieb genommen wurde der Neubau St. Michael in Naters mit 70 Betten.

PG 12: Baurealisierung

Dienstbauten

Seit Jahresbeginn 2007 ziert das Regierungsgebäude eine neue Eingangs- und Empfangshalle. Ebenso wurde ein neuer Konferenzsaal im Parterre des Ostflügels an der Rue de Contey geschaffen. Abschlossen werden konnte die Renovation des Hauptgebäudes der Mediathek in der Rue des Vergers in Sitten. In die Reihe der Museumsbauten integriert werden soll künftig auch das Gebäude der «Ancienne Chancellerie». Die erste Etappe der Aussenrenovation wurde 2006 vollendet. Als Depot für die Museen und die Archäologie dient der Kauf des Gebäudes der «Ulrich-Fruits».

Unterrichtsgebäude

Nach der Verleihung des Labels «Swisski-Akademie» für das Kollegium Spiritus Sanctus Brig konnte auch gleich mit dem Neubau des Nationalen Leistungszentrum für Schneesport begonnen werden. Mit dem Kauf der ehemaligen Primarschule «Planta» konnte eine für den guten Betrieb des Lycée-Collège la Planta wichtige Regruppierung vorgenommen werden. Gemäss Mehrjahresfinanzplan ist die definitive Besitznahme und der Beginn der Umbauten ab Juli 2007 vorgesehen. Mit dem Abschluss der Bauarbeiten werden in der Höheren Handelsschule von Monthey wieder die ordentlichen Unterrichtsbedingungen vorherrschen. Ein wichtiges Kapitel in der Umstrukturierung der Berufsschulen Wallis kann mit dem durch den Grossen Rat gutgeheissen Ausbau der Berufsschule Visp gestartet werden. In erster Etappe soll ein Unterrichtsgebäude für die Fachausbildung erstellt werden. Diesem wird ebenfalls in Visp der Bau von Ateliers für die Elektriker und andere technische Berufe folgen. Um die Dossiers noch vor Ende 2007 einreichen zu können, damit man noch in den Genuss der Bundessubventionen gelangen kann, wurden die Studien für die Realisierung der Turnhallen für die Berufsschulen von Brig, Visp, Sitten und Martinach begonnen.

Anstaltsgebäude

Hervorzuheben sind die Umbauten an der Landwirtschaftsschule Wallis in Châteauneuf mit dem Beginn des Umbaus des «Ancien Cave» wie der Ausbau des Landwirtschaftszentrums Oberwallis - Visp. Grössere Interventionen erfolgten ebenfalls im Centre médico-éducatif «la Castalie» in Monthey mit dem Einbau einer neuen Küche. Für die Gefängnisanstalten Sitten und Martinach wurde mit der Erneuerung der Sicherheitsvorkehrungen begonnen. In Crête-longue, , erfolgten Investitionen für die Ateliers (neue Sägerei) und den Bau von neuen Haftzellen. In Pramont wurde die Turnhalle für das MET (Maison d'éducation au travail) saniert.

PG 13: Unterhalt und Betrieb

Das Unterhaltsbudget 2006 wurde volumäglich aufgebraucht. In etwa 62% der zur Verfügung stehenden Mittel trugen zur Wertverbesserung der Gebäude bei. In diesem Sinne gelang es uns, die Gesamtverminderung der Gebäude auf 1% aufrechtzuerhalten. Der Schröderindex (Relation zwischen Zeitwert und Neuwert) fiel von 78% (2005) auf 77% (2006). Durch die sukzessive Erhöhung der gewährten Finanzmittel soll dieser Verlustprozess aufgehalten werden können.

PG 14: Gebäudeverwaltung

Alle Aufträge, die im Jahre 2006 der Sektion «Gebäudeverwaltung

und Hauswartdienste» erteilt wurden, konnten fristgerecht ausgeführt werden.

Eine gewissenhafte Kreditverwaltung ermöglichte den Kauf von 970'314 Litern Heizöl im Gesamtbetrag von Fr. 712'524.95.–.

PZ2 Kenntnis und Pflege des baulichen und archäologischen Erbes

PG 21: Verwaltung des baulichen Kulturgutes

Vormeinungen

Es wurden 551 Vormeinungen der Heimatschutzzkommission und der Denkmalpflege zu Baugesuchen, davon 474 für die KBK, abgegeben.

Der Kanton gewährte für Fr. 1'118'574.- Subventionen (54% Oberwallis, 26% Mittelwallis, 20% Unterwallis), die auf 92 Objekte für Heimatschutz- und Denkmalpflege verteilt wurden. Zudem wurden Fr. 1'491'650.- für Valeria gewährt. Hervorzuheben ist die Beteiligung der Loterie Romande in der Höhe von Fr. 800'000.- am generellen Kredit für die Restaurierung der Gebäudelichkeiten.

Der Bund gewährte Subventionen in der Höhe von Fr. 1'481'548, wovon Fr. 277'612 zugunsten der Restaurierung von Valeria und Fr. 220'431.- für die Ausgrabungen im Hof Martolet der Abtei St.Maurice.

Die detaillierten Informationen betreffend die vom Kanton begleitete Denkmalpflege, den Kulturgüterschutz, die Vorträge und Veranstaltungen, die vorzunehmenden Inventare und laufenden Studien, den Überblick über die archäologischen Hauptfunde sowie die Ausarbeitung von Grabungsergebnissen können unter www.vs.ch eingesehen werden.

DIENSTSTELLE FÜR WALD UND LANDSCHAFT

Allgemeine Bemerkungen

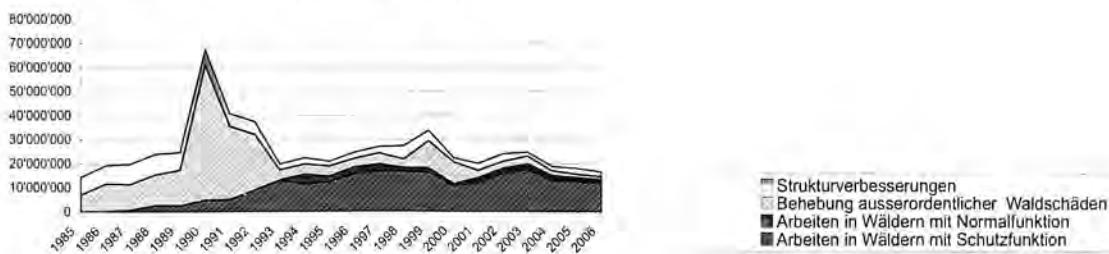
Der Staatsrat hat am 8. März 2006 die Restrukturierung der Dienststelle für Wald und Landschaft genehmigt, welche ab dem 1. Juli 2006 progressiv umgesetzt wurde. Die neun Kreise wurden durch drei, den grossen Regionen des Kantons entsprechend, ersetzt: Unterwallis (Sitz in Martinach), Zentralwallis (in Brämis) und Oberwallis (in Brig).

Die Mitarbeiter in jedem Kreis sind für einen Tätigkeitsbereich zuständig, sei dies für die Waldbewirtschaftung, die Walderhaltung, die Naturgefahren oder den Natur- und Landschaftsschutz.

Zahlungen 2006

	Waldbauprojekte in Wäldern ohne Schutzfunktion			Waldbauprojekte in Schutzwäldern			Waldschäden			Strukturverbesserungen			Total		
	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%	Mio.	%	%
Totalarbeiten	1.80	100	10	12.39	100	72	1.24	100	7	1.91	100	11	17.34	100	100
Subvention CH	0.86	48		8.08	65		0.61	49		0.94	49		10.49	60	
Subvention VS	0.38	21		1.26	10		0.32	25		0.41	21		2.37	14	

Total der forstlichen Investitionen 1985 - 2006



- Strukturverbesserungen
- Behebung ausserordentlicher Waldschäden
- Arbeiten in Wäldern mit Normalfunktion
- Arbeiten in Wäldern mit Schutzfunktion

PG 11 Walderhaltung

Forstliche Bewilligungen

Die bewilligte Rodungsfläche 2006 (35 Gesuche) beträgt 54'034 m² (2005: 36 Gesuche, 50'020 m²). Die Entscheidungsinstanzen haben im Einverständnis mit den Eigentümern 19 (2005: 17) nachteilige Waldnutzungen (Leitungen, Kleinbauten, etc.) bewilligt.

Strafverfahren

Wegen illegaler Handlungen wurden 15 Strafverfahren durchgeführt (2005: 8). Diese betrafen Übertretungen (Holzschläge, nachteilige Nutzungen, usw.). 13 wurden in Form von Strafbescheiden (Entscheid ohne Anhörung) und 2 in Form von Strafentscheiden nach Einsprache ausgesprochen.

5 Fälle betreffend Delikte wie illegale Handlungen (Rodungen) wurden von der Dienststelle beim Untersuchungsrichter angezeigt.

Forstschatz

Insgesamt wurden 16 phytosanitäre Zertifikate des Typs ISPM 15 für Holzverpackungen wie Kisten und Paletten an Unternehmungen zur Verhinderung der Einfuhr von Holzschädlingen erteilt (2005: 23).

Walfeststellung

Im Jahr 2006 hat der Staatsrat die Walfeststellungen im Bereich der Bauzonen von 13 Gemeinden homologiert (2005: 11): Salgesch, Zeneggen, Venthône, Zwischbergen, Oberwald (Ergänzung), Steg, Dorénaz, Evolène, Nendaz, Blitzingen, Riddes (Ergänzung), Reckingen und Siders. Gesamtkantonal wurden bisher in 110 Gemeinden die Walfeststellungen homologiert. Sie grenzen den Wald definitiv vom Bauland ab und werden nach ihrem Inkrafttreten in den Zonenplan übertragen. Für 16 Gemeinden wurde für das Projekt LWN innerhalb der landwirtschaftlichen Nutzflächen der Wald festgestellt (2005: 19). Gesamtkantonal weisen bisher 35 Gemeinden die Abgrenzung zwischen Wald und landwirtschaftlicher Nutzfläche auf.

Forstliche Planung

2005 wurden verschiedene forstliche Planungen vorangetrieben. So wurden die Wald-Wildkonzepte in den Regionen Goms - östlich Raron, Entremont - Vallé de Trient und Chablais abgeschlossen. Ebenso wurde das Mandat Wald-Wildkonzept Simplon-Vispertälerr-Schattenberge diskutiert und zum Abschluss gebracht. Die Regionale Waldplanungen Goms, Bagnes und Orsières stehen kurz vor ihrem Abschluss. Die Waldbrandkonzepte Leuk und Brig-Glis wurden weiterbearbeitet. Die WSL-Forschungsarbeit Waldföhren im Wallis wurde der Öffentlichkeit vorgestellt, das WSL-Forschungsprojekt Waldbrand Leuk ist in vollem Gange. Schliesslich wurde noch das Mandat Biodiversität im Wald abgeschlossen.

2005 wurde eine Arbeitsgruppe effor2 ins Leben gerufen. Sie besteht aus Vertretern des kantonalen Forstdienstes. Das Ziel der Arbeitsgruppe ist die Vorbereitung der notwendigen Grundlagen betreffend die bevorstehende Änderung der forstlichen Subventionspolitik ab 2008. Mehrere Büros wurden mit der Ausarbeitung dieser Grundlagen beauftragt (waldbauliche Planung Schutzwälde).

Vormeinungen

Insgesamt sind durch die Dienststelle 816 Vormeinungen (2005: 877) zu verschiedenen Gesuchen verfasst worden, wovon 530 Stellungnahmen zu Baugesuchen (2005: 545).

PZ3 Vermindern der Naturgefahrenrisiken

Die Periode vom 30. Dezember 2005 bis 5. Januar 2006 ist gekennzeichnet durch eine Erhöhung der Lawinengefahr durch den lockeren Schnee gefolgt von einer Temperatursteigerung von ca. 15 Grad Celsius innerhalb 12 Stunden. Während der Nacht vom Samstag auf den Sonntag vom 19. Februar konnten die Hauptschneemengen im

südlichen Kantonsteil gemessen werden. Einige Seitentäler wie das Goms, Simplon und Zermatt mussten vom 19. bis 23. Februar 2006 geschlossen werden; während dieser Zeit ereigneten sich 6 tragische Lawinenunfälle mit Todesfällen in der Schweiz, davon 3 im Wallis.

Die zweite Schneeperiode fand statt vom 3. bis 9. März 2006 mit drei tragischen Lawinenunfällen, davon 1 Todesopfer im Wallis. Die dritte Schneefallperiode fand statt vom 10. bis 16. März mit zahlreichen Nassschneelawinen bis in tiefere Lagen. Im Wallis muss die Lawine von Chauméy in St-Gingolph erwähnt werden, die 100 m oberhalb der internationalen Strasse anhielt.

Der Sommer 2006 wurde durch sehr starke Gewitter zwischen dem 20. und 25. Juli gekennzeichnet. Diese Gewitter haben zu Überflutungen zahlreicher Bäche und zu einer starken Murgangaktivität geführt, welche Beobachtungsflüge und genauere Überwachungen der lokalen Sicherheitsdienste nötig gemacht haben.

Die Angaben betreffen der kumulierten Schneehöhen sind verfügbar auf www.vs.ch.

PG 31 Prävention

Das Programm der Präventivmassnahmen gegen Naturgefahren beinhaltet die Erstellung und Bewirtschaftung der automatischen Schnee- und Wetterstationen, der Lawinen- und Steinschlaggefahrenkarten, die regionalen Sicherheitsdienste, die dringenden Massnahmen gegen Steinschläge und Felssturz sowie die Warn- und Alarminstallationen gegen Lawinen und Murgänge. Im Jahre 2006 wurde diese Liste mit den Korridorplanungen ergänzt. Es handelt sich um globale Studien auf Strassenachsen unter Berücksichtigung sämtlicher Naturgefahren und Verkehrsproblemen. Die Ziele dieser Studien sind die Priorität der Massnahmen festzulegen und die möglichen Synergien zu bestimmen. Diese Arbeiten wurden in enger Zusammenarbeit mit der DSFB im Saastal, Val d'Anniviers und Entremont ausgeführt.

Für die Präventivmassnahmen gegen Naturgefahren wurde für 2006 ein Betrag von 2,1 Mio. Franken budgetiert. Aus finanziellen Gründen (Sparpolitik des Bundes) konnten nur Teilarbeiten mit einem Gesamtbetrag von 1 Million Franken ausgeführt werden.

Die Unterhaltskosten des kantonalen Schnee- und Wetterstationsnetzes - inklusiv Transportkosten für die Erhaltung und Erneuerung der beschädigten Sensoren - betrugen Fr. 310'000.-.

Die Verantwortlichen des Wintersicherheitsdienstes und einige Kreisförster haben an verschiedenen Weiterbildungskursen in Davos teilgenommen.

In 10 Gemeinden wurden Lawinengefahrenkarten erstellt: Obergsteppen, Eisten, Ferden, Blatten, Turtmann, Wiler, Chandolin, Bovernier, Dorénaz und Bagnes.

In 13 Gemeinden wurden Expertisen und Gefahrenkarten der Bodeninstabilitäten erstellt und ergänzt: Bratsch, Brig-Glis, Mund, Grafschaft, Guttet, Mörel, Evolène, Lens, Saillon, Salins, Mollens, Chamoson und St-Gingolph.

GP 32 Erstellen von Schutzbauten

Im laufenden Jahr wurden 20 neue Projekte mit einer Gesamtsumme von 14,6 Millionen Franken durch die kantonalen und eidgenössischen Instanzen genehmigt.

Wegen den Sparmassnahmen bei den Bundesfinanzen hat das BAFU die Kredite der eidgenössischen Forstdirektion, die mit der Finanzhilfe für den Bevölkerungsschutz und den Schutz der wertvollen Güter gegen Naturgefahren und -katastrophen beauftragt ist, gekürzt. Die Kürzung der Bundesgelder hat das Wallis mit voller Wucht getroffen: betrug der Bundesanteil in den letzten fünf Jahren 13,87 Millionen Franken, so belief sich der im Jahre 2006 dem Kanton Wallis zugesprochene Bundesbeitrag nur noch auf 12,3 Millionen Franken. Dank der Aufteilung der Reserven auf Ende des Jahres erreichten die ausbezahlten Bundesgelder schliesslich 13,34 Millionen Franken.

PZ2 Schützen und aufwerten der natürlichen Lebensräume Allgemeines

- Mit Entscheid vom 08.03.2006 hat der Staatsrat das Flachmoor von nationaler Bedeutung «Les Esserts» in Verbier, Gemeinde

Bagnes, unter Naturschutz gestellt.

- Im Berichtsjahr ist in der Reihe «Die Reichtümer der Natur im Wallis» ein Buch über das Naturschutzgebiet Montorge erschienen. Das Departement für Verkehr, Bau und Umwelt ist Mit Herausgeber dieser Buchreihe.
- Wegen finanzieller Engpässe konnten auch 2006 nur wenige neue Bewirtschaftungsverträge abgeschlossen werden. Die Arbeit beschränkte sich im Wesentlichen auf die Erneuerung abgelaufener Verträge. Ende 2006 waren insgesamt 365 Bewirtschaftungsverträge mit einer Gesamtfläche von 953 ha gültig. Basierend auf diesen Verträgen wurden an die Bewirtschafter der Trockenstandorte, Moore und traditionellen Kulturlandschaften insgesamt Fr. 766'253.– ausbezahlt.
- Aufgrund der sich abzeichnenden Ausbreitung verschiedener, invasiver Pflanzen (Neophyten) wurde eine verwaltungsinterne Arbeitsgruppe gebildet, welche sich aus Biologen verschiedener kantonalen Fachstellen zusammensetzt. Die Arbeitsgruppe entwickelt eine Strategie zur Bekämpfung der Neophyten und koordiniert deren Bekämpfung. Es fanden 8 Sitzungen statt. Anlässlich eines Kurses wurden Vertreter der betroffenen Fachstellen über die Neophyten-Problematik informiert.

Mandate im Auftrag des Kantons

- Neophytenbekämpfung in den Gemeinden Brig, Ried-Brig und Raron.
- Erarbeitung eines Landschaftsentwicklungskonzeptes der Region Siders.
- Beratung und fachliche Begleitung der Bewirtschafter in der Moorlandschaft «Val de Réchy», Gemeinde Nax.
- Vorbereitung der Bewirtschaftungsverträge und Nachführung der entsprechenden Datenbank.
- Finanzielle Beteiligung an verschiedenen Studien zu Gewässersanierungen.

Subventionierung von Naturschutzprojekten

Die einzelnen Subventionsprojekte sind einsehbar unter www.vs.ch.

Vormeinungen

Die Sektion Natur und Landschaft hat in der Berichtsperiode zu 432 technischen Dossiers (2005: 502) schriftliche Vormeinungen zuhanden der Kantonalen Baukommission oder anderen kantonalen Fachstellen abgegeben.

PG 23 Bau und Unterhalt von Wanderwegen

Für Hauptwanderwege wurden im Jahr 2006 an 11 Projekte kantonale Beiträge im Umfang von Fr. 126'096.-- (2005: 11 Projekte bzw. Fr. 336'136.--) entrichtet.

DIENSTSTELLE FÜR UMWELTSCHUTZ

Beratung und Kontrolle

Information

Im Jahre 2006 wurde der Information der Bevölkerung ein besonderes Gewicht beigemessen. Die Dienststelle für Umweltschutz veröffentlichte, in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Information, acht Medienmitteilungen und organisierte drei Pressekonferenzen. Alle Dokumente sind unter www.vs.ch (Rubrik «Medienmitteilungen des Informationschefs» und «Medienkonferenzen») erhältlich. Dank der Inbetriebnahme des Internetportals zur Luftqualität im Kanton Wallis (www.vs.ch/air) im November 2006, können sich die Einwohner nun in Echtzeit über die Qualität der eingetauschten Luft informieren.

Am 1. Juli 2006 wurde der didaktische Pfad «Szenen am Weg des Wassers», welcher von der Moosalpe bis nach Visp führt, eingeweiht. Eine Broschüre zum Weg des Wassers ist bei der Dienststelle

für Umweltschutz oder auf www.vs.ch erhältlich. Des Weiteren organisierte die DUS eine Ausstellung über das Grundwasser an der OGA (Oberwalliser Gewerbeausstellung).

Umweltinspektorat

Die DUS hielt den engen Kontakt mit den Gemeindeverantwortlichen und den Berufsverbänden aufrecht. Am 13. März 2006 hat das DVBU für den Kanton Wallis mit dem AGVS einen Vertrag für eine Branchenlösung zur Kontrolle der Garagen und Werkstätten unterschrieben. Die akkreditierten Büros haben im Rahmen dieses Vertrages im Jahre 2006 56 Garagen kontrolliert. Die DUS hat des Weiteren diejenigen 56 Garagen kontrolliert, welche Garagen-Nummernschilder anforderten.

1'996 Aufforderungen zur Revision von Tankanlagen wurden versandt; 1'600 Tankanlagen wurden während des Jahres revidiert. Die DUS hat auch in einer interkantonalen Arbeitsgruppe mitgearbeitet, welche eine harmonisierte Umsetzung der gesetzlichen Anpassungen im Bereich des Gewässerschutzes bezüglich der Tankanlagen sicherstellen will.

Insgesamt realisierte die DUS im Jahre 2006 ca. 1'200 Besichtigungen und Kontrollen (130 im Bereich Bodenschutz, Steinbrüche/Kiesgruben oder Grundwasser, 275 im Bereich Abfall, 558 im Bereich Oberflächengewässer, 112 im Bereich Luftschutz, 94 im Bereich Lärm und nicht ionisierende Strahlung). Es waren 18 Interventionen auf Grund von Verschmutzungen notwendig.

Strafverfahren

Im Jahr 2006 wurden 30 strafrechtliche Entscheide ausgesprochen. Diese betrafen die Umweltschutz- und Gewässerschutzgesetzgebung (Abfälle, Deponien, Hofdünger usw.). Neun Fälle betreffend Gewässerverschmutzung und die nicht Beachtung des Verbrennungsverbotes von Abfällen wurden von der Dienststelle beim Untersuchungsrichter angezeigt, welcher sechs Strafurteile erließ und drei Nichteintretentscheide fällte.

Schutz und Bewirtschaftung der Oberflächengewässer

Qualität der Oberflächengewässer

Auf der Rhone bis zur Porte du Scex, wurde eine systematische Überwachung von Pflanzenschutzmitteln eingeführt, welche von Walliser Chemiefabriken produziert oder aufbereitet werden. Gleichzeitig intensivierten die Fabriken ihre Kontrollen der Abwasser der ARA's und eine Arbeitsgruppe «Strategie Mikroschadstoffe» wurde gebildet. Die vorgenommenen korrekten Massnahmen ermöglichten eine spürbare Verbesserung der Qualität des Wassers der Rhone.

Während des Jahres 2006 wurden auf der Sionne, der Salentse und der Raspille physikalisch-chemische, bakteriologische und biologische Analysen durchgeführt. Ebenfalls im Stockalper-Kanal wurden Analysen zur Qualität des Wassers und der Sedimente vorgenommen.

Die Studien betreffend die Sanierung der Flussläufe unterhalb der Wasserkraftfassungen werden in Zusammenarbeit mit anderen kantonalen Dienststellen (DSFB, DFW, DWL, DJFW) weitergeführt. Die Ergebnisse der Studien und die daraus hervorgehenden Massnahmen wurden den betroffenen Gemeinden und Wasserkraftbetreibern vorgestellt. Die DUS hat 25 Gesuche um Spülungen von Stauanlagen behandelt und deren Ausführung überwacht.

Wasserreinigung, GEP und Hofdüngerlagerung

Dank der Inbetriebnahme der Kanalisation Orsières-Martigny (AELOVS) im Februar 2006, konnte der Prozentsatz der an die Kanalisation angeschlossenen Bevölkerung um 1% auf 96% erhöht werden.

Die DUS hat 2006 einen Bericht «Bilanz der Abwasserreinigung 2005» verfasst, der die Synthese betreffend die Wirksamkeit der ARA's im Wallis darstellt. Dieses auf der Homepage www.vs.ch vorliegende Dokument wurde an alle Walliser Gemeinden und Betreiber der ARA's versandt. Das Labor der DUS hat 287 Kontrollen von Wasserproben der ARAs vorgenommen.

Zehn Studienaufträge für die Erstellung der generellen Entwässe-

rungspläne wurden vom Kanton im Hinblick auf eine Subventionierung bewilligt und von den Gemeinden in Auftrag gegeben. Diese Studien erlauben den Gemeinden eine wirksame Nutzung ihrer Netze.

2006 waren 1'467 landwirtschaftliche Betriebe mit Rindviehbeständen aktiv. 221 Betriebe wurden im Verlaufe des Jahres kontrolliert. 154 Betriebe waren gesetzeskonform (70%), 67 Betriebe müssen saniert werden.

Grundwasser- und Bodenschutz

Grundwasserqualität

Die Beobachtung der Grundwasserqualität wurde im Rahmen des Programms «Naqua» weitergeführt. Die Ausscheidung des Gewässerschutzbereiches A_v (nutzbare unterirdische Gewässer) wurde für das gesamte Territorium des Kantons durchgeführt. Im ersten Semester 2007 werden diese Karten dem Staatsrat zur Homologation unterbreitet. Die DUS hat mehr als 60 Dossiers betreffend der Ausscheidung von Schutzzonen für die Trinkwasserfassungen geprüft.

Steinbrüche und Kiesgruben

Basierend auf der im Bezirk Visp durchgeföhrten Pilotstudie wurde in Zusammenarbeit mit der paritätischen Kommission Steinbrüche und Kiesgruben ein Pflichtenheft zur Erstellung des kantonalen Materialbewirtschaftungsplanes (KMBP) erstellt. Das Mandat für die Durchführung der Studien wurde an drei Bürogemeinschaften vergeben. Der KMBP sollte folglich im Jahre 2008 fertig gestellt sein.

Bodenschutz

Im ganzen Kanton Wallis wurden insgesamt 154 Bodenproben entnommen und analysiert. Die Schadstoffkonzentration in den Walliser Böden liegt generell unter dem Schweizerischen Mittel (nationale Überwachung NABO). Die Konzentrationen an Fluor (Aluminiumindustrie als auch natürlichen Ursprungs) und Kupfer (vor Allem in Rebergen) sind jedoch im Wallis höher als im Rest der Schweiz. Die genauen Resultate werden im Laufe des Jahres 2007 veröffentlicht.

Altlasten

Ende des Jahres 2006 waren im kantonalen Altlastenkataster 1'148 Standorte eingetragen. Es sind dies:

999 Standorte, welche noch nicht Gegenstand einer Voruntersuchung waren, darunter

- 864 Standorte, welche im Falle eines Bauprojektes untersucht werden müssen und
- 135 Standorte, welche auf jeden Fall eine Voruntersuchung erfordern.

149 Standorte, welche bereits untersucht wurden, darunter

- 34 Standorte, welche bereits Gegenstand einer historischen Untersuchung waren und zusätzlich noch eine technische Untersuchung erfordern;
- 51 Standorte, welche weder eine Überwachung noch eine Sanierung erfordern;
- 28 Standorte, welche überwacht werden müssen;
- 15 Standorte, welche saniert werden müssen;
- 4 Standorte, welche momentan saniert werden und
- 27 bereits sanierte Standorte.

Dank der Annahme der Änderungen des Dekrets des GAUSG im März 2006, konnten die Fragen im Bezug auf die Zuständigkeit und die Finanzierung der Sanierung von Altlastenstandorten auf kantonalem Niveau geregelt werden.

Abfallbewirtschaftung und -Behandlung

Kehrichtverbrennungsanlagen

Im Jahre 2006 wurden in den drei walliser Kehrichtverbrennungsanlagen 266'000 t Abfall verbrannt: KVO Gamsen, 36'000t; UTO Uvrier, 54'000 t; SATOM Monthey, 176'000 t (die Klärschlämme der ARAs inbegriffen). Im Gegensatz zu den Tonnagen in Gamsen und Uvrier, welche konstant blieben, nahmen die Mengen in der SATOM in Monthey stark zu (15'000 t). Dies vor Allem auf Grund des

Imports von Abfall und der Anlieferung von Klärschlamm. Ab 2009 werden die Einföhren von Abfall in der Schweiz stark sinken, und die verschiedenen Anlagen werden einem erhöhten Konkurrenzkampf ausgesetzt sein. Die Walliser Kehrichtverbrennungsanlagen werden über eine grosse Überkapazität verfügen (60'000 t pro Jahr).

Separatsammlungen

Im Jahre 2006 haben 131 Gemeinden den Fragebogen über Separatsammlungen beantwortet (Werte 2005). Die gesamte Abfallmenge der Separatsammlungen nimmt nach wie vor stark zu (72'000 t im Jahre 2005, 64'000 t im Jahre 2003). Die grösste Zunahme ist bei den organischen Abfällen (+ 7'000 t) und beim Altholz (+3'000 t) zu verzeichnen. Der Anstieg beim Altholz ist auf die Einführung einer separaten Sammlung zurückzuführen. Früher wurde das Altholz zusammen mit dem Sperrgut eingesammelt (-3'000 t).

Getrennte Abfallsammlungen (in Tonnen):

Spezialabfälle und Abfälle, welche einer Kontrolle unterstellt sind

	1997	1999	2001	2003	2005
Glas	10'887	11'033	11'438	12'817	13'248
Papier/Karton	11'213	12'311	12'976	14'441	15'214
Sperrgut	5'865	7'892	9'059	11'490	8'361
Eisen/Schrott	5'861	5033	6'921	6'111	5'460
Aluminium/Blech	456	454	493	468	419
Altöl	440	390	473	469	441
Organische Abfälle	9'539	17'197	15'622	17'533	24'689
Plastik	441	763	815	529	282
Textilien	366	359	359	359	357
Altholz	-	-	-	-	3'473
Total	45'068	55'432	58'156	64'217	71'944

Die Verordnung über den Verkehr mit Abfällen (VeVA) trat am 1. Januar 2006 in Kraft. Die DUS hat im vergangenen Jahr 57 Entsorgungsunternehmen besucht. Es wurde festgestellt, dass sechs dieser Firmen keine Abfälle mehr annahmen, welche einer Kontrolle unterstellt sind. Es wurden 46 abfallrechtliche Bewilligungen erteilt. Fünf Unternehmen haben kein Gesuch zur Aufnahme von Spezialabfall gestellt und werden im Jahre 2007 eine letzte Mahnung erhalten. Auf dem gesamten Gebiet des Kantons Wallis fielen im Jahre 2006 insgesamt 158'000 t Spezialabfall an. Ungefähr 150'000 t wurden von walliser Firmen behandelt und entsorgt, grösstenteils in den Verbrennungsöfen für Spezialabfälle der Lonza und von Cimo.

Analyselabor

Für das Wallis wurden 2006 total 911 Wasser-, Boden- oder Schlammproben analysiert. Davon wurden 599 Proben durch das Labor der DUS, 123 Proben durch das interkantonale Netz Lab'Eaux und 189 Proben durch andere Laboratorien analysiert. Dabei wurden total 8'332 Parameter bestimmt, was etwa einem Durchschnitt von 9 Parameter pro Probe entspricht.

Im Rahmen der ausgetauschten Dienstleistungen innerhalb des Netzes Lab'Eaux hat das Labor der DUS 1'089 Parameter für ausserkantonale Proben bestimmt. Die Bilanz der ausgetauschten Leistungen innerhalb des Lab'Eaux ist somit ausgeglichen. Das Labor der DUS hat außerdem 206 Staubproben (Feinstaub und Bergerhoffs) analysiert, welche durch das kantonale Luftüberwachungsnetz (RESIVAL) eingesammelt wurden.

Luftreinhaltung

Luftqualität – Immissionsmessungen

Seit Juli 2006 sind die Stationen und Geräte der Immissionsmessungen nach ISO-17025 akkreditiert. Das Messnetz der DUS ist das erste schweizweit, das den hohen Ansprüchen der METAS genügt. Die Erneuerung der Messgeräte ging im 2006 weiter, indem sieben auto-

matische Feinstaubanalysatoren (PM10) und vier Geräte zur Messung der flüchtigen organischen Schadstoffe (BTEX) in Betrieb genommen wurden.

Das Jahr 2006 war gezeichnet durch lang anhaltende Wintersmogepisoden in den Monaten Januar und Februar, verbunden mit sehr hohen Tageskonzentrationen an Stickstoffdioxid (NO_x , mehr als 100 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ in Sitten und Brigerbad) und Feinstaub (PM10, mehr als 150 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ in Collombey, Massongex und Saxon). Im Jahresmittel und zum vierten Mal in Folge sind die NO_x Konzentrationen in Sitten gestiegen. Die Feinstaubkonzentrationen variieren im Jahresmittel zwischen 24 et 27 $\mu\text{g}/\text{m}^3$ im Rhonetal. Der Immissionsgrenzwert der LRV (20 $\mu\text{g}/\text{m}^3$) zum Schutz der Gesundheit wurde im ganzen Rhonetal überschritten.

Im Kampf gegen den Feinstaub hat der Staatsrat Ende 2006 ein Interventionsprogramm erlassen bei Übermässiger Belastung mit Feinstaub. Der kantonale Massnahmenplan verspricht die dauerhafte Reduzierung der Luftsadstoffe; er wird 2007 erarbeitet.

Emissionsüberwachung

Die Emissionen von 51 Industrieanlagen wurden im Jahr 2006 gemessen, insbesondere wurden regelmässige Kontrollen der Raffinerie in Collombey durchgeführt. 25 Bilanzen, davon 6 Rückerstattungsgesuche der VOC-Lenkungsabgabe, wurden überprüft und an die Zollbehörde weitergeleitet. Die Kontrollen der Gasrückführsysteme gehen weiter in guter Zusammenarbeit mit dem Tankstelleninspektorat des AGVS. 18 Interventionen waren nötig um die Umweltbelastung bei Klagen zu klären.

Viele Feuerungsanlagen erfüllen die neuen Umweltschutzzvorschriften und Grenzwerte der Luftreinhalteverordnung nicht mehr. Darum wurden im Jahr 2006 über 3500 Anlagen als nicht konform registriert. Damit die Besitzer Zeit haben, die Anlagen zu erneuern, werden relativ lange Sanierungsfristen (6 bis 10 Jahre) gewährt, so kann die finanzielle Belastung verteilt werden.

Lärm und nicht ionisierende Strahlung

Im Jahr 2006 wurden über 200 Dossiers betreffend Lärmimmissionen behandelt. Die Fachstelle behandelte insgesamt 17 Lärmklagen von Privatpersonen, welche sich vornehmlich gegen den Lärm von Discotheken und Gewerbebetrieben richteten. Bei diesen Dossiers mussten die zuständigen Gemeindebehörden unterstützt werden. Die DUS stellte die Durchführung der vorsorglichen Lärmschutzmassnahmen von 36 Gebäuden in der Nähe des Flugplatzes von Sitten sicher. Es wurden insgesamt 1'013 Fenster und Türen eingebaut. Das definitive Bezugsgebiet, in welchem Schallschutzfenster einzubauen sind, ergibt sich aus dem Sachplan Militär, welcher voraussichtlich im Verlaufe des Jahres 2007 Rechtskraft erlangen wird.

Die Fachstelle behandelte im Berichtsjahr 104 Baugesuche von Mobilfunk-, Rundfunk- und Richtfunkanlagen. Dabei mussten 27 Gesuche wegen mangel- und fehlerhaften Angaben zurückgewiesen werden. Im Berichtsjahr wurden ca. 20 Abnahmessenungen an Mobil- und Rundfunkanlagen durch unabhängige Expertenbüros ausgeführt und der Dienststelle zur Kontrolle unterbreitet. Dabei musste bei einer Antenne die Strahlungsleistung reduziert werden, damit die massgeblichen Grenzwerte eingehalten werden.

Umweltverträglichkeitsprüfung und Bauten

Es werden drei verschiedene Arten von Dossiers unterschieden, welche von der DUS geprüft werden: Dossiers, welche einer Umweltverträglichkeitsprüfung unterliegen (UVP), Dossiers, welche nicht UVP-pflichtig sind, aber mehrere Umweltbereiche betreffen und schliesslich kleinere Dossiers, welche lediglich einen Umweltbereich betreffen.

Im Jahr 2006 wurden sieben Pflichtenhefte und 37 Umweltverträglichkeitsberichte geprüft (2005: 41 total). Die Dossiers konnten schnell behandelt werden. Mehr als 80 % wurden innerhalb eines Monats nach Vorhandensein aller nötigen Unterlagen abgeschlossen (inkl. der Stellungnahmen der anderen Dienststellen). Die

gesetzliche Frist für die Behandlung von UVP-pflichtigen Dossiers liegt bei 60 Tagen. Bei rund 35 im Bau befindlichen Grossprojekten wurde eine Umweltbaubegleitung eingesetzt.

Zudem wurden 494 nicht UVP-pflichtige Projekte behandelt, welche Auswirkungen in mehreren Umweltbereichen haben und einer Koordination bedürfen (2005: 446). 87 % dieser Dossiers konnten innerhalb von 30 Tagen nach Eintreffen in unserer Dienststelle abschliessend behandelt werden.

Neben den Dossiers für Mobiltelefonantennen (siehe oben) wurden 1'189 kleinere Dossiers behandelt, welche lediglich den Gewässerschutz betrafen (2005: 1'052). 87 % dieser Dossiers konnten innerhalb von zehn Tagen nach Eintreffen in unserer Dienststelle abschliessend behandelt werden.

Seit mehreren Jahren steigt die Zahl der Dossiers, welche der DUS zur Stellungnahme unterbreitet werden, stetig an. Diese Tatsache widerspiegelt einerseits den guten Zustand, in welchem sich momentan das Baugewerbe befindet und andererseits die Besorgnis der zuständigen Stellen, welche Baubewilligungen erteilen, die gesetzlichen Bestimmungen im Bereich des Umweltschutzes einzuhalten.

KANTONALES LABORATORIUM UND VETERINÄRWESEN

Allgemeines

Bei seiner Sitzung am 8. Februar 2006, hat der Staatsrat die Statusänderung des Veterinärdienstes in Veterinäramt und dessen Angleiterung an das Kantonale Laboratorium beschlossen. Dadurch untersteht es nicht mehr dem Departement für Gesundheit, Sozialwesen und Energie, sondern dem Departement für Verkehr, Bau und Umwelt. Bei seiner Sitzung am 13. April 2006 genehmigte der Grosser Rat diese Änderung.

Im Frühjahr 2006, 10 Jahre nach der ersten Akkreditierung, erhielt das Laboratorium zum zweiten Mal eine 5-jährige Erneuerung gemäss den Normen ISO/CEI 17025 für die Analytik und ISO/CEI 17020 für die Inspektion.

Das Erlangen und die Wahrung der Akkreditierung sichern eine gute Rückverfolgbarkeit aller vorgenommenen Schritte, sowohl wissenschaftlicher (Analyse und Inspektion) als auch administrativer Art.

Beschluss des Grossen Rates

- vom 13. April 2006 die durch den Staatsrat am 1. März 2006 vorgenommene Änderung der Verordnung über die Befugnisse des Präsidiums und der Departemente (Überführung des Veterinärdiensts vom DGSE ins DVBU und Fusion mit dem Kantonslaboratorium unter «Kantonslaboratorium und Veterinärwesen») zu genehmigen.

PZ1 Förderung der Lebensmittelsicherheit, Kontrolle des Handels mit gefährlichen Substanzen, Bekämpfung von Tierseuchen, Überprüfung des Wohlbefindens von Tieren und Hundekontrolle gemäss der rechtlichen eidgenössischen und kantonalen Grundlagen.

PG 11 : Lebensmittel- und Gebrauchsgegenstände

Inspektionen des Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständehandels

Die Lebensmittelkontrolle im Kanton Wallis wird durch 4 Mitarbeiter vom Lebensmittelinspektorat des Kantonslabors und 25 Kontrolleuren der Gemeinden (12 Oberwallis / 13 Unterwallis) durchgeführt. Die monatlichen Koordinationssitzungen der Kontrolleure haben

zum Ziel, eine einheitliche Lebensmittelkontrolle im Kanton zu gewährleisten. Kontrollen von Industrien, grösseren Betrieben, Krankenhäusern und Heimen werden von den Inspektoren des Kantonslagers durchgeführt.

Durchgeführte Kontrollen

Kategorien	Verpflegungs- betriebe	Handelsbe- triebe (Verkauf)	Gewerbe- betriebe	Industrie- betriebe	Trinkwasser- versorgung	Total
kontrolliert	2108	655	420	14	39	3236
nicht konform	128	22	44	4	5	203
%	6.1	3.4	10.5	28.6	12.8	6.3

Für zwei Alpen mussten wir die Käseproduktion verbieten und einen Teil der Produktion vernichten.

Analysen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen

Das Laboratorium hat an 6'423 Proben mikrobiologische und chemische Analysen durchgeführt. 15,6% der Proben entsprachen nicht den jeweilig anzuwendenden Gesetzgebungen. Die statistischen Ergebnisse der Analysen von Lebensmitteln und Gebrauchsgegenständen befinden sich auf unserer Internet-Seite unter www.vs.ch/lvw

Weinerntekontrolle

Das Wallis hat 40.9 Millionen Liter Wein eingekellert: 24,8 Millionen Rotwein und 16,1 Millionen Weisswein. Unser Dienst hat 132 Kontrolleure eingestellt, die 77'550 Messungen des Zuckergehalts und des Weinerntegewichts durchgeführt haben. Der jährliche Weinernernterapport (nur französisch) steht auf der Internetseite des Dienstes zur Verfügung: www.vs.ch/lvw

PG 12 : Schwimmbäder, Gifte, gefährliche Substanzen

Anwendung des Bundesgesetzes über den Schutz vor gefährlichen Stoffen und Zubereitungen (Chemikaliengesetz, ChemG) und der Verordnung zur Reduktion von Risiken beim Umgang mit bestimmten besonders gefährlichen Stoffen, Zubereitungen und Gegenständen (Chemikalien-Risikoreduktions-Verordnung, ChemRRV)

Im Rahmen der Marktkontrolle hat der Giftinspektor Inspektionen, hauptsächlich in Drogerien, Pflanzenschutzmittelhandlungen, Verkaufsräumen, von Reinigungsmitteln und Schullabors, durchgeführt.

Der Inspektor hat 35 Kontaktpersonen in den verschiedenen Unternehmen verzeichnet. (Diese ersetzen die bisherigen Verantwortlichen der allgemeinen Bewilligung)

Nach der Teilnahme an mehreren Kursen zur neuen Gesetzgebung, hat der Inspektor Informationsversammlungen für Drogisten, Apotheker, Verantwortliche für die Sicherheit und Studenten einberufen.

Die Medien haben die Bevölkerung auf Radon aufmerksam gemacht und der Inspektor hat 221 Dosimeter über den ganzen Kanton verteilt und anschließend wieder eingesammelt. Die Analyseresultate wurden den betroffenen Personen mitgeteilt.

Badeanlagen

1'348 Wasser von Badeanlagen wurden analysiert und 244 (18,1%) entsprachen nicht den geltenden Anforderungen. Im Rahmen einer Erneuerung der Betriebsbewilligung kontrollierte der Inspektor 17 Badeanlagen.

PG 13 : Überwachung der Tiergesundheit + des Tierschutzes

Erhöhte Aufmerksamkeit / Seuchenpolizei

Im Februar und März 2006 wurde in der Schweiz der Vogelgrippevi-

rus H5N1 in 32 Fällen an wilden Vögeln festgestellt. Unser Kanton hat 16 verdächtige Fälle analysiert, wobei sich die Resultate als negativ herausstellten. Unser Amt hat die nötige Ausrüstung erworben, um einschreiten zu können, falls ein Krankheitsfall bei wilden Tieren oder Geflügel auftreten sollte.

Nur 5 BSE-Fälle (Rinderwahn) wurden 2006 in der Schweiz registriert und davon keine im Wallis. Die BSE-Einheit, die von der Eidgenossenschaft zur Überwachung der potentiellen Ansteckungsgefahr gebildet wurde, hat ihre Arbeit mit einer positiven Bilanz abschließen können. Die

Fälle von Rinderwahn sind seit mehreren Jahren rückläufig. Im Wallis wurden 232 Probenerhebungen in Schlachthöfen und Kadaversammelstellen vorgenommen. Die Analysenergebnisse haben sich als negativ erwiesen.

Folgende Kontrollen wurden in Walliser Betrieben durchgeführt:

- IBR / ELR : 37 Betriebe (kontrollierte Rinder: 758)
- Brucellose der Schafe: 37 Betriebe (kontrollierte Schafe: 758)
- Brucellose der Ziegen, Caprine Arthritis-Encephalitis (CAE): 159 Betriebe (kontrollierte Ziegen: 1'361)

In 7 Betrieben wurden, aufgrund von positiven oder unerklärlichen Analysenresultaten (32 positiv und 5 unerklärlich) bezüglich Caprine Arthritis-Encephalitis, Beschlagnahmungen vorgenommen.

Vier Faulbrutfälle und 10 Sauerbrutfälle wurden 2006 bei den Bienen festgestellt. Die Gebiete mit Faulbrut wurden unter Besiegelung gestellt und die befallenen Bienennestöcke vernichtet.

Eine Geflügelfarm wurde aufgrund eines positiven Analysenergebnisses hinsichtlich Geflügel-Laryngotracheitis unter Besiegelung gestellt und die Tiere geschlachtet.

Es wurden 22 tierärztliche Überprüfungen bei der Einfuhr von Tieren vorgenommen, die ein Seuchenrisiko darstellen könnten.

Kontrolle lebender Tiere / Schlachtung

12'493 Tiere wurden kontrolliert, wovon 17 zum Verzehr untauglich waren. Zurzeit verfügt unser Kanton über 15 kleine Schlachthöfe.

543 Tonnen Tierkadaver, die aus den 7 Walliser Sammelstellen stammten, wurden vernichtet.

Tierschutz

Im Dezember 2005 hat der Staatsrat beschlossen, gestützt auf Artikel 24b des Gesetzes, welches das eidgenössische Tierschutzgesetz vollzieht, 12 Hunderassen und deren Kreuzungen in unserem Kanton zu verbieten. Das Veterinäramt hatte die Aufgabe, die Betroffenen zu erfassen und die Überprüfung jedes Tieres zu überwachen. Dies soll dazu führen, bereits in unserem Kanton vorhandenen Hunden eine Sondererlaubnis erteilen zu können. 251 Hunde wurden hinsichtlich ihres Verhaltens überprüft. Anschließend wurden sie in 3 Kategorien unterteilt.

Kategorie 1: 182 Hunde (72,5%) sozialisiert und mit ausreichender Erziehung

Kategorie 2: 60 Hunde (24%) weisen Mangel in Erziehung und Sozialisierung auf

Kategorie 3: 9 Hunde (3,5%) gefährliche Hunde

Durch die Änderung der eidgenössischen Tierschutzverordnung wurde die Meldungspflicht von Bissen durch Ärzte, Tierärzte und Hundeerzieher eingeführt. Unser Amt musste sich um 77 Fälle, in denen Menschen gebissen wurden, kümmern.

Die Vorbeugung im zweiten Jahr der Vorschulklassen und in den ersten Primarschulklassen wurde 112-mal weiterhin mit Erfolg durchgeführt. Der Fragebogen, der den Lehrern jeweils übergeben wurde, hat es uns ermöglicht, die Erwartungen hinsichtlich Weiterführung des Programms auszuwerten.

Unser Amt musste 17 Hunde während 45 Tagen beherbergen. In 14

Fällen konnte der Hundebesitzer nicht festgestellt werden. Im Zusammenhang mit dem Tierschutz haben wir 81 Anzeigen erhalten. Die meisten Fälle konnten mit einer Verwarnung geregelt werden. 4 Beschlagnahmungen von Tieren wurden durchgeführt und 7 Tierhaltungsverbote (für 3 Schaf-, 2 Reptil-, 1 Hunde- und 1 Rinderhaltungen) ausgesprochen. In 3 Fällen musste Strafanzeige für Misshandlung erstattet werden. Die Konformitätskontrollen von Nutztierhaltungen gemäss Tierschutzgesetz werden in Zusammenarbeit mit den Ökologiekontrolleuren fortgesetzt.

Datenbank gefundener Tiere

Wir sind verantwortlich für die Meldemöglichkeit gefundener Tiere. Unser Amt hat einen Vertrag mit einem Zürcher Tierschutzverein abgeschlossen. Dieser Verein stellt ein Programm zur Verfügung, in dem wir nur die von Privatpersonen eingegebenen Daten bestätigen müssen. Im Jahr 2006 hat unser Amt 13 Bestätigungen, d.h. für 7 Katzen, 5 Hunde und 1 Wasserschildkröte vorgenommen.

